

RL

Wiener Stadt- und
Landesbibliothek

März

57291

F

MA 9 - SD 25 - 2 - 7611 - 39532 - 45

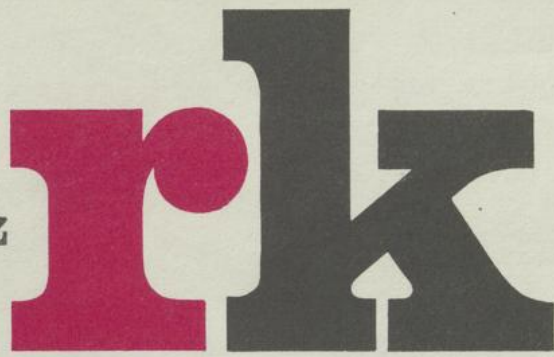
F 57.2 P1
März 1982

Se 11

198

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 1. März 1982

Blatt 571

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Frühlingsblumen für die Wiener Parkanlagen
ausgesendet: Altstadtplan für Autobuslenker
(grau)

Kommunal: Donauinsel: Erster Abschnitt des Mittelteils fertig
(rosa) 500 Selbstmorde jährlich in Wien

Kultur: Literatur im März
(gelb)

Nur

über FS: 26.2. Gegen Heizstrahler gestürzt - tot
Makabrer Fund hinter dem Rathaus
28.2. Gleisbauarbeiten in der Linzer Straße
Halbnackter im Kanal
Mord an einer alten Frau
Tödlicher Unfall im Bahnhof Wolf-in-der-Au

.....
Bereits am 28. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Frühlingsblumen für die Wiener Parkanlagen

=++++

1 #Wien, 28.2. (RK-LOKAL) Einmal muß der Frühling ja doch kommen. Das Stadtgartenamt jedenfalls hat dafür schon weit mehr als hunderttausend Frühlingsblumen vorbereitet, die in den städtischen Parks gepflanzt werden sollen. 18.000 Gänseblümchen - natürlich nicht die üblichen kleinen, sondern große, gefüllt blühende Pflanzen - gehören ebenso dazu wie 90.000 Stiefmütterchen und 11.000 Vergißmeinnicht. Außerdem wurden 43.000 Freilandprimeln und 14.000 Stück Goldlack vorbereitet, die ab Ende März ausgesetzt werden sollen. Bereits im Herbst dagegen kamen Tulpen und Hyazinthenzwiebel in die Erde. # (Schluß) hs/gg

NNNN

.....
Bereits am 28. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Altstadtplan für Autobuslenker (1)

=++++

2 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Mitte März tritt in Wien die neue Verkehrsregelung für Touristen-Autobusse in Kraft. Ein- und Aussteigstellen sind relativ zentrumsnah in der Altstadt angeordnet, während sich Dauerparkplätze nur mehr am Burgring, beim Rathaus und am Morzinplatz befinden.

Da die Neuregelung nur erfolgreich sein kann, wenn die Autobuslenker nicht für längere Zeit bei den "Haltestellen" parken, sondern die Busse nach dem Aussteigen der Fahrgäste zum Altstadtbummel bzw., vor dem Wiedereinsteigen auf den gekennzeichneten Dauerparkplätzen abstellen, hat der Wiener Fremdenverkehrsverband einen eigenen Altstadtplan für Autobuslenker herausgegeben.

In diesem Plan wurden sämtliche Ein- und Aussteigstellen, die Busparkplätze sowie die Routen dazwischen eingezeichnet, ferner jene Altstadtbereiche, die für Busse nicht empfehlenswert sind, weil zu enge Gassen und fehlende Umkehrmöglichkeiten ein ordnungsgemäßes Fahren unmöglich machen.

Der Busplan enthält ausführliche Erläuterungen in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Niederländisch und ist auf Anforderung beim Wiener Fremdenverkehrsverband, A-1095 Wien (Tel. 43 16 08), erhältlich. Der Plan wird auch über die Organisationen der Autobusunternehmer verteilt. (Schluß) ger/ap

NNNN

.....
Bereits am 28. Februar 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Altstadtplan für Autobuslenker (2)

=++++

3 Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS wandte sich im Zusammenhang mit der neuen Verkehrsregelung für Autobusse in der Wiener Innenstadt gegen die Behauptung, die neue Lösung sei fremdenverkehrsfeindlich. Von einer Aussperrung der Touristenautobusse aus der Innenstadt könne keine Rede sein. Die Tatsache, daß viele Gassen im 1. Bezirk für den Autobusverkehr beziehungsweise für das Abstellen von Autobussen einfach nicht geeignet sind, habe die Verkehrsbehörde veranlaßt, eigene Parkplätze und "Haltestellen" für die Touristenautobusse vorzusehen. Es gibt keine Sperrgebiete für Autobusse, sondern lediglich Bereiche, die für Autobusse nicht zu empfehlen sind. Bustouristen müssen keineswegs weit weg von allen Sehenswürdigkeiten aussteigen oder kilometerweite zusätzliche Wege zurücklegen. Von den vorgesehenen neuen "Haltestellen" beträgt die Gehentfernung zu den Hauptsehenswürdigkeiten rund 400 Meter, zur Spanischen Reitschule nur 250 Meter. Außerdem ist es gelungen, eine Aussteigstelle unmittelbar gegenüber dem Stephansdom einzurichten.

Die derzeitige Regelung sei ein Kompromiß, sagte Krebs, an dessen Zustandekommen alle Dienststellen und Interessensvertretungen, auch die Handelskammer, die Fremdenführer und die Busunternehmer, beteiligt waren. Nach den Erfahrungen einer Probesaison sollen allfällig nötige Änderungen diskutiert werden. (Schluß) red/gg

NNNN

Donauinsel: Erster Abschnitt des Mittelteils fertig (1)

Utl.: Freie Sportplätze für alle Erholungssuchenden

=++++

7 #Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Wiens größtes Freizeitparadies wird heuer wieder um ein Stück größer: "In diesem Sommer wird bereits der erste Abschnitt des Mittelteils zwischen Floridsdorfer Brücke und Schnellbahnbrücke fertig. In diesem Bereich werden auch einige freie Sportplätze geschaffen, die den Erholungssuchenden für Fußball, Ballspiele oder Leichtathletik zur Verfügung stehen, betonte Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER dazu gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".#

Das neue Teilstück der Donauinsel - anschließend an den im Vorjahr freigegebenen Nordteil - sieht übrigens auch etwas anders aus als die bisher fertigen, naturnah gestalteten Abschnitte. Der künftige Mittelteil der Insel soll eher an einen Park erinnern und eine städtische Atmosphäre vermitteln.

An zusätzlicher Wasserfläche stehen den Donauinsel-Fans ab diesem Sommer 7,5 Hektar Neue Donau zur Verfügung, 11,3 Hektar umfaßt der erste Abschnitt des Mittelteils der Insel.

Zwtl.: Wasserschilift beim Wehr I

Eine spezielle Attraktion gibt es bald auch beim Wehr I: beim linken Ufer der Neuen Donau wird hier ein Wasserschilift errichtet, der eine Geschwindigkeit von 40 Stundenkilometer erreicht.

In diesem Bereich sind zur heurigen Badesaison ebenfalls neue Teile des Erholungsgebiets fertig. So kann der Übergang vom Südabschnitt zum künftigen Mittelteil beim Wehr I mit einer großen Badebucht genutzt werden. Von der Praterbrücke aus wird man nun auch über eine Rampe direkt auf die Insel gelangen.

Insgesamt stehen hier 15 Hektar zusätzliche Wasserfläche und 16 Hektar neues Inselgebiet zur Verfügung. (Forts.) hs/bs

NNNN

Donauinsel: Erster Abschnitt des Mittelteils fertig (2)

Utl.: Schieder: Donauinsel ein Freizeithit

=++++

8 Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) "Wie beliebt die Donauinsel ist, zeigen allein die Besucherzahlen des vergangenen Sommers", betonte Freizeitstadtrat Schieder weiter. So kamen an heißen Wochenenden im Mai jeweils Samstag bzw. Sonntag bis zu 200 000 Besucher auf die Insel. In den Ferien konnte das Freizeitparadies bei Schönwetter täglich zwischen 70 000 und 100 000 Erholungssuchende anlocken.

Zwtl.: Weitere Arbeiten am rechten Donaudamm

Die Arbeiten am rechten Donaudamm gehen ebenfalls zügig weiter. Von der Floridsdorfer Brücke flußaufwärts ist der als Erholungsfläche mit Wegen, Grünflächen, Sitzbänken und Pergola errichtete Damm bereits fertig gestaltet.

Der Teil zwischen Floridsdorfer Brücke bis etwa Brigittenauer Brücke ist baulich soweit fortgeschritten, daß die gewünschte Hochwassersicherheit hier praktisch erreicht ist. Im vergangenen Herbst wurde außerdem mit den Abschnitten im Bereich Machstraße und Holubgasse begonnen.

Eine wichtige Voraussetzung für den Weiterbau des Damms wurde übrigens in der letzten Woche erfüllt: die Wasserrechtsverhandlung für den Abschnitt Holubgasse-Reichsbrücke, die nun stattgefunden hat, ermöglicht den Bau des Damms in diesem Bereich. (Schluß) hs/ap

NNNN

500 Selbstmorde jährlich in Wien

Utl.: Stacher: Ausbau der prophylaktischen Einrichtungen

=++++

9 Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Den Ausbau der in Wien vorhandenen prophylaktischen Einrichtungen im Rahmen der Selbstmordverhütung und der Betreuung von selbstmordgefährdeten Personen kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag im Rahmen eines Pressegespräches an. Anlaß dafür war eine seitens des Statistischen Amtes der Stadt Wien vor kurzem fertiggestellte Erhebung über die in Wien von 1945 bis 1980 registrierten Selbstmorde und Selbstmordversuche. Verfasserin dieser Arbeit ist Dr. Ingrid BAYER.

Zwtl.: Kontaktstelle und Station für Selbstmordgefährdete

Laut Stacher werden heuer zwei neue prophylaktische Einrichtungen durch das Kuratorium für psychosoziale Dienste geschaffen. So wird Anfang März eine eigene Kontaktstelle des Psychosozialen Dienstes ihre Tätigkeit an der Entgiftungsstation des Wilhelminenspitals aufnehmen. Eine weitere soll im Rahmen der Krankenanstalt Rudolfsstiftung geschaffen werden. Aufgabe dieser Kontaktstelle wird es sein, individuelle Hilfe und Unterstützung bei jenen psychosozialen Problemen zu leisten, die zum Selbstmordversuch geführt haben. Durch die Tätigkeit dieser Einrichtung sollen künftighin nach Möglichkeit Überweisungen in das Psychiatrische Krankenhaus vermieden werden. Im Rahmen der Kontaktstelle werden sowohl Ärzte als auch Sozialarbeiter tätig sein. Als zweiter Schritt soll noch im Laufe dieses Jahres eine eigene Station für die Behandlung jener Patienten errichtet werden, bei denen eine kurzfristige Aufnahme und stationäre Behandlung nach ihrem Selbstmordversuch unbedingt notwendig ist. (Forts.) zi/bs

NNNN

500 Selbstmorde jährlich in Wien (2)

Utl.: Österreich im Spitzenfeld

=++++

10 Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Österreich befindet sich innerhalb der europäischen Staaten mit einer hohen Selbstmordhäufigkeit von 24,1 Selbstmorden auf 100.000 Einwohner hinter Ungarn (38,4) und der Schweiz (29,5) im Spitzenfeld. Die Tschechoslowakei (21,9), BRD (20,3) wie auch Schweden (19,4) weisen gleichfalls sehr hohe Quoten auf.

Zwtl.: 500 Selbstmorde jährlich

#Zwischen 1945 und 1980 haben insgesamt 18.431 Wienerinnen und Wiener ihrem Leben ein Ende gesetzt. Das ergibt einen Jahresdurchschnitt von 512 Selbstmordfällen oder 1,3 Prozent der jährlich Gestorbenen. In den Jahren bis 1960 stieg die Selbstmordhäufigkeit sehr stark und zwar entfielen damals rund 30 bis 36 Selbstmorde pro 100.000 Einwohner. Bei der Selbstmordhäufigkeit ergeben sich große geschlechtsspezifische Unterschiede: Trotz des erheblichen Frauenüberschusses in Wien stellten die Männer die größere Zahl an Selbstmorden, nämlich 281 im Durchschnitt, die Frauen hingegen nur 230.#

Im Vergleich mit den Bundesländern liegt Wien, wie Dr. Gernot SONNECK vom Kriseninterventionszentrum, im Rahmen des Pressegespräches erklärte, an fünfter Stelle. An der Spitzen liegen Kärnten, Salzburg, Steiermark und Oberösterreich.

Zwtl.: Mit zunehmendem Alter steigend

Die Erhebung hat weiter gezeigt, daß sowohl bei Männern wie bei Frauen mit zunehmendem Alter die Neigung zum Selbstmord steigt. Sind die Männer im Alter von 50 bis 60 Jahren (rund 11 Prozent) am stärksten gefährdet, so ist bei den Frauen die Anfälligkeit im Alter von 50 bis 55 (rund 10 Prozent der Selbstmorde) am größten. Interessant ist ferner auch die Tatsache, daß die Selbstmordanfälligkeit bei verheirateten Frauen aber auch verheirateten Männern am geringsten ist. (Forts.) zi/gg

500 Selbstmorde jährlich in Wien (3)

Utl.: Methoden des Selbstmords

=++++

11 Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) Was die Methoden des Selbstmords betrifft, so zählen das Vergiften, Erhängen, Erdrosseln oder Ersticken aber auch die Verwendung von Feuerwaffen und der Sturz aus beträchtlicher Höhe zu den häufigsten Arten. So schieden von 1945 bis 1980 47,8 Prozent durch Vergiften und 29,7 Prozent durch Erhängen aus dem Leben. Mit der Herabsetzung des CO-Gehaltes in dem im Haushalt verwendeten Gasen (Leucht- und Kochgas) wechselten vor allem die Frauen zur Selbstmordmethode mittels Medikamenten- und Chemikalienmißbrauch: 1980 erfolgte nahezu jeder zweite Selbstmord dadurch. Ebenso bemerkenswert ist, daß in den letzten Jahren bei den Frauen ein gewisser Trend zu den "härteren" Mitteln, wie Erhängen oder Erdrosseln festzustellen war: 1980 hat sich mindestens jede fünfte Selbstmörderin erhängt.

Über den Einfluß der Jahreszeiten auf die Selbstmorde liegt eine ganze Reihe von Untersuchungen vor. Demnach wird besonders die Übergangszeit vom Frühling in den Sommer in Anspruch genommen. Was die Selbstmordversuche betrifft, so ist deren Zahl eine Dunkelziffer, dürfte jedoch - im Gegensatz zu den konstant bleibenden Selbstmorden - innerhalb der letzten Jahre gestiegen sein.

Zwtl.: Psychosozialer Notdienst hilft rund um die Uhr

Stadtrat Dr. Stacher wies im Rahmen des Pressegespräches ferner auf die in den letzten Jahren geschaffenen Stationen des psychosozialen Dienstes - es gibt acht Stationen bzw. Beratungsstellen - und den sogenannten "Psychosozialen Notdienst", der täglich rund um die Uhr unter der Telefonnummer 24 64 24 (2, Kleine Sperlgasse 2b) zu erreichen ist, hin.

Da gerade Alkohol- bzw. Medikamentenabhängige, Drogensüchtige, Depressive und psychisch Kranke am meisten selbstmordgefährdet sind, kommt den genannten Einrichtungen besondere Bedeutung zu. (Schluß)
zi/ap

NNNN

Literatur im März

Utl.: Beziehungen - Trennungen

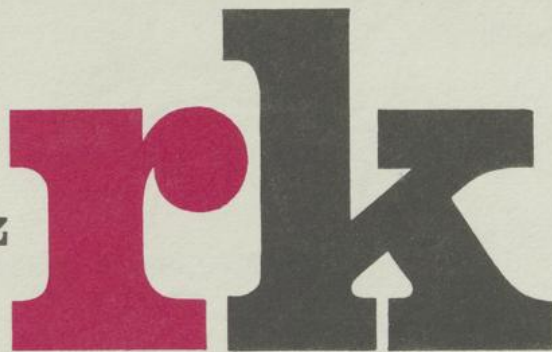
=++++

12 #Wien, 1.3. (RK-KULTUR) Die "Literatur im März", die vom 5. bis 12. März im Wiener Künstlerhaus stattfindet, steht heuer unter dem Motto "Beziehungen - Trennungen". Damit wird in der Literaturwoche wieder ein Thema aufgegriffen, das im Leben jedes einzelnen eine große Rolle spielt. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der am Montag das Programm der "Literatur im März" in einem Pressegespräch, gemeinsam mit Dr. Ursula PASTERK vorstellte, sagte, es sei das Ziel der Literaturwoche, die Beschäftigung der Menschen mit der Literatur, aber auch, die der Literaten mit den Menschen, zu fördern. #

Prominente Gäste der "Literatur im März" sind Doris LESSING, die am Freitag, dem 5. März, im Rahmen der Eröffnung den österreichischen Staatspreis für Literatur erhält, Martin WALSER und der Karikaturist Chlodwig POTH. Österreich ist durch eine lange Reihe von Autoren von Barbara FRISCHMUTH und Gustav ERNST über Werner KOFLER und Christine NÖSTLINGER, Jutta SCHUTTING und Helmut ZENKER bis zu Hilde SPIEL vertreten. Neben den Lesungen gibt es Diskussionen - darunter eine "Gesprächsgruppe" mit Tilmann MOSER - eine Fotodokumentation über "Das wirkliche Wohnen" und Wohnlandschaften zum Anschauen und Verändern. Sie zeigen, wie sehr das Zusammenleben als Lebensform von außen bestimmt ist: ein Thema, mit dem sich auch die Video-Aufzeichnungen "aus dem Wohnzimmer" und die Pantomime-Vorstellungen des Theaterbretts beschäftigen. Eine Schreibwerkstatt und ein Lesecafe ergänzen das Angebot im Künstlerhaus, im Stadtkino läuft bereits seit 26. Februar bis 4. März eine Filmwoche zum Thema "Beziehungen - Trennungen". Für Kinder steht täglich ab 14 Uhr ein Kinderzimmer zur Verfügung, das Künstlerhaus ist in der Literaturwoche bei freiem Eintritt täglich von 9 bis 22 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 2. März 1982

Blatt 581

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: (grau) Initiativantrag auf Änderung des Parkometergesetzes

Kommunal: (rosa) Neues Fußgänger-Warnsignal
 Ehrung für Karikaturisten Sokol und Prof. Scheib
 Ehrung für Gemeindebedienstete
 Wettbewerb Wohnhausanlage Breitenfurter Straße
 entschieden
 Gratz: Zwang zur Ablieferung von Giftstoffen nötig
 Veleta: Lager der EBS werden bewacht
 Schieder: Katastrophenhilfegesetz bietet Schutz
 und Hilfe

Politik: (rosa) Gratz: ÖVP-Ablehnung der Stadterneuerung
 unverständlich
 Hatzl: ÖVP will von ihrem Anti-Wohnbaubeschluß
 ablenken

"Zeig Herz - hilf mit!": Bedeutend mehr Pflegekinder in Wien

Lokal: (orange) Die Rettung im Jänner
Bisherige Schneemenge in Wien: 122 cm

Kultur: (gelb) Kunst im Cafe

Nur über FS: 1.3. Achtjährige in Mauerbach ertrunken
2.3. Zimmerbrand
100jähriger Geburtstag in Döbling
Hund im Eis eingebrochen - gerettet

.....
Bereits am 1. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Initiativantrag auf Änderung des Parkometergesetzes

Utl.: In Zukunft sollen nur gebührenfreie Kurzparkzonen
gekennzeichnet werden

=++++

14 Wien, 1.3. (RK-KOMMUNAL) In der letzten Sitzung des Wiener Landtags am 26. Februar wurde ein Initiativantrag auf Änderung des Parkometergesetzes eingebracht. Dieser Antrag sieht vor, daß in Zukunft Kurzparkzonen, in denen gezahlt werden muß - das sind derzeit alle blauen Zonen in Wien - nicht mehr durch ein eigenes Schild "Abstellen von mehrspurigen Fahrzeugen nur gegen Entgelt" gekennzeichnet werden. Nur wenn der Gemeinderat einzelne Kurzparkzonen von der Abgabepflicht und damit vom Zahlen ausnimmt, sollte dies durch eine neue Hinweistafel "Gebührenfreie Kurzparkzone" ersichtlich gemacht werden.

Diese zunächst umständlich anmutende Maßnahme wurde wegen eines Verwaltungsgerichtshof-Erkenntnisses vom Oktober 1981 notwendig: der Verwaltungsgerichtshof untersagte, das Zusatzschild "Abstellen von mehrspurigen Fahrzeugen nur gegen Entgelt" auf Straßenverkehrszeichen anzubringen. Man hätte nun in Ausführung dieses Verwaltungsgerichtshofurteils für jedes Zusatzschild eine eigene Hinweistafel mit Pfosten aufstellen müssen, was sicherlich zu einer bedeutenden Vermehrung des "Schilderwaldes" geführt hätte. Daher nun der Versuch des umgekehrten Weges, die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen nicht zu kennzeichnen und eventuelle, nicht gebührenpflichtige mit einem eigenen Hinweisschild zu versehen.
(Schluß) sei/gg

NNNN

Neues Fußgänger-Warnsignal

=++++

2 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Ein neuartiges elektronisches Signal macht seit Dienstag Autofahrer, die von der Felderstraße beim Rathaus nach links in die Landesgerichtsstraße abbiegen, darauf aufmerksam, daß die gleichzeitig auf einem Schutzweg die Fahrbahn der Landesgerichtsstraße überquerenden Fußgänger Vorrang haben. Die elektronische Anzeigentafel zeigt abwechselnd ein Fußgängersymbol und das Verkehrszeichen "Achtung - Gefahr" (ein auf der Basis stehendes Dreieck mit einem Rufzeichen).#

Bei der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten), die dieses neue Verkehrszeichen entwickelt hat, erhofft man sich davon eine erhöhte Aufmerksamkeit der herannahenden Autofahrer und damit mehr Sicherheit. Die neue elektronische Anzeigentafel wird an der Kreuzung Felderstraße/Landesgerichtsstraße erstmals versuchsweise eingesetzt. Die MA 46 ersucht die Verkehrsteilnehmer, ihre Meinung zu dem neuen Verkehrszeichen mitzuteilen (Telefon: 83 66 16/327). (Schluß) ger/bs

NNNN

Bedeutend mehr Pflegekinder in Wien (1)

=++++

4 #Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" feststellte, konnten im Jahr 1981 in Wien um 134 Kinder mehr als im Vorjahr an Pflegefamilien vermittelt werden. Insgesamt waren es 338 Kinder, denen 1981 durch das Jugendamt die Erziehung in einer Pflegefamilie ermöglicht wurde. Erfreulich ist dabei die Tatsache, daß rund 75 Prozent dieser Kinder in Wien verbleiben konnten, 15 Prozent kamen nach Niederösterreich und nur 10 Prozent wurden zu Pflegefamilien in weiter entfernte Bundesländer vermittelt.#

Zwtl.: Mehr Direktvermittlungen ohne Heimaufenthalt

Ein weiterer Erfolg der Bemühungen des Jugendamtes ist es, daß die Zahl der Direktvermittlungen zu Pflegeeltern bedeutend gesteigert werden konnte. So wurden 167 Kinder ohne dazwischenliegenden Heimaufenthalt bei Pflegefamilien untergebracht.
(Forts.) emw/gg

NNNN

Zeig Herz-hilf mit!



Bedeutend mehr Pflegekinder in Wien (2)

Utl.: Förderung von Pflegefamilien intensiviert

=++++

5 Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Um die Wiener Pflegefamilien bei ihrer schönen aber auch schweren Aufgabe zu unterstützen, wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt.

- o Die Einrichtungen von Pflegeelternrunden (derzeit sechs in Wien), die dem Erfahrungsaustausch dienen
- o die Betreuung der Pflegefamilien durch ein qualifiziertes Pflegestellenteam,
- o Information aller Pflegeeltern durch "Pflegeelternbriefe"
- o Wochenendseminare für Pflegeeltern
- o enge Zusammenarbeit mit Pflegefamilienvereinen
- o verstärkte Werbung für Pflegefamilien, so auch im Rahmen der Aktion "Zeig Herz - hilf mit!"

Wie Wiens Familienstadträtin, Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, betonte, ist das Jugendamt der Stadt Wien bestrebt, jenen Kindern, deren Herkunftsfamilien infolge verschiedenster Probleme der Erziehung nicht gewachsen sind, die Vorteile der familiären Erziehung zu erhalten.

Dazu benötigt das Jugendamt die Mitarbeit interessierter Familien, die bereit sind, einem Pflegekind in ihrer Familie Platz, Zeit und Liebe zu geben.

Nähere Auskünfte erteilen alle Wiener Bezirksjugendämter.
(Schluß) emw/gg

NNNN



Kunst im Cafe

Utl.: Literatur, Konzert und Galerie

=++++

6 #Wien, 2.3. (RK-KULTUR) Kunst und Cafe gehören in Wien seit jeher zusammen. Darum präsentiert der Klub der Wiener Kaffeehausbesitzer auch 1982 gemeinsam mit dem Kulturamt der Stadt Wien die Aktion "Kunst im Cafe" mit Konzerten, Literaturveranstaltungen und Ausstellungen. Premiere war am Montag im Cafe Miljö: Schauspieler des Volkstheaters lasen aus dem Stück "Zwischen Ebbe und Flut" von Gerlinde Obermeir und der Dramatisierung von "Der Mai ist vorbei" von Peter Henisch.#

Damit wurde auch eine Neuerung im Rahmen der "Kunst im Cafe" vorgestellt, die "Dramatik im Miljö": einmal im Monat wird ein prominenter Autor einen Debütanten vorstellen. Schauspieler des Volkstheaters werden weiterhin für die Lesungen zur Verfügung stehen.

Weitere Lesungen gibt es in den Cafes Eiles, Alte Backstube, Sperl, Pavillon und Galerie Cafe beim Auersperg. Die Liste der Autoren reicht von Gertrud Fussenegger, Lotte Ingrisch, Christine Busta und Barbara Frischmuth bis zu Peter Rosei, Milo Dor, György Sebestyen und Günther Unger.

Musik ist täglich im Cafe Schwarzenberg, Cafe St. Stephan und dem Cafe im Palais Auersperg zu hören. In einer Reihe weiterer Kaffeehäuser wird an bestimmten Wochentagen musiziert.

Die Galeriecafes bieten schließlich der bildenden Kunst ein zusätzliches Forum für Ausstellungen. Der Prospekt mit genauen Informationen über die "Kunst im Cafe" ist in der Stadtinformation im Rathaus erhältlich. (Schluß) gab/bs

NNNN

Ehrung für Gemeindebedienstete

=++++

8 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ überreichte am Dienstag an drei in den Ruhestand getretene hohe Gemeindebedienstete - Bestattungsdirektor Dr. Hans JERUSALEM, E-Werks-Direktor Dipl.-Ing. Arnold POPPER und den Chef der MA 48 Dipl.-Ing. Ludwig SEITL - sowie an den Bundeschefarzt des Roten Kreuzes Primarius Dr. Heinz Peter SLATIN hohe Auszeichnungen des Landes Wien. #

Gratz dankte den Geehrten für ihren Einsatz im Dienste der Mitmenschen. Sie haben auf ihren Gebieten wesentliche Beiträge dazu geleistet, daß die Versorgungs-, Dienstleistungs- und Hilfseinrichtungen in unserer Stadt funktionieren - so gut funktionieren, daß diese Dienste als selbstverständlich zur Kenntnis geommen werden.

Die drei in den Ruhestand getretenen Gemeindebediensteten erhielten das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, der Rotkreuz-Chefarzt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

An der Ehrung nahmen auch die Stadträte Franz NEKULA, Ing. Fritz HOFMANN und Josef VELETA sowie Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION teil. (Schluß) sti/bs

NNNN

Die Rettung im Jänner

Utl.: Vor allem Herzerkrankungen und Unfälle

=++++

9 #Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Der Großteil der Einsätze des städtischen Rettungsdienstes im Jänner dieses Jahres betraf Interventionen nach Verkehrsunfällen und bei akutem Herzalarm. Dies ist dem Dienstag veröffentlichten Bericht zu entnehmen. Insgesamt leisteten die Ärzte und Sanitäter der Rettung in diesem Monat bei 4651 Ausfahrten in 4542 Fällen "Erste Hilfe". Davon gab es unter anderem Einsätze bei 2602 akut Erkrankten, 349 sogenannten Herzalarmpatienten und 1798 verletzten Personen.#

Den stärksten Anteil bei den Verletzten hatten die Verkehrsunfälle mit über 400 verletzten Personen, gefolgt von 82 Arbeitsunfällen und 54 Sportunfällen. Ferner mußte die Rettung im Jänner bei 51 Selbstmordversuchen intervenieren, wobei in 16 Fällen die Hilfe bereits zu spät kam. Darüber hinaus wurde die Hilfe der Rettung aber auch bei einer Geburt in Anspruch genommen und durch das Personal Geburtshilfe geleistet.

Der Krankenbeförderungsdienst transportierte 5676 Patienten und legte dabei 63.369 km zurück. An das Wiener Rote Kreuz wurden 646 Einsätze, an den Arbeiter-Samariter-Bund 282 Einsätze abgegeben. (Schluß) zi/ap

NNNN

Gratz: Ehrung für Karikaturisten Sokol und Prof. Scheib

=++++

10 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Als Anerkennung für ihre langjährige Arbeit, die vielen Menschen Freude bereitet hat, überreichte Bürgermeister Leopold GRATZ am Dienstag Erich SOKOL und Prof. Dr. Wilfried SCHEIB die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold.#

Nicht für Verdienste um den Wiener Magistrat oder den Gemeinderat wurden diese Ehrenmedaillen verliehen, erklärte Gratz, sondern als Dankeschön im Namen der Wienerinnen und Wiener. Erich Sokol, 1933 in Wien geboren, trat vor allem durch seine Gebrauchsgrafik hervor und hat bei der Wiener Bevölkerung große Popularität als Zeitungskarikaturist erlangt.

Prof. Dr. Wilfried Scheib, ein geborener Linzer, ist als Publizist, Pädagoge, Musikreferent im österreichischen Rundfunk sowie in anderen Funktionen erfolgreich für die Verbreitung ernster Musik tätig. Mit seinem Schaffen hat er wesentlichen Anteil am internationalen Ruf Wiens als Stätte der Musikpflege.

An der Überreichung der Ehrenmedaillen nahm Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK teil.

(Schluß) en/ap

NNNN

Wettbewerb Wohnhausanlage Breitenfurter Straße entschieden (1)

Utl.: Chance für junge Architekten

=++++

11 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Im geladenen Architektenwettbewerb, mit dem Entwürfe für ein Wohnbauprojekt der Stadt Wien in der Breitenfurter Straße gewonnen werden sollten, ist die Entscheidung gefallen: den ersten Rang erreichte Arch.Dipl.-Ing. Hedy WACHBERGER und Mitarbeiter, den zweiten Arch. Prof. Dipl.-Ing. Robert KRIER und Mitarbeiter, den dritten Arch. Dipl.-Ing. Peter GEBHART. Diese drei Preisträger werden nun mit der eigentlichen Hochbauplanung beauftragt. Vorgesehen sind an die 290 Wohnungen. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER stellte das Wettbewerbsergebnis Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters vor.#

Wie Stadtrat Wurzer weiter ausführte, soll es künftig - wie bei dem Projekt für die Breitenfurter Straße - für die Planung größerer städtischer Wohnhausanlagen "geladene Wettbewerbe" geben. Diese Vorgangsweise soll, so Stadtrat Wurzer, für junge Architekten ein Ansporn sein, neue und attraktive Ideen für den sozialen Wohnbau einzubringen. Damit soll eine breitere Streuung der Auftragsvergaben und eine noch größere Qualität der Wohnbebauung erreicht werden.

Die Teilnehmer an den Wettbewerben erhalten einen Beitrag zu den ihnen entstandenen Kosten. Die Attraktivität für die Teilnahme liegt in der Chance, an der nachfolgenden Realisierungsplanung mitzuwirken.

Alle sechs Projekte werden vom 8. bis 15. März im Festsaal des Magistratischen Bezirksamts für den 23. Bezirk, Perchtoldsdorfer Straße 2, jeweils Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr gezeigt.

Die weiteren Teilnehmer an diesem Wettbewerb: Arch. Mag. Eduard NEVERSAL und Mitarbeiter, Arch. Dipl.-Ing. Gerhard LISCHKA und Mitarbeiter, sowie Arch. Dipl.-Ing. Ernst H. HUSS und Mitarbeiter.

(Forts.) and/bs

Wettbewerb Wohnhausanlage Breitenfurter Straße entschieden (2)

=++++

12 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Der Jury gehören an: Arch. Dipl.-Ing. Reinhard MEDEK (Vorsitzender) als Vertreter der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland und Senatsrat Dipl.-Ing. Walter BRAUN (Vorsitzender-Stellvertreter) als Vertreter des Auslobers. Weitere Vertreter des Auslobers: Gemeinderat Franz ROSENBERGER und Gemeinderat Dr. Peter MAYR, Senatsrat Arch. Ing. Mag. Rudolf KOLOWRATH und Senatsrat Dipl.-Ing. Johann FÜRNKRANZ. Zweiter Vertreter der Ingenieurkammer war Arch. Prof. Mag. Johann GSTEU.

Das Preisgericht einigte sich auf Grund der eingereichten Projekte auf folgende Punkte, die bei der Reihung der Projekte zugrundezulegen sind und als Empfehlung an den Auslober ausgesprochen werden:

"Die städtebauliche Eingliederung - unter Berücksichtigung der umgebenden Bebauung und der sonstigen städtebaulichen Anknüpfungspunkte (Fußwegrelationen etc.) - ist zu beachten.

Geschlossene Bebauung zur Breitenfurter Straße ist anzustreben.

Einbeziehung des Uferbereiches in die Bebauungsstruktur gegen Süden zur Liesing.

Schaffung von differenzierten inneren Freiflächen.

Es sollte eine Zentrumsbildung mit Einrichtungen zur Versorgung des täglichen Bedarfs angestrebt werden."

Das geplante Kindertagesheim soll sich nach den Vorstellungen der Jury in enger Verbindung mit den im Bereich des Aquädukts freizuhaltenden Abstandsflächen befinden. Anzustreben ist eine geschlossene Bebauung östlich des Viadukts entlang der Breitenfurter Straße. Im westlichen Grundstücksteil erscheint die Situierung der vorgesehenen Jugendspielfläche günstig.

Das Projekt des ersten Preisträgers, das diesen Vorstellungen am nächsten kommt, wurde von der Jury als Leitprojekt bezeichnet.
(Forts.) and/gg

Wettbewerb Wohnhausanlage Breitenfurter Straße entschieden (3)
Utl.: Noch heuer Wettbewerb für Gürtelbrücke über die Zeile und
altes AKH

=++++

13 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Wurzer kündigte an, daß noch heuer Wettbewerbe für den Bereich der "Brücke über die Zeile" im Zuge der künftigen U-Bahn-Linie U 6 und für das Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses ausgeschrieben werden.

In Zukunft sollen bei allen Wettbewerben auch Mitglieder des Gemeinderates als Sachpreisrichter beigezogen werden, damit in der Jury auch jene vertreten sind, die schließlich über die Realisierung zu entscheiden haben, ergänzte Wurzer. (Schluß) and/gg

NNNN

Bisherige Schneemenge in Wien: 122 Zentimeter

Utl.: Trotzdem deutliche Verminderung des Salzverbrauchs

=++++

14 #Wien, 2.3. (RK-LOKAL) Mit dem heurigen Winter war nicht zu spaßen: er bescherte in Wien Schnee mit einer bisherigen Gesamthöhe von 122 Zentimeter - im Vorjahr waren es "nur" 106 Zentimeter gewesen. Neben den laufenden Kosten der MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) mußten noch zusätzlicih 170,5 Millionen Schilling aufgewendet werden.#

Im Rahmen des Winterdienstes 1981/82 waren, wie Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, bisher 47 planmäßige Ausfahrten sämtlicher Fahrzeuge zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung notwendig. Dabei mußten 53.368 Tonnen Streuriesel und 10.460 Tonnen Salz auf die Verkehrsflächen gebracht werden. Aus Gründen des Umweltschutzes wurde der Salzverbrauch gegenüber dem Winter 1980/81 entsprechend vermindert: im Vorjahr belief sich die Salzstreuung auf 12.960 Tonnen.

Aus dem Zwischenbericht des Winterdienstes geht weiter hervor, daß bisher rund 271.000 Kubikmeter Schnee abgeführt wurden. Das ist mehr als doppelt soviel als im vorigen Winter, in dessen Verlauf nur 111.000 Kubikmeter Schnee beseitigt werden mußten. (Schluß) we/bs

NNNN

Gratz: ÖVP-Ablehnung der Stadterneuerung unverständlich

=++++

16 #Wien, 2.3. (RK-POLITIK) "Es war für mich ein Schock und eine Überraschung, daß auch die Wiener ÖVP-Bundesräte die Gesetze für zusätzliche Wohnbauten und für eine verstärkte Stadterneuerung beeinsprucht haben", erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ am Dienstag in seinem Pressegespräch. Diese Gesetze hätten gerade Wien sehr viel gebracht: Von den 5.000 zusätzlichen Wohnungen wären 1.390 in Wien gebaut worden, von der zusätzlichen Milliarde für Stadterneuerung wären 350 Millionen Wien zugute gekommen. Die ÖVP präsentiert sich als Advokat der Stadterneuerung und hat auch den Wohnbau wieder entdeckt - aber in der Praxis lehnt sie entsprechende Vorschläge ab".#

Gratz unterstrich, daß durch diese Haltung der ÖVP die beiden Gesetze verzögert, aber nicht verhindert werden können. "Der Nationalrat wird selbstverständlich einen Beharrungsbeschluß fassen und die Gesetze werden damit in Kraft treten. Aber die betreffenden Maßnahmen, die für die Sicherung der Arbeitsplätze so große Bedeutung haben, werden infolge der unverständlichen Haltung der ÖVP um einige Wochen später wirksam werden. Ich werde jedenfalls bei der Gemeinderatssitzung am 12. März dafür sorgen, daß die ÖVP aus der politischen Verantwortung für diese Vorgangsweise nicht entlassen wird". (Schluß) sti/bs

NNNN

Hatzl: ÖVP will von ihrem Anti-Wohnbaubeschluß ablenken

=++++

17 Wien, 2.3. (RK-POLITIK) Als Ablenkungsmanöver und als Ausdruck des schlechten Gewissens bezeichnete Wohnbaustadtrat Johann HATZL die Aussendung des ÖVP-Pressedienstes, in der der Zweite Landtagspräsident Fritz HAHN die Zusicherung von Wohnbauförderungsmitteln kritisiert. Tatsache ist sagte Hatzl, daß die Stadt Wien ihr Wohnbauprogramm in den letzten Jahren nicht nur erfüllt, sondern sogar in der Summe übertroffen habe und daß die Förderungsbedingungen wesentlich verbessert wurden. Für 1982 sind Förderungsmittel für 5.500 Wohnungen vorgesehen und zwar unabhängig davon, wieviele Wohneinheiten im Wohnbauförderungsbeirat positiv begutachtet sind. Dieses Wohnbauprogramm wird auch 1982 zuverlässig erfüllt. Durch das Sonderwohnbauprogramm der Bundesregierung können in Wien nun zusätzlich 1.500 Wohnungen errichtet werden. Gegen diese Zusatzleistung sowie gegen mehr Beschäftigung im Hochbau aber auch gegen tausend Wohnungssuchende hat jedoch die ÖVP gestimmt, sagte Hatzl. (Schluß) ba/ap

NNNN

Velta: Lager der EBS werden bewacht (1)

=++++

19 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Zu Anfragen im Verlauf des Bürgermeister-Pressegesprächs wegen der Lagerung von Sondermüll auf dem Gelände der EBS nimmt Stadtrat Josef VELETA wie folgt Stellung:

"Wie ich bereits während der Sitzung des Gemeinderats am 26. Februar mitteilte, wurde von einer Kommission festgestellt, daß die Lagerung keine schädlichen Auswirkungen hat. Vorsorglich wurden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus habe ich angeordnet, daß eine Bewachungsfirma mit der Bewachung des Lagers sowohl auf dem Gelände der EBS als auch in der Alberner Hafenzufahrtsstraße beauftragt wird.

Mit der Lagerung von Fässern für die Sondermüllverwertung durch die EBS wurde bekanntlich bereits vor Betriebsaufnahme begonnen. Wegen Anlaufschwierigkeiten konnte das Zwischenlager kurzfristig nicht abgebaut werden. Ein Verbrennungsofen mußte Anfang Februar stillgelegt werden. Unglücklicherweise war ein zweiter Ofen ebenfalls außer Betrieb, weshalb die Sondermüllverbrennung eingestellt werden mußte. Obwohl derzeit keine Verbrennung erfolgt, wird das Faßlager durch Absaugen abgebaut. Nach erfolgter Reparatur wird ein Ofen voraussichtlich Mitte März wieder in Betrieb gehen.
(Forts.) we/bs

NNNN

Veleta: Lager der EBS werden bewacht (2)

=++++

20 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Soweit die Fässer nicht in flüssigkeitsdichten Wannen stehen, wird die Lagerfläche flüssigkeitsdicht ausgestaltet. Diese Tätigkeit wird innerhalb von sechs Wochen abgeschlossen sein. Gleichzeitig werden die flüssigen und pastösen Stoffe in Behälter abgesaugt und wird die Zahl der Fässer auf der Lagerfläche vermindert. Mit der Aufarbeitung der Fässer kann bis Ende des heurigen Jahres gerechnet werden. Nach der Aufarbeitung der Fässer auf der Lagerfläche wird mit der Abarbeitung der in den Lagerbecken aufbewahrten Behälter begonnen. Durch organisatorische Maßnahmen wird dafür gesorgt werden, daß künftig immer ein Verbrennungsofen in Betrieb ist. Nach erfolgtem Abschluß der genannten Maßnahmen werden auch wieder Zwischenlagerflächen zur Verfügung stehen. (Schluß) we/bs

NNNN

Gratz: Zwang zur Ablieferung von Giftstoffen nötig

=++++

21 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Einen gesetzlichen Zwang zur Ablieferung von Giftstoffen forderte Bürgermeister Leopold GRATZ Dienstag in seinem Pressegespräch zur Frage der Sondermüllbeseitigung. Es sei wesentlich besser, Sondermüll - nach Beseitigung von Schwachepunkten in den EBS - in der Anlage in Simmering zu vernichten, bevor Sonderabfälle im Produktionsbetrieb verblieben und dort unkontrolliert beseitigt werden, sagte Gratz.

Zwtl.: Schieder: Entsorgung besser als versickern

"In ganz Österreich, in ganz Europa entstehen Gifte als Abfallprodukt bei der Erzeugung auch von Gütern des täglichen Bedarfs. Diese Materie muß geregelt werden, wie es das Land Wien ja 1975 mit einem Sondermüll-Beseitigungsgesetz tun wollte. Eine geordnete Deponie als Vorbereitung zur sauberen, umweltfreundlichen Vernichtung von Sondermüll ist jedenfalls wesentlich besser als Giftmüll, der einfach im Kanal verschwindet oder im Boden versickert", meinte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER dazu.#

Man solle nicht so ungerecht sein, aus der Tatsache, daß sich Wien um die Entsorgung dieser Stoffe bemühe, Vorwürfe zu machen, sagte Schieder weiter. Schlechte Lagerung sei sicher nicht zu entschuldigen, man müsse jedoch nicht generell denjenigen verdammen, der - im Gegensatz zu anderen Ländern - zur Entsorgung überhaupt bereit sei.

Wien hat bekanntlich mit einem Sondermüll-Beseitigungsgesetz bereits 1975 versucht, diese Probleme zu regeln. Allerdings entschied damals der Verfassungsgerichtshof, daß das Land Wien dafür nicht zuständig sei. (Forts.) hs/bs

NNNN

Gratz: Zwang zur Ablieferung von Giftstoffen nötig

=++++

22 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) "Ich freue mich daher über die nunmehrigen Initiativen von Bundesminister Dr. Steyrer und hoffe, daß auch die anderen Länder bereit sind, Kompetenzen abzugeben, um die Frage der Sonderabfälle zu regeln", erklärte Wiens Umweltstadtrat dazu.

Bei den heutigen EBS, die aus einer Privatfirma entstanden sind, arbeitet die Stadt Wien jetzt die von früher stammenden Bestände auf. Darunter befinden sich auch einige Fässer, deren Inhalt nicht bekannt ist. Derzeit werden - bis die Öfen der EBS wieder funktionieren - keine neuen Sonderabfälle angenommen. Auch erhielten die EBS einige Auflagen zur zusätzliche Absicherung ihrer Deponie, u. a. eine Plastikfolie, auf der die Fässer gelagert werden, und eine Art Stuttgarter Schwellen als Abdeckung gegen das Erdreich.

"Die Stadt Wien bemüht sich, die Beseitigung des Sondermülls ordentlich durchzuführen", betonte Schieder dazu. "Die Aufarbeitung des derzeit lagernden Giftabfalls wird sicher längere Zeit dauern, da die früher private Firma aus ganz Europa Sondermüll ankaufte, um Gewinne zu machen. Damals allerdings hat sich niemand gerührt, als die Privatfirma Gifte des Profits wegen kaufte. Was wir jetzt versuchen, ist, die Situation in Ordnung zu bringen, die Sonderabfälle ordentlich zu lagern und zu vernichten". (Schluß)
hs/bs

NNNN

Schieder: Katastrophenhilfegesetz bietet Schutz und Hilfe

=++++

23 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) "Der Großteil dessen, was unter Zivilschutz verstanden wird, wurde vom Land Wien schon vor Jahren im Katastrophenhilfegesetz geregelt": das betonte Feuerwehrstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeister zu entsprechenden Angriffen der SPK-Partei.#

So sind außer dem Katastrophenhilfegesetz samt Ausführungsbestimmungen auch der Katastrophenschutzplan mit Krisenstab vorhanden. Der allgemeine Einsatzplan, detaillierte Einsatzpläne für alle denkbaren Arten von Katastrophen - vom Öleinsatz über Hochwasser bis zu Schadstoffalarm oder Erdbeben - sind vorhanden bzw. werden erarbeitet oder überarbeitet. Der Alarmplan oder die ständigen Übungen der Wiener Feuerwehr gemeinsam mit Freiwilligen Feuerwehren gehören ebenso zum Katastrophenschutz wie die Auflistung der Organisationen, die im Notfall Unterstützung leisten. Ebenso wurde untersucht, wo für den Katastropheneinsatz notwendige Geräte - Baumaschinen usw. - vorhanden sind. Bei den Vorbereitungen für einen eventuellen Skylab-Absturz über Österreich wurden im Rahmen einer Übung zusätzlich Verständigungsmöglichkeiten und Maßnahmen in einer Krisensituation erprobt.

Außerdem werden die Wienerinnen und Wiener heuer im Frühjahr in einer Informationsbroschüre, die an alle Haushalte geht, über Verhaltensmaßnahmen im Katastrophenfall informiert.

Zur Frage der Bezirkskommissionen des (privaten) Zivilschutzverbands erklärte Schieder, der auch Präsident des Wiener Zivilschutzverbands ist, daß diese Gremien gemeinsam mit dem Bezirks-Katastrophenkommissionen entstehen sollten. Hier werde jedoch noch eine Regelung gesucht, um auch der FPÖ die Teilnahme an diesen Kommissionen zu ermöglichen.

Wie Schieder weiter betonte, werde der österreichische Zivilschutzverband heuer eine interne Enquete über Schutzräume durchführen. (Schluß) hs/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 3. März 1982

Blatt 601

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Mayr zu ÖAMTC-Pressegespräch über Kurzparkzonen
 (grau)

Kommunal:

(rosa)

Neuer Flächenwidmungsplan für Simmering
 Gute Zusammenarbeit zwischen Baubehörde und
 Bauinnung
 Greuelmärchen um Reichsbrücke
 Rechenzentrum: Bereits 160 Großprojekte
 Hinweistafeln für Kurzparkzonen werden entfernt

Nur

Über FS: 2.3. "Häuserl am Berg" abgebrannt
 3.3. Aus defekter Rohrleitung floß Öl in die Liesing
 Erst in Schule eingebrochen, dann Brand gelegt
 Wieder "Langer Donnerstag"
 Tanz '82 auch in der spanischen Reitschule

.....
Bereits am 2. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr zu ÖAMTC-Pressegespräch über Kurzparkzonen (1)

=++++

24 #Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) Zu einer heute, Dienstag, vom ÖAMTC abgehaltenen Pressekonferenz erklärte Finanzstadtrat Hans Mayr der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

1. Die Wiener Parkometerabgabe ist nach wie vor rechtswirksam.
2. Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes gilt nur für den Einzelfall und setzt die Parkometerabgabe nicht außer Kraft.
3. Die Durchführung des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes würde in der Praxis bedeuten, daß in Wien tausende neue Schilder aufgestellt werden müßten, ohne daß der Kraftfahrer einen Nutzen davon hätte.
4. Es wurde daher am 26. Februar im Wiener Landtag ein Initiativantrag eingebracht, der eine Lösung anstrebt, die dem Verwaltungsgerichtshof entspricht, jedoch zu keinem neuen Schilderwald führt: in Zukunft sollen nur Kurzparkzonen, die gebührenfrei sind, besonders gekennzeichnet werden. Es wäre dies eine Umkehr des gegenwärtigen Systems, das derzeit die entgeltlichen Kurzparkzonen besonders kennzeichnet.
5. Die neue Regelung könnte im April dieses Jahres rechtswirksam werden.
6. Es verwundert, daß der ÖAMTC nun die Kraftfahrer aufruft, die Kurzparkzonenregelung zu negieren. Diese Kampagne ist sicher nicht zum Nutzen der Kraftfahrer, da dadurch das allseits anerkannte System der entgeltlichen Kurzparkzonen ohne ersichtliche Vorteile - eine Neuregelung tritt in wenigen Wochen in Kraft - in Schwierigkeiten gebracht werden könnte. # (Forts.) sei/bs

.....
Bereits am 2. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr zu ÖAMTC-Pressegespräch über Kurzparkzonen (2)

Utl.: Gratz: Mißverständene Interessenvertretung

=++++

26 Wien, 2.3. (RK-KOMMUNAL) In seinem Pressegespräch auf die Haltung des ÖAMTC angesprochen meinte Bürgermeister Leopold GRATZ, hier liege ein klarer Fall von mißverständener Interessenvertretung vor. Die Kurzparkzonen wurden nicht eingeführt, um zusätzliche Einnahmen zu erschließen, sondern um die Parkplatzfrage besser zu regeln. Es war das Ziel, in Bedarfsgebieten Parkplätze für kurzfristige Besorgungen und Wege zu sichern. Das fand die Zustimmung und Unterstützung des ÖAMTC. Seine jetzige Haltung ist deshalb unverständlich, weil die dahin tendiert, die Situation für die Autofahrer zu verschlechtern. (Schluß) st1/ap

NNN

Neuer Flächenwidmungsplan für Simmering

=++++

3 #Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Neue Wohnungen auf den ehemaligen Simmering-Graz-Pauker-Gründen an der Simmeringer Hauptstraße, ein neuer Fußweg "Am Kanal", Vorsorge für die künftige Trasse der U 3 - das sind einige Details aus einem neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, dessen Entwurf nun fertiggestellt wurde. #

Der Planentwurf (Plannummer 5725) liegt vom 4. März bis 1. April während der Amtsstunden Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. An den "langen Donnerstagen" besteht zusätzlich auch zwischen 15.30 und 17.30 Uhr die Möglichkeit, sich zu informieren und eine Stellungnahme abzugeben.

Das Plangebiet erstreckt sich beiderseits der Simmeringer Hauptstraße, begrenzt durch eine Straße nördlich der Autobahntrasse, weiters der Rinnböckstraße, der Rautenstrauchgasse und der Lebergasse.

Auf dem Grundstück der SGP Ecke Simmeringer Hauptstraße/Geystraße soll künftig die Widmung "Gemischtes Baugebiet, Bauklasse IV" gelten. Diesem Bereich wird die Inbetriebnahme der Flughafen-Autobahn besonders zugutekommen, die sicher zu einer Verkehrsentslastung der Simmeringer Hauptstraße führen wird. In dem in Richtung stadtwärts angrenzenden Gebiet soll weiterhin die Widmung "Gemischtes Baugebiet/Betriebsbaugebiet - Bauklasse I und II (Unterbrechungsmöglichkeit in der Bauklasse I) vorgeschlagen werden. Die Straße "Am Kanal" soll in diesem Bereich zugunsten eines Fußweges aufgelassen werden. Für den bisher als "Geschäftsviertel" ausgewiesenen Bereich bei der Autobahntrasse nördlich der Simmeringer Hauptstraße soll "Gemischtes Baugebiet/Betriebsbaugebiet, Bauklasse I" ausgewiesen werden. "Geschäftsviertel" mit einer Höhenbeschränkung auf 5,5 m soll im Plangebiet auf der übrigen linken Straßenseite der Simmeringer Hauptstraße gelten. An der Rinnböckstraße sollen innere Baufluchtlinien festgesetzt werden. Vorsorge wird auch für die künftige U 3 durch Festlegung von Fundamenttiefen getroffen. (Schluß) and/bs

Gute Zusammenarbeit zwischen Baubehörde und Bauinnung

Utl.: Aussprache Planungstadtrat Wurzer - Innungsmeister Hutschinski
=++++

4 #Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Für eine konstruktive Zusammenarbeit zur raschen Erledigung von Bauansuchen sprachen sich Planungsstadtrat Univ. Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bau-Innungsmeister Dipl. Ing. Werner HUTSCHINSKI aus. Anlaß für das Gespräch, zu dem der Planungsstadtrat eingeladen hatte, war eine Aussendung des Innungsmeisters, in der dieser verlangt hatte "endlich die vielen unerledigten Bauansuchen rasch zu bearbeiten und durch Baugenehmigungen zu erledigen." Hutschinski sagte, er habe seine Aussendung nicht als Kritik an der Baupolizei verstanden wissen wollen, sondern eher als Unterstützung zur Aufstockung des Personalstandes und für die weitere Durchführung der Reorganisation der Baupolizei.#

Hutschinski und Wurzer kamen überein, einen ständigen Kontakt in dieser Angelegenheit mit der gewerblichen Wirtschaft für Wien aufrechtzuerhalten und Probleme bei der Erledigung von Bauansuchen in grundsätzlichen Gesprächen zu erörtern. Der Innungsmeister bezeichnete den "langen Donnerstag" als wertvolle neue Einrichtung, für deren Publizierung er in seinem Bereich zusätzlich sorgen werde.

In der Besprechung, an der auch der Leiter der Gruppe Baupolizei der Stadtbaudirektion und Leiter der Baubehörde, Senatsrat Dipl. Ing. Herbert BECHYNA, teilnahm, kam auch zur Sprache, daß die Erledigung von Bauansuchen gelegentlich auch deshalb länger als unbedingt notwendig verzögert wird, weil nicht gleichzeitig mit dem Ansuchen alle erforderlichen Unterlagen beigebracht werden. Auch nehmen die Anrainereinwände, die in der Bauverhandlung berücksichtigt werden müssen, in letzter Zeit aus den verschiedensten Gründen zu, was ebenfalls einer raschestmöglichen Erledigung entgegensteht.

Die Baubehörde möchte künftig zur Beschleunigung der Ausfertigung von Bescheiden vermehrt Textverarbeitungsmaschinen einsetzen.

(Schluß) and/ap

Greuelmärchen um Reichsbrücke

=++++

9 #Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Von verschiedenen Seiten wurde in den letzten Tagen ein Greuelgerücht über die Reichsbrücke an die Stadtverwaltung herangetragen. Ein Anrufer behauptete gegenüber mehreren Wiener Tageszeitungen, daß die U-Bahn aus statischen Gründen nicht mit normaler Geschwindigkeit über die neue Reichsbrücke werde fahren können. Wie die "RATHAUSKORRESPONDENZ" nach Rücksprache mit dem zuständigen Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN, der Direktion der Wiener Verkehrsbetriebe und der Brückenbauabteilung des Magistrats erfährt, ist dieses Gerücht vollkommen aus der Luft gegriffen. Dahinter steckt nicht einmal ein "Körnchen Wahrheit".#

Was den Anrufer zu seiner Behauptung veranlaßt hat, ist vollkommen rätselhaft. Ebenso vollinhaltlich wird das Gerücht von den Projektanten der neuen Reichsbrücke, Prof. Dipl.-Ing. Dr. POPPER und Prof. Dipl.-Ing. Dr. SCHICKL, sowie dem mit der Überprüfung des Detailprojektes beauftragten unabhängigen Ingenieurbüro Pauser (Prof. Dipl.-Ing. Dr. Alfred PAUSER - Dipl.-Ing. Peter BIBERSCHICK - Dipl.-Ing. Karl BESCHORNER) dementiert. (Schluß) red/gg

NNNN

Rechenzentrum: Bereits 160 Großprojekte (1)

=++++

10 #Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Seit zwei Jahren ist die MD-ADV, die Automatische Datenverarbeitung der Gemeinde Wien, im neuen Rechenzentrum beheimatet. Seit ihrem kleinen Beginn im Jahr 1968 ist diese Abteilung auf 330 Mitarbeiter angewachsen und hat derzeit 160 Großprojekte, darunter die gesamte Abgaben- und Gebührenverrechnung der Gemeinde Wien, laufen. Mittwoch führte Obersenatsrat Dipl.-Ing. Lucian KOLOSEUS, der Leiter der MD-ADV, Vertreter der Presse durch die Anlage.#

Das Rechenzentrum wurde bereits ganz nach den Vorstellungen der MD-ADV konzipiert. Heute ist es nach der Leistung - allerdings nicht nach der Zahl der Mitarbeiter, was für seine Effizienz spricht - das größte Österreichs. Zusätzlich sind rund tausend Terminalstationen - Bildschirme und Drucker - in den Spitälern und Fachabteilungen installiert.

Eines der wichtigen Großprojekte ist die Herstellung eines Computerstadtplanes, der in der Maschine im Maßstab 1 : 1 gespeichert ist und im Bedarfsfall auf das gewünschte Format verkleinert werden kann. Er dient als Basis für diverse Stadtplanungsdaten - Bevölkerungsdichte, Altersstruktur, Luftverschmutzung - die auf dem Computerplan korreliert werden können.

Eines der wichtigsten Ziele der MD-ADV ist die Verwaltungsvereinfachung für den Bürger. So könnten zum Beispiel alle Amtswege, die bei einer Geburt anfallen, durch den Computer übernommen werden. Die praktische Ausführung scheidet momentan noch an der gesetzlichen Lage, an deren Anpassung an das Computerzeitalter aber schon gearbeitet wird.

Ein häufiger Vorwurf an den sogenannten "Blechtrotteln" ist seine Fehleranfälligkeit. Fehler passieren zwar, aber im Unterschied zu früher " sind sie viel leichter durchschaubar und können rascher erkannt und korrigiert werden", machte Dipl.-Ing. Koloseus auf die Vorteile des Computers aufmerksam. (Forts.) roh/gg

Rechenzentrum: Bereits 160 Großprojekte (2)

=++++

11 Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Im Hinblick auf den Datenschutz ist die MD-ADV durch Codes und Schlüsselwörter, die nur dem jeweiligen Sachbearbeiter bekannt sind, abgesichert. "Nicht einmal ich könnte mir personelle Daten aus dem Computer holen, die mich nichts angehen", erklärte Dipl.-Ing. Koloseus. Die Daten liegen im Speicher sogar viel sicherer als früher - es erfordert viele komplizierte Schritte, sie herauszuholen. Im Rechenzentrum selbst braucht man entsprechende Magnetkarten, um die Türen öffnen zu können. Immerhin haben die Großrechner allein einen Wert von ungefähr 100 Millionen Schilling. Bei Ausfällen gibt es die vertraglich abgesicherte Möglichkeit, auf andere Rechenanlagen - von Großbanken und Versicherungen - auszuweichen.

Für die 80er Jahre wollen die EDV-Fachleute eine weitere Dezentralisierung - mehr Computer in Außenstellen - anstreben, die Computer in ein einheitliches Bürosystem integrieren und die Informationsverarbeitung - die "Integration von Projekten und die Möglichkeit des Ausschöpfens ihrer Basisdateien nach den unterschiedlichen Bedarfskriterien wie Planung, Steuerung und Kontrolle", wie es im Fachjargon heißt - weiter forcieren. (Schluß)

roh/bs

NNNN

Hinweistafeln für Kurzparkzonen werden entfernt

=++++

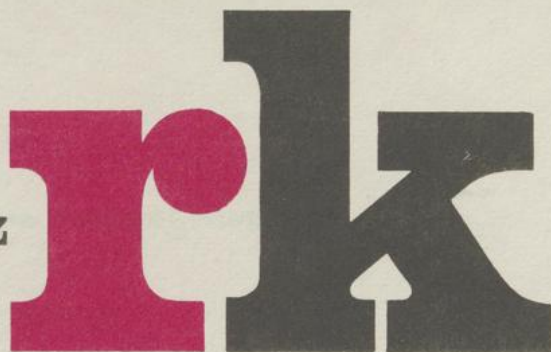
12 Wien, 3.3. (RK-KOMMUNAL) Die Hinweistafeln für die entgeltlichen Kurzparkzonen in Wien werden bis morgen, Donnerstag, 6 Uhr früh entfernt, erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR Mittwoch in einem Pressegespräch. Damit wird einem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes Rechnung getragen. Es ist bedauerlich, so Mayr, daß dieser Dienst am Autofahrer nun wegfällt, im Interesse einer funktionierenden Kurzparkregelung ist jedoch jeder Anschein einer Rechtsunsicherheit zu vermeiden.

Noch in der nächsten Woche werden sich der Finanzausschuß und der Wiener Landtag mit einer Änderung des Parkometergesetzes befassen. Geplant ist, daß in Zukunft nur mehr eventuelle gebührenfreie Kurzparkzonen besonders gekennzeichnet werden. Sollte der Wiener Landtag und die Bundesregierung am 16. März dieser Änderung zustimmen, könnte das so geänderte Parkometergesetz bereits am 17. März kundgemacht werden. An sämtlichen Ein- und Ausfahrtsstraßen Wiens werden in nächster Zeit die Autofahrer auf eigenen Hinweistafeln davon informiert werden, daß das Kurzparken in Wien entgeltpflichtig ist. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Donnerstag, 4. März 1982

Blatt 610

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Stadterneuerungskonferenz in Berlin
(rosa) Jedem Bezirk sein Jugendzentrum
Roland Jiresch gestorben

Lokal: Reges Interesse für Zeckenimpfaktion
(orange) Studentenfreikarten auch im März gültig
Ab heute keine Hinweistafeln in Kurzparkzonen

Wirtschaft: Wiener Frühjahrsmesse: Möbel und Fahrräder als
(blau) Attraktion

Nur

über FS: 4.3. Hundertjährige feiert Geburtstag
Gasrohrgebrecchen im 15. Bezirk

Reges Interesse für Zeckenimpfaktion

=++++

1 Wien, 4.3. (RK-LOKAL) Für die gegenwärtig von den Gesundheitsbehörden durchgeführte Zeckenimpfaktion herrscht reges Interesse: So wurden während der letzten vier Wochen in den Bezirksgesundheitsämtern und im Gesundheitsamt am Schottenring bereits mehr als 11.000 Impfungen durchgeführt. Das Gesundheitsamt nimmt diese erfreuliche Tatsache zum Anlaß, nochmals darauf hinzuweisen, daß diese Impfungen nur in der kühlen Jahreszeit durchgeführt werden können, in der eine Infektion durch Zecken noch nicht erfolgt sein kann. Die Möglichkeit für diese vorbeugende Immunisierung gegen die durch Zecken übertragbare Frühsommermeningitis besteht in den 19 Bezirksgesundheitsämtern Dienstag und Freitag jeweils von 9 bis 11 Uhr sowie in der Impfstelle des Gesundheitsamtes der Stadt Wien 1, Gonzagagasse 23, 2.Stock, Zimmer 215 Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Die gesamte Impfung besteht aus drei Teilimpfungen, wobei der Abstand zwischen erster und zweiter Impfung vier bis zwölf Wochen, zwischen zweiter und dritter Teilimpfung neun bis zwölf Monate betragen soll. Die Kosten der Teilimpfung betragen 180 Schilling. Nach Mitteilung der Ärzte des Gesundheitsamtes besteht nach der zweiten Impfung bereits ein Schutz für die Dauer eines Jahres. Die komplette Impfung schützt für drei Jahre. Von der Impfung ausgenommen sind Kinder im Alter unter drei Jahren sowie Personen, die gegen Hühnereiweiß überempfindlich sind. Wer innerhalb der letzten drei Wochen eine Viruskrankheit (wie z.B. Masern oder Mumps bzw. grippalen Infekt) überstanden hat, sollte gleichfalls nicht an der Impfaktion teilnehmen.

Zwtl.: Abend - Impftermine

Für Berufstätige gibt es außerdem noch Abend-Impftermine und zwar: Mittwochs in der Spezialambulanz 10, Gellertgasse 42-46 und Donnerstags in der Mutterberatungsstelle 21, Freytaggasse 32, jeweils von 17 bis 19 Uhr. Jeden ersten Donnerstag im Monat im Bezirksgesundheitsamt für den 21. Bezirk, jeden dritten Donnerstag im Bezirksgesundheitsamt für den 22. Bezirk jeweils von 15.30 bis 17.30 Uhr. (Schluß) zi/bs

Stadterneuerungskonferenz in Berlin

=++++

3 #Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) In der Woche vom 8. bis 12. März findet im Berliner Reichstag eine Konferenz statt, in der Bilanz über die 1980 in London vom Europarat eröffnete große Stadterneuerungskampagne "Städte zum Leben" gezogen werden soll. Mehr als 500 Stadtplaner, Politiker, Architekten, Beamte, Journalisten, darunter als Vizepräsident der Stadt Wien Stadtrat Peter SCHIEDER, werden über die Resultate der fast eineinhalbjährigen Kampagne beraten. #

An der Europaratskonferenz 1980 in London, die diese Kampagne initiierte, nahm auch Bürgermeister Leopold GRATZ teil. Er erklärte damals, diese Initiative sei eine Folge der sozialen und politischen Phänomene der letzten Jahre, die die Probleme um die Stadterneuerung und die Erhaltung der Lebensqualität in den Städten begleitet hätten. Eine Reihe der Möglichkeiten, die in London diskutiert wurden, ist in Wien schon in der Praxis erprobt: Die Schaffung eines Anreizes zur Modernisierung alter Wohnhäuser, die Verbesserung der Wohnqualität, die Revitalisierung von Altstadtvierteln, die Beschränkung des Individualverkehrs.

Im Rahmen der europäischen Kampagne kam es Ende 1981 auch in Wien zu einem großen Seminar. Hauptthema war die Bürgerbeteiligung an der Stadterneuerung. Dabei wurde festgestellt, daß die Beteiligung immer stärker und in immer früheren Phasen des Entscheidungsprozesses stattfindet. In vielen Gemeinden versuchte man schon, Bürgerpartizipation administrativ zu regeln.

In der Berliner Konferenz werden Berichte über fünf große Themen der Stadterneuerung vorgelegt werden: Verbesserung der städtischen Umgebung, Sanierung von Gebäuden und Wohnungen, Schaffung sozialer, pädagogischer und kultureller Aktivitäten, Entwicklung der Gemeinschaft und ihrer Partizipation, sowie die Rolle der öffentlichen Verwaltung. (Schluß) roh/gg

NNNN

Studentenfrequenzen auch im März gültig

Utl.: Entgegenkommen der Verkehrsbetriebe und des Finanzministeriums
=++++

4 Wien, 4.3. (RK-LOKAL) Zu Beginn eines Semesters kann es vorkommen, daß Studenten, deren Inskriptionsbestätigung zu spät ausgestellt wird, vorübergehend den Anspruch auf Freikarten für die öffentlichen Verkehrsmittel verlieren, da diese Karten erst nach Vorliegen der Inskriptionsbestätigung ausgestellt werden können. Um dies zu verhindern, haben die Verkehrsbetriebe nunmehr im Einvernehmen mit dem Finanzministerium beschlossen, daß Streckenfrequenzen und Netzfrequenzen für Hochschul学生 (Buchstabe H) mit dem Aufdruck II beziehungsweise II mit Schrägstrich auch in der Zeit vom 1. bis 31. März gültig sind. Eine analoge Regelung ist auch für den Beginn des Herbstsemesters vorgesehen. Dadurch wird vermieden, daß Hochschulstudenten durch später ausgestellte Inskriptionsbestätigungen ein Nachteil erwächst. Wer seine Streckenfrequenzkarte mit einer 50-Schilling-Wertmarke zu einer Netzkarte aufwertet, muß diesen Betrag selbstverständlich auch im Monat März bezahlen.

Zwtl.: Fahrschein-Rückkauf bis 25. Juni

Der Rückkauf von Fahrscheinern und Netzkarten zum alten Tarif erfolgt noch bis zum 25. Juni in der Abteilung für Tarifangelegenheiten im 6. Bezirk, Rahlgasse 3 (Montag bis Freitag von 8 bis 14.30 Uhr).

Noch bis zum 31. März ist es möglich, alte Vorverkaufsfahrscheinern und 4-Kurzstrecken-Fahrscheinern in Verbindung mit einem Ergänzungsfahrscheinern zu benutzen. (Schluß) ger/bs

NNNN

Jedem Bezirk sein Jugendzentrum (1)

=++++

5 #Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Kürzlich wurde das Jugendzentrum Alt-Erlaa eröffnet - Wiens 22. Jugendzentrum. Gemeinderat Erik HANKE, Obmann des Vereines Wiener Jugendzentren, erklärte in einem Interview mit "Wien aktuell-Wochenblatt": "Wir wollen jeden Bezirk mit einem solchen Treffpunkt ausstatten!" Derzeit gibt es noch acht Bezirke, die ohne Jugendzentrum sind. Für Döbling ist bereits eines in Bau, in der Brigittenau wird eines geplant.

Die Jugendzentren sind vielleicht die wichtigste und auch erfolgreichste Einrichtung der Wiener Jugendarbeit. Gleichzeitig mit ihnen entsteht ein neuer Beruf, den man noch in keinem Verzeichnis findet: der der Freizeitpädagogen und Animateure. Gemeinderat Hanke: "Für diese jungen Leute, die sich voll für ihre Arbeit engagieren, muß möglichst bald ein eigenes Berufsbild gefunden werden. Wir sind dabei, dieses Problem zu lösen".

Probleme gibt es auch sonst in der Jugendarbeit genug zu lösen. "Wir wollen die Stadt kinderfreundlicher machen", sagte Hanke. "Dazu gehört es auch, in der Bevölkerung eine gewisse Gesinnung zu schaffen". Neueste Aktion der Wiener Kinderfreunde auf diesem Gebiet: Die mobilen Spiel- und Kasperlbusse, die in Parks und Wohnhausanlagen unterwegs sind. Sie sind natürlich für alle Kinder frei zugänglich. Bis jetzt gibt es fünf Spielbusse. (Forts.) roh/bs

NNNN

Jedem Bezirk sein Jugendzentrum (2)

=++++

6 Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) Auch die sogenannten "Tagesmütter" sind ein Modell der Wiener Kinderfreunde, das auf Initiative der Gemeinderäte Dohnal und Hanke verwirklicht wurde. Es handelt sich dabei um Mütter, die fremde Kinder tagsüber betreuen. "Bei gezieltem Einsatz haben wir gute Erfahrungen damit gemacht. Allerdings steigt die Nachfrage nicht, da wir ohnehin eine Vollversorgung durch die Kindergärten erreicht haben. Deshalb wird derzeit nicht an einen weiteren Ausbau des Modells der Tagesmütter gedacht", erklärte Gemeinderat Hanke. Viele Mütter ziehen die ausgebildeten Pädagogen in den Kindergärten der individuellen Betreuung durch die Tagesmutter - die für sie eine Fremde ist - vor. Wer sich dafür interessiert, kann sich im Bezirksjugendamt, bei den Wiener Kinderfreunden oder im Verein für Tagesmütter beraten lassen. (Schluß) roh/ap

NNNN

Wiener Frühjahrsmesse: Möbel und Fahrräder als Attraktionen (1)

=++++

7 #Wien, 4.3. (RK-WIRTSCHAFT) 3407 Firmen aus 31 Nationen sind mit ihren neuesten Erzeugnissen auf der Wiener Internationalen Frühjahrsmesse vertreten, die vom 10. bis 14. März auf dem Messegelände im Prater stattfindet. Von den Ausstellern stammen 1833 aus Österreich und 1574 aus dem Ausland, wobei die Länder Bundesrepublik Deutschland, Italien und Frankreich am stärksten in Erscheinung treten. Unter den Ausstellern aus Übersee findet man USA, Japan, Kanada, Kuba, Venezuela und Taiwan.#

Bereits vor dem offiziellen Messebeginn, nämlich am 6. März, wird die österreichische Möbelfachmesse "möbel 82" ihre Tore öffnen; in den Hallen 1 bis 9 kann sie bis zum 9. März nur von Fachinteressenten besucht werden, um dann in einem nahtlosen Übergang allen Messebesuchern offenzustehen.

Da ab 10. März noch die Hallen 12 und 14 als Ausstellungsflächen hinzukommen, belegt die "möbel 82" insgesamt das beachtliche Flächenmaß von 35.000 Quadratmetern.

Publikumsattraktionen versprechen heimische Möbel und Fahrräder zu werden. Solides Material, gute Verarbeitung sowie Design, das "im Trend liegt", sind die Vorzüge österreichischer Möbel. Ihre Novitäten auf dem Zweiradsektor präsentieren mehr als 40 Direktaussteller in den Hallen 26 und 27, erstmals steht auch eine große Fläche des Freigeländes für Trial- und Motocross-Shows zur Verfügung.

Einen Schwerpunkt für Altbau-Renovierungen im Rahmen der Stadterneuerung bietet die Großausstellung "Bauen - Wohnen - Heizen", die mit mehr als 40.000 Quadratmeter Flächenmaß die größte derartige Schau Österreichs darstellt. (Forts.) we/ap

NNNN

Wiener Frühjahrsmesse: Möbel und Fahrräder als Attraktionen (2)

=++++

8 Wien, 4.3. (RK-WIRTSCHAFT) Die Landesinnungen der Bäcker, Hafner und Tischler Wiens zeigen auf der Frühjahrsmesse im Rahmen von Gemeinschaftsausstellungen die Vielfalt ihrer Gewerbe. Das Tapeziererhandwerk steht im Mittelpunkt der Sonderausstellungen des Burgenlandes. Die Handelskammer Wien hat ihre Ausstellung "Kunststoff - Werkstoff unserer Zeit" betitelt, wo überblicksmäßig die Entwicklungsgeschichte und die vielen Anwendungsmöglichkeiten der modernen Kunststofftechnologien dargestellt werden.

Auf der 57. Erfindermesse reicht das Anbot von Ideen und Produkten - die vorwiegend als Prototyp gezeigt werden - wieder von einfachen Haushaltshilfen über Energiespareinrichtungen bis zur flexiblen Schwimlabdeckung. Da gibt es den Spaghetti-Löffel, einen versenkbaren Massagetisch, die Fußreflexzonenmatte für effizientes Beintraining, ein Ballast-Verbundkissen mit Sandfüllung für Kraftfahrzeuge, die selbstsichernde Schraubenmutter, den Dollar-Tester für die Echtheitsprüfung amerikanischer Banknoten, einen Magnetfeld-Generator zur Aktivierung von Zimmerpflanzen und ein Gerät zur problemlosen Erwärmung von Konserven-Fertiggerichten bei Sport und Camping. (Schluß) we/gg

NNNN

Ab heute keine Hinweistafeln in Kurzparkzonen

=+++

9 Wien, 4.3. (RK-LOKAL) In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurden in den Wiener Kurzparkzonen die Hinweistafeln mit der Aufschrift "Abstellen von mehrspurigen Fahrzeugen nur gegen Entgelt" abmontiert. Im Laufe des heutigen Tages wird noch einmal kontrolliert, ob die Entfernung lücklos geschehen ist. Der Wegfall dieser Serviceleistung wurde wegen eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes notwendig. Die entgeltlichen Kurzparkzonen sind nach wie vor in Geltung und die Autofahrer werden ersucht, bei der Benützung der Wiener Kurzparkzonen Parkscheine zu verwenden und diese zu entwerten. (Schluß) sei/bs

NNNN

Roland Jiresch gestorben

=++++

11 #Wien, 4.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien ist Sektionschef i. R. Dr. Roland JIRESCH plötzlich gestorben. Die Beisetzung findet am kommenden Dienstag, dem 9. März um 15 Uhr auf dem Dornbacher Friedhof statt. #

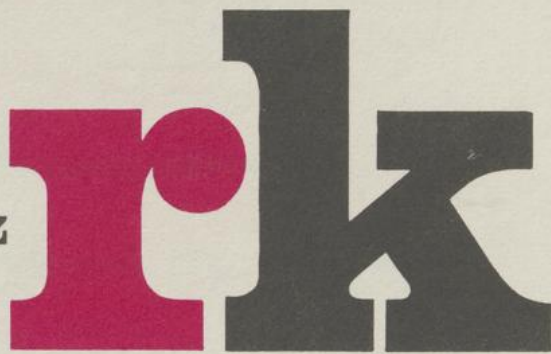
Roland Jiresch wurde 1912 als Sohn eines Gemeindebediensteten, des späteren Obersenatsrats Robert Jiresch, geboren. Nach der Absolvierung des Rechtsstudiums an der Wiener Universität trat er in den Dienst der Stadt Wien. Wegen seines Bekenntnisses zu einem freien Österreich wurde er von den Nationalsozialisten 1938 außer Dienst gestellt. Die provisorische Stadtverwaltung holte ihn bereits im Mai 1945 wieder zurück, er wurde Leiter des Entnazifizierungsreferates und 1950 des Baurechtsreferates in der Stadtbaudirektion. 1957 wurde er Senatsrat.

1967 wurde Dr. Roland Jiresch vom damaligen Bundeskanzler Dr. Klaus zum Leiter der Präsidialsektion des Bundeskanzleramtes berufen. Gleichzeitig wurde er zum Sektionschef ernannt. Er blieb auch unter Bundeskanzler Dr. Kreisky bis zu seiner Pensionierung am 31. Dezember 1977 in dieser Funktion. (Schluß) sti/gg

NMNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 5. März 1982

Blatt 620

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Städtebund: Krankenversicherung auch für "Pflegefälle"
(rosa) Gemeinwirtschaft tagt im Mai in Wien
Gratz: Altes AKH-Gelände wird größtes Stadterneuerungs-
gebiet

Lokal: Splittbeseitigung voll angelaufen
(orange)

Nur
Über FS: 5.3. Früherer Stadtbahn-Betriebsbeginn
Neue Verkehrsampel
Gratz im Rundfunk

Städtebund: Krankenversicherung auch für "Pflegefälle"

=++++

1 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Die Versorgung alter Menschen, die einer Anstaltspflege bedürfen, bedeutet für Österreichs Städte und Gemeinden eine große finanzielle Belastung, da die Kosten für sogenannte "Pflegefälle" ohne ärztlicher Behandlung von der Krankenversicherung nicht getragen wird. Der österreichische Städtebund hat aus diesem Grund Sozialminister Alfred DALLINGER ersucht, in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger eine Möglichkeit zu suchen, diese Einschränkungen der Krankenversicherung zu beseitigen. #

Die Bestimmung gemäß § 144 ASVG, daß die Pflege in einer Krankenanstalt nicht gewährt wird, wenn sie nicht durch die Notwendigkeit einer ärztlichen Behandlung bedingt ist, betrifft vor allem ältere Patienten. Sie bedeutet entweder eine soziale Härte für den Patienten, der nun auf eigene Kosten in der Krankenanstalt liegt, oder eine finanzielle Belastung der Krankenanstaltsträger - der Städte und Gemeinden - wenn der Patient nicht zahlungsfähig ist. Zudem stellt die Abgrenzung zwischen ärztlicher Behandlung und Pflege oft eine Streiffrage dar, über die es verschiedene Auffassungen gibt.

Eine weitere Einschränkung findet sich im § 124 ASVG, wonach ein Pensionist in einer Anstalt der Sozialhilfe, auch bei ärztlicher Hilfe, keinen Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung hat. Auch das bedeutet für die betroffenen Sozialhilfeeinrichtungen bedeutende finanzielle Belastungen.

In einem Brief an Sozialminister Dallinger hat der Städtebund deshalb zu einem Gespräch zwischen Vertretern der Bundesländer, des Städtebundes, des Gemeindebundes und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger aufgerufen, um diese Einschränkungen soweit wie möglich zu beseitigen. (Schluß) roh/bs

NNNN

Gemeinwirtschaft tagt im Mai in Wien

=++++

2 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr als tausend Delegierte aus 30 Ländern aller Erdteile werden beim "14. Internationalen Kongreß der Gemeinwirtschaft" in der Wiener Hofburg vom 24. bis 26. Mai zusammentreffen, um über Probleme der Wirtschaft und der gesellschaftlichen Entwicklung zu beraten. Leitthema des Kongresses, auf dem Regierungsvertreter aus Frankreich, Belgien und Österreich sowie Wissenschaftler, Gewerkschafter und Genossenschaftler Referate halten werden, lautet "Gemeinwirtschaft und öffentliche Wirtschaft - Sicherung des gesellschaftlichen Fortschrittes".#

Internationale Kongresse der Gemeinwirtschaft finden alle zwei Jahre statt. Der letzte war 1980 in Lissabon. Organisiert wird der Kongreß von der "Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinschaft", deren Präsident Stadtrat Franz NEKULA seit 1971 ist. Die "Arge" ist der Dachverband jener Unternehmungen, die im Besitz des Bundes, der Länder oder von Gemeinden stehen. Insgesamt bilden diese Unternehmen die Basis der Gesamtwirtschaft nicht nur Österreich, sondern in allen Industriestaaten. Auch in Entwicklungsländern werden die Vorteile der öffentlichen Wirtschaft als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt und eingesetzt.

Es werden daher neben Delegierten aus den Industriestaaten eine Reihe von Delegierten von gemeinwirtschaftlichen Organisationen aus Entwicklungsländern am Kongreß in Wien teilnehmen. (Schluß) en/ap

NNNN

Splittbeseitigung voll angelaufen

=++++

5 Wien, 5.3. (RK-LOKAL) Als hoffentlich letzte Erinnerung an den heurigen Winter mit seiner Rekord-Schneehöhe von 122 Zentimeter liegen noch große Mengen von Streusplitt in den Straßen und Gassen. Die Beseitigung dieses Materials ist bereits voll angelaufen.

Nicht weniger als 53.368 Tonnen Splitt wurden, wie Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, auf die Wiener Verkehrsflächen gebracht, um Glatteis und Schneeglätte zu bekämpfen. Derzeit hat die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) 30 Kehrmaschinen und das ganze verfügbare Personal aufgeboden, um den Streuriesel einzukehren und abzutransportieren. Die Reinigungsarbeiten werden entsprechend den Witterungsverhältnissen zügig fortgesetzt.

An die Wiener Hauswarte richtet Stadtrat Veleta nochmals das Ersuchen, den Streusplitt von den Gehsteigen vor ihren Objekten zu entfernen - im Interesse der Fußgänger und zur Wahrung des sauberen Stadtbildes. (Schluß) we/bs

NNNN

Gratz: Altes AKH-Gelände wird größtes Stadterneuerungsgebiet

=++++

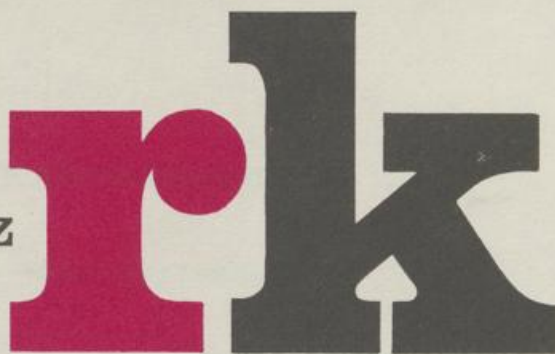
7 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) "Was mit dem Gelände des alten AKH geschieht, muß man in nächster Zukunft diskutieren und klären, nicht erst dann, wenn die Baumaschinen auffahren", erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ am Freitag in einem ORF-Interview. "Ich bemühe mich deshalb darum, daß bereits im kommenden Herbst ein Wettbewerb für die Gestaltung dieses Gebietes ausgeschrieben wird. Voraussetzung dafür ist allerdings ein Einvernehmen mit der Bundesregierung und den Universitäten".#

Gratz sprach sich für eine gemischte Nutzung des Gebietes aus. "Das AKH-Gelände ist 270 Hektar groß. Es ist also das größte Stadterneuerungsgebiet, das es jemals gegeben hat und wohl auch in Zukunft geben wird. Es wäre schlecht für die Stadt, dieses große Gelände einseitig zu nutzen, also nur Wohnungen oder nur Büros und Geschäfte oder nur Universitätseinrichtungen dort zu bauen. Wir brauchen die Vermischung solcher Bauten und dazu Grünflächen, Galerien und vielleicht eine kleine Bühne".

Er habe die Debatte über dieses Thema jetzt "angezündet", damit genügend Zeit für gründliche Überlegungen ist, sagte Gratz. "Wenn wir heuer noch mit dem Wettbewerb beginnen, dann haben wir sechs bis sieben Jahre Zeit für die Planung. Ich hoffe, daß bis zum Sommer Übereinstimmung mit dem Wissenschaftsministerium und den Universitäten über die Grundsätze der Flächenaufteilung erzielt wird und dann die Wettbewerbsunterlagen zusammengestellt werden können. Bei den Verhandlungen muß der Bund auch klarstellen, welches Bauvolumen er in fünf bis zehn Jahren bewältigen kann, denn die Gestaltung des Geländes soll zügig erfolgen. Es soll nicht jahrzehntelang eine Baustelle sein. Ich hoffe, daß sich am Wettbewerb sehr viele Architekten beteiligen, denn für dieses große Projekt brauchen wir die brilliantesten Köpfe. Und die vorgesehene Zeit reicht auch, um die ganze Thematik öffentlich zur Diskussion zu stellen. (Schluß) sti/bs

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Samstag, 6. März 1982

Blatt 625

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Gratz: ÖVP-Einspruch gegen Stadterneuerung ist
(rosa) unverständlich
Städtisches Darlehen für eine Kleingartenanlage

Nur

über FS: 6.3. Musicalnachwuchs im Konservatorium

Städtisches Darlehen für eine Kleingartenanlage

=++++

1 Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz hat ein Darlehen in Höhe von 600.000 S an den Landesverband Wien des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs genehmigt, dessen Vergabe vom Kleingarten-Beirat empfohlen worden war. Das Darlehen ist für die Kleingartenanlage "Thayagasse" in Floridsdorf zur Herstellung einer Inneneinfriedung und Zwischenabtrennung bestimmt. Die Kleingartenanlage "Thayagasse" hat 73 Mitglieder. Das insgesamt 29.174 Quadratmeter große Areal der Parzellen wurde von der Stadt Wien als Grundeigentümerin dem Zentralverband der Kleingärtner zur kleingärtnerischen Nutzung in Bestand gegeben. (Schluß) we/bs

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!

=====

Gratz: ÖVP-Einspruch gegen Stadterneuerung ist unverständlich

=++++

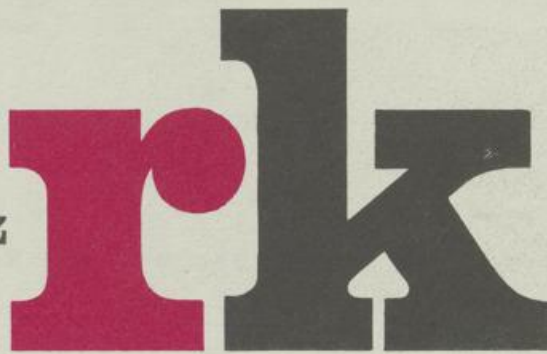
2 #Wien, 6.3. (RK-KOMMUNAL) "Es ist für mich unverständlich, daß die ÖVP im Bundesrat gegen die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Wohnbau und die Stadterneuerung Einspruch erhoben und damit die Bereitstellung dieser Mittel um Monate verzögert hat," erklärte Bürgermeister Leopold GRATZ in seiner Rundfunksendung am Samstag. "Unverständlich ist vor allem, daß auch die vier Wiener ÖVP-Bundesräte gegen diese Gesetze gestimmt haben, die für Wien besonders wichtig sind."#

Gratz bezeichnete es als sehr erfreulich, daß die Zahl der arbeitslosen Österreicher im Februar gegenüber dem Jänner gesenkt werden konnte. Das betrifft allerdings vor allem die Fremdenverkehrsgebiete. In Wien ist die Situation weniger günstig. Hier wird sie erst dann besser werden, wenn die Bauwirtschaft mehr Aufträge bekommt. Die beiden vom Nationalrat beschlossenen Gesetze hätten für Österreich 5.000 zusätzliche Wohnungen, davon 1.400 für Wien, und eine Milliarde Schilling, davon 350 Millionen für Wien, zugunsten der Stadterneuerung gebracht. Diese Aufträge wären vor allem Klein- und Mittelbetrieben zugute gekommen. Wegen des ÖVP-Einspruchs im Bundesrat können diese Aufträge nicht schon am Beginn des Frühlings vergeben werden, sondern erst gegen Sommer, sobald der Nationalrat einen Beharrungsbeschluß gefaßt hat.

"Die Wiener ÖVP hat immer wieder erklärt, daß sie gegen den Bau des Konferenzentrums sei, weil man das Geld besser für den Wohnungsbau und für die Stadterneuerung verwenden sollte," sagte Gratz. "Jetzt werden im Nationalrat zusätzliche Mittel für diese beiden Zwecke beschlossen - und die Wiener Volkspartei lehnt auch diese Vorschläge ab. Man muß leider den Eindruck gewinnen, daß alles abgelehnt wird, was dazu dient, Arbeitsplätze in Wien zu sichern und die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern." (Schluß) sti/ap

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 8. März 1982

Blatt 628

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS ausgesendet: (grau) Gattin von Altbürgermeister Marek gestorben
 "Literatur im März" eröffnet
 Grundankauf für das städtische Siedlungsprogramm
 Kurzparkzonen: Städtebund für bundesweite Regelung

Kommunal: (rosa) Finanzausschuss: Änderung des Parkometergesetzes
 Freitag Wiener Gemeinderat und Landtag
 Abwasserbeseitigung ist auch bei nicht genehmigten Kleingartenhäusern möglich
 Neuer Leiter für Bezirksamt Liesing
 Stadterneuerung: ÖVP legt Mängelkatalog vor
 Für noch bessere Integration der psychisch Kranken

Lokal: (orange) Stellungnahme der EBS zu Kronenzeitung

Nur über FS: 5.3. Straßenbahnunfall auf der Philadelphiabrücke
 6.3. Frau zwischen Straßenbahn eingeklemmt
 Öleinsatz in Floridsdorf
 Tod im Wannенbad
 Theresienbad: Toter im Wannенbad
 8.3. Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
 Zusammenstoß Pkw mit Straßenbahn - 1 Verletzter

.....
Bereits am 5. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gattin von Altbürgermeister Marek gestorben

=++++

9 #Wien, 5.3. (RK-KOMMUNAL) Die Gattin von Altbürgermeister Bruno MAREK, Frau Elisabeth Marek, ist in Wien gestorben.#

Elisabeth Marek, am 6. April 1903 in Wien geboren, war seit 1918 Gewerkschaftsmitglied und seit 1922 Mitglied der SPÖ. Ihre berufliche Tätigkeit begann 1918 in der GÖC, später arbeitete sie in einer Privatfirma. Politisch hat sie sich in der Ersten Republik bei den Kinderfreunden und im Arbeitersport engagiert, nach 1945 unterstützte sie vor allem in ihrer unermüdlichen und bescheidenen Art die Arbeit ihres Mannes.

Bürgermeister Gratz kondolierte Altbürgermeister Marek in einem Brief, in dem er die zutiefst menschliche Haltung der Verstorbenen würdigte. (Schluß) sti/bs

NNNN

.....
Bereits am 5. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

"Literatur im März" eröffnet

Utl.: Staatspreis für europäische Literatur an Doris Lessing

=++++

11 Wien, 5.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK eröffnete am Freitag im Wiener Künstlerhaus die diesjährige Literatur im März, die heuer unter dem Motto "Beziehungen - Trennungen" geschlossen steht. Im Rahmen der Eröffnung überreichte Unterrichtsminister Dr. Fred SINOWATZ den österreichischen Staatspreis für europäische Literatur an Doris LESSING.

Sinowatz betonte, daß dieser Preis damit zum dritten Mal seit 1978 an eine Frau gegangen ist. Das sei neben anderen Indikatoren ein Beweis dafür, daß sich die Emanzipation der Frau auch in der Kunst vollzogen hat. Mit Friederike MAYRÖCKER wird auch der nächste große österreichische Staatspreis an eine Frau vergeben werden.

Kulturstadtrat Zilk wies darauf hin, daß die Literaturwoche im März nun bereits in einer erfolgreichen Tradition steht. Das steigende Interesse für Literatur zeige sich hier ebenso wie bei der "Literatur für junge Leser" oder den zahlreichen Veranstaltungen im "Literarischen Quartier" in der Alten Schmiede. Zur Lage der Schriftsteller sagte Zilk, er wisse um deren Schwierigkeiten und sei um die Erfüllung der beim österreichischen Schriftstellerkongreß im Vorjahr deponierten Forderungen bemüht. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 7. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Grundankauf für das städtische Siedlungsprogramm

=++++

1 Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz hat dem Ankauf einer 1.276 Quadratmeter großen, in Privatbesitz befindlichen Liegenschaft in Unterlaa, Klederinger Straße 42, zugestimmt. Das Grundstück verbindet die rechts und links davon gelegenen, bereits der Stadt Wien gehörenden Bauparzellen, die nun im Rahmen des städtischen Siedlungsprogrammes verbaut werden können. Auf der dem Bauplatz gegenüberliegenden Seite der Klederinger Straße wurden bereits vor längerer Zeit Reihenhäuser des Siedlungsprogramms errichtet.

Im Gartensiedlungsgebiet "Mühlhäufel" in Aspern werden weitere elf Grundstücke an dortige Kleingärtner verkauft. Dadurch werden die früheren Unterpächter von Baulosen in Gartensiedlungen Eigentümer ihrer Parzellen mit der Berechtigung, Siedlungshäuser entsprechend den Bestimmungen der Bauordnungsnovelle 1976 errichten zu können.
(Schluß) we/gg

NNNN

.....
Bereits am 7. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Kurzparkzonen: Städtebund für bundesweite Regelung

=++++

2 #Wien, 7.3. (RK-KOMMUNAL) In einem Brief an Verkehrsminister Karl LAUSECKER hat sich der österreichische Städtebund dafür ausgesprochen, die durch das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes entstandene Rechtsunsicherheit beim gebührenpflichtigen Parken durch eine Änderung der StVO 1960 für ganz Österreich zu beseitigen. #

Das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes läßt keinen Zweifel darüber, daß eine Anbringung von Hinweisschildern an Straßenverkehrszeichen - außerhalb der erschöpfend umschriebenen Kombinationsmöglichkeiten von Straßenverkehrszeichen - untersagt ist.

Als Lösung wird vom Städtebund vorgeschlagen, die Straßenverkehrsordnung zu ändern. Und zwar sollte vorgesehen werden, daß im unteren Teil des betreffenden Verkehrszeichens zusätzlich nicht nur das Wort "Kurzparkzone", sondern auch die Worte "Gebührenpflichtige Kurzparkzone" mit einem Hinweis auf den Zeitraum der Geltung angebracht werden dürfen.

Das Schreiben an Bundesminister Lausecker schließt mit einem Hinweis auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit und mit der Bitte um rasche Inangriffnahme der für eine Beschlußfassung im Nationalrat notwendigen Schritte. Da in diesem Zusammenhang ein Initiativantrag zweckdienlich sein könnte, wurde das Schreiben auch den Klubobmännern der drei im Nationalrat vertretenen Parteien übermittelt. (Schluß) roh/gg

NNNN

Finanzausschuß: Änderung des Parkometergesetzes

=++++

2 #Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik beschloß am Montag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR eine Änderung des Parkometergesetzes. In Zukunft sollen nur mehr Kurzparkzonen, die unentgeltlich benutzt werden können, gekennzeichnet werden.#

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Außerdem wurde ein Zusatzantrag an den Landtag beschlossen, der eine österreichweite, einheitliche Lösung für die Beschilderung von Kurzparkzonen fordert. (Schluß) lei/ap

NNNN

Freitag Wiener Gemeinderat und Landtag

=++++

3 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat und der Wiener Landtag treten kommenden Freitag, 12. März, um 9 Uhr, zu einer Sitzung zusammen. Im Gemeinderat werden Berichte der Stadträte Univ.-Prof. Dr. STACHER und HATZL über die Situation der Wiener Krankenanstalten und zur Stadterneuerung diskutiert. Im Anschluß an die Sitzung des Gemeinderates wird sich der Wiener Landtag mit einer Änderung des Parkometergesetzes befassen. (Schluß) sei/gg

NNNN

Abwasserbeseitigung ist auch bei nicht genehmigten
Kleingartenhäusern möglich (1)

Utl.: Ausnahmegewilligungen für Kanalanschlüsse oder Senkgruben
=++++

6 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Im Kleingartenbeirat berichtete dessen Vorsitzender, GR. Ing. Karl SVOBODA (SPÖ), über das Ergebnis einer Koordinationsbesprechung mit der Baupolizei, das die Abwasserbeseitigung bei nicht genehmigten Kleingartenhäusern betraf. Danach wird die Baupolizei bei Vorliegen eines anstandslosen Verhandlungsergebnisses Bewilligungen nach Paragraph 71 der Bauordnung erteilen.

Viele Kleingartenbesitzer, die für ihre Kleingartenhäuser keine baubehördliche Bewilligung nachweisen können - weil sie beispielsweise zu groß gebaut haben - streben eine sanitär einwandfreie Abwasserbeseitigung an. Nun überwiegt zweifellos das öffentliche Interesse an einer klaglosen Abwasserbeseitigung, die mit dem konsenslosen Zustand des Kleingartenhauses im Zusammenhang stehenden formalrechtlichen Nachteile. Aus der Bewilligung für Kanalanschlüsse bzw. Senkgrubenherstellung gemäß Paragraph 71 der Bauordnung kann jedoch keine Bewilligung für das nichtgenehmigte Kleingartenhaus abgeleitet werden.

Ausnahmegenehmigungen sind auch hinsichtlich des Fassungsraumes von Senkgruben in Kleingärten möglich. Nach dem Wiener Kleingartengesetz müssen Senkgruben bekanntlich einen Fassungsraum von mindestens 3 Kubikmeter aufweisen. Eine Ausnahme kann nun in vorübergehend kleingärtnerisch genutzten Grundflächen gewährt werden - wo die bebaute Fläche nicht mehr als 16 Quadratmeter betragen darf - wenn es sich um eine bereits bestehende Senkgrube handelt.

(Forts.) we/gg

Abwasserbeseitigung ist auch bei nicht genehmigten
Kleingartenhäusern möglich (2)

Utl.: Ausnahmewilligungen für Kanalanschlüsse oder Senkgruben
=++++

7 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Eine Ausnahmewilligung für
Kleingartenhäuser mit weniger als 16 Quadratmeter bebauter Fläche
ist aber nur dann möglich, wenn der Fassungsraum der bereits
vorhandenen Senkgrube mindestens 1,5 Kubikmeter beträgt. Diese
Senkgrube wird anlässlich des Ortsaugenscheins geprüft, eventuell
unter Beiziehung der MA 30 (Kanalisation).

In Anlagen, die als Kleingartengebiete gewidmet sind - wo also
die bebaute Fläche der Kleingartenhäuser bis zu 35 Quadratmeter
zulässig ist - kommt eine derartige Ausnahmeregelung jedoch
grundsätzlich nicht in Frage. (Schluß) we/bs

NNNN

Neuer Leiter für Bezirksamt Liesing

=++++

8 #Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Als neuer Leiter des Magistratischen Bezirksamtes für den 23. Bezirk-Liesing wurde Senatsrat Dr. Richard SCHWARZ von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION am Montag in sein Amt eingeführt.#

Anwesend bei der Amtseinführung waren auch Personalstadtrat Franz NEKULA, Bundesrat Reinhold SUTTNER, Bezirksmandatäre und Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL, der ständige Vertreter des Magistratsdirektors.

Senatsrat Schwarz tritt die Amtsnachfolge von Senatsrat Dr. Wolfgang WOLF an, der in den Ruhestand ging. Senatsrat Schwarz ist seit 1957 im Dienst der Stadt Wien und hat sich als langjähriger Abteilungsleiter - Stellvertreter der Magistratsabteilung 52 - Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude große Verdienste erworben. (Schluß) en/ap

NNNN

Stellungnahme der EBS zu Kronenzeitung

=++++

10 Wien, 8.3. (RK-LOKAL) Die Entsorgungsbetriebe Simmering übermittelten der "RATHAUSKORRESPONDENZ" folgende Stellungnahme zu einem Artikel der Kronenzeitung vom 7. März 1982:

"Eine unverantwortliche Panikmache und Rufschädigung erblickt die Geschäftsleitung der Entsorgungsbetriebe Simmering in einer Veröffentlichung der Kronenzeitung vom 7.3.1982. Darin werden Äußerungen einer anonymen Gruppe angeblicher unabhängiger Wissenschaftler zitiert, die aufgrund von ihr angeblich vorliegenden Funktionsplänen der kombinierten Behandlungs- und Verbrennungsanlage für Sonderabfälle und kommunalen Frischschlamm in Simmering Behauptungen über die verfehlte Konzeption dieser Anlage vorgebracht haben soll.

Die Geschäftsleitung von EBS stellt fest, daß in diesem Zusammenhang keinerlei Kontakte mit diesen angeblichen Wissenschaftler stattgefunden haben, diese daher auch keinerlei Unterlagen von EBS selbst erhielten und daß auch ein Besuch der Anlage durch solche Personen nicht erfolgt ist.

Das Konzept der Anlage wurde unter Beachtung aller einschlägigen österreichischen Rechtsvorschriften, insbesondere jener betreffend Sicherheit und Umweltschutz, aller bescheidmäßigen Anordnungen und Auflagen österreichischer Behörden und darüberhinaus nach den Richtlinien der Zentralstelle für Abfallbeseitigung des Umweltbundesamtes in Berlin der Bundesrepublik Deutschland, welche zu den strengsten Europas zählen, erstellt. Die Richtigkeit des Konzepts wurde nach Fertigstellung der Anlage in der Praxis durch die zuständigen fachlichen und behördlichen Organe überprüft und bestätigt. Die festgestellten Werte blieben im Rahmen der geltenden Grenzwerte.

Die Geschäftsführung von EBS wird erforderlichenfalls gerichtliche Schritte gegen die für die Veröffentlichung Verantwortlichen einleiten." (Schluß) red/ap

NNNN

Stadterneuerung: ÖVP legt Mängelkatalog vor

=++++

11 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch von Vizebürgermeister Dr. BUSEK legte Montag Gemeinderat Fritz HAHN eine Dokumentation über die von der Wiener ÖVP beanstandeten Mängel der Stadterneuerung in Wien vor. Hahn kritisierte, daß die derzeitigen Instrumente für die Stadterneuerung unzureichend und nicht genügend aufeinander abgestimmt sind. Das neue Mietrechtsgesetz schafft nicht genügend Impulse, der Stadterneuerungsbeirat ist inaktiv und die Tätigkeit in den Untersuchungsgebieten stagniert. Hahn forderte die Erstellung eines Haussubstanz-Qualitätskatasters, eines Dringlichkeitskataloges von Kostenschätzungen und danach die Erstellung eines fünfjährigen Wohnbau- und Stadterneuerungsprogrammes.

Vizebürgermeister Dr. Busek forderte in diesem Zusammenhang die Beseitigung des Kompetenzstreites und die Konzentration des Erneuerungsbudgets in einer Hand. (Schluß) emw/bs

NNNN

Für noch bessere Integration der psychisch Kranken (1)

Utl.: Neue Rehabilitationseinrichtungen auf der Baumgartner Höhe

=++++

12 #Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Die in den letzten Jahren im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe neu geschaffenen bzw. ausgebauten Rehabilitationseinrichtungen - Therapiewerkstätten, das sogenannte Nachtspital und ein Übergangsheim - wurden Montag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER der Öffentlichkeit vorgestellt. Mit diesen Einrichtungen soll der Isolation, unter der psychiatrische Krankenhäuser immer noch leiden, voll entgegengewirkt werden.#

Die in den letzten beiden Jahren mit einem Kostenaufwand von rund 10 Millionen Schilling baulich und einrichtungsmäßig adaptierten Therapiewerkstätten dienen vor allem der beruflichen und sozialen Rehabilitation der Patienten. In eigenen, modernst eingerichteten Werkstätten erlernen die Patienten im Rahmen der Ergotherapie mit den verschiedensten Materialien - Holz, Papier, Metall, Stoff, Wolle - umzugehen. Auch die Lehrküche, ein Videoraum und ein Speisesaal werden für therapeutische Zwecke herangezogen.

Als weitere Einrichtung steht alternativ zur Behandlung von Akutkranken eine sogenannte Tagesklinik zur Verfügung. (Forts.)
ei/gg

NNNN

Für noch bessere Integration der psychisch Kranken (2)

Utl.: Nachtspital als Übergang

=++++

13 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Um den Patienten den Übergang vom Krankenhaus in das Berufsleben zu erleichtern, finden sie im renovierten Nachtspital Aufnahme. Damit ergibt sich für sie die Möglichkeit, tagsüber ihrer Berufstätigkeit nachzugehen und die Nacht im Krankenhaus zu verbringen. Auch Therapiemöglichkeiten sind dadurch leichter gegeben. Abgesehen von der Tatsache, daß diese Form der Behandlung die Patienten zu mehr Selbständigkeit anleitet, ihnen jedoch dennoch die Sicherheit der gewohnten Umgebung bietet, ist diese Form der Behandlung auch weniger kostenintensiv als ein voller Krankenhausaufenthalt. Derzeit bietet das Nachtspital für rund 15 weibliche und männliche Patienten Wohnmöglichkeit.

Zwtl.: Übergangsheim "Psychiatriehotel" ein Erfolg

Seit kurzem wird auch das erste Übergangsheim innerhalb eines Spitals von derzeit sechs ehemaligen Patienten bewohnt. Das Psychiatriehotel wird vom Kuratorium für psychosoziale Dienste geführt und von Pflegern des Krankenhauses in deren Freizeit betreut. (Forts.) ei/gg

NNNN

Für noch bessere Integration der psychisch Kranken (3)

Utl.: Übergangsheim "Psychiatriehotel"

=++++

14 Wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Die Patienten, die dieses Übergangsheim bewohnen, benötigen zwar keine Spitalsbehandlung mehr, doch sind sie nach mehrjährigem Krankenhausaufenthalt oder aus Gründen ihrer Erkrankung zur Zeit nicht in der Lage, außerhalb des Krankenhauses allein zu leben.

Das Wohnheim ist für insgesamt neun Personen ausgelegt. Im Laufe des heurigen Jahres wird noch ein zweites Übergangsheim im Bereich des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe für insgesamt elf Personen seinen Betrieb aufnehmen.

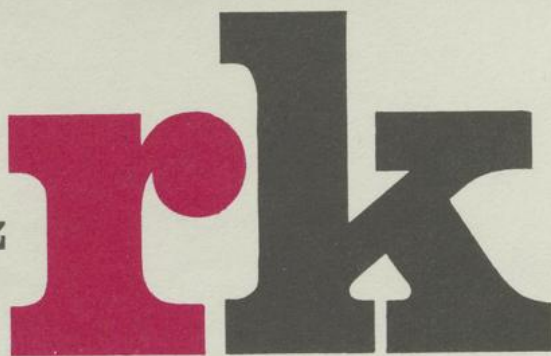
Zwtl.: Patientenzahl von 2.700 auf 1.800 reduziert

Der zunehmenden Zahl der Rehabilitationseinrichtungen im Krankenhaus wie auch der Nachbetreuungsstätten seitens des Kuratoriums für psychosoziale Dienste ist es zu danken, daß die Zahl der Patienten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe in den letzten Jahren von 2.700 auf 1.800 gesenkt werden konnte. Auch die Krankenhaus-Aufenthaltsdauer hat sich verkürzt. Von den 6.000 Patienten, die jährlich aufgenommen werden, kann der Großteil schon nach wenigen Tagen oder Wochen entlassen werden. (Schluß)
ei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 9. März 1982

Blatt 643

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Kritik an Krankenversorgung

Kommunal:
(rosa)

Erhöhung der Verwaltungsabgaben
Falsche Gerüchte um Reichsbrücke
Kurzparkzonen: Hinweistafeln am Stadtrand
Rinter AG: Rechtswissenschaftler überprüft den
Vertrag

Wirtschaft:
(blau)

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart

Nur
über FS:

- 8.3. Neue Autobushaltestellen
Straßenbahn zur Messe
- 9.3. Montag Trauerfeier für Elisabeth Marek
Zwei neue Einbahnstraßen im 10. Bezirk

.....
Bereits am 8. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Kritik an Krankenversorgung

=++++

16 wien, 8.3. (RK-KOMMUNAL) Kritik an der Entwicklung der Krankenversorgung in wien sowie an der Information darüber, übte ÖVP-Stadträtin Dr. Gertrude KUBIENA Montag im Rahmen eines Pressegespräches. Dr. Kubiena wies in diesem Zusammenhang auf ein vom Deutschen Krankeninstitut (DKI) in Zusammenarbeit mit der Universität Düsseldorf erstelltes Gutachten über die Krankenversorgung in Wien hin. Obwohl bereits seit einem Jahr fertig, wurde dieser Bericht bisher offiziell der ÖVP vorenthalten. Nach Meinung der Stadträtin bestätigt dieser Bericht allerdings die Kritik der Wiener ÖVP an der Wiener Gesundheitspolitik. Dies trifft unter anderem auf Mängel in der Krankenversorgung und auf zuwenige Pflegebetten in der Bundeshauptstadt zu. Die gestiegenen Ambulanzzahlen führte Kubiena in erster Linie auf die nicht zufriedenstellende ärztliche Versorgung zurück. Nach diesem DKI-Bericht erhebt sich daher die Frage, ob der bisher eingeschlagene Weg auch richtig ist, meinte Kubiena.

Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK beschäftigte sich im Rahmen des Pressegespräches unter anderem auch mit der Wochenzeitung "Wien aktuell", wobei er die Meinung vertrat, daß es sich bei dieser Zeitung auf Grund der sehr einseitigen Berichterstattung um eine Form der Parteienfinanzierung handelt. (Schluß) zi/ap

NNNN

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart (1)
Utl.: Heizöleinsparung von 190 Millionen Schilling pro Jahr
=++++

2 #Wien, 9.3. (RK-WIRTSCHAFT) Die Heizbetriebe Wien Ges.mBH., ein Unternehmen der Wiener Holding, nützt seit 1970/71 städtischen Müll zur Erzeugung von Fernwärme, seit 1980 kann auch die Kraft-Wärme-Kupplung des E-Werks Simmering für die Versorgung des innerstädtischen HBW-Netzes herangezogen werden. Seit November vergangenen Jahres ist auch das Kagraner Netz durch eine neue Verbindungsleitung mit der Innenstadt und mit Simmering verbunden. Dadurch ist Fernwärme, wie in einer Pressekonferenz mitgeteilt wurde, derzeit die preiswerteste Energieart in Wien.#

Der Nutzwärmepreis pro Megawattstunde kostet bei Tagstrom 1.609 S, bei Nachtstrom 1.065 S, bei Erdgas 873 S, bei Heizöl extra leicht ab Tankstelle 867 S, bei Steinkohle (Nuß 1) 789 S, bei Koks 767 S, bei Fernwärme aber nur 765 S.

In der Heizperiode 1980/81 wurden in Simmering 322.804 Megawattstunden Wärme ausgekoppelt und in das innerstädtische Netz geleitet. Pro Megawattstunde lassen sich rund 50 Kilo Heizöl schwer im Wert von 3,50 S je Kilogramm einsparen. Das ergibt eine Gesamtersparnis von 16.140 Tonnen Heizöl schwer im Wert von rund 56,4 Millionen Schilling. In der selben Heizperiode wurden in der Spittelau aus der Müllverbrennung 284.122 Megawattstunden gewonnen. Das entspricht einer Einsparung an Heizöl gegenüber konventionellen Blockheizwerken von 100 Kilogramm pro Megawattstunde und einer Gesamteinsparung von 28.410 Tonnen Heizöl schwer im Wert von 99,4 Millionen Schilling. (Forts.) we/bs

NNNN

Fernwärme: In Wien die preiswerteste Energieart (2)

Utl.: Heizöleinsparung von 190 Millionen Schilling pro Jahr

=++++

3 Wien, 9.3. (RK-WIRTSCHAFT) In der laufenden Heizperiode wurde auch das Kagraner Netz - das bisher ausschließlich vom Fernheizwerk Kagran auf ölbasis versorgt wurde - in das Verbundnetz einbezogen. Dadurch können nun auch die UNO-City, das Donauzentrum, das Motorenwerk von General Motors sowie rund 15.000 Wohnungen von Simmering und der Spittelau aus mit Fernwärme beliefert werden. Eine Hochrechnung für die gesamte Heizperiode ergibt daher eine Gesamteinsparung von 190,4 Millionen Schilling pro Jahr, das entspricht 54.400 Tonnen Heizöl schwer.

An einem sehr kalten Wintertag lassen sich Einsparungen erzielen, die fast eine Million Schilling betragen. Am 22. Jänner wurden beispielsweise 5.323 Megawattstunden aus der Kraft-Wärme-Kupplung entnommen, die Einsparung an Heizöl belief sich daher auf 931.525 Schilling.

In der Heizperiode 1982/83 wird auch das Versorgungsnetz des Fernwärmewerks Süd mit der Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering verbunden sein. Damit können unter anderem die Per Albin Hansson-Siedlung, der Großgrünmarkt in Inzersdorf und einige Industrieunternehmungen preisgünstiger versorgt werden.

Zu den wirtschaftlichen Vorteilen der Fernwärme kommt außerdem die positive Auswirkung auf die Umwelt. Durch die jährliche Einsparung von mehr als 54.000 Tonnen Heizöl schwer gelangen rund 2.700 Tonnen Schwefeldioxid weniger in die Atmosphäre Wiens.

(Schluß) we/bs

NNNN

Erhöhung der Verwaltungsabgaben

=++++

5 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung der Wiener Landesregierung wurde Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR mit den Stimmen der SPÖ eine Erhöhung der Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren und Überwachungsgebühren um durchschnittlich 20 Prozent beschlossen. Die letzte Erhöhung erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980. Die nunmehrige Erhöhung wurde von Finanzstadtrat Mayr damit begründet, daß man nicht längere Zeiträume abwarten sollte, da dann die Erhöhung umso höher ausfallen müßte. #

Stadtrat Dr. Günther GOLLER (ÖVP) kritisierte, daß die Erhöhung von Verwaltungsabgaben an den Verbraucherpreisindex gebunden wird. Außerdem ist, so Goller, der entsprechende Antrag erst kurzfristig, gestern Montag, vorgelegt worden.

#Zwtl.: Neuer Direktor für die Wiener E-Werke

Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag in seiner Sitzung den bisherigen Technischen Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-E-Werke, Dipl.-Ing. Helmut KASTL, zum neuen Direktor der E-Werke zu bestellen. #

Dipl.-Ing. Kastl, Jahrgang 1937, trat 1963 bei den Wiener E-Werken ein, wurde als Referent für elektrische Anlagen verwendet, beschäftigte sich ab 1969 mit Planungsarbeiten für ein neu zu errichtendes Kraftwerk und wurde im Herbst 1973 mit der Werkleitung für das Kraftwerk Donaustadt betraut. Ab Oktober 1978 war Dipl.-Ing. Kastl Technischer Vizedirektor der Wiener Stadtwerke-E-Werke. Kastl tritt die Nachfolge des bisherigen E-Werks-Direktors Dipl.-Ing. Arnold POPPER an. (Schluß) sei/gg

NNNN

Falsche Gerüchte um Reichsbrücke

=++++

6 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Zu Gerüchten um die neue Reichsbrücke nahm am Dienstag Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN im Pressegespräch von Bürgermeister Leopold GRATZ Stellung. In den letzten Wochen hatte ein anonymes Anrufer gegenüber mehreren Wiener Tageszeitungen die Behauptung aufgestellt, daß bei U-Bahn-Testfahrten so starke Schwingungen aufgetreten seien, daß nur ein eingeschränkter U-Bahn-Betrieb möglich sein werde. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage. Es stimmt nicht einmal, daß in der Reichsbrücke bereits U-Bahn-Testfahrten stattgefunden haben, da es noch gar keinen Stromanschluß gibt. Hofmann legte ein Schreiben der "Arbeitsgemeinschaft Reichsbrücke der Ziviltechniker" (Dipl.-Ing. Alfred POPPER und Prof. Dipl.-Ing. Rupert SCHICKL) vom 8. März 1982 vor, in dem klargestellt wird, daß die Tragwerke der Reichsbrücke durch den U-Bahn-Betrieb nicht gefährdet werden. #

Der Projektleiter der Brückenbauabteilung des Magistrats, Dipl.-Ing. Dr. Josef PELZ in der Pressekonferenz: "Eine Beeinträchtigung der Sicherheit der Brückentragwerke durch den U-Bahn-Betrieb ist auszuschließen". Die U-Bahn wird am 3. September 1982 planmäßig den Betrieb über die neue Reichsbrücke nach Kagran aufnehmen. (Schluß) ger/bs

NNNN

Kurzparkzonen: Hinweistafeln am Stadtrand

=++++

7 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wienbesucher werden in Zukunft durch Hinweistafeln am Stadtrand auf die Gebührenpflicht der Kurzparkzonen in der Bundeshauptstadt aufmerksam gemacht. Das Aufstellen der rund 300 Hinweistafeln muß als Serviceleistung verstanden werden und hat keinen rechtlichen Charakter, stellte Finanzstadtrat Hans MAYR in einem Pressegespräch am Dienstag fest. #

Eine Änderung des Parkometergesetzes wurde am Montag im Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik einstimmig beschlossen und wird am Freitag dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt. Sollte eine bundeseinheitliche Regelung der Kennzeichnung von gebührenpflichtigen Kurzparkzonen kommen, braucht das Wiener Parkometergesetz nicht mehr geändert werden.
(Schluß) lei/ap

NNNN

Rinter AG: Rechtswissenschaftler überprüft den Vertrag

Utl.: Februar-Rechnung vorläufig nicht ausbezahlt

=++++

8 Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Es sei das Verdienst des Stadtrates Heinz NITTEL gewesen, hinsichtlich der Müllbeseitigung entsprechende Vorkehrungen getroffen zu haben, stellte Stadtrat Josef VELETA im Bürgermeistergespräch fest. Die mit der Rinter AG vereinbarten Vertragsbedingungen wurden im Gemeinderat einstimmig gutgeheißen. Das Werk wurde errichtet, ging im Juli des Vorjahres in Betrieb und wurde am 2. Dezember 1981 eröffnet. Da die Anlage aus verschiedenen Bauteilen zusammengesetzt ist, kam es zu den bekannten Schwierigkeiten hinsichtlich der Müllverwertung.

Er habe die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) angewiesen, sämtlichen Müll, der nicht für die beiden Müllverbrennungsanlagen oder zur Beseitigung durch die EBS bestimmt ist, zu Rinter zu bringen, sagte Veleta. Weiters habe er die MA 48 beauftragt, bei jeder monatlichen Abrechnung mit ihm Kontakt aufzunehmen. Die Magistratsdirektion wurde von Veleta ersucht, den Vertrag zwischen der Stadt Wien und Rinter zu überprüfen.

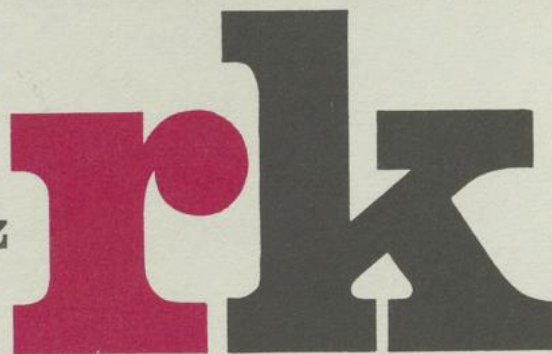
Darüber hinaus wurde ein unabhängiger Rechtswissenschaftler, Prof. Dr. BARFUSS, mit der rechtlichen Überprüfung des Vertrages beauftragt. Von Dr. Barfuß wurde die Rinter AG angewiesen, ihre Vorstellungen hinsichtlich Probetrieb und finanzieller Abgeltung entsprechend der erbrachten Leistung bis 19. März bekanntzugeben.

Die Rechnung der Rinter AG für Februar sei vorläufig nicht ausbezahlt worden, erklärte Veleta. Es liege nicht im Interesse der Stadt Wien, daß Rinter in Konkurs gehe.

Hinsichtlich der EBS stellte Stadtrat Veleta fest, die Pachtung des Unternehmens durch die MA 30 (Kanalisation) umfasse die Nutzung dieses Betriebes. Von der MA 48 sei ein Pauschalbetrag wegen erfolgter Anlieferung von Sondermüll geleistet worden. Seitens des Kontrollamtes wurde der Abschluß eines Verwaltungsübereinkommens zwischen der MA 48 und der MA 30 angeregt, um hinsichtlich der Sondermüll-Lieferungen eine Entlohnung nach Leistung zu ermöglichen.
(Schluß) we/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 10. März 1982

Blatt 651

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Lokal: 15 Jahre Jazzabteilung am Konservatorium
(orange) Neue Meldekarten beim Bürgerdienst

Wirtschaft: "Wien-Wochen" in Tokio
(blau)

Nur

Über FS: 9.3. 150 Liter Heizöl beim Abfüllen ausgeronnen
45.000 bei Palma im Wiener Rathaus
10.3. Wieder "Langer Donnerstag"

"Wien-Wochen" in Tokio

=++++

2 #Wien, 10.3. (RK-WIRTSCHAFT) Vom 4. bis 16. Jänner 1983 wird Tokio im Zeichen von "Wien-Wochen" stehen: In der größten asiatischen Warenhauskette Mitsukoshi, die allein in Japan 26 Kaufhäuser betreibt und im Vorjahr einen Umsatz von rund 50 Millionen S verzeichnete, werden im Tokioter Haupthaus Waren aus Wien zum Verkauf präsentiert. Der Wiener Fremdenverkehrsverband wird in der gleichen Zeit in Tokio eine Wien-Ausstellung mit einer speziellen Präsentation "Wien als Stadt der Musik" durchführen. Diese "Wien-Wochen" wurden von der Stadt Wien initiiert.#

Erste Kontakte wurden von Stadtrat Hans MAYR im Jahr 1981 bei einem Tokio-Besuch geknüpft. Wie der Wiener Handelskammerpräsident Ing. Kart DITTRICH Dienstag abend in einem Pressgespräch erklärte, sind diese "Wien-Wochen" für viele Betriebe der Bundeshauptstadt eine geradezu einmalige Chance, die bestehenden Probleme im Export mit Japan zu überwinden. Die Vertreter des japanischen Kaufhausriesen waren bereits fünfmal in Wien und haben die möglichen Lieferanten für die Verkaufsausstellung auf 177 Wiener Firmen eingeeengt. Die endgültige Auswahl der Wiener Produkte wird voraussichtlich heuer im Frühsommer in Wien getroffen werden. Schon jetzt steht fest, daß die "Wien-Wochen" in Tokio die größte Veranstaltung sein wird, die je in Japan für österreichische Konsumartikel vorgenommen worden ist. (Schluß) sei/bs

NNNN

Neue Meldekarten beim Bürgerdienst

=++++

3 Wien, 10.3. (RK-LOKAL) Seit 1979 können Wünsche, Anregungen und Beschwerden an den Bürgerdienst der Stadt Wien mit einer Meldekarte deponiert werden. Nachdem die Meldekarten - es waren 10.000 Stück gedruckt worden - bereits knapp zu werden drohten, wurde eine zweite Auflage in Auftrag gegeben. Karten sind nun wieder sowohl in der Stadtinformation, wie auch in den Außenstellen des Bürgerdienstes und in allen magistratischen Bezirksämtern erhältlich.

Für jeden Wiener, der sich der Karte bedienen will, genügt es, diese unfrankiert der Stadtinformation zu schicken. Die häufigsten Mitteilungen sind bereits vorgedruckt. Man braucht also nur mehr anzukreuzen, wenn man zum Beispiel eine ausgefallene Straßenlampe bemerkt oder auf ein Autowrack aufmerksam machen will.

Mit seiner Meldung hilft der Bürger Mißstände, die trotz aller Aufmerksamkeit vom mobilen Bürgerdienst nicht sofort bemerkt werden, zu beseitigen. (Schluß) gab/ap

NNNN

15 Jahre Jazzabteilung am Konservatorium (1)

=++++

4 #Wien, 10.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Die Jazzabteilung am Konservatorium der Stadt Wien feiert heuer ihr 15jähriges Jubiläum. Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, auf deren Anregung diese Ausbildungsstätte für Jazz und verwandte Musikarten gegründet wurde, präsentierte am Mittwoch in einem Pressegespräch in der neu adaptierten Arenahalle die Konservatoriums-Big Band.#

Wie Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner erklärte, hat sie von 15 Jahren gemeinsam mit dem damaligen Leiter des Jazzinstitutes, Dr. Erich KLEINSCHUSTER, Neuland betreten. Der Entwicklung des Musikgeschehens Rechnung tragend, wurde am Konservatorium der Stadt Wien erstmals in Österreich eine Ausbildungsstätte für Jazz und Popmusik geschaffen, die den jungen Musikern eine seriöse qualitativ hochwertige handwerkliche Ausbildung vermittelt.

Die 15jährige Aufbauarbeit hat in der Wiener Musikszene Früchte getragen. Studenten und Absolventen der Jazzabteilung des Konservatoriums finden sich heute unter prominenten Studiomusikern und in zahlreichen Musikgruppen und Bands.

#Die Ausbildung an der Jazzabteilung des Konservatoriums die seit 1975 unter der Leitung von Rudolf HANSEN steht, umfaßt Instrumentalfächer, Komposition und Arrangement. Unter den Lehrkräften befindet sich Jazzprominenz wie Dr. Erich KLEINSCHUSTER, Fritz PAUER, Robert POLITZER und Erich BACHTRÄGL.# (Forts.) emw/bs

NNNN

15 Jahre Jazzabteilung am Konservatorium (2)

Utl.: Musikschulen auch für Erwachsene

=++++

5 Wien, 10.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER erklärte, beabsichtigen die Musiklehranstalten der Stadt Wien den Kreis ihrer Aufgaben zu erweitern und künftig auch die musikalische Betreuung von Erwachsenen in ihr Lehrprogramm aufzunehmen.

In erster Linie ist hiebei an die Reaktivierung der musikalischen Fähigkeiten all jener gedacht, die sich in ihrer Jugend schon mit einem Musikinstrument befaßt haben. Es wird aber auch möglich sein, mit Gitarre oder Blockflöte neu zu beginnen.

Die Erwachsenenbetreuung wird vorerst in zwei Musikschulen versucht, und zwar in der Per-Albin-Hansson-Siedlung und in Ottakring. Vom Echo seitens der interessierten Erwachsenen wird es abhängen, inwieweit diese Aktion auch auf andere Musikschulen ausgedehnt wird. (Forts.) emw/gg

NNNN

15 Jahre Jazzabteilung am Konservatorium (3)

=++++

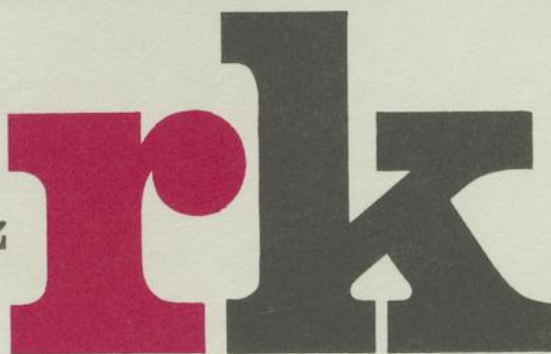
6 Wien, 10.3. (RK-LOKAL/KULTUR) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER bezeichnete die geplante Graduierung der künstlerischen Ausbildung an den Musikhochschulen, wie sie das neue Kunsthochschulstudiengesetz vorsieht, als Diskriminierung der nicht an Hochschulen studierenden Nachwuchskünstler. Sie betonte ausdrücklich, daß es sich hierbei nicht um ein Politikum handle, sondern einfach und allein darum, im Zeitalter des Privilegienabbaus eine Diskriminierung von Konservatoriumsabsolventen zu verhindern.

Prof. BARYLLI, der ehemalige Konzertmeister der Wiener Philharmoniker, der am Konservatorium der Stadt Wien unterrichtet, stellte dazu fest, daß die Bewährung eines Musikers oder eines Sängers auf dem Podium und auf der Bühne erfolgt. Die Einführung des Magister-Titels für die Absolventen der Instrumental- und Gesangsfächer an den Musikhochschulen schadet dem Musikleben gewaltig. Auch ist es unverständlich, daß Studenten, die ähnliche Studiengänge durchlaufen, diese einmal mit einem akademischen Grad abschließen können und einmal nicht. Barylli betonte, daß es mehrere Lehrer gibt, die gleichzeitig an einer Musikhochschule und an einem Konservatorium unterrichten. Die geplante Graduierung stellt nach Ansicht der Konservatoriumslehrer einen Versuch dar, die drei österreichischen Musikhochschulen zu monopolisieren, was eine schwere Benachteiligung der fünf Landeskonservatorien und ihrer Schüler zu Folge haben muß. (Schluß) emw/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Donnerstag, 11. März 1982

Blatt 657

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Gewerbebehördliche Überprüfung der EBS

Kommunal:
(rosa)

Bürger als Planer
Abgabe auf unvermietete Wohnungen
Modernstes gefäßchirurgisches Zentrum Europas

Politik:
(rosa)

Gaddafi im Rathaus

Lokal:
(orange)

Umbau des Kagraner Platzes

Kultur:
(gelb)

Förderungsgalerie eröffnet

Nur
über FS:

- 10.3. Manager diskutierten über ihre Verantwortung
Brandstiftung in der Taborstraße
- 11.3. Zimmerbrand - Feuerwehr rettete Dackel
Umweltschutz - nicht nur mit Feldstecher

.....
Bereits am 10. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gewerbebehördliche Überprüfung der EBS

Utl.: Neue Auflagen für Fasslagerung und Rauchgasüberwachung

=++++

8 #Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Eine auf Weisung der Magistratsdirektion durchgeführte gewerbebehördliche Überprüfung hat die Anlagen der EBS zur Beseitigung des Sondermülls als in Ordnung befunden. Allerdings wurden neue Auflagen für die Fasslagerung und die Rauchgasüberwachung erteilt. #

Diese "Augenscheinverhandlung" erfolgte, wie Stadtrat Josef VELETA der "RATHAUSKORRESPONDENZ" Mittwoch mitteilte, durch das Magistratische Bezirksamt Simmering als Gewerbebehörde. Der Kommission gehörten Vertreter des Arbeitsinspektorats, der Feuerwehr und des Bezirksgesundheitsamtes sowie der MA 36 (Gewerbepolizei), MA 45 (Wasserbau) und MA 22 (Umweltschutz) an. Entsprechend der vom Magistratischen Bezirksamt Simmering am 4. Juli 1978 erteilten Betriebsgenehmigung wurden die CB-Anlage, das Tanklager, die Fassbehandlung und die Verbrennung neuerlich überprüft.

Nach der das Fasslager betreffenden zusätzlichen Auflage müssen die Fässer bei der Übernahme eine genaue Deklaration des Inhalts aufweisen. Die Lagerung der Fässer im Deponiebecken hat so zu erfolgen, daß nach jeweils 200 Quadratmeter belegter Fläche Durchgänge von 1,5 Meter Breite freibleiben.

Die Auflage hinsichtlich der Rauchgasüberwachung betrifft den Einbau registrierender Messgeräte zur Kontrolle einiger für die ordnungsgemäße Verbrennung charakteristischer Grenzwerte, wie beispielsweise Kohlendioxid, Kohlenmonoxid und Salzsäure. (Schluß)
we/bs

NNNN

Bürger als Planer

Utl.: Freiwillig auf Autoabstellplätze verzichtet

-+--+

2 Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Die Bewohner der Kleistgasse in Wien-Landstraße haben Autolärm und Gestank endgültig satt: Sie bauen sich selbst eine Wohnstraße. "Wien aktuell-Wochenblatt" berichtet in seiner neuen Ausgabe darüber.

"Siebzig Prozent der Betroffenen haben sich dafür ausgesprochen", jubelt Erich HOHENBERGER, der Leiter der Aktion "Mein Wien". "Bis jetzt haben sich schon vierzig Bewohner gemeldet, die an freien Abenden und Wochenenden freiwillig an der Gestaltung mitarbeiten."#

Als Erich Hohenberger seinen Verein "Mein Wien" gründete, hat er sich im Freundeskreis Personen gesucht, die ähnliche Ambitionen hatten. "Ich hatte genug davon, nur zu diskutieren und polemisieren, ich wollte aktiv arbeiten, um Wien angenehmer und noch lebenswerter zu gestalten", erzählt der 33jährige Bankkaufmann.

Bürgermeister Leopold GRATZ hat die Idee der jungen Wiener gefallen. Er hat ihnen volle Unterstützung zugesagt. Der Bezirksvorsteher des 3. Bezirkes, Jakob BERGER, dem das Fasanviertel besonders am Herzen liegt, war ebenfalls begeistert. Die Kleistgasse bot sich für eine Wohnstraße geradezu an. Auf 250 Meter Länge soll nun - vorerst auf Probe - mit der Umgestaltung der Gasse begonnen werden.

Ein Fragebogen, der an die 378 Haushalte ausgesendet wurde, gab dem Verein Aufschluß über die Wünsche der Bevölkerung. Interessant dabei ist, daß freiwillig auf Autoabstellplätze verzichtet wurde. Bäume, Ziersträucher und Bänke wurden bevorzugt. "Als Ersatz haben wir 27 freie Garagenplätze im Fasanviertel aufgetrieben", sagt Organisator Hohenberger, "die wir um 400 Schilling monatlich anbieten".

Der Plan für die Gestaltung ist fertig. Schon Ende März werden die Bewohner mit den Experten der Stadt Wien "konferieren", um ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Ab Herbst soll vorerst für ein Jahr die Wohnstraße stehen. (Schluß) gk/gg

Umbau des Kagraner Platzes

Utl.: Wagramer Straße in Richtung stadteinwärts gesperrt

=++++

3 Wien, 10.3. (RK-LOKAL) Wegen der Verlängerung der U-Bahn-Linie U 1 nach Kagran und der damit verbundenen Neuorganisation des öffentlichen Verkehrsnetzes im 22. Bezirk wird auch die Wagramer Straße im Bereich des Kagraner Platzes umgebaut. Ab kommenden Montag, 15. März, muß deshalb die Wagramer Straße in diesem Bereich in Fahrtrichtung stadteinwärts bis voraussichtlich Anfang September für den Autoverkehr gesperrt werden. Die Umleitung erfolgt über Eipeldauerstraße - Anton-Sattler-Gasse und Meißauergasse.#

Wegen der bereits begonnenen Einbautenverlegungen bestehen im Bereich des Kagraner Platzes schon seit einigen Wochen Verkehrsbehinderungen. Nunmehr treten die Arbeiten in eine Phase, die eine Sperre der Wagramer Straße in Richtung stadteinwärts notwendig machen. Straßenbahngleise müssen neu verlegt werden, die Fahrbahn der Wagramer Straße wird umgebaut.

Im Zusammenhang mit der Umleitung werden an den Kreuzungen Eipeldauerstraße/Anton-Sattler-Gasse und Anton-Sattler-Gasse/Donaufelder Straße Verkehrsampeln installiert. Die Anton-Sattler-Gasse und die Meißauergasse werden in Richtung der Umleitung, die Saikogasse wird in der Gegenrichtung als Einbahn geführt. Die Einbahnregelung tritt voraussichtlich bereits ab Freitag, 12. März, in Kraft. (Schluß) ger/bs

NNNN

Förderungsgalerie eröffnet

Utl.: Ausstellungsmöglichkeit für Debütanten

=++++

4 #Wien, 11.3. (RK-KULTUR) Das Kulturamt der Stadt Wien hat in der Künstlerhauspassage am Karlsplatz eine Förderungsgalerie eingerichtet. Diese Galerie, die Mittwoch abend mit einer Ausstellung von Franz Türtscher, einem Absolventen der Hochschule für angewandte Kunst, eröffnet wurde, soll in Zukunft jungen und unbekanntem Künstlern eine Möglichkeit bieten, ihre Werke auszustellen. Es sind jährlich zehn Ausstellungen vorgesehen, die jeweils vier Wochen dauern. Die Galerie wird Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr geöffnet sein. Die Ausstellungskosten trägt zur Gänze das Kulturamt der Stadt Wien.#

Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK wies bei der Eröffnung darauf hin, daß es für junge Künstler oft sehr schwer ist, im etablierten Kunstbetrieb Fuß zu fassen. Das liegt nicht an der mangelnden Qualität, sondern daran, daß die nach kommerziellen Gesichtspunkten geführten Galerien eben bemüht sind, möglichst bekannte und anerkannte Künstler auszustellen. Daher ergab sich für das Kulturamt die Notwendigkeit, jungen und unbekanntem Künstlern ein Forum zu bieten. Neben Künstlern, die am Anfang ihrer Laufbahn stehen, sollen auch ältere Künstler und Autodidakten, die noch nie in Wien ausgestellt haben, in der Förderungsgalerie ausstellen können. In Kürze soll in der Galerie in der Alten Schmiede Wiens eine zweite Förderungsgalerie entstehen. (Schluß) gab/bs

NNNN

Gaddafi im Rathaus

=++++

6 #Wien, 11.3 (RK-POLITIK) Der Staatschef von Libyen, Oberst Muammar Al GADDAFI, wurde Donnerstag vormittag von Bürgermeister Leopold GRATZ im Wiener Rathaus empfangen. Der Gast aus Libyen trug sich ins Goldene Buch der Stadt Wien ein.#

Bürgermeister Gratz verwies darauf, daß Wien eine sehr alte Stadt mit großen Tradition ist. "Auf diesen Traditionen aufbauend, bemühen wir uns, eine gute Stadt für die Menschen von heute zu gestalten", sagte Gratz. "Seit dem Jahre 1945 wurde Wien von einem Trümmerhaufen zur blühenden Stadt von heute aufgebaut. Diese Kombination von Aufbauwillen und der Neutralitätspolitik Österreichs hat Wien wieder zu einem Ort der Begegnung gemacht. Diese Erfahrungen zeigen uns aber auch, daß Wien nur in einem Klima des Friedens, der Zusammenarbeit und der Entspannung gedeihen kann".

Oberst Gaddafi schrieb ins Goldene Buch: "Ich erkläre meine Hochachtung für die große und glorreiche Geschichte der Stadt Wien und für die große Mühe und Arbeit ihrer Bevölkerung, die diese Stadt mit Tränen und Fleiß aus den Trümmern des zweiten Weltkriegs aufgebaut hat. Ich wiederhole meine Hochachtung. Muammar Al Gaddafi".
(Schluß) sti/bs

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (1)

Utl.: Beschluß noch vor Sommer möglich

=++++

7 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag könnte noch vor der Sommerpause eine Abgabe auf unvermietete Wohnungen beschließen. Ein Entwurf für eine solche Abgabe wurde in dieser Woche zur externen Begutachtung ausgeschickt. Der Entwurf sieht monatlich Abgaben je Quadratmeter zwischen 16,50 und 66 Schilling vor. In Kraft treten könnte das Gesetz mit 1. Jänner 1983.#

Als unvermietet gilt eine Wohnung, wenn sie nach 6 Monaten nach der Räumung durch den früheren Mieter oder Inhaber nicht vermietet wurde. Diese Frist kann sich auf 1 Jahr erhöhen, wenn Arbeitern zur Standardanhebung durchgeführt werden. Abgabepflichtig ist der Eigentümer des Gebäudes oder der Bauberechtigte, eine Überwälzung der Abgabe ist unzulässig.

Die Abgabe soll je Monat und je Quadratmeter Nutzfläche betragen:

- o 66 Schilling für eine Wohnung mit Badegelegenheit, Klosett, Zentral- oder Etagenheizung und einer Warmwasseraufbereitung,
 - o 49,50 Schilling für eine Wohnung mit Klosett und Badegelegenheit,
 - o 33 Schilling für eine Wohnung, die zumindest über eine Wasserentnahmestelle und ein Klosett verfügt,
 - o 16,50 Schilling für eine Wohnung ohne Wasser oder kein Klosett.
- (Forts.) sei/bs

NNNN

Abgabe auf unvermietete Wohnungen (2)

=++++

á Wien, 11.3. (RK-KOHNUNAL) Von der Abgabe auf unvermietete Wohnungen ausgenommen sind:

- o Wohnhäuser, die im Eigentum oder in der Benützung eines fremden Staates oder auf Grund von Staatsverträgen errichteten Organisationen oder von als exterritorial anerkannten Personen stehen, insoweit diese Wohnhäuser zur Unterbringung von diplomatischen Vertretungen oder zu Wohnzwecken für als exterritorial anerkannte Personen verwendet werden;
- o Wohnungen, die vom Eigentümer zur Deckung seines Wohnbedarfes selbst benützt werden;
- o Wohnungen, an denen Wohnungseigentum besteht;
- o Dienstwohnungen;
- o Wohnungen, die auf Grund behördlicher Anordnungen nicht vermietbar sind;
- o Wohnungen, die unter Angabe der Vertragsbedingungen der Stadt Wien zur Vergabe angeboten werden, ab dem Zeitpunkt der Annahme des Anbotes durch die Stadt Wien. Die Abgabefreiheit endet nach Ablauf von 6 Monaten nach schriftlicher Erklärung der Stadt Wien, auf das eingeräumte Vergaberecht zu verzichten. (Schluß) sei/gg

NNNN

Modernstes gefäßchirurgisches Zentrum Europas (1)

=++++

9 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Wien verfügt über das modernste gefäßchirurgische Zentrum Europas. Der Diagnostik- und Therapiebereich des an der 1. Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Lainz (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Helmut DENCK) vor fünf Jahren geschaffenen Zentrums wurde vor kurzem wesentlich erweitert. Damit zählt diese Einrichtung, die Donnerstag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, nunmehr zu den modernsten ihrer Art in Europa.#

Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher gehören Herz- und Gefäßkrankheiten weltweit und auch in Österreich zu den häufigsten Todesursachen. So starben in Wien im Jahre 1980 9.550 Personen an Herzerkrankungen und 4.688 an diversen Gefäßkrankheiten. Dementsprechend hat auch die Gefäßchirurgie in den letzten Jahren an Bedeutung zugenommen.

Zwtl.: Erstes Gefäßzentrum Wiens

An der 1. Chirurgischen Abteilung des Krankenhauses Lainz wurden bereits 1957/58 die ersten Gefäßdarstellungen mit Hilfe einer Röntgenkontrastmitteluntersuchung durchgeführt, um damit Gefäßverschlüsse, Gefäßerweiterungen oder Gefäßmißbildungen festzustellen. 1977 erfolgt schließlich die Eröffnung eines eigenen gefäßchirurgischen Zentrums - des ersten Zentrums dieser Art in Wien.

Zwtl.: Unblutig und patientenfreundlich

Wesentlichste Neuerung der Anlage ist, daß blutige Eingriffe nunmehr den Patienten größtenteils erspart bleiben können. Eine eigene Kameraanlage ermöglicht Sofortaufnahmen der Gefäße, ebenso können akute Blutungen noch während der Untersuchung gestillt werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, mit einem Spezialkatheter bestehende Gefäßverschlüsse sofort zu beheben. (Forts.) zi/gg

NNNN

Modernstes gefäßchirurgisches Zentrum Europas (2)

Utl.: Isotopen- und Ultraschalluntersuchungen

-++++

10 Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Die chirurgische Abteilung verfügt über insgesamt 156 Betten, wovon 50 der Gefäßchirurgie und vier bis fünf Betten der Herzchirurgie zur Verfügung stehen. Die übrigen Betten sind der Allgemeinchirurgie und der Lungenchirurgie vorbehalten. Der stationäre Teil wird von einer Ambulanz mit einer Angiographieabteilung und einer angiologisch-diagnostischen Abteilung (Leiter Univ.-Prof. Dr. Friedrich OLBERT) ergänzt, in deren Rahmen sämtliche Untersuchungen und röntgenologische Darstellungen der Blut- und Lymphgefäße sowie des Herzens und der Herzkranzgefäße, aber auch kleine diagnostische Eingriffe und Operationen durchgeführt werden können. Der bisher bereits sehr umfangreiche Diagnostik- und Therapiebereich wurde nunmehr durch die Installierung neuer Geräte wesentlich erweitert. Außer den bisher üblichen röntgenologischen Techniken gibt es nunmehr Möglichkeiten, diese mit Isotopen- und Ultraschalluntersuchungen zu kombinieren. Dies bedeutet, wie Univ.-Prof. Dr. DENCK ausführte, daß sämtliche notwendige Untersuchungen und Therapien bei den Patienten in einem "Arbeitsgang" durchgeführt werden können.

Zwtl.: Nuklearmedizinische Messungen

Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, wie Univ.-Doz. Dr. Emil OGRIS ausführte, mit Hilfe nuklearmedizinischer Untersuchungen exakte Messungen der Durchblutung verschiedener Organe wie etwa der Niere, der Leber und des Hirns, aber auch verschiedener Arterien vor und nach chirurgischen Eingriffen durchzuführen. Einzelne Gefäßabschnitte sind wesentlich besser als bisher im Detail erkennbar und Untersuchungen im Schädelbereich bzw. der Hirnarterien durch eine Filmdokumentation noch exakter. Außerdem sind alle Untersuchungen bandgespeichert und daher jederzeit, ohne Belastung des Patienten, abrufbar. (Forts.) zi/bs

NNNN

Modernstes gefäßchirurgisches Zentrum Europas (3)

Utl.: Modernste Tumordiagnostik

=++++

11 Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Zur Ermittlung von eventuell vorhandenen Tumoren steht außerdem ein spezielles Ultraschallgerät zur Verfügung, das vom Fonds "Kampf dem Krebs" gespendet und seitens der Gemeinde Wien komplettiert wurde. Mit diesem Gerät, der bestehenden Angiographie- und der Isotopenanlage gehört das Institut nicht nur zu den modernsten angio-diagnostischen, sondern auch zu den modernsten Tumordiagnostikzentren nicht nur Europas, sondern der Welt. Umbau und Einrichtungskosten beliefen sich auf rund 27 Millionen S.

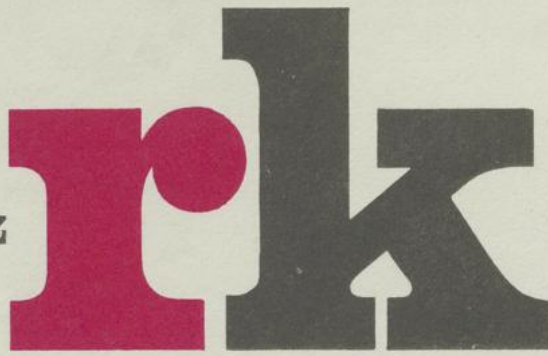
Zwtl.: Steigende Patientenfrequenz

Seit Eröffnung des gefäßchirurgischen Zentrums im Jahre 1977 stieg, wie Univ.-Prof. Dr. DENCK betonte, die Frequenz der stationären Patienten von jährlich 5.500 Patienten auf 7.300. Die Zahl der ambulanten Patienten ist von 24.000 auf 27.000 gestiegen. Wurden von 1957 bis 1977 rund 11.000 gefäßchirurgische Eingriffe durchgeführt, stieg diese Zahl von 1977 bis 1981 bereits auf 5.000 Operationen. Rund 20 Prozent der behandelten Patienten stammen dabei aus anderen Bundesländern. (Forts.) zi/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Freitag, 12. März 1982

Blatt 668

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Neubauprojekt Porzellangasse: Bauvolumen wird nicht
ausgesendet: ausgenützt
(grau) Zentralsparkasse: Bilanzsumme stieg um 13,3 Prozent

Kommunal: Mehr als 17,5 Millionen S für Kanalbauten
(rosa) Einsatzfahrzeug für Psychosozialen Notdienst
Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters
Wiener Landtag
Wiener Gemeinderat

Politik: Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek
(rosa)

Lokal: Das Museum kommt zu den Besuchern
(orange) Hostessen-Anzeigen: Zilk-Appell gegen den
schlechten Geschmack

Nur
Über FS: 12.3. Fenstersturz aus 9. Stockwerk - Kind überlebte
Sperrung der Jörgerstraße

.....
Bereits am 11. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neubauprojekt Porzellangasse: Bauvolumen wird nicht ausgenützt
=++++

12 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Beim Neubauprojekt des Fürsten Liechtenstein in der Porzellangasse soll das nach den Bebauungsbestimmungen mögliche Bauvolumen nur zu einem Drittel ausgenützt werden. Es ist nun Sache der Bezirksvertretung des Alsergrundes zu entscheiden, ob sie dieser Abweichung zustimmt. Ein Rechtsanspruch auf die Errichtung eines Neubaus besteht jedenfalls auf diesem Grundstück. Das erklärte Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER Donnerstag in einem ORF-Interview.#

Stadtrat Wurzer sagte weiter, daß für dieses Grundstück seit etwa 100 Jahren die Bauklasse 4 festgelegt ist, ohne daß jemals eine Abänderung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes beantragt worden wäre. Bei dem Neubauprojekt soll nun das mögliche Bauvolumen nur zu einem Drittel ausgenützt werden. Die Bezirksvertretung hat jetzt aufgrund der Bauordnung zu entscheiden, ob sie der geringeren Kubatur und damit einer Ausnahme von den Bebauungsbestimmungen zustimmt, die ein weit größeres Gebäude zuließen. Keine Frage ist es jedoch, daß der Bauwerber einen Rechtsanspruch hat, sein Neubauprojekt zu verwirklichen.

Es wird auch keine öffentlich zugängliche Grünfläche "zubetoniert", betonte Wurzer: Auf dem Areal steht bereits jetzt ein Gebäude, das durch einen nur geringfügig größeren Neubau ersetzt wird. Dieser wird jedoch auf einer Fläche errichtet, die nicht zur Parkanlage des Palais Liechtenstein gehört. Daß die Anrainer nicht wollen, daß ihre Aussicht beeinträchtigt wird, sei verständlich, ebenso daß sie sich deshalb zu Wort melden. Dem stehen jedoch wohlerworbene Rechte des Grundstückseigentümers gegenüber, führte Wurzer weiter aus. Hinsichtlich eines in einer Tageszeitung zitierten Vorwurfs, der Planverfasser des Projekts, Professor Machatschek, halte an der Technischen Universität Vorlesungen über Denkmalschutz und sei auch Berater des Denkmalamtes, sagte Wurzer, das Denkmalamt sei nicht involviert, weil das Gebäude nicht unter Denkmalschutz steht. Energisch wandte er sich deshalb gegen derartige vermutete Zusammenhänge. (Schluß) and/bs

.....
Bereits am 11. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zentralsparkasse: Bilanzsumme stieg um 13,3 Prozent
Utl.: Trotz schwieriger Wirtschaftslage zufriedenstellendes
Ergebnis

=++++

13 #Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Mit einer Ausweitung der Bilanzsumme um 13,3 Prozent auf 122,2 Milliarden Schilling schloß die Zentralssparkasse und Kommerzialbank das Geschäftsjahr 1981 ab, erklärte Generaldirektor Dr. Karl VAK im Rahmen einer Pressekonferenz am Donnerstag.#

Die Verteuerung der Geldkosten hat zu einer Schmälerung der Ertragsbasis geführt.

Die Spareinlagen entwickelten sich positiv. Mit einem Zuwachs von 13,3 Prozent (knapp 6 Milliarden Schilling) wurde bis Jahresende ein Spareinlagenstand von 50,8 Milliarden Schilling erreicht.

Das Veranlagungsvolumen erhöhte sich um 15,2 Prozent auf 82,7 Milliarden Schilling. Davon entfielen 32 Prozent auf die Bereiche Handel, Gewerbe und Industrie sowie Dienstleistungen, 19 Prozent auf den Wohnbau, 14 Prozent auf die öffentliche Hand und 35 Prozent auf Privatkunden, Kreditinstitute und sonstige Schuldner.

Gemeinsam mit der Wiener Landes-Hypothekenbank wirkte die "Z" an der Finanzierung von rund 21.000 Wohnungen mit. Davon sind 4.500 Wohnungen Neubauten. (Schluß) lei/bs

NNNN

Das Museum kommt zu den Besuchern

Utl.: Wanderausstellung mit Fielhauer-Karikaturen

=++++

1 Wien, 12.3. (RK-LOKAL) Eine Wanderausstellung mit Karikaturen von Otto ("Habakuk") Fielhauer wird ab kommenden Montag, 15. März, erstmals in der Volkshochschule Favoriten gezeigt. Themen der Ausstellung sind Alltag und Politik der 2. Republik.

Die Karikaturenausstellung ist Teil einer Serie von Wanderausstellungen, die vom Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Zusammenarbeit mit der Stadt Wien (MA 13) veranstaltet werden. Die Ausstellungen werden nach dem Motto "Das Museum kommt zu den Besuchern" in Volkshochschulen, Häusern der Begegnung und Jugendzentren gezeigt. (Schluß) emw/bs

NNNN

Mehr als 17,5 Millionen Schilling für Kanalbauten

=++++

2 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Bau- und Materialkosten in Höhe von mehr als 17,5 Millionen Schilling hat der Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz für den planmäßigen Ausbau des städtischen Kanalnetzes nach Plänen der MA 30 (Kanalisation) genehmigt. In Simmering ist der Bau eines Straßenkanals in der Schemmerlstraße von der Hasenleitengasse bis zur Zumbuschstraße und von der Lesergasse bis zur Bahnunterführung vorgesehen. Da der Kanal auch einen Abschnitt der Südostautobahn entwässern wird, trägt einen Teil der Baukosten von 12 Millionen Schilling der Bund.

In Favoriten werden im Gebiet des Hebbelplatzes Kanäle gebaut, deren Kosten mit 3,7 Millionen Schilling veranschlagt wurden. Rund 1,8 Millionen kostet ein Straßenkanal, der in Donaustadt errichtet wird, und zwar in der Atemsgasse vom Haus Nr. 11 bis zur Donaufelder Straße. (Schluß) we/ap

NNNN

Einsatzfahrzeug für Psychosozialen Notdienst

Utl.: "Psychosozialer Notdienst auf Rädern"

=++++

3 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Noch rascher und damit wirkungsvoller als bisher kann der Psychosoziale Notdienst in seelischen Krisensituationen oder Notfällen helfend eingreifen. Donnerstag abend übergab Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER den Mitarbeitern des Psychosozialen Notdienstes im 2. Bezirk, Kleine Sperlgasse 2b (Tel. 24 64 24) ein eigenes Einsatzfahrzeug. Damit ist es dem psychosozialen Team, bestehend aus Ärzten, Psychologen, Sozialarbeitern und Krankenpflegern, ab sofort möglich, auch außerhalb des Stützpunktes Einsätze zu tätigen und rasch am Krisenort zu sein. Das neue Fahrzeug ist allerdings nicht als Einsatzfahrzeug gekennzeichnet, um einen unauffälligen Einsatz zu ermöglichen.

Zwtl.: In über 1.500 Fällen geholfen

Der psychosoziale Notdienst wurde in den ersten neun Monaten seines Bestehens bereits von über 1.500 Hilfesuchenden in Anspruch genommen. Auf Grund der ständig steigenden Frequenz dürfte sich diese Zahl jedoch in nächster Zeit noch wesentlich erhöhen. Stacher betonte, daß von der Tätigkeit des Notdienstes unter anderem auch eine zahlenmäßige Verminderung der Zwangseinweisung in die Psychiatrie erwartet wird. (Schluß) zi/gg

NNNN

Hostessen-Anzeigen: Zilk-Appell gegen den schlechten Geschmack

=++++

4 #Wien, 12.3. (RK-LOKAL) Zu einer gemeinsamen Allianz gegen den schlechten Geschmack rief Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK Freitag die Herausgeber jener Tageszeitungen auf, die in ihrem Anzeigenteil Kontakt- und Hostessen-Annoncen bringen: Nicht aus Prüderie, sondern aus Gründen des guten Geschmacks sollten die Herausgeber dieser Blätter künftig nur noch Anzeigen annehmen, die auf die Schilderung lächerlicher bis unappetitlicher Details verzichten. Zilk wies darauf hin, daß den Bürgerdienst der Stadt Wien immer wieder Anrufe erreichen, in denen auf die Geschmacklosigkeit der diesbezüglichen Anzeigen hingewiesen wird.#

Unter Hinweis auf bundesdeutsche Beispiele, wo die Boulevardzeitungen ebenfalls ohne diese Detailschilderungen auskommen, meinte Zilk, er sei zuversichtlich, daß er mit seinem Appell Erfolg haben werde, nicht zuletzt deshalb, weil er stets die Auffassung vertrete, daß es in unserer Gesellschaft sehr oft wirksamer sei, durch Argumente zu überzeugen, als mit Hilfe von Verboten etwas zu erzwingen. "Ich bin sicher, daß sich die Verantwortlichen in den betroffenen Tageszeitungen auch ohne umständliche Verordnungen und Gesetze meiner Ansicht anschließen werden" sagte Zilk gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

In diesem Zusammenhang erinnerte Zilk an seine schon früher erhobene Aufforderung an Steuer- und Sozialbehörden, Prostituierte nach den für alle Staatsbürger gültigen Normen gleich zu behandeln. Es sei absolut nicht einzusehen, daß - gerade heute - wo alle Bürger streng zu ihren Steuerleistungen angehalten werden, die Prostitution steuerfrei sei und dadurch Millionen Einkünfte verlorgen gehen.

(Schluß) ga/bs

NNNN

12. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 675

12. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 675

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters

~~Dienstag~~ Pressegespräch des Bürgermeisters

5+++ Wien, 11.3. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Dienstag, dem 16. März, findet ~~um~~ 11:30 Uhr das nächste Pressegespräch mit Bürgermeister Leopold GRATZ im Konferenzraum des Presse- und Informationsdienstes ~~statt~~ (Schluß) sti/ap
Konferenzraum des Presse- und Informationsdienstes
statt. (Schluß) sti/ap

NNNN

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=++++

7 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat Freitag unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der FPÖ, drei Anfragen der ÖVP sowie ein Antrag der FPÖ auf Reduzierung der Strom- und Gastarife vor.

Die Gemeinderatssitzung begann mit einem Bericht von Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER, der in einem einstündigen Diavortrag den in der letzten Gemeinderatssitzung gegebenen Bericht über die Situation der Wiener Spitäler ergänzte. Stacher verwies darauf, daß bei den Personalkosten die massivste Steigerung erfolgt ist. Die Zahl der Arztestellen erhöhte sich von 1975 bis 1981 von 1.798 auf 2.054, die Zahl der medizinisch-technischen Dienste von 1.521 auf 1.875 und das Pflegepersonal von 8.442 auf 9.640. In Wien werden die meisten Ärzte ausgebildet. Auch die Bundesländer müßten mehr Ärzteausbildungsstellen einrichten, sagte Stacher. Er betonte, daß für einen humaneren Spitalsbetrieb mehr Personal unabdingbar notwendig ist.

15,9 Prozent der Kosten entfallen in Wien auf die Behandlung ambulanter Patienten. Das ist mehr als in allen anderen Bundesländern. Es muß alles unternommen werden, daß auch diese Leistungen abgegolten werden.

Die Verweildauer in den Spitälern ist auch vom Jahr 1980 auf 1981 weiter zurückgegangen, die Bettenauslastung ist im Durchschnitt auf 84,5 Prozent angestiegen. Eine 85prozentige Auslastung wird international als optimal bezeichnet. Der hohe Auslastungsgrad bei den internen Abteilungen und der Neurologie weist auf einen Mangel an internen und neurologischen Betten hin.

Die längere Verweildauer im Bereich der Psychiatrie, der Neurologie und der Strahlentherapie korrespondiert mit dem Umstand, daß es gerade hier besonders viele Patienten aus den Bundesländern gibt. (Forts.) ger/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=++++

8 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In den Privatspitälern sind mehr chronisch Kranke und Pflegefälle, die einen weniger hohen Aufwand erfordern. Ein Kostenvergleich mit Akutspitälern ist deshalb nicht möglich.

Die Krankenhaushäufigkeit hat in den letzten Jahren zugenommen. 1975 wurden 200.000 Patienten aufgenommen, 1980 237.000. Auch die Zahl der Pflegeetage ist angestiegen.

Durch eine bessere Auslastung der Spitäler war eine Verminderung der Zahl der Betten möglich.

Es stimmt nicht, sagte STACHER, daß die Wiener Spitäler teurer als Spitäler in den Bundesländern sind, wenn man Vergleichbares miteinander vergleicht.

Auch im Jahr 1981 kamen 17,75 Prozent der Patienten der Wiener städtischen Spitäler aus den anderen Bundesländern, wobei der Prozentsatz im Allgemeinen Krankenhaus sowie in den Krankenhäusern mit Spezialabteilungen am höchsten war.

Am Beispiel des Rudolfspitals illustrierte STACHER die ungeheure Entwicklung, die im Spitalswesen in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Der Einsatz moderner Technik brachte enorme Verbesserungen, die allerdings auch Geld kosteten. Im Rudolfspital gab es 1881 30 Ärzte, 1951 117 und 1981 226. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Stand des Pflegepersonals von 80 auf 367 und 460, die Zahl der ambulanten Behandlungen von 3.500 auf 48.000 und 180.000, die Zahl der Operationen von 223 auf 11.500 und 18.500.

STACHER verwies darauf, daß zu jedem Krankenhaus eigentlich auch entsprechende Rehabilitationseinrichtungen gehören müßten.

Das Krankenhaus im Sozialmedizinischen Zentrum Ost soll in drei Etappen gebaut werden. (Forts.) ger/ap

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Bericht Stadtrat Stacher

=+++++

9 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Allgemeinen Krankenhaus gibt es derzeit 2.450 Betten, sagte STACHER, im neuen AKH werden es 2.176 sein. Die Verminderung erfolgt in jenen Bereichen, in denen keine entsprechende Auslastung gegeben ist. Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte Stacher, daß das künftige AKH eine wesentlich humanere Atmosphäre haben wird als das alte AKH.

Die Lehrtätigkeit wurde auf zahlreiche Spitäler ausgeweitet. Die städtischen Spitäler sind sich ihrer Verpflichtung, der Universität bei der Ausbildung zu helfen, bewußt. Auf das AKH kann allerdings nicht verzichtet werden.

Die Ausbildung und Weiterbildung in den Spitälern selbst wurde intensiviert. Bei Patientenbefragungen zeigte sich eine weitestgehende Zufriedenheit der Patienten mit der Betreuung.

Die Zahl der Pflegeheim- und Wohnheimplätze stieg zwischen 1973 und 1981 von 10.673 auf 13.397. Eine Steigerung gibt es auch bei der Zahl der niedergelassenen Ärzte. 1975 gab es in Wien 6.083 Ärzte, 1981 waren es 6.838. Sehr gut bewährt hat sich der Einsatz der mobilen Krankenschwestern, die in ihrer Funktion als verlängerter Arm des praktischen Arztes 1981 bereits über 4.000 Patienten betreut haben. Sie arbeiten eng mit der Heimhilfe zusammen, die 1981 9.160 Menschen betreute.

Die Betriebsorganisation ist weiter zu verbessern, sagte Stacher, die medizinische Entwicklung geht weiter. Die Wiener Spitäler erbringen weit über Wien hinaus Leistungen für ganz Österreich. Wir müssen allerdings dafür sorgen, daß wir dafür nicht nur Anerkennung, sondern auch die notwendigen finanziellen Mittel bekommen, schloß Stacher. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

10 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) ging zunächst auf die 500 Millionen Schilling Schulden der Wiener Gebietskrankenkasse bei der Stadt Wien ein. Die Stadt Wien wird auf diesem Weg als zinsfreier Kreditgeber benützt, sagte Hirnschall. Der jährliche Schaden der Gemeinde beträgt etwa 50 bis 60 Millionen Schilling. Das kann nicht toleriert werden. Die Versicherungen zahlen ohnedies nur mehr 40 Prozent des Gesamtaufwandes der Wiener Spitäler. Hirnschall stellte den ANTRAG, über das Bundesministerium für soziale Verwaltung zu bewirken, daß die Gebietskrankenkasse ihren Verpflichtungen nachkommt. Sollte das binnen Monatsfrist nicht der Fall sein, müßten rechtliche Schritte unternommen werden.

Während in den Kinder-, Kieferchirurgischen-, Augen- und HNO-Abteilungen eine mangelnde Auslastung gegeben ist, ist in anderen Abteilungen, wie der Internen, der Neurologie und der Chirurgie eine sehr starke Auslastung zu verzeichnen, was dazu führt, daß Patienten in Gangbetten liegen müssen, betonte Hirnschall. Eine der Ursachen dafür ist der Mangel an Pflegebetten, der auch mit der Inbetriebnahme des Pflegeheims Ost noch nicht behoben sein wird. Eine Aufstockung der Pflegeeinrichtungen zur Entlastung der Spitäler ist daher dringend nötig.

Abschließend wies Hirnschall auf die mangelnde Versorgung bestimmter Bezirke mit praktischen Ärzten hin. Auch hier müßten dringend Maßnahmen gesetzt werden. Den Bericht von Stadtrat Stacher wird die FPÖ zur Kenntnis nehmen, schloß Hirnschall. (Schluß)
gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

12 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. Gertrude KUBIENA (ÖVP) kritisierte, daß ein Gutachten des deutschen Krankenhausinstituts, das sich kritisch mit der Situation des Gesundheitswesens in Wien auseinandersetzt, seit einem Jahr in der Schublade von Stadtrat STACHER liegt. Die Tätigkeit der Opposition wird zur Detektivarbeit. Kubiena vermutet drei Punkte, warum das Gutachten geheimgehalten wird: Es enthält massive Kritik und zeigt Irrwege des Zielplanes auf. Es bestätigt die seit Jahrzehnten aufgestellten Forderungen der ÖVP und demaskiert die Fehlleistungen einer sozialistischen Gesellschaftspolitik. Zur Verbesserung der Gesundheitspolitik hat die ÖVP zahlreiche Anträge im Gemeinderat gestellt. Beispielsweise bereits 1961 einen Antrag zum Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost. Es wurden mehr neurologische Betten von der ÖVP gefordert, weiters die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur und die Eindämmung der Energiekosten in Spitälern.

Von den Stadträten Mayr und Stacher werden immer wieder die hohen Kosten, die für Wien durch Nicht-Wiener-Patienten entstehen, beklagt. Von den Einnahmen der Spitäler wird nicht geredet. Die Operationen und die Geräte für die Nicht-Wiener-Patienten muß das zuweisende Krankenhaus bezahlen.

Stadtrat Stacher hat acht Forderungen aufgestellt, die eine finanzielle Umschichtung bedeuten. Eine echte Sanierung des Gesundheitswesens ist jedoch davon nicht zu erwarten. Für das Wiener Gesundheitswesen sind nicht nur Mittelumschichtungen, sondern politische Kurskorrekturen notwendig. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

13 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Kubiena beklagte den Verlust des Verantwortungsgefühls der Menschen füreinander. Es gibt immer mehr Sozialdienste, die menschliche Beziehungen kompensieren. Eine gute Gesellschaftspolitik würde viele Sozialdienste überflüssig machen. In Ergänzung zum Bericht von Stadtrat Stacher stellte die ÖVP folgende Forderungen: Die Information über das Gesundheitswesen soll möglichst umfassend und komplett sein, der Zielplan muß ein integriertes Gesundheitswesen anstreben und es müsse Kurskorrekturen in der Gesellschaftspolitik geben. Die ÖVP bekenne sich dazu, daß Wien die Verpflichtung hat, das beste und humanste Gesundheitswesen zu bieten. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

14 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) erklärte, daß das Gesundheitswesen Wandlungen unterworfen ist und neue Erkenntnisse berücksichtigt werden müssen, um eine optimale Versorgung zu gewährleisten. Er unterstrich die Leistungen von Stadtrat STACHER etwa durch die Vorlage des Krankenanstalten- und Altenhilfeplanes, der vom Gemeinderat beschlossen wurde. Derzeit bestehen in drei Spitälern Ausbildungsmöglichkeiten für Krankenpflegepersonal im zweiten Bildungsweg: wenn mit den derzeit vorhandenen 180 Plätzen nicht das Auslangen gefunden werden kann, wird die Zahl erhöht werden.

In ganz Niederösterreich gibt es, so Lacina, derzeit keine Infektionsabteilung. Es ist noch nicht sicher, ob im neuen Wiener Neustädter Spital eine eingerichtet wird. Diese Patienten kommen nach Wien.

Er erklärte, daß die Probleme mit der Spitalsfinanzierung auf den technischen Fortschritt, die außerordentliche Personalintensität der Krankenanstalten, die Kosten für Arznei- und Verbrauchsmaterial sowie die Ausweitung des Ambulanzbetriebes zurückzuführen sind.

Lacina gab einen Überblick über die Erhöhung des Pflege- und des ärztliche Personals zwischen 1975 und 1981 und betonte, daß in Wien 8,6 Ärzte auf 100 Spitalsbetten kommen, während es in den anderen Bundesländern nur 4,6 sind. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Ausbildungsstätten hat sich vom Schuljahr 1972/73 (565) bis zum Schuljahr 1981/82 (1.783) deutlich erhöht. (Schluß)
and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

15 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Dr. GOLLER (ÖVP) erklärte, der Bericht von Sozialstadtrat Stacher gebe Anlaß dazu, zu überdenken, wieweit der Zielplan 1975 erfüllt worden sei. Goller griff drei Beispiele heraus: So sei der geplante Kobalt-Bunker in der Rudolfstiftung nicht gebaut worden, das Geriatriische Spital im 20. Bezirk sei nicht verwirklicht worden und auch im Fall des Pflegeheims Süd sei nur verlorener Planungsaufwand zu registrieren. Die Finanz- und Investitionspläne bieten keine realistische Vorschau. Und der Zielplan aus dem Jahre 1975 werde nicht konsequent realisiert.

Dr. Goller forderte zielführende Verhandlungen mit der Gebietskrankenkasse bezüglich der Neuregelung der Verpflegskostenersätze. So stiegen die Ersätze von 1977 bis heute um knapp 50 Prozent, während in der gleichen Zeit die Eigenkosten um 81 Prozent, im AKH sogar um 169 Prozent, zunahmen. Die Schere werde immer größer.

Dr. Goller verwies darauf, daß die Wiener Gebietskrankenkasse Ende 1981 492 Millionen Rückstände gehabt habe. Er warf in diesem Zusammenhang Finanzstadtrat Mayr vor, nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, um der Stadt Wien zu ihrem Geld zu verhelfen.

Namens der ÖVP-Fraktion stellte Dr. Goller eine ANFRAGE an Finanzstadtrat Mayr betreffend der Zahlungsrückstände der Wiener Gebietskrankenkasse. Er finde es unverständlich, sagte Dr. Goller, daß die Stadt Wien zur Überbrückung einer Liquiditätsenge einen hochverzinsten Kredit in Höhe von 500 Millionen Schilling kurzfristig aufnehmen müsse, während die Wiener Gebietskrankenkasse nicht dazu gedrängt werde, ihre Rückstände zu begleichen. (Forts.)
fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

16 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Zu finanziellen Auswirkungen der Krankenhausversorgung nahm Stadtrat MAYR (SPÖ) Stellung. In Wien werden derzeit 966 Turnusärzte ausgebildet. In 866 Fällen trägt die Stadt Wien die vollen Kosten, während es bei 100 Ärzten eine Kostenteilung mit dem Bund gibt. In den ersten beiden Jahren erbringen die auszubildenden Ärzte naturgemäß noch keine oder nur eine geringe Leistung. Während die Ärzte in Wien 4-Jahres-Verträge erhalten, gibt Niederösterreich 6-Jahres-Verträge, erhält also 4 Jahre lang die volle Leistung der jungen Ärzte.

Auch er, Mayr, halte die Höhe der Pflegegebührenersätze durch die Gebietskrankenkassen für nicht befriedigend. Man müsse allerdings berücksichtigen, daß auch die Krankenkasse in den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds einzahle. Mayr äußerte seine Besorgnis über das Weiterbestehen dieses Fonds. Es sei notwendig, sich an einen Tisch zu setzen und die Probleme zu lösen. Eine Aufkündigung des Fonds würde er bedauern, weil der Fonds das erste bundesweite Instrument ist, mit dem man versucht, die Krankenhausversorgung ohne Berücksichtigung des Wohnsitzes des einzelnen Patienten zu lösen.

Mayr erinnerte daran, daß der Finanz- und Investitionsplan jeweils nur für das erste Jahr verbindliche Vorhersagen enthalte.

Mayr stellte fest, daß der Rückstand der Wiener Gebietskrankenkasse mit Stichtag 4. März 1982 rund 430 Millionen Schilling betrage. Er habe entsprechende Schritte unternommen, um diese Schulden einzutreiben und eine Verzinsung zu erreichen. Bei allem Verständnis für die Verpflichtungen der Krankenversicherungsträger wurde damit alles Notwendige getan, um die Interessen der Stadt Wien zu wahren. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

17 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) wies zunächst auf die gestiegenen Schülerzahlen in den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien hin. Anschließend ging SCHIRMER auf einen Debattenbeitrag von Stadtrat Gertrude KUBIENA ein, dem zufolge die Frauen auf Grund der gesellschaftspolitischen Veränderungen keine Zeit mehr hätten, sich um Kinder und Alte zu kümmern. Die familiäre Geborgenheit sei öffentlichen Ersatzdiensten gewichen. SCHIRMER bezeichnete diese Äußerungen als Diskriminierung der berufstätigen Frauen, die 40 Prozent der unselbständig Berufstätigen stellen, wie auch der sozialen Dienste, die in Wien 9.000 alte Menschen täglich betreuen. SCHIRMER stellte die Frage, in wie vielen Familien es denn früher - vor in Kraft treten der sozialen Reformen - Glück und Geborgenheit gegeben hat. Schon zur Jahrhundertwende gab es in Wien 375.000 berufstätige Frauen, die aber nicht wie heute, Zeit hatten, sich um die Familie zu kümmern. Eben das ist erst durch die gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahrzehnten möglich geworden. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

18 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Kosten für das Gesundheitswesen sind explosionsartig angestiegen, kritisierte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP). Jeder Wiener hat Anspruch auf eine optimale medizinische Versorgung, trotzdem müsse es Überlegungen zur Eindämmung der Kosten geben. Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist eine ausreichende und seriöse Information. Die von Stadtrat Stacher genannten Zahlen über die Kosten eines Pflagetages in den Spitalern unterscheiden sich von den Angaben von Gesundheitsminister STEYRER. Das Gesundheitswesen in Wien steckt in einer ernststen ökonomischen Krise. Der Zielplan der Krankenversorgung und Altenhilfe in Wien ist nur unzureichend erfüllt worden. Dr. Hawlik stellte daher den ANTRAG, die Überprüfung der Entwicklung des Zielplanes in kürzeren Zeitabständen vorzulegen. Außerdem soll der Gemeinderat über die Ergebnisse dieser Überprüfung umgehend informiert werden. Weitere ÖVP-Forderungen: Der Mangel an akuten Pflegebetten in bestimmten Bereichen und das Überangebot an Akutbetten sollen ausgeglichen werden. Der Zielplan für die Psychiatrie soll in den Zielplan für Krankenversorgung und Altenhilfe integriert werden.

Dr. Hawlik warnte davor, die Wiener Probleme im Gesundheitswesen auf Kosten anderer Bundesländer lösen zu wollen. Die gegenseitige Aufrechnung von Leistungen würde die Wiener in eine Isolation führen. Der Gedanke der Eigenvorsorge und des Gesundheitsbewußtseins bei jedem einzelnen Menschen soll gestärkt werden. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

19 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Vielfalt der Debattenbeiträge zeigt, wie vielschichtig man das Thema sehen kann, sagte GR. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP). Nicht zuletzt muß man Spitalsfragen aus der Sicht des Patienten sehen. Den Patienten interessiert weniger, wer die Krankenanstalten finanziert, oder wie hoch die Verweildauer ist. Für den Patienten ist wichtig, ob er auf ein Bett warten muß, oder ob auch dann Interesse an einer Heilung besteht, wenn er nicht mehr in den Arbeitsprozeß zurückgeführt werden kann.

Zum Unterschied zu einer von Stadtrat Stacher durchgeführten Patientenbefragung, in der 28 Prozent der Patienten Wünsche anmelden, kommt eine andere Bedürfniserhebung aus dem Jahre 1977 zu einem Anteil von 90 Prozent, wobei die Verwirklichung der Wünsche teilweise nicht einmal mit Kosten verbunden wäre.

An prominenter Stelle steht bei den Anliegen die Beziehung zum Arzt - die Erkrankung soll verständlich und ausführlich erklärt werden. Der Wunsch nach seelischer Betreuung in den Spitälern steht in der Wunschliste an dritter Stelle. Stadtrat STACHER forderte sie auf, den qualitativen Standard zu erhöhen und nicht nur den quantitativen.

Schlick stellte den BESCHLUSSANTRAG, es möge das Modell der gestuften Betreuung und Rehabilitation in jenen Spitälern eingeführt werden, in denen dies sinnvoll erscheint. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

20 wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. WINDHAB (SPÖ) erklärte, Gesundheits- und Sozialwesen seien nicht dazu geeignet, daraus politische Geschäfte zu machen. Er lud die ÖVP ein, objektiv und konstruktiv im Interesse aller Menschen die bestehenden Probleme zu lösen. Die Opposition hätte falsche Vergleiche angestellt, man müsse auch die Qualität der Leistungen sehen. Daß die Qualität der Wiener Spitäler überdurchschnittlich gut sei, zeige sich daran, daß zahlreiche Patienten aus den Bundesländern in Wien versorgt werden. So kommen 42 Prozent der Orthopädie-Patienten aus den Bundesländern, ebenso 38 Prozent der Patienten an der Neurochirurgie und 48 Prozent an der Radiologie. Wien erbringe damit eine Leistung für ganz Österreich.

Windhab wies die Kritik einer falschen Gesundheits- und Gesellschaftspolitik zurück. "Wir haben viel für die sozial Schwachen getan. Heute gibt es bessere Lebensbedingungen für alle. Diese Sozialpolitik wollen wir gerne fortsetzen". (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

21 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Pensionen sind im Zeitraum von 1978 bis 1982 um 35 Prozent gestiegen, sagte GR. HAHN (ÖVP). Die Stromtarife stiegen in der gleichen Zeit um 58 Prozent, die Gastarife um 68 Prozent und der Fernwärmepreis um 73 Prozent.

Die Stadt Wien finanziert eine Reihe von Einrichtungen, die die niedergelassenen Ärzte in beträchtlichem Maße entlasten und so den Sozialversicherungsträgern Geld sparen. Dazu gehören zum Beispiel die mobilen Krankenschwestern und die psychosozialen Stationen. Hahn stellte den ANTRAG, umgehend Gespräche mit dem Finanzminister zu führen, um eine - zumindest teilweise - finanzielle Abgeltung solcher Leistungen aus den Mehreinnahmen der Zigarettenpreiserhöhungen zu erreichen. Finanzminister SALCHER hatte als Gesundheitsminister mehrmals verlangt, den Mehrerlös aus Zigarettenpreiserhöhungen für Gesundheitszwecke zu verwenden.
(Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Spitalsdebatte

=++++

22 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort bekannte sich Stadtrat STACHER zur öffentlichen Diskussion um das Spitalswesen - nicht zuletzt darum habe er den Spitalsbericht im Gemeinderat zur Debatte gestellt.

Stacher verwahrte sich zunächst gegen den Vorwurf mangelnder Informationsfreudigkeit: Alle Unterlagen, die von der Opposition als neu zitiert wurden, waren bereits seit längerer Zeit allgemein zugänglich. Zur Anzahl der praktischen Ärzte, sagte Stacher, daß hier erstmals seit 1978 ein Ansteigen der niedergelassenen Praktiker zu verzeichnen ist. In der Frage des Auslastungsgrades der Spitalsbetten müsse man sagen, daß hier alle Voraussetzungen berücksichtigt werden müssen, um ein Urteil abzugeben. Das Manko in der Neurologie konnte durch neue Stationen in Lainz und im Wilhelminenspital beseitigt werden. Bezüglich der Spitalskosten sagte Stacher, daß man hier immer vergleichbare Spitäler mit vergleichbaren Leistungen gegenüber stellen muß, um zu einem gültigen Schluß zu gelangen. Überhaupt rühren die Kostensorgen in der Medizin aus dem Fortschritt, der ständig neue medizinische Einrichtungen ermöglicht und notwendig macht.

Der Kostenfaktor ist auch ein Grund für den Ausbau der Ambulanzen, da sowohl praktische wie auch Fachärzte die Kosten für bestimmte Einrichtungen nicht aufbringen könnten.

Zum Schlagwort "Beziehungsmanko" sagte Stacher, daß die SPÖ eben mit ihren sozialen Einrichtungen versucht, alleinstehenden alten Menschen zu helfen. Abschließend wies Stacher auf die errungenen Erfolge in der medizinischen Betreuung hin und sagte, es werde auch in Zukunft alles geschehen, um die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung zu garantieren. Die Vorlage des Spitalsberichts wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Die eingebrachten Anträge wurden teils der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und teils der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik zugewiesen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

23 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Wohnbaustadtrat Johann HATZL erklärte, daß er bereits in der letzten Gemeinderatssitzung vor 14 Tagen ausführlich zur Stadterneuerung berichtete. Da es sich um einen Tatsachenbericht handelt, könne er die Leistungen der Stadtverwaltung für die Stadterneuerung nur wiederholen.

Die Stadterneuerung wird in Wien als Großprojekt der kleinen Schritte betrieben. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, könne sich von den zahlreichen verwirklichten Maßnahmen überzeugen. Die Stadterneuerung hat sich in den letzten Monaten immer stärker zu einem Schwerpunkt der Stadtverwaltung entwickelt. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Aktion, sondern um einen andauernden Vorgang.

Die Stadterneuerung umfaßt nahezu alle Bereiche des städtischen Lebens. Stadterneuerung heißt: Wohnhausinstandsetzung, -verbesserung und Wohnhausneubau. Sie bedeutet Schaffung von Fußgängerzonen und Wohnstraßen, von Grünanlagen und Spielplätzen, von öffentlichen Einrichtungen. Sie beinhaltet die Verbesserung der Verkehrsorganisation, die Erneuerung der technischen Infrastruktur und die Erweiterung der Nahversorgung.

Stadterneuerung muß gemeinsam mit den Bewohnern betrieben werden. Die Verbesserung eines abgewohnten Stadtviertels darf nicht durch Zwangsmaßnahmen erfolgen, sondern nur gemeinsam und mit Hilfe der Bewohner; auch wenn sich die Meinung der Betroffenen innerhalb kurzer Zeit ändert.

Die Hälfte der rund 800.000 Wohnungen stammt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Noch immer ist die Zahl der Substandardwohnungen sehr hoch, obwohl sich die Wohnungsstruktur insgesamt deutlich verbessert hat. 1978 waren etwa 200.000 Wohnungen mit Wasser, Zentralheizung und WC ausgestattet. 1979 waren es bereits 240.000 Wohnungen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

24 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung und Stadterweiterung sind keine Gegensätze, betonte HATZL, sondern müssen gleichzeitig betrieben werden. Ein Stoppen der Stadterweiterung würde zu einer weiteren Abwanderung ins Umland führen. Der Wohnhausneubau ist besonders in grüner Umgebung wichtig. viele Wohnviertel, die in der Gründerzeit-Phase auf der grünen Wiese errichtet wurden, zählen heute zur gewachsenen Stadt.

Hatzl verwies auf die Leistungen bei der Instandsetzung städtischer und privater Wohnhäuser und Wohnungen. Die Mittel der Altstadterhaltung sind von 2,9 Millionen Schilling im Jahre 1972 auf über 100 Millionen im Jahr 1982 angestiegen. Die Wohnungsverbesserung und der Wohnhausneubau liegen schwerpunktmäßig im dichtverbauten Stadtgebiet. 1980 wurden zum erstenmal mehr Mittel von der Stadtverwaltung als von Privaten für die Instandsetzung von Wohnhäusern ausgegeben. Hatzl sprach sich jedoch erneut gegen eine Sanierung um jeden Preis aus. Das neue Mietsrechtsgesetz wird sich vorteilhaft für die Stadterneuerung auswirken. Mit dem Erhaltungsbeitrag werden mehr Häuser als je zuvor instandgesetzt können.

Das Veto der ÖVP im Bundesrat gegen das Wohnbausonderprogramm der Bundesregierung ist sehr bedauerlich, sagte Hatzl. Es werden dadurch nicht nur wichtige Maßnahmen zur Stadterneuerung verzögert, sondern auch eine wirkungsvolle Beschäftigungspolitik für das Frühjahr verhindert. Eine weitere Verstärkung der Stadterneuerung ist durch die Neuordnung der Wohnbauförderung, durch eine Forcierung der Wohnbauverbesserung und durch den gezielten Einsatz in Stadterneuerungsgebieten zu erwarten. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

25 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat KUCHAR (FPÖ) kritisierte, daß im Stadterneuerungsbericht eine Auflistung von Stadterneuerungsgebieten enthalten ist, jedoch nur bei einem einzigen Gebiet, nämlich Ottakring, auch Erfolge zu verzeichnen sind. Bei allen anderen wird nur "geplant, ein Flächenwidmungsplan ausgearbeitet, mit der Bevölkerung gesprochen" - das ist alles notwendig, aber der Erfolg der Arbeiten seit ihrem Beginn ist sehr bescheiden. Kuchar verglich dies mit dem Wohnbauprojekt Marco-Polo-Gründe, das 1975 vom Gemeinderat beschlossen wurde, aber vielleicht erst 1985 oder 1986 fertiggestellt wird. Das ist viel zu lang, weil in diesem Zeitraum die Baukosten exorbitant steigen, weil aber auch viel Kapital aus der Wohnbauförderung gebunden wird. KUCHAR verwies auf einen Hotelneubau österreichischer Firmen im Ausland mit 408 Zimmern, der, wie er sagte, in nur etwas mehr als zwei Jahren fertiggestellt wurde. Wenn es mit der Stadterneuerung so weiter geht, wird mehr an Wohnsubstanz zugrunde gehen, als es un gelingt, zu revitalisieren.

Die Wohnungsverbesserung müßte für die schlechtesten Wohnungen zum Tragen kommen. Tatsächlich sind jedoch nur 2 Prozent der geförderten Wohnungen im Rahmen der kleinen Wohnungsverbesserung Substandardwohnungen. Die Wohnungszusammenlegungen gehen stark zurück. Zur Unterstützung der Bedürftigen muß die Stadt Wien flankierende Maßnahmen setzen. Auch bei der großen Wohnungsverbesserung ist die Tendenz sinkend. Dem verstärkten Bedürfnis nach Eigentumswohnungen wird zuwenig entsprochen. Es müssen mehr finanzielle Mittel für die Stadterneuerung verwendet werden, und deshalb ist ein Umdenken in der Stadtverwaltung notwendig. Stadterneuerung darf sich nicht am Spittelberg orientieren, sondern muß unter jenen Kosten liegen, die für Neubauten notwendig sind. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

26 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Als unverständlich bezeichnete es Kuchar, wenn Vizebürgermeister Dr. Busek aus populistischen Gründen gegen die notwendige Anhebung des Erhaltungsbeitrages ist, aber behauptet, die Stadtreparatur zu wollen. Man muß den Leuten sagen, daß Wohnen etwas kostet. Die Verantwortlichen müssen aber alles tun, um die Belastung der Bevölkerung möglichst gering zu halten und Fortschritte möglichst bald wirksam werden zu lassen. (Forts.)
and/gg

NNNN

Wiener Gemeindert (20)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

29 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (öVP) bezeichnete den Bericht von Stadtrat Hatzl als eine Zusammenfassung bereits bekannter Statistiken. Es befasse sich kein einziges Kapitel mit der Frage, ob sich die bisherigen Organisationsmodelle bewährt haben und ob genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Der Redner kritisierte die Stadterneuerungsgebiete in den einzelnen Wiener Gemeindebezirken. Die großflächige Stadterneuerung bringe Verfahrensprobleme mit sich, und es erscheine nicht sinnvoll, größere Stadterneuerungsmaßnahmen nur bei Gemeindebauten durchzuführen. Außerdem sollten einfache Planungsmaßnahmen mit der Bevölkerung besprochen werden.

Die Stadtverwaltung habe bis jetzt auf dem Gebiet der Autoabstellplätze versagt. Die nötigen Finanzmittel seien nicht so leicht aufzubringen und es müßten auch Privatinitiativen geweckt werden.

Die Verfahren bei den Schlichtungsstellen dauern zu lange. Eine Weisung von Stadtrat Hatzl an die MA 25, nach der städtische Projekte bevorzugt zu behandeln seien, bezeichnete Mayr als bedenklich.

Zur Beschleunigung der Stadterneuerung schlug der Redner die gleiche Behandlung aller Fälle bei der MA 25 sowie eine vorübergehende personelle Aufstockung der Schlichtungsstellen und die Heranziehung von Ziviltechnikern vor. Weiters regte der Redner realistischere Festlegungen der Einheitspreise bei den zuständigen Fachabteilungen an.

GR. MAYR brachte einen ANTRAG ein, den Dachbodenausbau in gemeindeeigenen Häusern im 1. Bezirk zu verstärken. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

30 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Der vorliegende Bericht über die Stadterneuerung wurde mit Stand 1980 erstellt, sagte GR. LUSTIG (SPÖ). In der Zwischenzeit ist auf diesem Gebiet schon wieder sehr viel geschehen.

Die Stadterneuerung ist ein Begriff, der Wien erst zu dem gemacht hat, was es heute ist. Die Stadtverwaltung war schon sehr früh in diesem Sinne - wenn auch noch nicht unter dieser Bezeichnung - tätig. Die Stadterneuerung umfaßt nicht nur Bauen und Erhalten, sondern fast alle Bereiche des täglichen Lebens. Wohnungsbau, Wohnungsinstandsetzung und Verbesserung gehören ebenso dazu wie die Gestaltung der Wohnumgebung, die Schaffung von Grünanlagen, Spielplätzen, Fußgängerzonen und Wohnstraßen, die Verbesserung der technischen Infrastruktur und der Nahversorgung und vieles andere.

Ein Zehn-Jahresplan umfaßt den Bau von 60.000 Wohnungen und Einfamilienhäusern, die Schaffung von 5.000 modernen Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen sowie 100.000 Wohnungsverbesserungen.

Das Modell Ottakring hat viel für die Zukunft gelehrt. Durch Einsatz von öffentlichen Mitteln war es in den Untersuchungsgebieten möglich, auch den Einsatz von privaten Mitteln zu aktivieren. Die Gebietsbetreuungen haben sich sehr gut bewährt und sollen - wenn auch vielleicht da oder dort in veränderter Form - beibehalten werden.

LUSTIG kritisierte die Ablehnung des Sonderwohnbauprogrammes des Bundes durch die ÖVP-Bundesräte. Das war ein schwerer Schlag gegen die Bevölkerung und die Bauwirtschaft unseres Landes. Die ÖVP-Forderung nach Vorrang für die Stadterneuerung ist somit unglaubwürdig. (Forts.) ger/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

31 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Das neue Mietrecht ist ein wesentlicher Faktor im Rahmen der Stadterneuerung, erklärte Lustig.

In den Jahren 1978 bis 1980 wurden für die Stadterneuerung 35 Milliarden Schilling aufgewendet. 1982 sind dafür wieder mehr als 11 Milliarden vorgesehen. Im Laufe von 10 Jahren ist ein Gesamtbetrag von 120 bis 150 Milliarden denkbar. Wir werden an diesem Großprojekt der vielen kleinen Schritte weiterarbeiten schloß Lustig. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

32 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die Stadterneuerung ist der ÖVP schon immer ein Anliegen gewesen, erklärte GR. HAHN (ÖVP). Schon 1966 hat die ÖVP ein Generalkonzept für die Stadterneuerung gefordert, während in der SPÖ erst in den letzten Jahren ein gewisses Umdenken eingesetzt hat. Allerdings ist ihm von der Hoffnung, so Hahn, die er bei der Konstituierung des Stadterneuerungsbeirates 1980 gehegt hat, schon wieder einiges abhanden gekommen. Denn in Wien fehlt es noch immer an konkreten Maßnahmen, vor allem auch an der genügenden Einbindung der Bausparkassen in die Stadterneuerung.

Statt dessen wird eine Traumzahl von 35 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung in den letzten drei Jahren angeführt, von denen bei genauer Prüfung bestenfalls 15 Milliarden übrigbleiben. Denn Mittel für den Verkehr, die Krankenanstalten oder die Donauinsel kann man wohl nicht für die Stadterneuerung in Anspruch nehmen. Dafür wird auf Bundesebene ein Sonderwohnbauprogramm beschlossen, das letzten Endes aus Kapitalmarktmitteln finanzierte und daher für die Mieter und für die Öffentlichkeit teure Wohnungen erbringen würde. Deshalb habe die ÖVP im Bundesrat dieses Gesetz abgelehnt. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

33 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) HAHN betonte die Notwendigkeit der Koordination einzelner Maßnahmen der Stadterneuerung wie auch die Erstellung eines Zeit- und Kostenplanes, um das gesamte Problem in den Griff zu bekommen. Hahn stellte den ANTRAG, in dem folgende Maßnahmen gefordert werden:

die Erstellung eines Haussubstanz-Qualitätskatasters, eines Dringlichkeitskataloges der Stadterneuerung unter Einbeziehung der Finanzierungserfordernisse und eines fünfjährigen Wohnbau- und Stadterneuerungsprogrammes auf Grund dieses Dringlichkeitskataloges. Das erste fünfjährige Wohnbau- und Stadterneuerungsprogramm soll im Rahmen des Budgets 1983 und des Finanz- und Investitionsplanes 1983-1987 berücksichtigt werden.

Abschließend kritisierte HAHN die neue Mietengesetzgebung. Mit den Erhaltungsbeiträgen, die nun auch in älteren Gemeindebauten eingehoben werden, kommt es zu einer plötzlichen Erhöhung, die für manche Mieter schwierig zu tragen sein wird. Überdies wird es in dieser Frage auch zu vielen rechtlichen Problemen kommen. (Forts.)
gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

34 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hat auf wichtige Stadterneuerungsvorhaben der Bundesregierung in letzter Zeit jedesmal mit einem klaren Nein reagiert, erklärte GR. EDLINGER (SPÖ). Dieses Nein wird allerdings jedesmal mit einer anderen Argumentation begründet. So gibt es die verschiedensten Argumente der ÖVP gegen das Mietrecht, gegen das Stadterneuerungsgesetz, gegen das Sonderprogramm zum Wohnbau und gegen das Kongreßzentrum.

Das neue Mietrechtsgesetz hat ÖVP-intern zu einer Zerreißprobe geführt. Während der eine ÖVP-Abgeordnete die Ertragslosigkeit des Hausbesitzes kritisierte, beklagte sich der andere ÖVP-Abgeordnete über die Erhöhung der Mieten. Beim Sonderwohnbauprogramm, sowie beim Kongreßzentrum tritt die Anti-Wien-Haltung der ÖVP klar zu Tage. 350 Millionen Schilling für die Bauwirtschaft können durch die ÖVP-Ablehnung im Bundesrat nicht rach wirksam werden.

Für das zusätzliche Wohnbauprogramm ist eine raschere Annuitätenrückzahlung vorgesehen. Der Gedanke einer gestaffelten Annuitätenrückzahlung wurde vor einiger Zeit auch von der ÖVP begrüßt. Das beweist die "Verbalakrobatik" der ÖVP, wenn sie nun dagegen ist, sagte Edlinger. Der neue ÖVP-Generalsekretär behauptete, mit den eingesparten 7,5 Milliarden Schilling vom Konferenzzentrum könnte man 20.000 Wohnungen fördern. Derzeit beträgt der Förderungssatz für eine neue Wohnung durchschnittlich 600.000 Schilling. Würden die Zielsetzungen der ÖVP verwirklicht, würden die neuen Wohnungen entweder halb so groß, oder doppelt so teuer.
(Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

35 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. EDLINGER kritisierte, daß die Wiener ÖVP-Bundesräte gegen die Interessen der Bundeshauptstadt stimmten. Edlinger stellte den Antrag, der Bürgermeister soll beim Präsidenten des Wiener Landtages intervenieren, um den Bundesräten die Vertretung der Interessen Wiens im Bundesrat mit Nachdruck nahezu legen. Wenn es auch verständlich ist, daß sich die ÖVP-Landeshauptleute um mehr Investitionen in ihren Ländern bemühen, so sei es aus Wiener Sicht völlig unverständlich, daß sich die Wiener ÖVP-Bundesräte und vor allem Vizebürgermeister Dr. BUSEK an der Anti-Konferenzentrums-Kampagne beteiligen.

Abschließend kritisierte Edlinger die ÖVP-Broschüre zur Wohnbaupolitik. Dort, wo es um die Finanzierbarkeit der ÖVP-Vorschläge geht, gibt es zuwenig konkrete Aussagen. Selbstverständlich wird es hingegen geradezu kabarettreif ausgewalzt. (Forts.) ba/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

36 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Die im Bundesrat abgelehnten Sonderbeschäftigungsgesetze der Bundesregierung waren unausgegoren, erklärte Gemeinderat Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Das Gesetz über die Stadterneuerung enthält viel zu wenig Möglichkeiten für die technischen Verbesserungen von Häusern. Österreich braucht wirtschaftlich durchdachte Vorschläge und nicht so oberflächliche, betonte Wöber.

Durch Aufträge an das Baugewerbe können wesentlich mehr Menschen beschäftigt werden als durch Aufträge an die Bauindustrie. Investitionen in die Stadterneuerung und in den Wohnbau würden wesentlich beschäftigungsintensiver sein als der Bau des Konferenzzentrums. Wie können sozialistische Gewerkschafter, so Wöber, für Projekte eintreten, bei denen weniger Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen?

Das Herrichten von alten Häusern muß nicht teurer sein als ein Neubau, in vielen Fällen ist eine Revitalisierung günstiger. Man sollte daher mit Mitteln der Wohnbauförderung auch die Revitalisierung von alten Häusern möglich machen. Man sollte Finanzierungsformen schaffen, um volkswirtschaftlich wertvolle Substanz zu erhalten.

Das von der Wiener ÖVP vorgelegte Stadterneuerungskonzept ist bis heute nicht behandelt worden. Da man derzeit nur über knappe finanzielle Mittel verfügt, sollte man sich sehr genau mit der direkten Beschäftigungswirkung, den Folgeinvestitionen, den Folgekosten, dem Folgenutzen und der maximalen Multiplikatorwirkung befassen. Statt neue Gesetze zu schaffen, wäre es besser, auf die vorhandenen Instrumente - wie die Bausparkassen oder die Wohnbauförderung - zurückzugreifen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

37 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. RAUTNER sprach sich vehement für den Bau des Konferenzentrums aus, da dadurch die Beschäftigung von Bauarbeiten in Wien gesichert sei. "Mit ihrer Ablehnung betreiben sie Demagogie", warf er der ÖVP-Fraktion vor.

Rautner bezweifelte die von GR. WÖBER vorgelegten Ziffern. Die Wertschöpfung eines Bauarbeiters liegt im Durchschnitt bei 636.000 Schilling pro Jahr. Mit einer Milliarde Investition können im Hoch- und Tiefbau fast 1.600 Bauarbeiter beschäftigt werden. Die Ablehnung des Sonderwohnbauprogrammes durch die ÖVP-Bundesräte verzögert den Bau zahlreicher Wohneinheiten. Damit verhindert die ÖVP die Beschäftigung von tausenden Menschen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

38 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Gemeinderat Ing. KREINER (ÖVP) nahm zu der Kritik von SPÖ-Gemeinderat EDLINGER an der Broschüre "Eine andere Art von Wohnungspolitik" Stellung. In der Broschüre werde dargestellt, daß bei Renovierungsarbeiten verschiedenste Arbeitsgruppen Beschäftigung finden. Es sei ihm unverständlich, was an den Anregungen und Aussagen dieser Broschüre zur Arbeitsplatzsicherung so lustig sein soll.

Der Verdacht liegt nahe, sagte Gemeinderat Dr. PETRIK (ÖVP), daß schon die historischen Weichenstellungen der Ersten Republik einen freien, sozialen Wohnungsmarkt nie aufkommen ließen. 1920 gab es 25.000 Wohnungssuchende, heute sind es 45.000 bis 50.000. In 60 Jahren sozialistischer Wohnungspolitik hat sich eigentlich sehr wenig verändert. Nicht nur der Kampf gegen die Wohnungsnot ließ den Massenwohnbau zum sozialistischen Kredo werden, sondern auch der Wunsch nach einem immer größeren Einfluß auf den Wohnungsmarkt. Um den Preis einer geringeren Freiheit und Unabhängigkeit der Bewohner wurden "Sozialpaläste" geschaffen. Die Hoffnung ist gering, daß die SPÖ aus den Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen zieht.

Eine Bebauungsdichte wie in der Großfeldsiedlung oder auf den Trabrenngründen könnte auch im städtischen Flachbau erreicht werden. Notwendig sind Eigeninitiative, Phantasie und Hilfe zur Selbsthilfe. Petrik warf der Gemeinde vor, die Eigeninitiative Privater zu wenig zu unterstützen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

39 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) GR. SALLABERGER wandte sich gegen die Behauptung, daß der Bau des Konferenzentrums in der UNO-City keinen hohen Beschäftigungseffekt hat. Ganz im Gegenteil wird dieser Bau, so wie schon der bestehende Teil des Internationalen Zentrums, einer langen Reihe von Mittel- und Kleinbetrieben Aufträge verschaffen. Während die ÖVP sich noch vor einigen Jahren für dieses Konferenzzentrum ausgesprochen hat, ist sie jetzt dagegen, weil sie eben gegen jede Art von Großinvestitionen in Wien ist. Das, so Sallaberger, ist nämlich die Tendenz dieser Kampagne, daß man für Großprojekte in allen anderen Bundesländern votiert, nur nicht in Wien.

Was die Bemühungen um die Stadterneuerung betrifft, so sind diese schon aus der Statistik der Wohnungsverbesserung zu ersehen. Gab es 1972 746 derartige Ansuchen, so waren es 1980 14.576, die ein Geldvolumen von 750 Millionen für die kleinen Gewerbebetriebe freisetzen. Alles dank einer Maßnahme der Stadtverwaltung im Sinne der Stadterneuerung.

Sallaberger sprach sich für eine sinnvolle Koordination von Neubautätigkeit und Altbausanierung aus. Nur wenn man neue Wohnbauten auch an der Peripherie errichtet, kann man die Wohngebiete in den dicht bebauten Bezirken entkernern und wohngerecht assanieren. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

40 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Stadterneuerungsbericht wird Stadterneuerung als die Verbesserung der Lebensqualität im dicht bebauten Stadtgebiet definiert, stellte GR. Dkfm. Dr. WÜBER (ÖVP) fest. In der Diskussion wurde von der SPÖ allerdings hauptsächlich das Konferenzzentrum in Kagran verteidigt, das sicherlich nicht zur Stadterneuerung zählt.

Wenn die Mittel knapp sind, muß man genau überlegen, wie man sie einsetzt, um eine optimale Beschäftigung zu erreichen. Wichtig ist dabei die Multiplikatorwirkung. Sie ist beim Prozeß der Stadterneuerung am meisten gegeben. Würde man die Bausparförderung beispielsweise um eine Milliarde anheben, ergäbe dies ein zusätzliches Finanzierungsvolumen von 2 bis 4 Milliarden Schilling.

Für das Konferenzzentrum wurde bei dreijähriger Bauzeit eine Beschäftigung von 1.741 Arbeitern errechnet. Die gleichen Mittel in der Wohnbauförderung eingesetzt, würden etwa 3.400 Menschen beschäftigen. Das Baugewerbe ist doppelt so beschäftigungsintensiv wie die Bauindustrie. (Forts.) ba/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

41 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) In seinem Schlußwort erklärte Stadtrat HATZL (SPÖ), daß die ÖVP die heutige Sitzung wohl nur verlangt habe, weil man vor 14 Tagen die Diskussion nicht in den Abend verschieben wollte. Stadterneuerung ist für die ÖVP offensichtlich keine Herzensangelegenheit, sondern nur eine Frage, die man politisch ausschlichten möchte.

Bei der Verbesserung von Substandardwohnungen war man noch nicht restlos erfolgreich. Die Mieter waren bisher vielfach über die Durchführung "unsicher". Nun kann jedoch die Wohnungsverbesserung erzwungen werden.

Die Grenzen der Auftragshöhen sollte man nicht öffentlich bekanntgeben. Die Wirtschaft würde sich an diesen Limits sofort orientieren.

Die ÖVP spricht immer von der guten Wohnqualität im 18. Bezirk. Es ist nun zu hoffen, daß künftig die ÖVP Wohnbauprojekte an der Grenze des Wienerwaldes zustimmen wird.

Es stimmt, daß man Architektenträumen nicht nachhängen soll. Es ist jedoch nicht leicht, eine solche Auffassung durchzusetzen.

(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Stadterneuerungsdebatte

=++++

42 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Mit der Forderung nach einem "Kletterdarlehen" verlangt die ÖVP etwas, was sie im Bundesrat abgelehnt hat.

Der Vorwurf, in den letzten 60 Jahren habe sich am Wohnungssektor nichts verändert, ist "Schwarzmalerei".

Heuer können 5.500 Wohnungen in Wien wohnbaufördert werden. Die 1.500 Wohnungen des Sonderprogrammes kommen noch dazu.

Die ÖVP sieht nun auch, daß in den letzten Jahren in Wien die Stadterneuerung forciert wurde. Die ÖVP akzeptiert nun auch die Linie der SPÖ, daß Stadterneuerung sehr vieles umfaßt. Dieses Eingehen der ÖVP auf die Linie der SPÖ ist ein Erfolg dieser Debatte.

ABSTIMMUNG: Die Vorlage des Stadterneuerungsberichtes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Ein SPÖ-Antrag (Wahrnehmung der Interessen Wiens im Bundesrat) wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Zwei ÖVP-Anträge (Dringlichkeitskatalog für Stadterneuerung und Dachbodenausbauförderung) wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Sitzung wurde um 20.25 Uhr nach elfeinhalbstündiger Dauer geschlossen. (Schluß) and/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Wiener Landtag

Utl.: Parkometergesetz

=++++

43 Wien, 12.3. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Gemeinderatssitzung trat der Wiener Landtag unter Vorsitz des 1. Präsidenten Hubert PFOCH (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Es lagen eine schriftliche Anfrage der FPÖ und ein Antrag der ÖVP zur Regelung der Prostitution einschließlich der Prostitution in Wohnhäusern vor. Beides wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

LAbg. Prof. WIESINGER beantragte als Berichterstatter eine Novelle zum Wiener Parkometergesetz. Danach sollen künftig nur gebührenfreie Kurzparkzonen besonders gekennzeichnet werden.

Die Novelle wurde in Erster und Zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Ein Drei-Parteien-Antrag, der Landeshauptmann möge an die im Parlament vertretenen Parteien wegen einer bundeseinheitlichen Kennzeichnung der Kurzparkzonen herantreten, wurde einstimmig gebilligt. (Schluß) fk/gg

NNNN

Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek (1)

=++++

27 #Wien, 12.3. (RK-POLITIK) Bürgermeister Leopold GRATZ, der Botschafter Israels in Wien Ben YAAKOV und der geschäftsführende Präsident der österreichisch-Israelischen Gesellschaft Nationalratsabgeordneter Dr. Walter SCHWIMMER enthüllten Freitag am Hause Landstraßer Hauptstraße 147 eine Gedenktafel, die daran erinnert, daß der jetzige Bürgermeister von Jerusalem Teddy KOLLEK von 1918 bis 1934 in diesem Haus gewohnt hat. An der Feier nahmen auch Bundesminister Otto RÖSCH, Bezirksvorsteher Jakob BERGER, mehrere Abgeordnete und die führenden Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde teil.#

Teddy Kollek kam 1918 als Siebenjähriger mit seinen Eltern von Herzogenburg bei St. Pölten nach Wien, 1934 wanderte die Familie nach Palästina aus, seit 1965 ist Teddy Kollek Bürgermeister von Jerusalem. Die Anbringung der Gedenktafel wurde von der österreichisch-Israelischen Gesellschaft im Vorjahr anlässlich des 70. Geburtstages von Teddy Kollek beschlossen. Wegen der Ermordung von Stadtrat Heinz NITTEL wurde die Enthüllung auf heuer verschoben.

Abg. Schwimmer hob hervor, daß Bürgermeister Kollek bemüht sei, mit Taten für das friedliche Zusammenleben von Juden und Arabern zu sorgen. So sei er ein Symbol des Friedens in einer Region, die sonst von Waffengeklirr erfüllt sei.

Bürgermeister Gratz erinnerte an seine Gespräche mit dem Amtskollegen aus Jerusalem, aus denen hervorging, daß Teddy Kollek in Israel eine neue Heimat gefunden hat, aber sich noch immer stark mit Wien verbunden fühlt. "Israel liegt in einer Region, die so reich sein könnte, wenn sie Frieden hätte", sagte Gratz. "Natürlich spielt dabei die Weltpolitik eine entscheidende Rolle. Aber Teddy Kollek bekennt sich zum Standpunkt, daß man nicht die Hände in den Schoß legen und warten kann, was die Weltpolitik entscheidet".

(Forts.) sti/bs

Gedenktafel für Bürgermeister Teddy Kollek (2)

=++++

28 Wien, 12.3. (RK-POLITIK) Teddy Kollek ist ein Mann, sagte Gratz bei der Enthüllung der Gedenktafel, dem es lieber wäre, wenn er von der ganzen Bevölkerung der vereinigten Stadt Jerusalem demokratisch gewählt würde, als - wie es jetzt der Fall ist - nur von einem Teil.

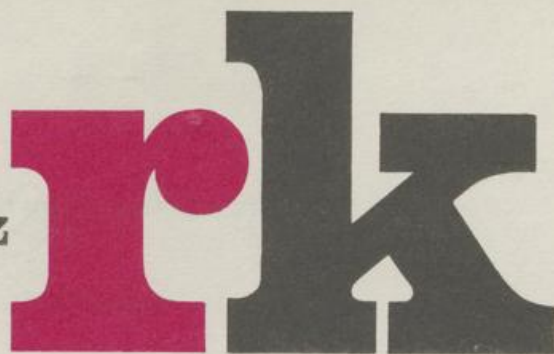
Gratz verwies darauf, daß die Tafel genau an dem Tag enthüllt wird, an dem vor 44 Jahren, am 12. März 1938, die Nacht und der Terror über Österreich kamen. So sei die Tafel auch eine Mahnung, niemals zu vergessen, was geschehen ist und wie es geschehen konnte.

Auch Botschafter Ben Yaakov erinnerte an die Märztage des Jahres 1938. "Es ist für uns ein Anlaß zur Genugtuung, daß heute, 44 Jahre später, die Fahne des freien Judenstaates in den Straßen von Wien weht - in der Stadt, in der Herzl das Ziel des Judenstaates formuliert hat," sagte er. (Schluß) sti/ap

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 13. März 1982

Blatt 712

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Grundtransaktionen für Betriebsbaugebiete
(rosa)

Kultur: Toleranzgespräch: Eröffnung am Montag
(gelb) Preisverleihung des Lyrikwettbewerbes 1982

Grundtransaktionen für Betriebsbaugebiete

=++++

1 Wien, 13.3. (RK-KOMMUNAL) Das Bestreben der Stadtverwaltung, Betriebsansiedlungen und -erweiterungen durch die Bereitstellung von Liegenschaften nach Möglichkeit zu fördern, um im Wiener Bereich Arbeitsplätze zu sichern, fand in Grundtransaktionen Ausdruck, die vom Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz genehmigt wurden.

In Floridsdorf wird nördlich des Gaswerkes Leopoldau ein 6.670 Quadratmeter großes Grundstück zur Erweiterung des Betriebsbaugebietes "Allissen" angekauft. Einer Wäsche- und Wirkwarenerzeugung, die aus der Inneren Stadt nach Simmering übersiedelt, verkauft die Stadt Wien ein 8.796 Quadratmeter großes Areal in St. Marx, Modecenterstraße. Im Rahmen der "Aktion Baurechtsgründe" werden zugunsten einer Tischlerei und eines Aluminiumbau-Betriebes Optionsverträge abgeschlossen; ein 3.395 Quadratmeter großes Grundstück liegt im Gebiet Iberisweg in Donaustadt, wo bereits 16 Gewerbebetriebe angesiedelt wurden, 2.615 Quadratmeter groß ist ein Bauplatz im Bereich der Draschegründe Ost westlich der Laxenburger Straße. (Schluß) we/bs

NNNN

Toleranzgespräch: Eröffnung am Montag

=++++

2 Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Am Montag, 15. März, wird um 17 Uhr im großen Festsaal der österreichischen Akademie der Wissenschaften das "Internationale Toleranzgespräch der Stadt Wien" eröffnet. Bei diesem Gespräch wird ein internationaler Teilnehmerkreis aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion in vier Themenkreisen über Toleranz und Intoleranz diskutiert. Die Eröffnung am Montag wird an Stelle von Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER, der erkrankt ist, Bürgermeister Leopold GRATZ vornehmen. Das Eröffnungsreferat hält Univ.-Prof. Dr. Hans GADAMER aus Heidelberg.

Das Toleranzgespräch soll das erste in einer Reihe von Gesprächen in einem Jahrzehnt des Josefinismus sein. In der Gesprächsreihe soll das auch in einem Abstand von 200 Jahren noch faszinierende Gedankengut der Reformen Josefs II. behandelt werden. Wie beim Toleranzgespräch soll Prof. Peter WEISER auch in den kommenden Jahren die Betreuung der Gesprächsreihe übernehmen. Die vier Themenkreise, die jeweils von einem Moderator geleitet werden, sind:

16. März: "Wirtschaft und Gesellschaft"

Chefredakteur Franz KREUZER, ORF-Wien

17. März: "Generationskonflikte"

Heidemarie WIECZOREK-ZEUL, Abgeordnete zum Europäischen Parlament

18. März: "Politik"

Dr. Otto SCHULMEISTER, Herausgeber der "Presse"

19. März: "Religion"

Univ.-Prof. Dr. Rudolf WEILER, Universität Wien.

Gesprächsbeginn ist täglich um 16 Uhr. Die Veranstaltung ist öffentlich zugänglich und gibt so jedem Interessierten die Möglichkeit, dabei zu sein, zuzuhören und mitzudiskutieren. (Schluß) gab/gg

Preisverleihung des Lyrikwettbewerbes 1982

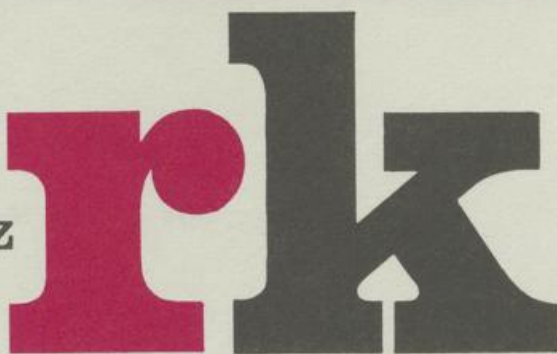
=++++

3 Wien, 13.3. (RK-KULTUR) Als Abschluß der "Literatur im März" fand am Samstag im Wiener Künstlerhaus die Preisverleihung des Lyrikwettbewerbes 1982 statt. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der die Preise überreichte, wies darauf hin, wie wichtig es gerade auch für junge Menschen ist, ihre Gefühle, Gedanken, Wünsche und Hoffnungen in Gedichtform zum Ausdruck zu bringen. Die Preisträger des vom Wiener Stadtschulrat ausgeschriebenen Wettbewerbes sind: Abraham A. BANKIER, Stefan GALOPPI, Sascha GÜBEL, Claudia HURBAN, Susanne SCHWEIGER und Sylvia SZELY. Doris MÜHRINGER und Manfred CHOBOT lasen Gedichte der Preisträger. (Schluß) ger/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 15. März 1982

Blatt 716

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS 1.334 Österreicher bei internationalen Organisation
 ausgesendet: in Wien
 (grau) Neues Vogelschutzgebiet im Laaer Wald
 4,3 Millionen für Kleinbühnen
 32. Städtetag in Linz

Kommunal: Wettbewerb "Donaustadt 2000" in der Endphase
 (rosa) ÖVP-Vorschläge zur Beschleunigung der Stadterneuerung

Lokal: Erster Markttrubel auf der Landstraße
 (orange)

Kultur: 1,2 Millionen für Bezirksmuseen
 (gelb) Ehrungen am Stiftungstag der Universität

Nur 13.3. Hangrutsch auf den Steinhofgründen
 über FS: 14.3. Autobus umgestürzt
 15.3. Toleranzgespräch am Dienstag
 Morgen Pressegespräch des Bürgermeisters

.....
Bereits am 14. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

1.334 Österreicher bei internationalen Organisationen in Wien
Utl.: UNO bringt 1,6 Milliarden für Wiener Wirtschaft

=++++

1 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Mitte des Jahres 1981 waren in Wien 3.991 Personen bei internationalen Organisationen beschäftigt. Jeder Dritte, nämlich 1.334, war ein Österreicher. Im Vergleich zu einer vor zehn Jahren durchgeführten Erhebung bedeutet dies fast eine Verdoppelung des Beschäftigtenstandes. Darüber hinaus wurden 4.675 in Wien lebende Familienangehörige, darunter 2.793 Kinder gezählt. Das geht aus den soeben veröffentlichten "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" hervor.#

Die Untersuchung wurde gemeinsam vom Statistischen Amt der Stadt Wien und dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Juni 1981 durchgeführt. Das Ergebnis zeigt vor allem die wirtschaftliche Bedeutung dieser Dienststellen für Wien auf. Das gilt besonders für den unmittelbaren Beschäftigungseffekt. Das größte Kontingent wurde in der UNO-City gezählt. Dort sind 3.460 Personen beschäftigt, 1.191 sind Österreicher. 484 Personen finden Arbeit in den Dienstleistungsbetrieben, die die UNO-City versorgen.

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten entfiel der größte Anteil auf die International Atomic Energy Agency (1.630, davon 38,7 Prozent Österreicher), gefolgt von der UNIDO (United Nations Industrial Development Organization) mit 1.275 Beschäftigten, davon 30,1 Prozent Österreicher. Der Großteil der Beschäftigten, 3.440, wohnte in Wien, der Rest in Niederösterreich und dem Burgenland.

Laut Angaben der Organisationen floß im Jahr 1980 ein Betrag von 1,6 Milliarden aus der Tätigkeit der internationalen Organisationen der Wiener Wirtschaft zu. Dieser Wert ergibt sich aus den Budgetausgaben, den Veranstaltungen und schließlich den Ausgaben der Beschäftigten in Wien. Auf den Beschäftigten umgerechnet, ergibt sich eine jährliche Ausgabenquote von 401.000 Schilling pro Person.

(Schluß) and/gg

.....
Bereits am 14. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Neues Vogelschutzgebiet im Laaer Wald

=++++

2 #Wien, 14.3. (RK-LOKAL) Der kleine Zaunkönig hat hier ebenso eine neue Heimat gefunden wie Turmfalken, Lachmöwen oder Mauersegler: der Laaer Wald, Wiens neues Erholungsgebiet in Favoriten, bietet zahlreichen - zum Teil schon seltenen - Sing- und Greifvogelarten Platz. Auf Initiative von Umweltstadtrat Peter SCHIEDER sollen daher nun in der Aufforstung Vogelschutzgebiete eingerichtet werden.#

Das Gebiet um die beiden Teiche, dem "Blauen Teich" und dem "Butterteich", scheint von der Vogelwelt besonders bevorzugt zu werden. Hier findet man Amseln, Blaumeisen, Kohlmeisen ebenso wie Mauersegler, Mehlschwalben, Turmfalken, Sperber, Rotkehlchen oder Rauchschwalben. Bergfink, Buntspecht und Kuckuck, Star und Singdrossel gehören ebenfalls zur gefiederten Bevölkerung rund um die beiden Teiche.

Um diese Vogelarten vor Beunruhigungen zu schützen, wird die Umweltschutzabteilung daher nun rund um die beiden Teiche im Laaer Wald - das Erholungsgebiet wird bekanntlich am 23. Mai eröffnet - Vogelschutzgebiete errichten.

Zahlreiche Vogelarten beherbergt übrigens auch der alte Flaumeichenwald - bereits als Naturdenkmal geschützt - beim Böhmischem Prater. Ein weiteres wichtiges Biotop befindet sich außerdem zwischen diesem Eichenwald und der Laaer-Berg-Straße: hier leben und brüten Zaunkönige, Kernbeißer, Mehlschwalben, Mönchsgrasmücke, Gimpel und Rotdrossel. (Schluß) hs/bs

NNNN

.....
Bereits am 14. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

4,3 Millionen für Kleinbühnen

=++++

3 Wien, 14.3. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß, zur Förderung von 15 Wiener Kleinbühnen 4,3 Millionen Schilling zu gewähren.

Die Grundsubvention beträgt 3,2 Millionen, 750.000 Schilling werden für Qualitätsprämien vergeben. Ein Betrag von 355.000 Schilling steht für fallweise auftretende Kleinbühnengruppen und besondere Aktivitäten zur Verfügung. (Schluß) gab/gg

NNNN

.....
Bereits am 14. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

32. Städtetag in Linz

=++++

4 #Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Am 18. und 19. Mai wird in Linz der "österreichische Städtetag 1982" stattfinden. Prominentester Gast aus dem Ausland wird der Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Hans KOSCHNICK, sein, der auch Präsident des Internationalen Gemeindeverbandes IULA ist.#

Koschnick, Jahrgang 1929, und bereits seit 1965 Bürgermeister von Bremen, wird nach der Eröffnung durch den Obmann des österreichischen Städtebundes, Bürgermeister Leopold GRATZ, am 18. Mai über die Rolle der Gemeinden in der Welt von heute sprechen. Anschließend referiert Generalsekretär Reinhold SUTTNER zum Thema "Der kommunalpolitische Alltag".

Nach einem Rahmenprogramm mit Stadt- und Schiffsrundfahrt folgen am zweiten Tag Referate des Bürgermeisters von Salzburg, Dipl.-Ing. Josef RESCHEN, des Bürgermeisters von Baden, Prof. Viktor WALLNER und von Dkfm. Dr. Helfried BAUER vom Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum. Die Schlußansprache hält der Linzer Bürgermeister Franz HILLINGER.
(Schluß) roh/gg

NNNN

Wettbewerb "Donaustadt 2000" in der Endphase

=++++

5 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) In dem für die Zukunft der Donaustadt sehr wichtigen Wettbewerb "Donaustadt 2000" sind 31 Projekte abgegeben worden. Derzeit läuft die Vorprüfung, Ende März tritt die Jury zusammen. Die Ergebnisse werden Anfang April der Öffentlichkeit präsentiert werden. Das gab Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER, Montag der "RATHAUSKORRESPONDENZ" bekannt. #

Der künftigen Gestaltung dieses 430 Hektar großen Areals - es hat fast die vierfache Ausdehnung der Josefstadt - kommt im Hinblick auf die Ansiedlung internationaler Organisationen im Bereich der UNO-City, auf öffentliche Einrichtungen, auf den Ausbau der technischen Infrastruktur, auf verschiedene Straßenbauprojekte und die Ausgestaltung des Freizeitraums Neue Donau - Alte Donau auch gesamtösterreichische Bedeutung zu. Die Stadt Wien erwartet sich vom Wettbewerb Entscheidungshilfen für eine langfristige positive Steuerung und Gestaltung der städtebaulichen Entwicklung in der näheren Umgebung der UNO-City.

Als Ziele des Wettbewerbs nannte Stadtrat Wurzer: Ausbau des Hauptzentrums Kagran unter besonderer Berücksichtigung der durch die UNO-City geschaffenen Situation. Erhöhung des Angebots an Arbeitsplätzen, vor allem des tertiären Wirtschaftssektors, verdichtete bauliche Nutzung insbesondere in den Einzugsbereichen öffentlicher Verkehrsmittel, Erhaltung des Landschaftsraumes Donau/Alte Donau als wesentliches Gestaltungselement, Freihaltung der Uferzonen von Bebauung, entsprechende Erschließung durch öffentlichen- und Autoverkehr unter Berücksichtigung von Fuß- und Radwegen sowie Vorkehrungen für 600 Stellplätze an der U-Bahn-Endstelle Kagran. Diese Ziele entsprechen, so Stadtrat Wurzer weiter, dem Entwurf des Stadtentwicklungsplans, der derzeit einer breiten öffentlichen Diskussion unterzogen wird. (Schluß) and/bs

NNNN

1,2 Millionen für Bezirksmuseen

=++++

6 Wien, 15.3. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß für 1982 eine Subvention von 1,2 Millionen Schilling an die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen.

Die Wiener Bezirksmuseen und die angeschlossenen Sammlungen wurden 1981 von insgesamt 300.000 Personen besucht. Wie im Vorjahr sind auch heuer - vor allem während der Festwochen - zahlreiche Sonderausstellungen geplant.

Nach dem Abschluß der Bauarbeiten wird 1982 das Bezirksmuseum Donaustadt eröffnet werden, die Bezirksmuseen Mariahilf und Josefstadt werden adaptiert. Insgesamt erfüllen die Wiener Bezirksmuseen mit der Darstellung der kulturhistorischen Entwicklung der Wiener Bezirke eine wichtige kulturelle Aufgabe. (Schluß) gab/ap

NNNN

Erster Markttrubel auf der Landstraße

Utl.: Vor drei Jahren wurde der Landstraßer Markt eröffnet

=++++

7 #Wien, 15.3. (RK-LOKAL) Am 22. März jährt sich zum drittenmal die Eröffnung des Landstraßer Marktes. Diesen Anlaß wollen die rund 100 Firmen der größten Markthalle Wiens - sie erstreckt sich bekanntlich von der Landstraßer Hauptstraße entlang der Invalidenstraße bis zur Marxergasse - mit ihren Kunden festlich begehen. An drei Wochenenden wird das Marktgeschehen jeweils am Freitag nachmittag und am Samstag vormittag musikalisch untermalt werden, weiters findet eine Verlosung von Geschenkkörben statt.#

Der erste festliche Markttrubel, bei dem es auch besonders günstige Jubiläumsangebote geben wird, beginnt am Freitag, den 19. März, die weiteren Termine sind der 26. März und der 2. April. Der Inhalt der Geschenkkörbe besteht - wie es sich für einen Markt gehört - aus kulinarischen Köstlichkeiten.

Mit dem Landstraßer Markt, vor drei Jahren von Stadtrat Josef VELETA eröffnet, hatte die Wiener Stadtverwaltung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Lebensmittel-Nahversorgung geleistet. In einem von der EKAZENT errichteten Baukomplex mit drei Bürogeschoßen und einer dreigeschoßigen Parkgarage wurde der Marktbetrieb in zwei Geschoßen nach den modernsten Erkenntnissen des Vertriebs und unter Beachtung der in Wien bekannt hohen hygienischen Ansprüche konsumentenfreundlich und zweckmäßig gestaltet. Obst und Gemüse, Brot und Gebäck, Geflügel, Haushaltsartikel und Blumen werden im Erdgeschoß angeboten, Fleisch, Wurst- und Selchwaren sowie Fische gibt es im ersten Stock. Rolltreppen und mehrere Aufzüge erleichtern den Wechsel zwischen den beiden Verkaufsebenen. (Schluß) we/ap

NNNN

Ehrungen am Stiftungstag der Universität

Utl.: Goldene Ehrennadel für Zilk

=++++

10 Wien, 15.3. (RK-KULTUR) Am vergangenen Freitag, dem 12. März, dem Stiftungstag der Wiener Universität, wurde eine Reihe von Persönlichkeiten vom Universitätsbund Alma Mater Rudolphina für ihre kulturellen und wissenschaftlichen Verdienste geehrt. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK wurde mit der Goldenen Ehrennadel ausgezeichnet. Die Richard Meister-Medaille erhielten der Leiter des Stadt- und Landesarchivs, Univ.-Prof. Dr. Felix CZEIKE, der Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek Hofrat Mag. Dr. Franz PATZER und der Direktor der Museen der Stadt Wien, Hofrat Dr. Robert WAISSENBERGER. (Schluß) gab/bs

NNNN

ÖVP-Vorschläge zur Beschleunigung der Stadterneuerung

=++++

11 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Vorschläge zur Beschleunigung der Stadterneuerung präsentierte GR. Dr. Peter MAYR Montag im Pressegespräch von Vizebürgermeister Dr. Busek. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören: gleiche Behandlung aller anfallenden Prüffälle bei der MA 25; vorübergehende personelle Aufstockung der Schlichtungsstelle; Entlastung der MA 25 durch gerichtlich beeidete Sachverständige; Offenlegung der Einheitspreise der MA 25; Realistische Festlegung der Einheitspreise im Einvernehmen mit den Fachorganisationen. Landtagspräsident Fritz HAHN begründete die Ablehnung des Sonderwohnbauprogramms des Bundes durch die ÖVP mit zu hohen Kosten. #

Bei den Schlichtungsstellen sind, so Dr. Mayr, derzeit rund 3000 Verfahren anhängig, deren Abschluß ein Volumen für Erhaltungsarbeiten in Höhe von sechs Milliarden Schilling auslösen würde. Stadtrat Hatzl warf er vor, statt geeignete Maßnahmen zur Beschleunigung der anhängigen und zu erwartenden Schlichtungsfälle zu setzen, die MA 25 (Technisch-wirtschaftliche Prüfungsstelle) angewiesen zu haben, städtische Objekte bevorzugt zu behandeln. Private Häuser würden dadurch benachteiligt.

Die Tatsache, daß sich Stadtrat Wurzer in der Stadterneuerungsdebatte im Gemeinderat nicht selbst zu Wort meldet, obwohl von ihm erarbeitete Ergebnisse verwendet wurden, wertete Hahn als Mangel an Koordination zwischen den Geschäftsgruppen "Stadtplanung" und "Wohnen und Stadterneuerung". Er merkte weiters kritisch an, daß neuer erst der Bau von 695 Wohnungen im der Landesregierung bewilligt wurde, und selbst unter Annahme günstiger Voraussetzungen, so Hahn, werden es bis zum Sommer erst 2500 sein. Ungünstig sei schließlich auch, daß von der Baupolizei bewilligte Umbauten erst anschließend von der MA 25 überprüft werden, wodurch sich vielfach Umplanungen und eine neuerliche Einreichung bei der Baupolizei ergeben. (Schluß) and/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 16. März 1982

Blatt 726

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Rasche Fortsetzung der Donauuferautobahn
(grau)

Kommunal:
(rosa) "Segelhafen Nord" für die Neue Donau
Wohnbauförderungspaket mit 177 Millionen genehmigt
Neue Donau - neue Chancen für den Unternehmer
Lesen ist wieder "in"
München hat höhere Gaspreise
10 Jahre AKE
EBS bringt für Wien keine Umweltgefährdung

Lokal:
(orange) Geschichte einmal anders

Kultur:
(gelb) Toleranzgespräch eröffnet

Nur
über FS: 16.3. Hatzl im Simmering-Graz-Pauker-Werk

.....
Bereits am 15. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Rasche Fortsetzung der Donauuferautobahn

Utl.: Im Südteil Verschmälerung zum Schutz der Alten Donau

=++++

16 #Wien, 15.3. (RK-KOMMUNAL) Mit den Arbeiten für die Fortsetzung der Donauuferautobahn im Abschnitt zwischen Floridsdorfer Brücke und Reichsbrücke soll noch heuer begonnen werden. Im Südabschnitt, zwischen Reichsbrücke und Praterbrücke, soll die Autobahn gegenüber dem ursprünglichen Projekt verschmälert werden, um eine Beeinträchtigung der angrenzenden Erholungsgebiete Alte und Neue Donau zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten. Dies berichtete Verkehrsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN am Montag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Straße, Verkehr und Energie.#

Die Vergabe eines Auftrages zur entsprechenden Überarbeitung des Detailprojektes des Südabschnittes der Donauuferautobahn (A 22) wurde vom Gemeinderatsausschuß einstimmig beschlossen. Wie Hofmann dazu ausführte, wäre eine Verschwenkung der Autobahntrasse von der Alten Donau weg allein nicht sinnvoll, weil dadurch das Erholungsgebiet der Neuen Donau beeinträchtigt werden würde. Außerdem soll der Baumbestand in diesem Gebiet soweit wie möglich erhalten werden. Die Verschmälerung des Autobahnquerschnittes soll unter Beibehaltung von 2 mal 3 Spuren vor allem auf Kosten der Mittel- und Seitenstreifen sowie durch eine geringfügige Verschmälerung der Spurbreiten erreicht werden. Hofmann: "Ich bin davon überzeugt, daß es uns gelingen wird, auf diese Weise eine optimale Lösung im Sinne des Natur- und Umweltschutzes zu finden."
(Schluß) ger/rb

NNNN

"Segelhafen Nord" für die Neue Donau (1)

=++++

1 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Wieder eine Sportart mehr, die auf der Neuen Donau ausgeübt werden kann: im Nordteil der Neuen Donau wird der Segelhafen Nord errichtet. "Die Arbeiten für den Hafen werden in diesem Frühjahr begonnen", kündigte Freizeitstadtrat Peter SCHIEDER im Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit an. "Um jedermann die Möglichkeit zu geben, den Segelhafen auch ohne Mitgliedschaft bei einem Verein zu benützen, wird eine eigene Gesellschaft gegründet, die den Hafen betreut", erklärte Schieder.#

Der neue Segelhafen wird in der Nähe der Scheydgasse am linken Ufer der Neuen Donau entstehen. Das ursprüngliche Konzept für den Hafen sah übrigens den Bau von Kaimauern vor, die allein 16 Millionen Schilling gekostet hätten. Da die Mauern auch nicht zur restlichen Ufergestaltung der Donauinsel und der Neuen Donau gepaßt hätten, werden nun Schwimmstege errichtet, die je nach Bedarf erweitert werden können.

"Donauinsel und Neue Donau sollen ein für jedermann frei zugängliches Erholungsgebiet bleiben. Wir bauen daher freie Sportplätze, die man ohne Vereinszugehörigkeit nützen kann, und auch der neue Segelhafen wird ohne Mitgliedschaft bei einem Verein jedem offenstehen", betonte Schieder dazu. Daher wird eine eigene Gesellschaft, der mehrere Segel- und Yachtvereine angehören, gegründet. Diese "Segelzentrum Wien Ges. m.b.H." soll den Segelsport ohne Begrenzung auf einen bestimmten Personenkreis fördern. Ihre Tätigkeit wird, wie es in den Statuten heißt, nicht auf die Erzielung von Gewinn gerichtet sein. Die Segelzentrum Ges. m.b.H. wird den Hafen von der Stadt Wien pachten und ihm nicht vereinsmäßig organisierten Seglern ebenso wie Vereinen zur Verfügung stellen.
(Forts.) hs/gg

NNNN

"Segelhafen Nord" für die Neue Donau (2)

Utl.: Wasserschliff im Mai fertig

=++++

2 Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Der Segelhafen Nord ist jedoch nicht die einzige zusätzliche Attraktion für die Wassersportler. Im Südteil der Neuen Donau, beim Wehr I, entsteht derzeit ein elektrisch betriebener Wasserschliff, der heuer im Mai fertig sein soll. Dieser Lift wird, wie Schieder im Gemeinderatsausschuß Umwelt und Freizeit berichtete, für Anfänger und für sportliche Wasserschifahrer geeignet sein.

Wassersportler können mit einer Geschwindigkeit von zwanzig bis etwa sechzig Stundenkilometer Wasserschi fahren. Man hängt dabei an einem rund einen Kilometer langen, umlaufenden Seil; Slalomkurse oder Sprungschanzen sind ebenfalls möglich. (Schluß) hs/gg

NNNN

Geschichte einmal anders

Utl.: Karikaturenausstellung geht auf Tournee

=++++

3 #Wien, 16.3. (RK-LOKAL/KULTUR) "Alltag und Politik der 2. Republik in Karikaturen von Otto ("Habakuk") Fielhauer" ist der Titel einer Wanderausstellung, die ihre "Tournee" Montag in der Volkshochschule Favoriten gestartet hat.

Die Ausstellung leitet eine Dokumentationsserie ein, die zehn Wanderausstellungen umfaßt und vom österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum gestaltet wird. Die Ausstellungen werden in Volkshochschulen, Jugendzentren, Pensionistenheimen und anderen öffentlichen Gebäuden gezeigt.#

Bereits im Vorjahr startete das Projekt, das von der Stadt Wien (MA 13) gefördert wird, mit zehn Wanderausstellungen. An den 35 Ausstellungsorten konnten rund 100.000 Menschen angesprochen werden. (Schluß) emw/gg

NNNN

Toleranzgespräch eröffnet

=++++

4 #Wien, 16.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK eröffnete am Montag das Internationale Toleranzgespräch der Stadt Wien, das bis Freitag in der Akademie der Wissenschaften stattfindet. Zilk betonte, daß auch und gerade für die heutige Welt der Geist der Toleranz eine absolute Notwendigkeit sei. #

Univ.-Prof. Dr. Hans-Georg BADAMER, der das Eröffnungsreferat hielt, bezeichnete die Toleranz als Fundament humaner Gesinnung, die der Andersheit des Anderen und der Vielfalt der Andersheiten gewärtig sei. Die heutige Welt und ihrer "Multiplizität der Sprachen, Religionen, Kulturen und Traditionen" stelle ein Toleranzproblem dar, das hinter dem früherer Zeiten kaum zurückstehe.

Zwtl.: Programm für Mittwoch

Am Mittwoch stehe beim Toleranzgespräch der Themenkreis "Generationskonflikte" auf dem Programm. Heidemarie Wieczorek-Zeul ist Moderator, es diskutieren Dr. h.c. Klaus von BISMARCK, Hilde DOMIN, Bundestagsabgeordneter Freimut DUVE, Univ.-Prof. Dr. Peter HOFSTATTER, Dr. Marie Therese KERSCHBAUMER, Ilse LEITENBERGER, Univ. Prof. Dr. Heinrich LUTZ, Univ. Prof. Dr. Uta RANKE-HEINEMANN und Univ. Prof. Dr. Jose Luis VARELA-IGLESIAS. Beginn ist wie jeden Tag um 16 Uhr, der Eintritt ist frei, zum Mitdiskutieren wird eingeladen. (Schluß) gab/bs

NNNN

Wohnbauförderungspaket mit 177 Millionen genehmigt

=++++

6 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener Landesregierung genehmigte Dienstag auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL ein Wohnbauförderungspaket mit 176,9 Millionen Schilling. Damit kann der Bau von 267 neuen Wohnungen, 21 Lokalen und 14 Eigenheimen gefördert werden. Weiter ist der nachträgliche Einbau von 27 Aufzügen und die Instandsetzung von zwei Wohnungen möglich. Für die Nachförderung von bereits in Bau stehende Wohnhausanlagen werden aus diesem Paket 11 Millionen zur Verfügung gestellt.#

Die nachträglichen Aufzugseinbauten, die besonders für ältere Menschen eine wesentliche Verbesserung ihrer Lebensqualität mit sich bringen, sind in folgenden städtischen Wohnhausanlagen vorgesehen: 3., Barthagasse 7A; 3., Hofmannsthalgasse 12-14/Stg.2,3,7; 9., Gussenbauergasse 5-7/Stg. 1, 2, 6, 7, 8, 9, 14; 10., Troststraße 68-70; 12., Malfattigasse 7/Stg. 2; 16., Josef-Weinheber-Platz 6-10/Stg.39 und 21., Ostmarkgasse 48/Stg.1-4. (Schluß) ba/di

NNNN

Neue Donau - neue Chancen für den Unternehmer
Utl.: Informationsausstellung über Donaubereich.

-++++

7 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Der Bereich der Neuen Donau sei eine Chance für junge Menschen, am Freizeitsektor tätig sein zu können, erklärte Freizeit-Stadtrat Peter SCHIEDER Montag abend anlässlich der Eröffnung der in den Räumen des Kreditvereines der Zentralsparkasse, 4, Operngasse 20b, gezeigten Ausstellung "Neue Donau - neue Chancen für den Unternehmer". Aufgabe dieser vom Kreditverein, der Wiener Handelskammer und der Stadt Wien gestalteten Ausstellung ist es, Informationen und Unterlagen für Unternehmer, die im Bereich der Neuen Donau und Donauinsel bzw. am rechten Ufer des Donaustroms initiativ werden wollen, zu vermitteln. #

Laut Stadtrat Schieder sei diese Ausstellung so etwas wie eine Ausschreibung auf breitester Ebene. Darüber hinaus bietet die Ausstellung aber auch detaillierte Unterlagen - insbesondere, was die unterschiedlichen Kriterien der einzelnen Standorte betrifft, wie z. B. Erreichbarkeit mit den öffentlichen Verkehrsträgern oder mit dem privaten Pkw, die Nähe zu ähnlich strukturierten Betriebsstandorten, die Zuordnung zu bestimmten Sportbereichen usw. Ferner steht seitens der Stadt Wien eine eigene Koordinationsstelle für alle Fragen und Auskünfte zur Verfügung - nicht zuletzt auch deshalb, um den Weg bei den Genehmigungsbehörden zu erleichtern.

Die Ausstellung ist bis 9. April jeweils während der Geschäftszeit geöffnet. (Schluß) zi/gg

NNNN

Lesen ist wieder "in"

Utl.: Das Buch kommt ins Haus

=++++

10 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters erklärte, haben die Städtischen Büchereien ein neues Service gestartet, das älteren und gehbehinderten Menschen den billigen Zugang zum Buch ermöglicht wird. Im Rahmen eines Hausbesuchsdienstes werden Lesebetreuer einmal monatlich in die Wohnung kommen und gehbehinderte Leser kostenlos betreuen. Eine Liste, die 500 Buchtitel umfaßt, soll die Auswahl erleichtern.#

Anmeldungen sind unter dem Kenntwort "Hausbesuchdienst" beim Verein der Freunde der Städtischen Büchereien, Wien 8, Skodagasse 20, schriftlich möglich.

Wie Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner feststellte, beweisen die steigenden Ausleihzahlen der Städtischen Büchereien, daß sich Lesen steigender Beliebtheit erfreut. So haben im Jahr 1981 mehr als 100.000 Leser 2,850.000 Bücher entlehnt. (Zum Vergleich: 1971 liehen sich 78.900 Leser 1,720.000 Bücher aus.)

Besonders bei Kindern und Jugendlichen zeigt sich das gestiegene Leseinteresse. Durch die Aktion "Lesen im Park", die auch heuer wieder durchgeführt wird, sowie durch verstärkte Zusammenarbeit mit Schulen soll hier weiter um die jungen Leser geworben werden.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner kündigte an, daß in der nächsten Zeit zwei neue Zweigstellen eröffnet werden, eine davon bereits morgen, Mittwoch, um 14.30 Uhr in Wien 2, Engerthstraße 197. (Schluß) emw/gg

NNNN

München hat höhere Gaspreise

Utl.: Gaspreisvergleich Wien - München

=++++

11 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit Meldungen über eine Gaspreisreduzierung der Münchner Stadtwerke um fünf Prozent ab 1. April erklärte Generaldirektor REISINGER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, daß in München die Gastarife seit 1. November 1980 in mehreren Etappen um 55 Prozent, in Wien dagegen nur um 14,8 Prozent erhöht worden sind. In München besteht - anders als in Wien - keine Preisregelung für Erdgas. Eine Gleitformel sorgt für die Anpassung der Gastarife an den jeweiligen Heizölpreis.#

Auch die Tarifstruktur ist in Wien und München unterschiedlich. Während Wien einen linearen Tarif hat, begünstigt der Münchner Tarif den Mehrverbrauch von Gas. Der Durchschnittserlös pro Kilowattstunde beträgt in München derzeit 62,13 Groschen, in Wien 50,18 Groschen.

Reisinger teilte mit, daß die Wiener Gaswerke seit vergangenen Samstag für Inlandgas (Anteil ca. 20 Prozent) um 34 Prozent mehr bezahlen müssen. Seit Herbst 1981 sind auch exorbitante Steigerungen bei den Speicherkosten eingetreten. Die Speicherung größerer Erdgasmengen bedeutet allerdings auch einen enormen Sicherheitsfaktor: Die Wiener Gaswerke können bei Ausfall sämtlicher Lieferungen die Versorgung ein halbes Jahr lang aufrechterhalten. Die Frage, ob die Gaswerke aufgrund der eingetretenen Steigerung einen Antrag auf Erhöhung der Gastarife stellen werden, soll in den nächsten Tagen entschieden werden, sagte Reisinger. (Schluß) ger/gg

NNNN

10 Jahre AKE (1)

Utl.: Arbeitskreis koordinierter Energieversorgung

=++++

12 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Seit zehn Jahren besteht in Wien ein Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE), dem unter dem Vorsitz des Energiewirtschaftlichen Referates der Stadtwerke-Generaldirektion Vertreter der E-Werke, der Gaswerke und der Heizbetriebe angehören. Über die Tätigkeit dieses Arbeitskreises berichteten am Dienstag Stadtrat Ing. Fritz HOFMANN und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl REISINGER im Rahmen des Bürgermeister-Pressegesprächs. Die Hauptaufgabe des AKE besteht darin, Empfehlungen für die Energieversorgung von geplanten Neubauten abzugeben. Seit 1972 hat der AKE fast 1.500 Empfehlungen für die Energieversorgung von Bauvorhaben mit einem Gesamtanschlußwert von 2.480 Megawatt beschlossen, von denen 94 Prozent befolgt wurden. Darunter befanden sich Großprojekte wie die UNO-City, die Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofes, General Motors, das Sozialmedizinische Zentrum Ost und rund 90.000 Wohnungen.#

Zwtl.: Zurückdrängung von Heizöl

Hauptanliegen des AKE sind Umweltschutz und energiewirtschaftliche Zweckmäßigkeit. Entsprechend den Richtlinien des Energiekonzepts der Stadt Wien wird deshalb die Verwendung von Heizöl möglichst zurückgedrängt. Unter Berücksichtigung der regionalen Versorgungsstruktur wird dabei nach Möglichkeit der Fernwärme Priorität eingeräumt. Wo dies nicht möglich ist, kommt für die Raumheizung vor allem Erdgas in Frage, dessen Einsatz durch das vorhandene dichte Versorgungsnetz besonders bei Einzelobjekten begünstigt wird. (Forts.) ger/ap

NNNN

10 Jahre AKE (2)

=++++

13 Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Der AKE sorgte in den letzten zehn Jahren dafür, daß bei den von ihm behandelten Objekten - unter Bedachtnahme auf gegebene Strukturen und den vorhandenen Ausbauzustand - die energiewirtschaftlich jeweils sinnvollste Form einer umweltfreundlichen Versorgung verwirklicht wurde. In 55 Prozent der Fälle wurde für die Raumheizung (den größten Energieverbraucher) die Verwendung von Gas empfohlen, in 41 Prozent Fernwärme, in zwei Prozent eine allelektrische Versorgung und nur in zwei Prozent der Fälle lautete die Empfehlung - weil dort keine leitungsgebundene Versorgung möglich war - auf "Sonstige Brennstoffe" (vorwiegend Heizöl).

Der AKE trug damit wesentlich dazu bei, den Anteil der umweltfreundlichen leitungsgebundenen Energieträger Gas und Fernwärme zu Lasten des Heizöleinsatzes zu erhöhen. Größte Bedeutung kommt den Empfehlungen des AKE nicht zuletzt bei geförderten Wohnbauvorhaben zu. Der Heizölanteil an der Raumheizung betrug bei geförderten Wohnbauprojekten 1973 noch 40 Prozent, 1979/80 nur mehr sechs bis sieben Prozent. Darüber hinaus behandelt der AKE auch Betriebsansiedlungsprojekte, für die öffentliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Nicht zuletzt der Tätigkeit der AKE ist es zu danken, daß es in den letzten Jahren in Wien trotz eines wesentlich gestiegenen Energieverbrauchs zu keiner Verschlechterung der Luftqualität gekommen ist. Auch die Nutzung der Sonnenenergie beziehungsweise die Installation von Wärmerückgewinnungsanlagen in Bädern geht auf Anregungen des AKE - in Zusammenarbeit mit den zuständigen Magistratsabteilungen - zurück. (Schluß) ger/gg

NNNN

EBS bringt für Wien keinen Umweltgefährdung (1)

Utl.: Schieder für Sondermüllgesetz

=++++

14 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Peter SCHIEDER nahm am Dienstag in der Bürgermeisterpressekonferenz zu Sofortmaßnahmen im Bereich der EBS Stellung. Eine umweltmäßige Prüfung der EBS habe gezeigt, daß die bestehende Anlage die in Wien anfallenden Giftstoffe und Sondermülle unter bestimmten Bedingungen gefahrlos beseitigen kann. Der Betrieb der Anlage bringe für Wien keine Umweltbelastung.

Schieder wiederholte seine Forderung nach einer bundeseinheitlichen Regelung in einem Sondermüllgesetz. Die Auflagen, die sich die Stadt Wien als Betreiber der EBS selbst gibt, können nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung keinem privaten Betreiber erteilt werden. Was hier in Wien geleistet wird, könne weit über Österreich als Beispiel für eine echte Entsorgung gelten.#

Zwtl.: Zielvorstellungen der Entsorgung

Es müsse vorrangige Aufgabe der EBS sein, so Schieder, die in Wien anfallenden Giftstoffe ohne Gefährdung von Menschen, ohne Belastung der Wiener Luft und ohne zusätzliche Deponierung zu beseitigen. Dieser Umweltschutz- und Gesundheitsaufgabe ist der Vorrang vor kaufmännischen Überlegungen einzuräumen.

Es müsse weiters genau festgehalten werden, welche Stoffe in der EBS nicht entsorgt werden können. Solche Stoffe dürfen dann weder angenommen noch gelagert werden. Bei Stoffen, wo Zweifel an der Möglichkeit der Entsorgung gegeben sind, müsse eine Prüfung durch Modellversuche durchgeführt werden. (Forts.) fk/ap

NNNN

EBS bringt für Wien keine Umweltgefährdung (2)

Utl.: Sofortmaßnahmen und Zielvorstellungen der Entsorgung

=++++

15 Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Wie Stadtrat Schieder betonte, seien Sofortmaßnahmen bei der EBS getroffen worden. So dürfen trotz des Rückstandes an unentsorgten Fässern keine Gebinde, über deren Inhalt keine Klarheit besteht, der Entsorgung zugeführt werden. Stoffe, die derzeit zwischengelagert sind und die in der EBS nicht verarbeitet werden können, sind sofort an jene weiterzuleiten, die die Vernichtung durchführen können. Die Weisung von Bürgermeister Gratz, keine Stoffe von Nicht-Wiener-Betrieben anzunehmen, besteht auch nach Inbetriebnahme der Verbrennungsöfen in der Form weiter, daß nur jene Stoffe angenommen werden dürfen, deren Entsorgung ordnungsgemäß gewährleistet wird. In diesem Fall muß die Annahme dieser Stoffe ausdrücklich durch die EBS oder die MA 30 im Einzelfall gestattet werden.

Zwtl.: Entstaubungsanlage wird verbessert

Die Entstaubungsanlage der EBS darf derzeit als Grenzwert 100 mg Staub pro Kubikmeter Luft ausscheiden. Stadtrat Schieder sprach sich dafür aus, den Grenzwert auf 50 mg zu halbieren. Es müsse gewährleistet sein, daß keine Geruchsbelästigung für die Anrainer gegeben ist.

Zwtl.: Entsorgung als Feuerwehrrübung

Wie Stadtrat Schieder bekanntgab, ist im Zuge der Überprüfungen von Wiener Sondermülldeponien eine ordnungsgemäße Lagerung von hochexplosiven Stoffen in einem Bunker in St. Marx gefunden worden. Es handelt sich um 15 kg Natriumamid und um Pikrinsäure. Da bei diesen Stoffen die Gefahr einer Explosion beim Transport gegeben ist, wird die Entsorgung am kommenden Sonntag in einer Feuerwehrrübung durchgeführt. Der Bunker ist bewacht. Die Entsorgung wird unter Wahrnehmung aller Sicherheitsauflagen geschehen. (Forts.) fk/gg

NNNN

EBS bringt für Wien keine Umweltgefährdung (3)

Utl.: Keine Strafe für das rechtzeitige Melden von Sondermüll

=++++

16 Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Schieder kündigte die Hilfe der Stadt Wien für jene Betriebe an, die auf ihrem Firmengelände Sondermüll gelagert haben und diesen entsorgen wollen. Bis Ende März sollen sich diese Firmen an die Stadt Wien wenden, damit alle Maßnahmen zur gefahrlosen Entsorgung getroffen werden können. "Wir wollen die nicht strafen, die sich bemühen, mit dem Problem Sondermüll fertig zu werden", sagte Schieder. (Schluß) fk/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Mittwoch, 17. März 1982

Blatt 741

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Drehrohrofen der EBS geht morgen in Betrieb
(grau)

Kommunal: Rehabilitation durch geschützte Werkstätten
(rosa)

Lokal: Alte Skizzenbücher und neue Ölbilder
(orange) Neue Bücherei in der Engerthstraße

Kultur: Literatur im Museum
(gelb) Sir Popper für eine neue Berufsethik

Nur
über FS: 16.3. Hatzl: ÖVP gegen Mieterinformation zum neuen
Mietrecht
17.3. "Wiener Wunder" auf Tournee in den Jugendzentren

.....
Bereits am 16. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Drehrohrofen der EBS geht morgen in Betrieb (1)

=++++

17 #Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Nach erfolgter Anheizung kann der wegen Instandsetzungsarbeiten stillgelegt gewesene Drehrohrofen der EBS, wie Stadtrat Josef VELETA im Pressegespräch des Bürgermeisters mitteilte, morgen Mittwoch wieder in Betrieb gehen. Um sicherzustellen, daß angelieferte Fässer eine genaue Deklaration ihres Inhalts aufweisen, wurden den Firmen Plastikkarten übermittelt, die witterungsbeständig beschriftet werden können. Bei der Aufarbeitung der Lagerbehälter aus den Deponien werden nicht deklarierte Materialien im Labor untersucht, gegebenenfalls werden vor der Verbrennung Modellversuche durchgeführt.#

Bezüglich der in einem Zeitungsartikel erfolgten Behauptungen im Zusammenhang mit Spitalsmüll, stellte Veleta fest, daß der im Untersuchungs- und Behandlungsbereich der Krankenanstalten anfallende Müll in besonders gekennzeichneten Müllsäcken in eigenen Müllcontainern durch die MA 48 (Stadtreinigung und Fuhrpark) abgeholt wird. Bis 5. Februar wurde Spitalsmüll auch in die EBS unter Bedachtnahme auf die Kapazität zur sofortigen Verbrennung transportiert. Nach Ausfall des Drehrohrofens wurde der Spitalsmüll zur Gänze in der Müllverbrennungsanlage Spittelau verbrannt. Bei einem Augenschein, den Oberstadtphysikus Dr. Ermar JUNKER im Auftrag von Gesundheitsstadtrat Prof. Dr. STACHER bei der EBS vornahm, konnten daher weder Tierkadaver noch Leichenteile vorgefunden werden.
(Forts.) we/gg

NNNN

.....
Bereits am 16. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Drehrohrofen der EBS geht morgen in Betrieb (2)

=++++

18 Wien, 16.3. (RK-KOMMUNAL) Organe, Embryos, amputierte Gliedmassen und Leichenteile, die bei Eingriffen, Operationen und Obduktionen anfallen, werden - allenfalls nach vorheriger Untersuchung in den pathologisch-bakteriologischen Instituten - in eigenen Behältnissen bis zur Abholung durch die Städtische Bestattung gesammelt. Die Abholung findet zwei- bis dreimal wöchentlich statt, Leichenteile werden der Erdbestattung auf dem Zentralfriedhof zugeführt.

Seitens der MA 17 (Anstaltenamt) wurde festgestellt, daß Embryos sicher nicht im Wege der MA 48 bzw. in weiterer Folge durch die EBS entsorgt werden. An geburtshilflichen Abteilungen werden Placentagewebe für eine Firma gesammelt, die diese Gewebe für die Herstellung von pharmazeutischen und kosmetischen Präparaten verwendet. (Schluß) we/gg

NNNN

17. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 744

Alte Skizzenbücher und neue Ölbilder

=++++

1 Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Alte Skizzenbücher und neue Ölbilder von Steffen MEIER-SCHOMBURG, zeigt die Galerie Alsergrund im Bezirksmuseum des 9. Bezirkes in seinen Ausstellungsräumen, Währinger Straße 43, in einer Sonderausstellung, die heute, Mittwoch, 17. März 1982, um 18 Uhr eröffnet werden wird. Die Ausstellung ist bis Sonntag, 4. April, jeweils Dienstag und Donnerstag, von 16 bis 18 Uhr sowie Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, geöffnet. (Schluß) zi/bs

NNNN

Literatur im Museum

=++++

2 Wien, 17.3. (RK-KULTUR) Eine Autorenlesung unter dem Titel "Literatur im Museum", veranstaltet das Bezirksmuseum Floridsdorf, 21, Prager Straße 33, kommenden Freitag, 19. März, um 19 Uhr. Als Autorin liest Dr. Ilse TIELSCH-FELZMANN aus ihren Werken: "Ein Elefant in unserer Straße", "Regenzeit", "Erinnerungen mit Bäumen", "Ahnenpyramide". Dr. Tielsch-Felzmann wurde in Südmähren geboren und lebt seit 30 Jahren in Floridsdorf. Für die musikalische Umrahmung der Veranstaltung wird Gregor URBAN sorgen, der Kompositionen von Brahms, Bartok, Urban und Skrajbin am Klavier zum Besten geben wird. (Schluß) zi/ap

NNNN

Neue Bücherei in der Engerthstraße

=++++

3 #Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Eine neue Zweigstelle der Wiener Städtischen Büchereien wurde heute, Mittwoch, von Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Wien 2, Engerthstraße 197, eröffnet. Den Benützern der neuen Zweigstelle, durch die Leser im Gebiet zwischen Praterstern und Handelskai betreut werden, stehen rund 18.000 Bücher zur Verfügung. #

Darunter fallen auch 4.000 Kinder- und Jugendbücher, sowie 4.500 Bände Belletristik. Der Rest sind Sachbücher aus allen Wissensgebieten. Es werden auch Zeitschriften und Musikkassetten, Großdruckbücher für sehgeschwache Leser und Bücher in englischer und französischer Sprache angeboten. (Schluß) emw/bs

NNNN

Rehabilitation durch geschützte Werkstätten (1)

Utl.: Beirat "Wiener geschützte Werkstätten" konstituiert

=++++

5 #Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Die Berufseingliederung von psychisch Kranken und Behinderten ist einer der wesentlichsten Schwerpunkte der Rehabilitation. Ende vergangenen Jahres wurde deshalb über Initiative von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eine eigene "Geschützte Werkstätten Ges.m.b.H." gegründet. Dienstag erfolgte die konstituierende Sitzung des Beirates, dem Vertreter des Wiener Gemeinderats, der Wiener Handelskammer und des Kuratoriums für psychosoziale Dienste angehören. Univ.-Prof. Dr. Stacher wurde zum Vorsitzenden und der Präsident der Wiener Handelskammer, Ing. Karl DITTRICH, und GR. Anton WINDHAB zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.#

Laut Dr. Stacher wäre die Schaffung dieser Gesellschaft - es handelt sich dabei um die erste modellartige Einrichtung dieser Art in Österreich - deshalb notwendig geworden, weil die Vermittlung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke und Behinderte besonders schwer ist. In der Anfang dieses Jahres gegründeten "Patientenfirma" gibt es sowohl Möglichkeiten der Arbeitserprobung und Umschulung als auch vollwertige Arbeitsplätze. Die Finanzierung erfolgt durch die Stadt Wien und den Bund. (Forts.) zi/gg

NNNN

Rehabilitation durch geschützte Werkstätten (2)

Utl.: Geschützte Werkstätten in Eßling

=++++

6 Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Die ersten geschützten Werkstätten für ehemalige psychiatrische Patienten, die nunmehr bereits außerhalb des Krankenhauses wohnen, wurden im Schloß Eßling im 22. Bezirk eingerichtet. Insgesamt 60 Personen haben derzeit Gelegenheit, in den dort vorhandenen Werkstätten Schlosser-, Textil-, Holz-, Maler- und Tapeziererarbeiten durchzuführen.

Nach Fertigstellung des zur Zeit in Bau befindlichen ersten Rehabilitationszentrums Österreichs für psychisch Behinderte im 21. Bezirk durch das Kuratorium für psychosoziale Dienste im Oktober dieses Jahres werden weitere 70 Plätze im Rahmen von geschützten Werkstätten zur Verfügung stehen. (Schluß) zi/bs

NNNN

Sir Popper für eine neue Berufsethik (1)

Utl.: Selbstkritik ist die beste Kritik

=++++

7 Wien, 17.3. (RK-KULTUR) Der zweite Tag des Internationalen Toleranzgesprächs der Stadt Wien war Dienstag dem Thema "Wirtschaft und Gesellschaft" gewidmet. Höhepunkt der Diskussion war der Vortrag von Sir Karl POPPER, der für eine neue Berufsethik plädierte. Quintessenz der Aussage Poppers: Man muß aus Fehlern lernen, um Fehler möglichst zu vermeiden. Daher muß man seine Fehler auch einbekennen. Selbstkritik und Aufrichtigkeit sind die erste Pflicht im Berufsleben.

Die Thesen Poppers im einzelnen:

1. Unser objektives Vermutungswissen geht immer weiter über das hinaus, was ein Mensch meistern kann. Es gibt daher keine Autoritäten. Das gilt auch innerhalb von Spezialfächern.
2. Es ist unmöglich, alle Fehler zu vermeiden oder auch nur alle an sich vermeidbaren Fehler. Fehler werden dauernd von allen Wissenschaftlern gemacht. Die alte Idee, daß man Fehler vermeiden kann und daher verpflichtet ist, sie zu vermeiden, muß revidiert werden: sie selbst ist fehlerhaft.
3. Natürlich bleibt es unsere Aufgabe, Fehler nach Möglichkeit zu vermeiden. Aber gerade, um sie zu vermeiden, müssen wir uns vor allem klar darüber werden, wie schwer es ist, sie zu vermeiden und daß es niemandem völlig gelingt. Es gelingt auch nicht den schöpferischen Wissenschaftlern, die von ihrer Intuition geleitet werden: Die Intuition kann uns auch irreführen.
4. Auch in den am besten bewährten unter unseren Theorien können Fehler verborgen sein; und es ist die spezifische Aufgabe des Wissenschaftlers, nach solchen Fehlern zu suchen. Die Feststellung, daß eine gut bewährte Theorie oder ein viel verwendetes praktisches Verfahren fehlerhaft ist, kann eine wichtige Entdeckung sein.

(Forts.) gab/gg

Sir Popper für eine neue Berufsethik (2)

=++++

8 Wien, 17.3. (RK-KULTUR)

5. Wir müssen deshalb unsere Einstellung zu unseren Fehlern ändern. Es ist hier, wo unsere praktische ethische Reform beginnen muß. Denn die alte berufsethische Einstellung führt dazu, unsere Fehler zu vertuschen, zu verheimlichen und so schnell wie möglich zu vergessen.
6. Das neue Grundgesetz ist, daß wir, um zu lernen, Fehler möglichst zu vermeiden, gerade von unseren Fehlern lernen müssen. Fehler vertuschen ist deshalb die größte intellektuelle Sünde.
7. Wir müssen daher dauernd nach unseren Fehlern Ausschau halten. Wenn wir sie finden, müssen wir sie uns einprägen, sie nach allen Seiten analysieren, um ihnen auf den Grund zu gehen.
8. Die selbstkritische Haltung und die Aufrichtigkeit werden damit zur Pflicht.
9. Da wir von unseren Fehlern lernen müssen, so müssen wird es auch lernen, es anzunehmen, ja, dankbar anzunehmen, wenn andere uns auf unsere Fehler aufmerksam machen. Wenn wir andere auf ihre Fehler aufmerksam machen, so sollen wir uns immer daran erinnern, daß wir selbst ähnliche Fehler gemacht haben wie sie. Und wir sollen uns daran erinnern, daß die größten Wissenschaftler Fehler gemacht haben. Ich will sicher nicht sagen, daß unsere Fehler gewöhnlich entschuldbar sind: Wir dürfen in unserer Wachsamkeit nicht nachlassen, aber es ist menschlich unvermeidbar, immer wieder Fehler zu machen.
10. Wir müssen uns klarwerden, daß wir andere Menschen zur Entdeckung und Korrektur von Fehlern brauchen (und sie uns); insbesondere auch Menschen, die mit anderen Ideen in einer anderen Atmosphäre aufgewachsen sind. Auch das führt zur Toleranz.

(Forts.) gab/gg

NNNN

Sir Popper für eine neue Berufsethik (3)

=++++

9 Wien, 17.3. (RK-KULTUR)

11. Wir müssen lernen, daß Selbstkritik die beste Kritik ist; daß aber die Kritik durch andere eine Notwendigkeit ist. Sie ist fast ebensogut wie die Selbstkritik.

12. Rationale Kritik muß immer spezifisch sein: sie muß spezifische Gründe angeben, warum spezifische Aussagen, spezifische Hypothesen falsch zu sein scheinen oder spezifische Argumente ungültig. Sie muß von der Idee geleitet sein, der objektiven Wahrheit näher zu kommen. Sie muß in diesem Sinne unpersönlich sein.

Ich bitte Sie, meine Formulierungen als Vorschläge zu betrachten. Sie sollen zeigen, daß man, auch im ethischen Gebiet, diskutierbare und verbesserbare Vorschläge machen kann. (Schluß)

gab/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Donnerstag, 18. März 1982

Blatt 752

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: Mehr Strom für Wien
(grau) Bauernmarkt: Allgemeines Fahrverbot mit Ausnahmen

Kommunal: Modellfall Ottakring
(rosa) Hinweistafeln für Kurzparkzonen
Neue Intensivstation im Elisabethspital
Neues Kindertagesheim in Währing

Kultur: Nestroy-Ring an Resetarits und Schneyder
(gelb)

Nur 17.3. Wieder langer Donnerstag
Über FS: Kaiserstraße vorübergehend Einbahn
Toter im Mianabad
Zimmerbrand

18.3. Toleranzgespräch am Freitag: Themenkreis "Religion"

.....
Bereits am 17. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mehr Strom für Wien

Utl.: Erhöhung des Verbundstromanteils - Beteiligung an den
Donaukraftwerken

=++++

11 #Wien, 17.3. (RK-KOMMUNAL) Wien wird in Zukunft mehr Strom von der österreichischen Verbundgesellschaft beziehen. Dadurch ist es möglich, die Inbetriebnahme eines weiteren kalorischen Kraftwerkes auf Wiener Boden bis 1988/89 hinauszuschieben. Dies teilte Energiestadtrat Ing. Fritz HOFMANN Mittwoch der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit.#

Den Wiener Stadtwerken ist es in langwierigen Verhandlungen mit der Verbundgesellschaft gelungen, eine Beteiligung an den künftigen Donaustaufen (Greifenstein, Hainburg, Wien, Wachau) in der Höhe von 12 bis 12,5 Prozent zu erreichen. Außerdem wurde vereinbart, den Anteil von Verbundstrom an der Wiener Versorgung von derzeit 35 Prozent ab September 1982 auf 40 Prozent zu erhöhen. Bis 1987 soll dieser Anteil auf 43 Prozent gesteigert werden. Dies bedeutet, daß in sechs bis acht Jahren der gesamte Strombezug der Wiener E-Werke eine Größenordnung von 50 Prozent erreichen wird. Nur mehr die Hälfte des in Wien verbrauchten Stroms muß dann in den eigenen Kraftwerken der Wiener E-Werke erzeugt werden (derzeit sind es etwa zwei Drittel). (Schluß) ger/bs

NNNN

.....
Bereits am 17. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Bauernmarkt: Allgemeines Fahrverbot mit Ausnahmen

=++++

12 #Wien, 17.3. (RK-LOKAL) Die derzeitige Verkehrslösung im Bereich des Bauernmarktes wird vorläufig bis Ende Juni beibehalten, zugleich aber wird das Durchfahrtsverbot durch Verkehrszeichen und Hinweistafeln noch deutlicher gekennzeichnet. Dies ist das Ergebnis einer Verkehrsverhandlung, die am Mittwoch in der Magistratsabteilung 46 (Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten) stattfand. #

Das derzeitige Verkehrszeichen "Autobusstraße" auf dem Bauernmarkt nach der Jasomirgottstraße soll durch das Verkehrszeichen "Allgemeines Fahrverbot" (mit Ausnahmen für städtische Autobusse, Taxis, Radfahrer und Stadtrundfahrtenbusse) ersetzt werden. Der Bauernmarkt soll auf einer Fahrspur eingeengt werden. Auf dem Petersplatz wird eine neue Orientierungstafel aufgestellt. Alle noch bestehenden Tafeln, die auf die Sperre des Innenrings hinweisen, erhalten die Aufschrift "Keine Durchfahrt durch den 1. Bezirk". Wie der Leiter der MA 46, Senatsrat Dipl.-Ing. Hans SCHMIDL dazu der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wird nunmehr beobachtet, ob diese zusätzlichen Maßnahmen ausreichen, um die bestehende Verkehrsregelung auch tatsächlich durchzusetzen (bisher war das Durchfahrtsverbot von vielen Autolenkern mißachtet worden). Wenn dies nicht der Fall ist, müßten weitergehende verkehrsorganisatorische Maßnahmen zur Unterbindung des Durchzugsverkehrs gesetzt werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

Modellfall Ottakring (1)

=++++

2 #Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) In Ottakring soll jetzt erstmals das Stadterneuerungsgesetz auf ein Enteignungsverfahren Anwendung finden. Aus diesem Anlaß berichtet "Wien aktuell-Wochenblatt" über den neuesten Stand der Dinge im Assanierungsgebiet.

"Das Assanierungsgebiet Ottakring ist zum Modell für alle anderen Stadterneuerungsgebiete geworden" - Erwin RAUSCHER, Koordinator für Stadterneuerung im Rathaus, läßt zum großen Erfolg der Maßnahmen im Gebiet zwischen Ottakringer Straße und Thaliastraße keinen Zweifel. Was hier so erfolgreich praktiziert wird, das ist die sogenannte "sanfte Stadterneuerung" - alle Maßnahmen werden gemeinsam mit der Bevölkerung geplant und durchgeführt, der Bürger wird damit zum Beteiligten und nicht zum Betroffenen. #

Kennzeichnend dafür: Die Eigeninitiative der Bewohner wird immer stärker. Der Aufwand für die Gebietsbetreuung macht nur mehr zwei Prozent des privaten Investitionsvolumens aus - eine Idealzahl, die hier erreicht wurde.

Obwohl seit über acht Jahren in diesem Gebiet gearbeitet wird, gibt es keinen Stillstand - "Stadterneuerung ist etwas dynamisches, sie entwickelt sich immer weiter", erklärte Erwin Rauscher dieses Phänomen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Modellfall Ottakring (2)

=++++

3 Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Neueste Errungenschaft des Assanierungsgebietes Ottakring: Ein nagelneuer Gemeindebau in der Eisnergasse Nr. 19, der demnächst an die Mieter übergeben werden soll. Revolutionär an diesem Wohnhaus ist die "Kraft-Wärme-Kupplung" - Warmwasser und Heizung werden aus der Abwärme der nahegelegenen Ottakringer Brauerei gewonnen. Auch für die geplanten Neubauten ist schon vorgesorgt - die Fernwärmeleitungen für das restliche Gebiet wurden bereits beim Bau des Parks im Block Wichtelgasse-Eisnergasse verlegt. Im Endausbau soll es im Assanierungsgebiet 150 Neubauwohnungen geben.

Einen weiteren Modellfall will die Gemeinde Wien in der Lambertgasse 18 durchfechten: zum ersten Mal soll hier ein Enteignungsverfahren nach dem Stadterneuerungsgesetz durchgeführt werden. "Die Bruchbuden gehören einer alten Firma, die bisher nichts zu einer Verbesserung beigetragen hat", ärgert sich Dipl.-Ing. Timo HUBER vom Gebietsbetreuungslokal. Alle Verkaufsverhandlungen sind gescheitert.

Der vordere Teil des Geländes wird für den Ausbau der Lambertgasse zu einer Wohnstraße benötigt. Nach zahlreichen Informationsgesprächen mit den Anrainern soll heuer mit den Arbeiten begonnen werden.

Und noch ein Modellfall: das Haus Lambertgasse 11. Hier wird ein Wohnhaus unter Verbleib eines Großteils der Mieter erneuert. Die Mittelwohnungen des dreitraktigen Hauses werden zusammengelegt, eine Bewohnerin wird einstweilen in eine Randwohnung umquartiert. Sie kann nach der Erneuerung ihrer Mittelwohnung wieder zurückziehen. Die Bauausführung soll so ablaufen, daß für die Mieter eine möglichst geringfügige Belästigung entstehen wird. (Schluß) roh/bs

NNNN

18. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 757

Nestroy-Ring an Resetarits und Schneyder

=++++

5 wien, 18.3. (RK-KULTUR) Wie bereits gemeldet, erhalten Lukas RESETARITS und Werner SCHNEYDER den Nestroy-Ring 1981 der Stadt Wien. Am 23. März wird Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK im "Treffpunkt Petersplatz" Resetarits und Schneyder diese Auszeichnung überreichen, die für die satirisch-kritische Darstellung Wiens vergeben wird. Im Rahmen der Feier erhalten such Stella KADMON, die langjährige Leiterin des Theaters der Courage, und Dr. Rudolf SPITZ das Goldene Verdienstzeichen der Stadt Wien. (Schluß) gab/ap

NNNN

Hinweistafeln für Kurzparkzonen

=++++

6 Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) An den wichtigsten Einfallstraßen nach Wien werden noch in dieser Woche insgesamt vierzig Informationstafeln aufgestellt, die darauf hinweisen, daß das Parken in den Wiener Kurzparkzonen gebührenpflichtig ist. Mit der Aufstellung der Tafeln wurde heute, Donnerstag, begonnen, sie soll bis Freitag, 19. März, abgeschlossen sein. Außerdem werden bis morgen auch auf den großen Bürgerservicetafeln der Stadt Wien an elf verschiedenen Standorten im Stadtgebiet entsprechende Hinweise angebracht.

Die neuen Informationstafeln an den Einfallstraßen messen etwa einen Meter im Quadrat und enthalten folgende Aufschrift: "Kurzparkzonen in Wien gebührenpflichtig. Parkscheine erhältlich bei Geldinstituten, Trafiken und Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe". (Schluß) ger/bs

NNNN

Neue Intensivstation im Elisabethspital (1)

Utl.: Patientenüberwachung mittels EDV

=++++

7 #Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Im Elisabethspital wurde die bisherige Herzüberwachungsstation nach zweijähriger Bau- und Einrichtungszeit in eine Intensivstation umgestaltet. Donnerstag wurde die neue Einrichtung, die mit den modernsten medizinisch-technischen Geräten ausgestattet ist, von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellt.#

Die neue Intensivstation, die mit insgesamt 16,6 Millionen Schilling umgebaut und eingerichtet wurde, verfügt über acht voneinander optisch und akustisch getrennte Einbett-Krankenzimmer, die von einer zentralen Überwachungsstelle ständig kontrolliert werden. Neben den zentralen Überwachungsgeräten befindet sich auch eine Versorgungsanlage für das Setzen von Meßkathetern in die Blutbahn, inklusive der Röntgendurchleuchtungskontrolle. Mit einem eigenen EDV-System wird bei der Überwachung der Zustand jedes einzelnen Patienten dokumentarisch festgehalten. Ergeben sich Unregelmäßigkeiten der Körperfunktionen, so werden das Pflegepersonal und die diensthabenden Ärzte durch eigene Signale alarmiert. (Forts.) zi/gg

NNNN

Neue Intensivstation im Elisabethspital (2)

Zwtl.: Von Herzinfarkt bis Vergiftungen

=++++

8 Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Zu den Akutfällen, die in der neuen Intensivstation behandelt werden, zählen - wie Abteilungsvorstand Univ. Doz. Dr. Friedrich KUBICEK erklärte - neben akuten Herzmuskelinfarkten vor allem Patienten mit Herzrhythmusstörungen, Embolien in der Lunge, sogenannten Stoffwechsel-"Entgleisungen" wie z.B. bei chronischen Lebererkrankungen, Hormonsörungen und Diabetes. Dazu kommen noch neurologische Intensivpatienten, die nicht neurochirurgisch versorgt werden müssen oder können sowie eine relativ hohe Quote an Vergiftungen. Wegen des hohen Pflegeaufwandes ist diese Station überaus personalintensiv: Zur Betreuung der acht Akut-Patienten stehen insgesamt 17 diplomierte Krankenschwestern zur Verfügung. Im Vergleich dazu: In der normalen internen Abteilung kommen 11 Schwestern auf 32 Betten.

Zwtl.: Durchschnittliche Verweildauer 3,4 Tage

Die durchschnittliche Verweildauer der Patienten in dieser Akutstation beträgt 3,4 Tage. Das heißt, daß nach der Stabilisierung des Zustandes der Patienten so rasch als möglich in die Nachpflegestation - die der Intensivstation angeschlossen ist - verlegt wird.

Zwtl.: Jeder 5. Patient in Intensivbehandlung

In die Medizinische Abteilung des Elisabeth-Spitals werden durchschnittlich etwa 2.700 Patienten pro Jahr aufgenommen, von denen zwischen 500 und 600 - also rund jeder 5. Patient - wegen einer akut lebensbedrohlichen Situation speziell überwacht und gepflegt werden müssen. Der Anteil der akuten Herzerkrankungen ist dabei relativ groß, so hatten etwa 1980 von den 586 Intensivpatienten über 60 Prozent akute Herzerkrankungen oder Infarkte aufzuweisen. Die Sterblichkeit betrug durchschnittlich 21 Prozent.

(Forts.)zi/ap

Neue Intensivstation im Elisabethspital (3)

Utl.: Ausbau der Intensiveinrichtungen

=++++

9 Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) In den städtischen Spitälern wurde, wie Gesundheitsstadtrat Stacher erklärte, in den letzten Jahren eine Reihe von Einrichtungen zur Intensivbehandlung akut lebensgefährdeter Patienten geschaffen. Dazu zählt unter anderem die Einrichtung von sogenannten Intensivbetten beziehungsweise Intensivstationen, in denen die Patienten unter ständiger ärztlicher Beobachtung stehen. Zur Zeit gibt es im Bereich der städtischen Spitäler insgesamt 224 "Überwachungsbetten" für Patienten nach akuten Herzinfarkten, Zuständen bei Stoffwechselerkrankungen und Vergiftungen. Ergänzt werden diese Überwachungsbetten durch 42 "Dialysebetten" und 25 sogenannten "Wasser-" bzw. "Verbrennungsbetten". (Schluß) zi/gg

NNNN

Neues Kindertagesheim in Währing

=++++

10 #Wien, 18.3. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Gertrude FRÖHICH-SANDNER eröffnete Donnerstag in der Waldeckgasse 5, Stiege 2, in Währing ein neues Kindertagesheim. Das neue Heim bietet 43 Kindern Platz und verfügt über eine Kleinkinderkrippe, eine Kindergartengruppe. Zwei Gruppenräume und zwei Mehrzweckräume komplettieren das Angebot. Mit dem neuen Kindertagesheim - das siebente in Währing - gibt es in Wien nun insgesamt 274 städtische Kindertagesheime. #

Zwtl.: Mutterberatung- auch für Währinger Väter

Zugleich mit dem neuen Kindertagesheim wurde auch eine Mutterberatungsstelle eröffnet, die sich dem Kindertagesheim gegenüber in der Scherffenberggasse 5, Haus 1 befindet. Sie wird jeden Dienstag von 13 bis 15 Uhr den Währinger Müttern zur Verfügung stehen. Selbstverständlich sind in der Mutterberatung auch Väter herzlich willkommen.

Bei der Eröffnung waren weiters anwesend Wohnenstadtrat Johann HATZL, 2. Landtagspräsident Fritz HAHN, Bezirksvorsteher Hans HEMMELMAYER, SPÖ-Clubobmann GR. EDLINGER sowie weitere Vertreter des Wiener Gemeinderates und der Währinger Bezirksvertretung. (Schluß)
emw/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 19. März 1982

Blatt 763

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 24 Amtshäuser behindertengerecht
(rosa) Früherkennung von Gefäßerkrankungen
Pfoch: Wohnungssuchende leiden unter Bundesratseinspruch
Neuer Leiter der E-Werke
Gratz: Keine Gaspreiserhöhung

Nur

über FS: 19.3. Bauarbeiten auf der Autobahnverbindung Altmannsdorf
Stadtbahn zwischen Währinger Straße und Meidling
gestört

24 Amtshäuser behindertengerecht

=++++

1 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) In 24 Amtshäusern der Stadt Wien wurden und werden, wie die Wochenzeitung "Wien aktuell" meldet, Erleichterungen für Behinderte eingebaut. Dabei geht es vor allem um die Schaffung von behindertengerechten Eingängen und Aufzügen. Wo dies nicht möglich ist, werden bei den Eingängen Gegensprechanlagen angebracht, über die sich Behinderte mit einem Beamten in Verbindung setzen können, der ihnen dann weiterhilft. Entsprechend einem Auftrag von Bürgermeister Leopold GRATZ wird bei allen Renovierungen und Umbauten von Amtshäusern im Einvernehmen mit Vertretern der Behinderten geprüft, welche Verbesserungen für Behinderte möglich sind.#

Behindertengerechte Zugänge wurden in folgenden Amtshäusern geschaffen: Rathaus (Stiege 7), Ebendorferstraße 2, Rathausstraße 1, Schottenring 22-24, Lerchenfelder Straße 4, Hietzinger Kai 1-2, Richard-Wagner-Platz 19.

Gegensprechanlagen wurden (oder werden in nächster Zeit) in folgenden Amtshäusern installiert: Ebendorferstraße 1, Karmelitergasse 9, Karl-Borromäus-Platz 3, Schönbrunner Straße 54, Amerlingstraße 11, Hermannngasse 24, Lange Gasse 30, Währingerstraße 39, Enkplatz 2, Elterleinplatz 14, Martinstraße 100, Perchtoldsdorfer Straße 2.

Weiters sind folgende Verbesserungen in Arbeit: Schlesingerplatz 4 eine behindertengerechte Rampe zum Aufzug; Floridsdorf Am Spitz und Laxenburger Straße 43-47 Umbau des Aufzugs für die Benützung durch Behinderte; Dresdner Straße 75 verschiedene Einrichtungen für Behinderte. (Schluß) sti/bs

NNNN

Früherkennung von Gefäßerkrankungen

Utl.: Neue Angiologische Abteilung im Allgemeinen Krankenhaus
=++++

4 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Rauchen, fehlerhafte Ernährung, aber auch Streß sind die häufigsten Risikofaktoren für Gefäßerkrankungen. An der I. Medizinischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus wurde vor kurzem eine neue Angiologische Abteilung (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Herbert EHRINGER) zur Früherkennung von Gefäßerkrankungen in Betrieb genommen. Freitag wurde die neue Einrichtung in Anwesenheit von Wissenschaftsminister Dr. Hertha FIRNBERG, Bürgermeister Leopold GRATZ, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Finanzstadtrat Hans MAYR erstmals vorgestellt.#

Die in einem Zubau untergebrachte Abteilung besteht aus einem Ambulanz- bzw. Laborbereich und einer Bettenstation mit insgesamt 26 Betten (Zwei- bis Fünfbett-Zimmer), von denen acht Intensivbetten sind. Die große Bedeutung dieser Abteilung wird durch die jährlich steigenden Patientenfrequenzen unterstrichen: Im Jahr 1980 betrug die Gesamtfrequenz rund 9.000 Patienten, von denen 2.500 neue Patienten waren. Im Rahmen der Ambulanz - sie ist mit den modernsten medizinisch-technischen Geräten ausgestattet - können vier bis fünf Patienten gleichzeitig untersucht werden. Spezielle Messungen des Blutes sowie Isotopenmessungen ermöglichen exakte Diagnosen bei eventuell vorhandenen Thrombosen und Durchblutungsstörungen einzelner Gefäße.

Zwtl.: Ultraschall-Angiographie

Als Spezialmethode steht unter anderem eine Ultraschall-Angiographie zur Verfügung, mit deren Hilfe eine eigene Meßsonde, die über die Haut geführt wird, ein Abbild der darunter befindlichen Arterien vermittelt. Diese Methode ist besonders zur Untersuchung der das Gehirn versorgenden Halsschlagader wichtig. Veränderungen der Arterienwände können mittels eines Ultraschall-Scanners festgestellt werden.

Zwtl.: Auflösung von Arterienverschlüssen ohne Operation

Neu ist auch ein medikamentöses Therapieverfahren zur Auflösung von Arterienverschlüssen und Venenthrombosen. Dabei handelt es sich um ein aus Schlangengift entwickeltes Medikament, durch dessen Anwendung ein operativer Eingriff vermieden werden kann. (Schluß)
zi/bs

Pfoch: Wohnungssuchende leiden unter Bundesratseinspruch

=++++

5 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Leidtragende des Bundesrats-Einspruchs u. a. gegen das Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 sind nicht nur zahllose Mieter und Wohnungssuchende, sondern auch große Bereiche der regionalen Bauwirtschaft, die gerade jetzt arbeitsplatzerhaltende Aufträge dringendst benötigen. Das stellte Landtagspräsident Hubert PFOCH in einem Schreiben an den Präsidenten und die Wiener Mitglieder des Bundesrates fest. Er appellierte an sie, bei ihren Entscheidungen als Mitglied des Bundesrates stets in allererster Linie die Bedürfnisse und Anliegen der Wiener Bevölkerung im Auge zu haben und dieser Zielsetzung alle anderen Erwägungen unterzuordnen. #

Wie Landtagspräsident Pfoch weiter ausführte, wurde die Bevölkerung vor kurzem durch die Nachricht überrascht, daß infolge des Abstimmungsverhaltens der ÖVP-Mitglieder des Bundesrates gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates der Bundesrat gegen das Bundes-Sonderwohnbaugesetz 1982 und das Gesetz zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung Einspruch erhoben hat. Dieses Votum erscheine umso unverständlicher, schreibt Pfoch weiter, als es sich auf Maßnahmen bezieht, die der Schaffung neuen bzw. verbesserten Wohnraums zu günstigen Bedingungen dienen und als solche ideologischen und tagespolitischen Auseinandersetzungen entrückt sein sollten. Die Interessen der Wiener Bevölkerung werden deshalb besonders nachteilig berührt, weil durch die Vorgangsweise der ÖVP die Errichtung und Sanierung hunderter Wohnungen im Stadtgebiet völlig unnötig verzögert werde.

Landtagspräsident Pfoch wies darauf hin, daß angesichts dieser Umstände der Wiener Gemeinderat den Bürgermeister ersucht hat, an ihn, Pfoch, als Präsident des Wiener Landtages mit der Aufforderung heranzutreten, "den vom Wiener Landtag in den Bundesrat entsendeten Mitgliedern die Vertretung der Interessen Wiens in diesem Organ der Bundesgesetzgebung mit Nachdruck nahezu legen." (Schluß) and/gg

NNNN

Neuer Direktor der E-Werke

=++++

6 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener E-Werke haben einen neuen Direktor: Der bisherige Technische Vizedirektor Dipl.-Ing. Helmut KASTL trat am Freitag die Nachfolge von Direktor Dipl.-Ing. Arnold POPPER an, der in Pension ging.#

An der Amtseinführung des neuen und der Verabschiedung des scheidenden Direktors nahmen Freitag Bürgermeister Leopold GRATZ, Personalstadtrat Franz NEKULA, Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION, Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Karl REISINGER, Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL sowie zahlreiche leitende Beamte der Wiener Stadtwerke und des Magistrats und Vertreter der Gewerkschaft mit den Landtagsabgeordneten Rudolf PÖDER und Otto HIRSCH an der Spitze teil.

Bürgermeister Gratz würdigte in seiner Ansprache die großen Verdienste von Direktor Popper und verband seine Glückwünsche für den neuen Direktor Kastl mit der Feststellung, daß die Wiener E-Werk als eines der größten Energieversorgungs-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen Österreichs einer der vielen Beweise gegen die in manchen Medien vertretene Auffassung sind, daß Unternehmungen der öffentlichen Hand sozusagen automatisch schlechter und ineffizienter arbeiten als private Betriebe.

Der scheidende E-Werke-Chef Popper stand seit 1973 als Technischer Vizedirektor, seit 1978 als Direktor an der Spitze des Unternehmens. In diese Zeit fielen unter anderem der Bau des Kraftwerkes Donaustadt, des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau und des neuen Blockkraftwerkes mit Kraft-Wärme-Kupplung in Simmering. Besondere Verdienste erwarb sich Popper um die Planung und Errichtung der 380-kV-Verbindung zwischen Simmering und Kendlerstraße, die eine technische Pionierleistung darstellte.

Dipl.-Ing. Kastl, Jahrgang 1937, leitete nach einer mehrjährigen Tätigkeit im Kraftwerk Simmering Bau und Betrieb des Kraftwerkes Donaustadt und des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau. Seit 1978 war er Technischer Vizedirektor der Wiener E-Werke.
(Schluß) ger/gg

NNNN

Gratz: Keine Gaspreiserhöhung

=++++

7 #Wien, 19.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ teilte Freitag mit, daß vorerst kein Antrag auf eine Erhöhung der Wiener Gaspreise gestellt wird. Da der Preis für sowjetisches Erdgas mit dem Erdölpreis gekoppelt ist, kann für Anfang April eine Senkung des Preises für dieses Gas erwartet werden. Die Gaswerke rechnen damit, daß diese Senkung 10 bis 11 Groschen pro Kubikmeter ausmachen könnte. Da am gesamten Gasbezug das sowjetische Gas mehr als 78 Prozent ausmacht, könnte damit die Verteuerung des Inlandgases um 50 Groschen, die von der ÖMV mit Genehmigung der Preisbehörde ab 13. März vorgenommen wurde, annähernd kompensiert werden. #

Gratz sagte, daß die betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Wiener Stadtwerke, aus denen sich die Rechtfertigung einer Gaspreiserhöhung ergibt, zweifellos zu den Pflichten einer verantwortungsbewußten Unternehmensführung gehören. Niemand kann ein Interesse daran haben, die Gaswerke finanziell auszuhungern. Aber diese Überlegungen sollten nicht mit der Verteuerung von Inlandgas verbunden werden, wenn gleichzeitig erwartet werden kann, daß Importgas billiger wird. (Das sowjetische Gas wird allerdings auch nach diesen Preisveränderungen noch immer wesentlich teurer als das inländische sein).

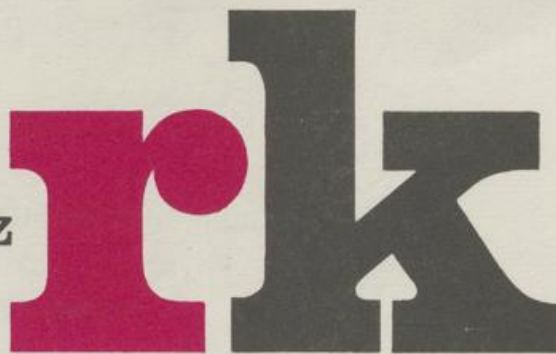
Gratz verwies darauf, daß die Wiener Gaswerke eine große Belastung haben, die andere nicht tragen müssen: Die Speicherkapazität wurde auf 464,5 Millionen Kubikmeter ausgebaut. Damit kann für ein halbes Jahr die volle Versorgung gewährleistet werden. Das gespeicherte Gas ist aber bereits bezahlt. Das heißt, daß bei den Wiener Gaswerken ein Kapital von 1.245 Millionen Schilling ständig in den Speichern gebunden ist. Aus Gründen der sicheren Versorgung und der Neutralitätspolitik ist diese Vorratspolitik jedoch notwendig.

Gratz wandte sich gegen die irreführenden Vergleiche mit München. Eine Kilowattstunde Gas kostet für die Haushalte im Durchschnitt in München 62,2 Groschen, in Wien 50,44 Groschen. Auch nach der angekündigten Preissenkung wird das Gas in München durchschnittlich 60,02 Groschen kosten. Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer, die in jedem Fall 13 Prozent ausmacht. (Schluß)

sti/gg

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 20. März 1982

Blatt 769

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Fuhrpark der Müllabfuhr wird erneuert
(rosa)

Lokal: "Anton-Proksch-Wohnhausanlage" in Döbling
(orange) Eine Speisekarte für jede Jahreszeit

Nur

über FS: Kommenden Sonntag Verkehrssperre in der Schlachthausgasse

Fuhrpark der Müllabfuhr wird erneuert

=++++

1 Wien, 20.3. (RK-KOMMUNAL) Zur Erneuerung des Fuhrparks der Müllabfuhr wurden vom Gemeinderatsausschuß Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz Kosten in Höhe von insgesamt 16 Millionen Schilling genehmigt. Im einzelnen sollen dafür zehn Müllwagen und ein Spitalmüllwagen angeschafft werden. Von den Fahrgestellen sind acht der Type BAF-Gräf & Stift und drei der Steyr-Daimler-Puch AG vorgesehen, mit der Lieferung der Rotopress-Müllwagenaufbauten wird die Firma MUT Maschinen- und Transportanlagen Ges.m.b.H. beauftragt. (Schluß) we/gg

NNNN

"Anton-Proksch-Wohnhausanlage" in Döbling

=++++

2 Wien, 20.3. (RK-LOKAL/KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst beschloß, die städtische Wohnhausanlage in der Grinzinger Straße 54 nach dem ehemaligen Sozialminister Proksch (1956-66) in Anton-Proksch-Wohnhausanlage zu benennen.

Weitere Benennungen, die der Ausschuß beschloß: Die Wohnhausanlage Gerichtsgasse 3, Wien 21 in "Karl-Heinz-Hof" nach dem Abgeordneten zum Nationalrat und Vorsitzenden der sozialistischen Jugendinternationale in der ersten Republik.

Die städtische Wohnhausanlage Johngasse 25-27, Wien 15, nach dem Bezirksvorsteher und Gemeinderat Franz Klinkor.

Die städtische Wohnhausanlage Althangasse-Marktgasse, Wien 9, nach dem Schöpfer des Rathausmannes, Alexander Nehr.

Die städtische Wohnhausanlage Rustengasse 9, Wien 15, nach dem Wiener Gemeinderat Anton Matourek.

Die städtische Wohnhausanlage Meidlinger Hauptstraße 8-14 nach dem ehemaligen Meidlinger Bezirksvorsteher August Fürst.

Die städtische Wohnhausanlage Münchenstraße 31-35 nach dem Finanzstadtrat (1947-57) Johann Resch. (Schluß) gab/bs

NNNN

Eine Speisekarte für jede Jahreszeit

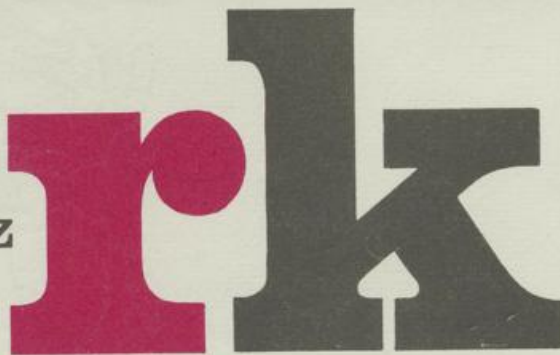
=++++

3 Wien, 20.3. (RK-LOKAL) Eine Gruppe von Wiener Restaurants hat sich zusammengeschlossen, um die Eß- und Tischkultur weiter zu entwickeln. Bei den Speisen geht es dabei vor allem darum, die Produkte der jeweiligen Jahreszeit zu forcieren. Mit vierteljährlich wechselnden, künstlerischen Umschlägen der Speisekarten soll darauf besonders hingewiesen werden. Eine Vertretung dieser Restaurants sprach bei Bürgermeister Leopold GRATZ vor und informierte ihn über diese Bemühungen im Interesse der Wiener Gäste und des Fremdenverkehrs. Gratz sagte zu, das Original-Ölbild der Sommer-Speisekarte am 14. Juni im Rahmen einer kleinen Ausstellung zu präsentieren. (Schluß) sti/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 22. März 1982

Blatt 773

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Mayr: Keine Spitalssteuer geplant
Abschluß des Toleranzgespräches
Gratz: Wiener Wahlen werden nicht vorverlegt
Informationskampagne zum neuen Mietrecht läuft an
Feuerwehreinsatz in St. Marx

Kommunal:
(rosa) Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt"
nächste Woche
Finanzausschuß lehnt Verzicht auf Konferenzzentrum
ab
Am Freitag Wiener Gemeinderat
öVP zur Energiepolitik
Sterilisationsanlagen für das neue AKH

Lokal:
(orange) 28. März ist wieder Familiesonntag

Sport:
(grün) Schieder bringt österreich-Tour wieder nach Wien

Nur
über FS: 22.3. Pensionistin im Bett erstickt
Neue Adresse für Ehe- und Familienberatung
Straßenbahnzug der Linie "D" entgleist
Der Gewinner wird in Salat aufgewogen
Neue Einbahn beim Rathaus

.....
Bereits am 19. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Mayr: Keine Spitalssteuer geplant

=++++

10 Wien, 19.3. (RK-POLITIK) Zu einer heute, Freitag, von der ÖVP zur Spitalsfinanzierung abgehaltenen Pressekonferenz erklärte Finanzstadtrat Hans MAYR der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß er keine Spitalssteuer vorgeschlagen habe und daß eine solche auch nicht beabsichtigt sei. Der ÖVP fehlen offenbar konkrete Angriffsziele, so Mayr, daß sie zu solchen Behauptungen greifen muß.

In der Frage des SMZ-Ost habe es, so Mayr, im Jahr 1980 zwischen Wien und Niederösterreich einen Briefwechsel gegeben. Damals hat Landeshauptmann MAURER eine Anpassung des Kostenbeitrages Niederösterreichs am SMZ-Ost abgelehnt. (Schluß) sei/bs

NNNN

.....
Bereits am 19. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Abschluß des Toleranzgespräches

=++++

12 Wien, 19.3. (RK-KULTUR) Mit der Diskussion zum Themenkreis Theologie wurde am Freitag das Internationale Toleranzgespräch der Stadt Wien in der Akademie der Wissenschaften abgeschlossen. Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK, der sowohl den eingeladenen Teilnehmern wie auch dem Publikum seinen Dank für die engagierte Teilnahme aussprach, sagte, eben dieses Engagement und der große Widerhall in den Medien habe ihm die Notwendigkeit der Veranstaltung bestätigt. Man habe bei diesem Gespräch vieles lernen können, er persönlich werde sich insbesondere um die Verbreitung der 12 Thesen Sir Karl POPPERS bemühen.

Schließlich kündigte ZILK die Veröffentlichung der Diskussionstexte in Buchform und die Fortsetzung der Gespräche im Rahmen des Jahrzehnts des Josephinismus im nächsten Jahr an. Dabei wird ein anderer Fragenkreis dieser Epoche in der Sicht unserer Zeit behandelt werden. (Schluß) gab/eve

NNNN

.....
Bereits am 21. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Informationskampagne zum neuen Mietrecht läuft an (1)

=++++

1 #Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Ab Montag, 22. März, läuft eine umfassende Informationskampagne der Stadt Wien über das neue Mietrecht, das am 1. Jänner 1982 in Kraft trat, an. Die Mieter von städtischen Wohnhausanlagen werden über die Bestimmungen des neuen Mietrechts, vor allem über den Erhaltungsbeitrag, in Kenntnis gesetzt. Alle Mieter, bei denen ab 1. Juli 1982 ein Erhaltungsbeitrag eingehoben wird, erhalten einen persönlichen Brief von Wohnbaustadtrat Johann HATZL sowie eine Broschüre. Außerdem werden in allen Bezirken Wiens Mieterversammlungen zum Thema "Neues Mietrecht" abgehalten. Ab Juni soll im Wohnungsberatungszentrum der Stadt Wien, in der Doblhoffgasse 6, eine Informationsstelle für Gemeindemieter eingerichtet werden.#

In den Briefen an die Gemeindemieter weist Stadtrat Hatzl auf den Vorteil des Erhaltungsbeitrages hin. Da die Mietzinseinnahmen bei weitem für die Hausreparatur nicht ausreichten, mußte bisher bei notwendigen Instandsetzungen ein sogenanntes Paragraph-7-Verfahren eingeleitet werden. Im Wege eines Bankkredits, den die Mieter zurückzahlen mußten, wurde das Haus repariert. Durch die hohen Kreditzinsen mußten die Mieter jedoch viel mehr zurückzahlen, als die Arbeiten tatsächlich kosteten. Mit dem Erhaltungsbeitrag kann nun soviel Geld angespart werden, daß Reparaturen rasch und möglichst ohne Kreditaufnahme durchgeführt werden können. Bei angenommenen Instandsetzungskosten von 5 Millionen Schilling ersparen sich die Mieter fund 3,4 Millionen Schilling an Zinsen.

Die Höhe des Erhaltungsbeitrages hängt von der Ausstattung der Wohnung zum Abschluß des Mietvertrages ab. Sie bewegt sich zwischen 3,66 Schilling pro Monat und Quadratmeter für eine Wohnung mit nur einem Wasseranschluß bis zu 14,66 Schilling für eine Wohnung mit Zentralheizung, Bad und WC. (Forts.) ba/bs

NNNN

.....
Bereits am 21. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Informationskampagne zum neuen Mietrecht läuft an (2)

=++++

2 Wien, 21.3. (RK-KOMMUNAL) Jeder Mieter kann die Verwendung des Erhaltungsbeitrages kontrollieren. Wenn an einem Haus keine Reparaturarbeiten durchgeführt werden, erhält der Mieter den eingezahlten Erhaltungsbeitrag samt Zinsen zurück.

Wenn sich der Mietzins durch den Erhaltungsbeitrag auf mehr als 4,50 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht, kann beim zuständigen Finanzamt eine Mietzinsbeihilfe beantragt werden. Die zweite Möglichkeit eines Zuschusses ist die Mietzinsbeihilfe durch die Sozialhilfe, die bei den Bezirkssozialämtern eingereicht wird.

Zwtl.: Verjüngungskur für 110 Gemeindebauten

Die Einnahmen aus dem Erhaltungsbeitrag werden sofort der Instandsetzung der städtischen Wohnhausanlagen und damit der Stadterneuerung zufließen. Zumindest 110 Gemeindebauten und etwa 60 städtische Althäuser sollen noch heuer modernisiert und "verjüngt" werden. Wohnbaustadtrat Hatzl wird die mit der Sanierung beauftragten Firmen anschreiben, die Arbeiten termingerecht und mit möglichster Rücksicht auf die Mieter durchzuführen. (Schluß) ba/bs

NNNN

.....
Bereits am 20. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gratz: Wiener Wahlen werden nicht vorverlegt

=++++

5 #Wien, 20.3. (RK-POLITIK) Zu Meldungen über eine Vorverlegung der kommenden Wiener Gemeinderatswahlen stellte Bürgermeister Leopold GRATZ gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest: "Es gibt keine Absicht, diese Wahlen vorzuverlegen, sie werden zum verfassungsmäßigen Termin im Frühherbst 1983 stattfinden."#
(Schluß) red/gg

NNNN

.....
Bereits am 21. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Feuerwehreinsatz in St. Marx

Utl.: Gefährliche Abfallstoffe ohne Zwischenfall beseitigt

=++++

#Wien, 21.3. (RK-LOKAL) In einem Feuerwehreinsatz wurden am Sonntag drei Kisten chemischer Abfallstoffe auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes St. Marx vernichtet.#

Da man damit rechnen mußte, daß die Chemikalien bei der Entsorgung explodieren könnten, wurden umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Mehr als 200 Bewohner der umliegenden Häuser wurden aus Sicherheitsgründen evakuiert. Die Schlachthofgasse wurde für den Verkehr gesperrt. Insgesamt waren 213 Mitarbeiter von Feuerwehr, Polizei, Rettung, des Mobilen Bürgerdienstes und der Verkehrsbetriebe an Ort und Stelle im Einsatz.

Um 10.40 Uhr wurde die erste Kiste aus dem Keller ins Freie gebracht und unter Kontrolle vernichtet. Kurz vor 13 Uhr war die zweite Kiste entsorgt, die dritte Kiste konnte um ca. 14.30 Uhr gefahrlos beseitigt werden.

Damit konnten alle Sicherheitsmaßnahmen wieder aufgehoben werden. (Schluß) fk/gg

NNNN

Schieder bringt Österreich-Tour wieder nach Wien

=++++

6 Wien, 22.3. (RK-SPORT) Eine Österreich-Rundfahrt ohne Wien ist für Sportstadtrat Peter SCHIEDER undenkbar, und so wird auf seine Initiative die Schlußetappe am 10. Juni (Fronleichnam) von Traismauer nach mehr als 120 km auf dem Wiener Rathausplatz enden. "Es wäre auch denkbar", so der Sportstadtrat, "daß vor dem Ziel die Strecke durch die Innenstadt führt, um diese entscheidende Etappe noch attraktiver zu gestalten. Meine Anregungen werde ich schon in den nächsten Tagen dem Organisationskomitee der Tour unterbreiten." Vor zwei Jahren wurde bekanntlich die erste Etappe in der Bundeshauptstadt ausgetragen. Das Rennen durch die Innenstadt mit Start und Ziel am Rathausplatz verfolgten damals mehr als 20.000 Zuschauer. (Schluß) red/gg

NNNN

Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt" nächste Woche
=++++

7 #Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Am 29. März wird die Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt" in der Volkshochschule Hietzing von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Elfi BISCHOF eröffnet. Bis 9. April sind die Bewohner dieses Gebiets im 13. Bezirk eingeladen, die Vorstellungen der Planer kennenzulernen und zu den Plänen Stellung zu nehmen.#

Die "Siedlung am Auhofer Trennstück" und die Siedlung Friedensstadt im südwestlichen Teil von Hietzing gehörten ursprünglich zum Lainzer Tiergarten. Heute leben im Planungsgebiet zwischen Hörndlwald, Lainzer Tiergarten, der Bezirksgrenze an der Wittgensteinstraße, Speisinger Straße und Hermesstraße rund 3.000 Menschen. Mit der nun beabsichtigten Überarbeitung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Rahmen einer "Stadtteilplanung" soll sichergestellt werden, daß die Charakteristik des Gebietes erhalten bleibt. Das gilt insbesondere auch für bestehende Grünzonen. Die Bebaubarkeit der Liegenschaften soll durch Baufluchtlinien an den Bestand angepaßt werden. Ortsunüblicher Bebauung will man durch detaillierte Baufluchtlinien und eine Beschränkung der Bebaubarkeit auf 150 Quadratmeter Grundfläche bzw. einen bestimmten Prozentsatz der Liegenschaft einen Riegel vorschieben. Die selben Ziele verfolgen die Planer auch mit der Absicht, die Höhen von Neubauten angepaßt an den Bestand der Umgebung zu beschränken.

Die Ausstellung ist vom 29. März bis 9. April Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr im Foyer der Volkshochschule Hietzing, 13, Hofwiesengasse 48, 1. Stock, frei zugänglich. Zu dieser Zeit stehen auch Fachleute der zuständigen Dienststelle der Stadt Wien für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Fragebogen, die in der Ausstellung aufliegen, erleichtern die Stellungnahme. (Schluß) and/bs

NNNN

22. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 782

Geehrte Redaktion!

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

=++++

10 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Entsprechend der Ankündigung von
Stadtrat Josef VELETA im Bürgermeistergespräch vom 16. März wird
eine

PRESSEFAHRT

zur Besichtigung der EBS in Simmering durchgeführt.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Montag, 29. März, 9.30 Uhr.

ORT: Friedrich Schmidt-Platz, Abfahrt mit Bus

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/bs

NNNN

28. März ist wieder Familiensonntag (1)

=++++

11 Wien, 22.3. (RK-LOKAL) Der nächste Familiensonntag, der am kommenden Sonntag, dem 28. März, vom Landesjugendreferat veranstaltet wird, bringt ein besonders reichhaltiges Veranstaltungsangebot. Bei 18 Veranstaltungen können die Wiener Familien diesmal aktiv werden.

1. Bezirk:

- o SUCHSPIEL IM KUNSTHISTORISCHEN MUSEUM - 9 bis 13 Uhr
- o KINDERFEST IM NATURHISTORISCHEN MUSEUM mit Norman Shetler und seinen Puppen, Peter Rapp, Bobby Lugano und den Kaikukas - 9 bis 16 Uhr
- o BLICK ZUM HIMMEL in der Urania - Sternwarte, 11 Uhr

2. Bezirk:

- o BESUCH DES WURSTELPRATERS zum Familiensonntagstarif. Ermäßigungs-
marken gibt es zwischen 10 und 17 Uhr beim Stand vor dem
Riesenrad.
- o FEST DES BUCHES im Haus der Begegnung Leopoldstadt - 13 bis 18 Uhr
- o ZEICHENTRICKFILME für Kinder im Planetarium beim Riesenrad - 16
Uhr
- o BLICK ZUM HIMMEL im Planetarium - 15 Uhr
- o OSTERBASTELN (Am Tabor 20 - 22) - 15 bis 18 Uhr

3. Bezirk:

- o KULTURNACHMITTAG In der Galerie Modena Art - 17 Uhr.
(Forts.) emN/gg

NNNN

28. März ist wieder Familiensonntag (2)

=++++

12 Wien, 22.3. (RK-LOKAL)

6. Bezirk:

o OSTERBASTELN für Kinder und Eltern, Webgasse 11/2. Stock -
15 bis 18 Uhr

8. Bezirk:

o SPASS MIT BÜCHERN mit "Enrico" Heinz Zuber und vorlesenden
Großeltern - Haus des Buches, Skodagasse 20 - 16 Uhr

10. Bezirk:

o OSTERBASTELN (Erlachgasse 87) - 15 bis 17 Uhr

11. Bezirk:

o AUSSTELLUNG IM BEZIRKSMUSEUM SIMMERING, Enkplatz 7, Musik und
lustige Gedichte bilden das Rahmenprogramm - 10 Uhr

13. Bezirk:

o FAMILIENFITNESS UND GOOD-WILL-FAHRT (Radwanderung, Fahrt mit
historischer Tramway, Sportbewerbe und Spielmöglichkeiten) -
näheres im Familiensonntagsprospekt

20. Bezirk:

o BLICK NACH AFRIKA mit Kobna Anan vom Stamm der Fanti aus der
Akan-Volksgruppe (mit Musik, Tanz und Originalbekleidungsstücken)
VHS Brigittenau - 16 Uhr

21. Bezirk:

o SCHLUMPFIADE auf dem Robinsonspielplatz Tetmajergasse - 14 bis
17 Uhr.

(Forts.) emw/gg

NNNN

22. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 785

28. März ist wieder Familiensonntag (3)

=++++

13 Wien, 22.3. (RK-LOKAL)

22. Bezirk:

o FRÜHLING IN DER LOBAU - Auwanderung auf den Spuren der Franzosen,
Treffpunkt Eßlinger Furt - 9.30 Uhr

Purkersdorf:

o GOISERER RALLEY - Treffpunkt und Ziel: Bahnhof Unterpurkersdorf.
Start 7 - 12 Uhr. Auskünfte erteilt das Landesjugendreferat unter
der Nummer 42 800/3386 (Durchwahl) Montag bis Freitag von 7.30
bis 15.30 Uhr.

(Schluß) emw/gg

NNNN

Finanzausschuß lehnt Verzicht auf Konferenzzentrum ab

=++++

15 #Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik lehnte Montag mit den Stimmen der SPÖ einen ÖVP-Antrag auf Verzicht des Baus des Konferenzzentrums ab. #

Nach Ansicht der ÖVP sollte durch einen Umbau des Messepalastes in Verbindung mit den Kongreßeinrichtungen der Hofburg ein Konferenzzentrum geschaffen werden.

Dagegen wurde eingewandt, daß sich die Bundesregierung im Jahre 1967 zum Bau eines Konferenzzentrums international verpflichtet hat. Bei einem Verzicht würde auch ein verlorener Aufwand von 600 Millionen Schilling entstehen: 200 Millionen beim Parkdeck, 200 Millionen Planungskosten und 200 Millionen Vertragsauflösungskosten.

Gegen die Alternative Messepalast wurde vorgebracht, daß sich diese keinesfalls in den nächsten Jahren realisieren läßt. Im Messepalast befinden sich derzeit 80 Wohnungen mit einem Hauptmietverhältnis. Die Absiedlung würde sicher einen sehr langen Zeitraum benötigen. Außerdem steht der Messepalast unter Denkmalschutz. Die Schwierigkeiten, die sich mit denkmalgeschützten Objekten ergeben, lassen sich am besten am Beispiel der Heldenplatzgarage abschätzen, wurde betont. (Schluß) sei/gg

NNNN

Am Freitag Wiener Gemeinderat

=++++

18 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Freitag, den 26. März, tritt um 9 Uhr der Wiener Gemeinderat zu einer Geschäftssitzung zusammen. Die Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet. Auf der Tagesordnung stehen bisher 55 Geschäftsstücke. Sie betreffen u. a. eine Reihe von Subventionen und Förderungsbeiträgen für kulturelle und wissenschaftliche Vereinigungen, zur Filmförderung und für Jugendzentren. Auch über die Betreuung der Grünanlagen in den städtischen Wohnhausanlagen liegt ein Antrag vor. Die Kosten dafür betragen heuer fast 50 Millionen S. (Schluß) pr/gg

NNNN

öVP zur Energiepolitik

=++++

19 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Zu Fragen der Energiepolitik nahm am Montag öVP-Gemeinderat Dkfm. Gerhard AMMANN im Rahmen eines Pressegespräches Stellung. Das Energiekonzept der Stadt Wien sei unvollständig und berücksichtige nicht die durch den Rückgang des Energieverbrauchs eingetretene neue Situation. Es müsse deshalb revidiert werden, forderte Ammann. Außerdem soll ein Zwischenbericht über den Operationskalender der Bundesregierung vorgelegt werden, um feststellen zu können, welche Festlegungen bisher erfüllt wurden und wo man in Verzug ist.

Ammann begrüßte die angekündigte Erhöhung des Verbundstromanteiles an der Wiener Stromversorgung, kritisierte aber, daß dem Gemeinderat bisher kein Bericht darüber vorgelegt worden sei. Zur Forcierung des Energiesparens sei die Einrichtung eines Energiesparfonds unbedingt notwendig. Außerdem sollte ein Energiebeirat konstituiert werden. Ammann erhob die Forderung, die E-Werke und Gaswerke von direkten und indirekten Subventionen an die Verkehrsbetriebe zu entlasten und damit die Voraussetzungen für eine vernünftige Tarifpolitik zu schaffen. E-Werke, Gaswerke und Heizbetriebe sollten in einem einheitlichen Energieressort zusammengefaßt werden. (Schluß) ger/bs

NNNN

Sterilisationsanlagen für das neue AKH (1)

Utl.: Erster großer Auftrag für die medizintechnische Einrichtung des AKH vergeben

=++++

20 #Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Der erste Großauftrag für die medizintechnische Einrichtung des neuen AKH wurde am Montag vom Aufsichtsrat der AKPE vergeben. Auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung wurde die Arbeitsgemeinschaft VEW-ODELGA als Bestbieter für die Errichtung der Sterilisations- und Desinfektionseinrichtungen ermittelt. Der Auftrag für die Sterilisations- und Desinfektionsanlagen umfaßt außerdem feststehende und Fahrregale, Paternoster- und Rollschränke, Arbeitstische, Medikamentenkühlschränke, Wärmeschrankkombinationen, Transportpaletten und Sterilisierpaletten.

Der größte Teil der Anlagen wird in Österreich erzeugt. Das Auftragsvolumen beträgt rund 70 Millionen und wird dazu beitragen, in einer Region mit wirtschaftlichen Problemen Arbeitsplätze zu sichern. #

Im neuen AKH wird es einen zentralen Bereich für die Sterilisation und die Desinfektion geben. Darüber hinaus werden jedoch aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen die Instrumente zum Teil dezentral sterilisiert (zum Beispiel im Operationsgeschoß) und die Bettgestelle und verschiedene medizinische Utensilien dezentral desinfiziert (zum Beispiel in den Normalpflegegeschossen). Im Hauptgebäude werden für die Sterilgutversorgung und die Desinfektion Flächen in einem Ausmaß von mehr als 7.000 Quadratmetern benötigt.

Die zu sterilisierenden Güter werden mit der automatischen Container-Transportanlage angeliefert, vorsortiert und dann in drei Taktbandwaschautomaten (zwei für verschiedene Utensilien, einer für Instrumente) gereinigt. Die Instrumente zum Beispiel werden in der acht Meter langen Reinigungsmaschine mit Wasser bis zu 90 Grad gewaschen, mit vollentsalztem Wasser von 80 und 90 Grad desinfiziert, mit einer Instrumentenmilch, die Schmiereigenschaften hat, besprüht und schließlich mit Heißluft von 140 Grad getrocknet. (Forts.)

red/gg

Sterilisationsanlagen für das neue AKH (2)

Utl.: Sterilisation mit Hochdruckdampf

=++++

21 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Anschließend werden die Instrumente zu Sets - wie sie für die Operationen und Eingriffe benötigt werden - zusammengestellt und in Stoff und Papier verpackt. Zusätzlich bei den Operationen verwendete Standardinstrumente werden - erstmals in Österreich - in einem Verpackungsautomaten maschinell verpackt. Die Sterilisationsanlage ist 23 Meter lang, hat ein Gewicht von rund 13 Tonnen und besteht aus acht Sterilisatoren. Das Sterilisieren erfolgt durch Hochdruckdampf von 2,4 bar und einer Temperatur von 136 Grad. Ein Sterilisationsvorgang dauert etwa 40 Minuten. Der Hochdruckdampf wird über Abhitzeessel von den Gasturbinen gewonnen, die im neuen AKH die Ersatzstromversorgung sichern (Abwärmenutzung). Die Kapazität der Zentralsterilisation beträgt pro Tag mehr als 1.500 Sterileinheiten, im anschließenden Lager können rund 3.300 Sterileinheiten aufbewahrt werden.

Dezentral werden in den fünf Operationsabteilungen, in der Transplantation, der Unfallchirurgie, in den Ambulanzen der Augenkliniken und der Urologie, in der Blutgruppenserologie und in der Neuropathologie eigene Sterilisationsanlagen installiert.

Zwtl.: Auch Betten und Zubehör können sterilisiert werden

Die Desinfektion der Bettgestelle samt Zubehör, der Matratzen und verschiedener medizinischer Utensilien erfolgt im neuen AKH ebenfalls teils zentral, teils dezentral. In der Desinfektionszentrale wird der Großteil der Matratzen in drei Vakuum-Dampf-Vakuum-Apparaten desinfiziert. Die Apparate haben ein Fassungsvermögen von je 5 Kubikmetern, können also jeweils die Ausrüstung von acht Betten aufnehmen. Die Matratzen werden in etwa 40 Minuten mit Dampf von 75 Grad desinfiziert.

In jedem der 18 Normalpflegegeschosse der beiden Bettentürme und in der Notfallabteilung beim Liegendkrankeneingang werden die dort anfallenden Bettgestelle in einem eigenen Reinigungsbereich mit der Hand chemisch desinfiziert, Pflegeutensilien in jeweils zwei Wasch- und Desinfektionsautomaten gereinigt. (Schluß) red/gg

198

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Dienstag, 23. März 1982

Blatt 791

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet: Gesundheit und Krankheit im Alter
(grau)

Kommunal: Die U 2 wird leiser
(rosa) Rinter-Rechtsgutachten: leistungsgerechte Zahlungen
Kein "Giftmüll" bei der Biomüll

Politik: Wien begrüßt einheitliche Kurzparkzonenregelung
(rosa) Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung

Lokal: Sommerzeit beginnt am 28. März
(orange) Busparkplätze nicht mit Pkw verstellen!

Nur
über FS: 22.3. Passant lief gegen Straßenbahn
 23.3. Verkehrsbehinderungen wegen einer Demonstration

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (1)

Utl.: Mehr Rehabilitation im Alter

=++++

23 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Die Rehabilitationsmaßnahmen für betagte beziehungsweise pflegebedürftige Menschen sollen verstärkt und ausgebaut werden. Dies war eine der wesentlichsten Forderungen, die Montag im Rahmen einer über Initiative von Gesundheits- und Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER durchgeführten Enquete über "Gesundheit und Krankheit im Alter" aufgestellt worden waren. Laut Stacher sei das Alter keineswegs eine Krankheit, sondern vielmehr eine Phase der psychischen und physiologischen Veränderungen, die jedoch mit Hilfe verschiedener Maßnahmen durchaus zu bewältigen ist. Eine wesentliche Rolle nimmt dabei die Rehabilitation ein, die gerade bei älteren Menschen eine wichtige soziale und humane Aufgabe zu erfüllen hat. In diesem Zusammenhang wies der Stadtrat darauf hin, daß seitens der Sozialversicherung derzeit lediglich die Rehabilitation von im Arbeitsprozeß befindlichen Personen durchgeführt wird. Die Rehabilitation von älteren Menschen ist im ASVG gegenwärtig nur eine "Kann"-Bestimmung. Nach Meinung des Stadtrates sollte jedoch auch die Rehabilitation älterer und bereits aus dem Arbeitsprozeß ausgeschiedener Personen als "Muß"-Bestimmung im ASVG verankert werden.

Was die Stadt Wien betrifft, so sei man, wie Stacher erklärte, in den letzten Jahren bemüht gewesen, Maßnahmen und Einrichtungen zur Rehabilitation betagter Menschen auszubauen. Neben verschiedener sozialer Hilfen und der Einführung der Aktion der "Mobilen Schwestern" wurden in den Pflegeheimen und Pensionistenheimen zahlreiche Einrichtungen zur Aktivierung und Rehabilitation geschaffen. (Forts.) zi/bs

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (2)

Utl.: Einsatz von mobilen Therapeuten

=++++

24 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Primarius Dr. Karl LACHNIT vom Pflegeheim Lainz regte den Einsatz von mobilen Therapeuten an, die die Patienten auch daheim besuchen, um mit ihnen bewegungstherapeutische Übungen durchzuführen und sie zu verschiedenen Beschäftigungen anzuregen. Damit können einerseits diese älteren Menschen zu Hause bleiben, andererseits Krankenhäuser und Pflegeheime nur mehr der Unterbringung Schwerstkranker und unbedingt Pflegebedürftiger dienen. Als ein wesentliches Ziel der Rehabilitation nannte Prim. Lachnit neben der körperlichen Mobilisierung vor allem die Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit des älteren Menschen. Außer der medizinischen Behandlung zählt dazu die aktivierende Pflege, die Physiko- und Bewegungstherapie, die Logopädie, die Ergotherapie, die psychologische Therapie und schließlich die fürsorgerische und soziale Betreuung. In diesem Zusammenhang kommt gerade der Motivierung und Mitarbeit der Angehörigen große Bedeutung zu.

Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Ermar JUNKER, Leiter des Gesundheitsamtes, berichtete über die im Rahmen der Wiener Gesundheitsstudie festgestellten häufigsten altersbedingten Krankheiten. Demnach steigen im Alter vor allem die Herz- und Gefäßkrankheiten. Vor dem 60. Lebensjahr überwiegen die Männer mit Hochdruck, im höheren Alter die Frauen. Ein besonderes Problem stellen auch die Abnützungserkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates im Alter dar. 64 Prozent der 60jährigen klagen über Wirbelsäulenleiden. Erfreulich ist hingegen die ärztliche Versorgung der älteren Wienerinnen und Wiener: 70 bis 90 Prozent haben ihren Hausarzt und suchen diesen zu 90 Prozent in dessen Ordination noch auf. (Forts.) zi/gg

.....
Bereits am 22. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Gesundheit und Krankheit im Alter (3)

Utl.: Weitere Humanisierung der Pflegeheime

=++++

25 Wien, 22.3. (RK-KOMMUNAL) Dr. Viktor WLK, ärztlicher Leiter des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, unterstrich die Bedeutung der Humanisierung im Pflegeheim etwa durch eine Verschiebung der Weckzeiten und eine Ausweitung der Besuchszeiten. Im Pflegeheim SMZ-Ost gibt es bekanntlich eine bereits vormittags beginnende, tägliche Besuchszeit sowie wesentlich spätere Weckzeiten als in anderen Pflegeheimen. Ebenso sprach er sich für eine vorbeugende prophylaktische Rehabilitation ("Vorbeugen ist besser als heilen") aus.

Univ.-Prof. Dr. Georg GEYER, Vorstand der II. Medizinischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus, wies auf den Umstand hin, daß durch die zunehmend hohe Lebenserwartung der Großteil der Patienten an den medizinischen Abteilungen zwischen 65 und 85 Jahre alt ist. Dies stellt gerade an das Pflegepersonal große Anforderungen, da die Pflegemaßnahmen für den älteren Patienten zumeist sehr arbeitsintensiv sind. In diesem Zusammenhang unterstrich Univ.-Prof. Dr. Geyer die Tatsache, daß gerade in Wien in den letzten Jahren für die medizinische Betreuung älterer Patienten Vieles und Erfolgreiches geleistet wurde.

Dr. Peter GATHMANN von der psychosomatischen Abteilung an der Psychiatrischen Universitätsklinik erklärte, daß die Theamtik des Alterns bisher zu sehr tabu war. Seiner Meinung nach ist das Altern aber genauso eine Krisensituation wie etwa der Schuleintritt, die Pubertät oder der Eintritt ins Berufsleben. Infolge zuwenig und schlechter Vorbereitung entwickelt sich das "Älterwerden sehr oft zu einer Sackgasse" für den Betroffenen. Mehr Förderung und Unterstützung der "Selbsthilfe" wäre jedoch eine Möglichkeit, dieses Problem zu meistern. (Schluß) zi/gg

Die U 2 wird leiser

Utl.: Wegen Umbau Betriebseinstellung am späten Abend und am
Wochenende

=++++

1 #Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Die Züge der U-Bahn-Linie U 2 verursachen in einigen Streckenabschnitten Erschütterungen und Lärmbelästigungen, die Beschwerden der Anrainer zur Folge hatten. Die Wiener Verkehrsbetriebe entschlossen sich deshalb, den Schotteroberbau auf dieser Strecke durch einen schalldämmenden Gleisoberbau aus Kunststoff - sogenannte "Flüsterschwellen" - zu ersetzen. Die Umbauarbeiten, die in zwei Etappen heuer und im nächsten Jahr durchgeführt werden, beginnen am kommenden Montag, dem 29. März. Die erste Bauetappe dauert voraussichtlich bis Juli. In dieser Zeit ist es notwendig, den Betrieb der U 2 an Wochentagen jeweils ab ca. 20.45 Uhr sowie an Samstagen und Sonntagen ganztätig einzustellen.#

Die Verkehrsbetriebe richten in dieser Zeit zwischen Karlsplatz und Ringturm einen Ersatzverkehr mit Autobussen ein. Die Autobusse fahren in den Abendstunden in Intervallen von zehn Minuten, an den Wochenenden tagsüber in Intervallen von fünf Minuten. Die Route verläuft vom Karlsplatz über Friedrichstraße, Getreidemarkt, "Zweier-Linie", Universitätsstraße, Schottengasse und Schottenring. Die Haltestellen befinden sich im Bereich der U-Bahn-Stationen.

Die Gesamtkosten für den Umbau belaufen sich auf sechzig Millionen Schilling. Begonnen wird mit jenen Abschnitten, in denen die stärksten Belästigungen auftreten (Landesgerichtsstraße zwischen Florianigasse und Universitätsstraße sowie Universitätsstraße zwischen Landesgerichtsstraße und Ebendorferstraße). Die beiden parallelführenden Gleise werden gleichzeitig umgebaut, um die Wirkung der Schalldämmung sofort zu erreichen. Um den U-Bahn-Betrieb so wenig wie möglich zu stören, wird in den Nachtstunden und an den Wochenenden gearbeitet. (Schluß) ger/bs

Sommerzeit beginnt am 28. März

=++++

2 Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Die Sommerzeit beginnt heuer am Sonntag, dem 28. März, um 2 Uhr früh. Sämtliche Uhren müssen zu diesem Zeitpunkt um eine Stunde vorgestellt werden. Dies gilt natürlich auch für die knapp zweihundert öffentlichen Uhren in Wien, die von der Magistratsabteilung 33 (öffentliche Beleuchtung) umgestellt werden müssen. Wie schon in den vergangenen Jahren beginnt die Umstellung der Uhren an verschiedenen öffentlichen Gebäuden bereits am Samstag nachmittag. In den Abendstunden folgt ein Großteil der Kirchenguhren. Die Würfeluhren werden um Mitternacht umgestellt, ein weiterer Teil der öffentlichen Uhren folgt exakt um 2 Uhr, sodaß die gesamt Umstellung voraussichtlich Sonntag früh beendet ist. Die Sommerzeit dauert heuer bis Sonntag, den 26. September, 3 Uhr früh. (Schluß) ger/gg

NNNN

Busparkplätze nicht mit Pkw verstellen!

Utl.: Neue Buszonen zum Beginn der Wiener Fremdenverkehrssaison

=++++

3 Wien, 23.3. (RK-LOKAL) Um für die in- und ausländischen Reiseautobusse praktikable Zufahrten zur Altstadt und ausreichenden Parkraum zu schaffen und damit die gegenseitige Behinderung von Touristenbussen und Pkw-Verkehr zu reduzieren, hat die Stadt Wien zu Beginn der touristischen Saison neue "Haltestellen" und Parkplätze für Autobusse festgelegt. Der Wiener Fremdenverkehrsverband appelliert nun an die Pkw-Lenker, diese Buszonen zu respektieren, und macht darauf aufmerksam, daß die Polizei eine konsequente Bestrafung jener Autolenker angekündigt hat, die ihre Pkw in Buszonen parken und damit das ordnungsgemäße Zufahren von Autobussen verhindern.

"Haltestellen" (Aus- und Einsteigplätze) für Touristenbusse gibt es in den Bereichen Gluckgasse/Augustinerstraße, Brandstätte, Heidenschuß und Burgtheater (volksgartenseitig). Busparkplätze befinden sich wie bisher in den Bereichen Burgring/Babenbergerstraße und Morzinplatz/Franz-Josefs-Kai, neu dazugekommen sind Plätze im Bereich Rathausplatz (Seitenfront der Universität bzw. vor dem Felderhaus). Die Regelungen gelten zumeist von 8 bis 18 Uhr.

Die Wiener Fremdenverkehrsverband führt derzeit eine Informationskampagne mit mehrsprachigen Flugblättern durch, um Busunternehmen und -lenker in Österreich wie auch im Ausland auf die Neuregelung aufmerksam zu machen. Auch die Polizeibeamten der Inneren Stadt werden mehrsprachige Pläne bei sich haben, um Buslenker, wenn nötig, auf die speziellen Buszonen hinzuweisen. Fahrzeuglenker, die die Buszonen widerrechtlich verparken, müssen mit entsprechenden Polizeistrafen rechnen. In krassen Fällen, so die Polizeidirektion, würde auch abgeschleppt werden, um Verkehrsbehinderungen zu beheben. (Schluß) fvv/di

NNNN

Wien begrüßt einheitliche Kurzparkzonenregelung

=++++

5 #Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR begrüßte Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die heute im Ministerrat eingebrachte Regierungsvorlage für eine einheitliche Kennzeichnung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in Österreich. Mayr erinnerte, daß in Wien mit der am 17. März kundgemachten Änderung des Wiener Parkometergesetzes zwar ein eindeutiger Rechtszustand gegeben sei, im Interesse der Autofahrer wäre eine Novellierung der Straßenverkehrsordnung jedoch wünschenswert. Sollte der Nationalrat eine Novellierung noch vor dem Sommer beschließen, wäre eine Anpassung in Wien ohne weitere Änderung des Wiener Parkometergesetzes möglich.#

(Schluß) sei/bs

NNNN

Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung (1)

=++++

6 #Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Finanzstadtrat Hans MAYR sprach sich Dienstag im Pressegespräch des Wiener Bürgermeisters vehement für den Bau des Konferenzzentrums aus. Die Finanzierung sei, so Mayr, durch ein 1979 vom Nationalrat beschlossenes Finanzierungsgesetz bereits gesichert. Eine Beteiligung einer ausländischen Finanzierungsgruppe könnte diese Bedingungen nur verbessern. Für Wien sei das Konferenzzentrum aus arbeitsmarkt- und fremdenverkehrspolitischen Überlegungen wichtig. Für jede von der Stadt Wien beim Konferenzzentrum eingesetzte Million betrage der Beschäftigungseffekt 3,86 Arbeitsplätze - ein Wert, der durch kein anderes Hochbauprojekt derzeit erzielt werden könnte. #

Zwtl.: Messepalast keine Alternative

Der Messepalast ist keine Alternative, da über diesen erst in einem viel späteren Zeitraum verfügt werden könnte, betonte Mayr. Der Messepalast würde sich gut für ein Ausstellungszentrum der Wiener und der Bundesmuseen eignen, außerdem gibt es Überlegungen, dort ein Wiener Handwerkszentrum mit einer permanenten Verkaufsschau einzurichten. Diese Überlegungen können jedoch erst in ein paar Jahren Platz greifen, da derzeit im Messepalast 80 Wohnungen in einem Hauptmietverhältnis bewohnt werden und der Messepalast außerdem unter Denkmalschutz steht, was bei einer Umgestaltung sicherlich erschwerend hinzukommt. (Forts.) sei/gg

NNNN

Mayr: Konferenzzentrum und Stadterneuerung (2)

=++++

7 Wien, 23.3. (RK-POLITIK) Der Bau des Konferenzzentrums ist keine Alternative zur notwendigen Stadterneuerung in Wien, erklärte Mayr. Er verwies auf das Sonderprogramm des Bundes und auf das neue Mietrecht, von denen positive Auswirkungen auf den Wiener Arbeitsmarkt zu erwarten sind. Wenn Präsident Benya jüngst als Ziel für 1982 angegeben habe, die Arbeitslosenrate in Österreich unter 3,5 Prozent zu halten, so hoffe man in Wien, heuer unter 3 Prozent zu bleiben, betonte Mayr.

Wien wird, so Mayr, voll beim Altstadtsanierungsgesetz und beim Bau von zusätzlichen 5.000 Wohnungen "mitziehen". Sollten andere Bundesländer die ihnen zustehende Quote nicht voll ausschöpfen, ist Wien bereit, den derzeit festgelegten Wiener Anteil von rund 1.400 neuen Wohnungen zu erhöhen.

Durch das neue Mietrecht wird nach einer Studie des WIFO ein jährlicher Beschäftigungseffekt von 6.000 Arbeitsplätzen in ganz Österreich erzielt, erklärte Mayr. Davon entfallen auf Wien mindestens 50 Prozent. Es ist also zu erwarten, daß in den kommenden Jahren in Wien jährlich rund 1,5 Milliarden für zusätzliche Stadterneuerungsarbeiten anfallen und damit pro Jahr rund 3.000 Menschen beschäftigt werden können. (Schluß) sei/gg

NNNN

Rinter-Rechtsgutachten: leistungsgerechte Zahlungen
Utl.: Veleta kündigt Einsetzung eines Unterausschusses an
=++++

8 #Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Ein zu bildender Unterausschuß seiner Geschäftsgruppe werde sich mit allen Fragen im Zusammenhang mit dem Rinter-Müllverwertungsbetrieb befassen, teilte Stadtrat Josef VELETA im Pressegespräch des Bürgermeisters mit. In Verhandlungen zwischen der Stadt Wien und der Firma Rinter soll nun versucht werden, zu einem neuen Vertrag zu kommen, der der Leistungsfähigkeit der Firma Rinter entspricht.#

Zum Rechtsgutachten, ausgearbeitet von Univ.-Prof. Dr. Fritz Schönherr, DDr. Walter Barfuß sowie den Rechtsanwälten Dr. Helwig Dorgler, Dr. Christian Hauer und Mag. Dr. Wiltschek, teilte Veleta mit, das Papier diene zur Unterstützung der Verhandlungsposition der Stadt Wien in den Vertragsverhandlungen mit der Firma Rinter und dem finanzierenden Bankenkonsortium.

Die Gutachter seien zu dem Ergebnis gekommen, daß die Firma Rinter ihre Anlage ab 1. Juli 1981 in Betrieb genommen, seither aber ihre Vertragspflichten zur laufenden Müllabnahme und Müllverarbeitung nicht voll erfüllt habe. Daraus ergebe sich, daß die Stadt Wien auch nicht zur Leistung des vollen Entgeltes verpflichtet sei. Dabei sei allerdings davon auszugehen, daß die Firma Rinter sicherlich teilweise Leistungen erbracht habe. Insofern sei also die Zahlungseinstellung vertragsrechtlich bedenklich. Es wäre vielmehr rechtlich nach Meinung der Gutachter richtig, einen der Leistungen entsprechenden Teil zu bezahlen.

In ihrem Rechtsgutachten geben die Experten auch einen Hinweis dafür, wie ihnen die weitere Vorgangsweise für die Zukunft am zweckmäßigsten erscheint. Sie vertreten dabei den Standpunkt, daß versucht werden sollte, auf Grund der gegebenen tatsächlichen Verhältnisse zu einem befriedigenden neuen Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Firma Rinter zu kommen, welcher den tatsächlichen Leistungen und Leistungsmöglichkeiten der Rinter Rohstoffrückgewinnungs-AG entspricht. (Schluß) we/bs

Kein "Giftmüll" bei der Biomüll

=++++

10 Wien, 23.3. (RK-KOMMUNAL) Zu dem in Zeitungsartikeln erhobenen Vorwurf, die Biomüll-Gesellschaft zur Verwertung städtischer Abfallstoffe in Simmering hätte "Giftmüll" übernommen, teilte Stadtrat Josef VELETA im Bürgermeister-Pressegespräch mit, daß davon keine Rede sein könne.

Von der Biomüll wurden am 10. und 11. Februar zirka 350 Tonnen Stickstoff und Kali-Düngemittel aus Salzburg übernommen, die durch Brandeinwirkung und die nachfolgenden Löscharbeiten unverkäuflich geworden waren. Das Material wurde auf Rotte verbracht. Etwaige Gefahren können daher ausgeschlossen werden, da selbst bei Vorhandensein von Phosphorsäure-Estern aus pestizidhaltigem Sonderabfall diese Wirkstoffe nach zirka drei bis vier Wochen zerfallen, während die Dauer der Verrottung hingegen acht bis zwölf Monate beträgt.

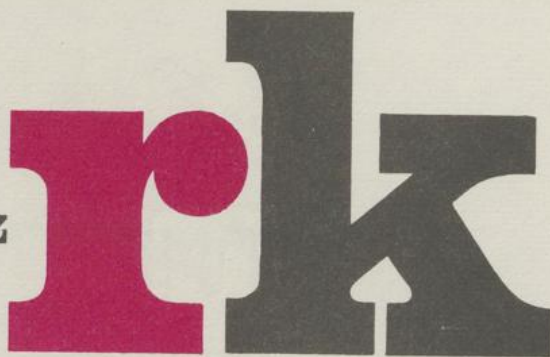
Deklariertes pestizidhaltiges Sonderabfall aus Salzburg im Gewicht von zirka einer Tonne wurde in einem gesonderten Muldenfahrzeug der EBS geliefert und dort schadlos durch Verbrennen beseitigt. In der EBS wurden ferner 100 Tonnen verunreinigtes Löschwasser aus Salzburg neutralisiert und beseitigt.

Bei einem von der MA 39 (Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien) in der Biomüll vorgenommenen Lokalaugenschein konnte festgestellt werden, daß das aus Salzburg übernommene Material ordnungsgemäß behandelt wurde. Zur Untersuchung der chemischen Zusammensetzung der Düngemittel sind Proben entnommen worden.
(Schluß) we/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198

gegründet 1861

Mittwoch, 24. März 1982

Blatt 803

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Erholungsgebiet um Baggersee
(rosa)

Lokal: Lainzer Tiergarten wieder geöffnet
(orange)

Kultur: Nestroy-Ringe an Resetarits und Schneyder überreicht
(gelb)

Wirtschaft: Verdienstzeichen des Landes Wien
(blau)

Erholungsgebiet um Baggersee

=++++

1 #Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Neue Flächen für eine Gartensiedlung östlich der Schukowitzgasse, große Bereiche als "Schutzgebiet/Wald- und Wiesengürtel" (bisher "ländliches Gebiet") sowie die widmungsmäßige Festlegung des Erholungsgebiets um einen Baggersee sieht der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den 22. Bezirk vor.#

Der Planentwurf (Plannummer 5716) liegt vom 25. März bis 22. April während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 7.30 und 15.30 Uhr, an den "langen Donnerstagen" bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathaus, Stiege 5, 2. Stock, Zimmer 413, zur öffentlichen Einsicht auf. Das Plangebiet erstreckt sich östlich der Schukowitzgasse und nördlich der Bahnlinie und hat eine Fläche von 74 Hektar. Hier leben 30 Menschen.

Bei der Gartensiedlung östlich der Schukowitzgasse wird eine Begrenzung der bebaubaren Fläche auf 100 Quadratmeter vorgesehen. Für die Niedermayer Martin-Siedlung soll die Bauklasse I, beschränkt auf 7,5 m, gelten. Südlich und nordöstlich des Baggersees wird im Hinblick auf die bereits bestehenden Badehütten, Mobilheime und Wohnwagen die Widmung "Grünland/Erholungsgebiet - Grünfläche für Badehütten" mit einer bebaubaren Fläche von maximal 25 Quadratmetern vorgeschlagen. Der Sportplatz südlich der Niedermayer Martin-Siedlung/östlich der Schukowitzgasse soll auch wieder in den neuen Flächenwidmungsplan aufgenommen werden. (Schluß) and/bs

NNNN

Lainzer Tiergarten wieder geöffnet

=++++

2 #Wien, 24.3. (RK-LOKAL) Eines der schönsten Wiener Erholungsgebiete, der Lainzer Tiergarten, ist nach seinem Winterschlaf ab kommenden Sonntag, den 28. März, wieder zur Gänze geöffnet. Achtzig Kilometer Wanderwege, Kinderspielplätze und Rasthäuser, der Naturlehrpfad und - als besondere Attraktion - die Wildpferde, Mufflons, Auerochsen und das Damwild in den Gehegen beim Lainzer Tor können täglich, außer Montag und Dienstag, von 8 Uhr bis zum Einbruch der Dunkelheit besucht werden#.

Der Eintritt in das Naturschutzgebiet ist frei. In das einstige kaiserliche Jagdrevier gelangt man durch das Lainzer-, Nikolai -, Pulverstampf-, Laaber- und das Gütenbachtor. An Sonn- und Feiertagen sind außerdem das Adolfs- und das St. Veiter-Tor geöffnet.

Das Forstamt der Stadt Wien ersucht auch um Verständnis dafür, daß die Besucherordnung des Naturschutzgebiets streng eingehalten werden muß. So dürfen, um das Wild nicht zu beunruhigen, keine Tiere in das Erholungsgebiet mitgenommen werden. Für Fahrräder, Motorräder und Kraftwagen gibt es ebenfalls keinen Einlaß. Blumen und Forstkulturen sollten geschont werden.

Wer eine ausgedehnte Wanderung durch den 25 Quadratkilometer großen Lainzer Tiergarten mit dem Besucher einer Ausstellung verbinden möchte, hat dazu ebenfalls Gelegenheit: von 3. April 1982 bis 6. März 1983 ist in der Hermesvilla die Exposition "Ver Sacrum - die Zeitschrift der Wiener Secession 1898 - 1903" zu sehen. (Schluß)
hs/gg

NNNN

Nestroy-Ringe an Resetarits und Schneyder überreicht

=++++

3 #Wien, 24.3. (RK-KULTUR) Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK überreichte am Dienstag abend im "Treffpunkt Petersplatz" den Johann Nestroy-Ring der Stadt wien 1982 an Lukas RESETARITS und Werner SCHNEYDER. Gleichzeitig wurden Prof. Stella KADMON und Dr. Rudolf SPITZ mit dem Goldenen Verdienstzeichen des Landes Wien geehrt. #

Der Nestroy-Ring wurde heuer zum sechsten Mal verliehen. Zilk betonte, daß mit dieser Auszeichnung die kritisch-satirische Auseinandersetzung mit Wien gewürdigt wird.

Die Laudatio hielt Hans WEIGEL. Er wies darauf hin, daß mit der gleichzeitigen Ehrung von Prof. Kadmon und Dr. Spitz sowie von Resetarits und Schneyder sowohl das legendäre Wiener Kabarett der Dreißigerjahre als auch das heutige junge Kabarett gewürdigt werden. Die Stadt ehrt und dankt damit Menschen, die mit ihr in schöpferischer Spannung leben.

Werner Schneyder dankte im Rahmen der Ausgezeichneten: "Es ist heute modern, daß Preisträger bei der Preisverleihung diejenigen beschimpfen, die ihnen diese Auszeichnung verliehen haben. Wir tun dies nicht. Wir glauben, daß es für Wien spricht, daß die Stadt auch Künstler ehrt, die sich mit ihr kritisch auseinandersetzen."

(Schluß) ger/gg

NNNN

Verdienstzeichen des Landes Wien

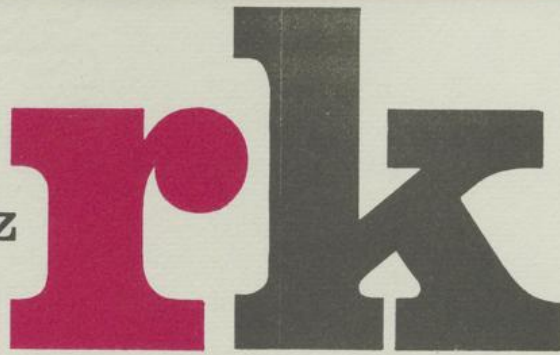
=++++

4 Wien, 24.3. (RK-WIRTSCHAFT) Finanzstadtrat Hans MAYR überreichte Mittwoch im Wiener Rathaus an vier verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft Verdienstzeichen des Landes Wien. Das Goldene Verdienstzeichen erhielten Kommerzialrat Ladislav SIMACEK, Inhaber eines Reinigungsunternehmens, und Kommerzialrat Dkfm. Leonhard SPECHT, Inhaber der Wermutwein-Kellerei Burschik. Das Silberne Verdienstzeichen erhielten zwei Bedienstete des Wiener Flughafens, die Herren Leopold FISCHER und Max ZEIDLER. (Schluß)
sei/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



198
gegründet 1861

Donnerstag, 25. März 1982

Blatt 808

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Ehrenzeichen für Dr. Franz Sailer
ausgesendet: Erziehungshilfe - individuelle Betreuung für
(grau) Kind und Eltern

Lokal: Obermaier und Kaisermelange
(orange) Jeder zweite Rettungseinsatz in Wohnungen
 Bundespräsident Kirchschräger liest für Kinder

Kultur: Prädikat "wertvoll"
(gelb) Goldene Ehrenmedaillen für Bildende Kunst
 3-Jahres-Bilanz von Stadtrat Zilk
 Zwischenbilanz "Tanz 82"

Nur 24.3. 500-kg-Fliegerbombe entschärft
über FS: Einstellung der Buslinien "1A", "2A" und "3A"
 25.3. Saunaofen im Geiselbergbad kaputt

.....
Bereits am 24. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Ehrenzeichen für Dr. Franz Sailer

=++++

5 Wien, 24.3. (RK-KOMMUNAL) Das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt heute, Mittwoch, Sektionschef Dr. Franz SAILLER von Personalstadtrat Franz NEKULA in Anwesenheit von Magistratsdirektor Dr. Joseph BANDION überreicht.

Sektionschef Sailer hat sich als Leiter der Sektion II - Personal- und Ergänzungswesen im Bundesministerium für Landesverteidigung - große Verdienste erworben. Der von der Bundesheer-Reformkommission im Jahr 1970 unter seiner Leitung ausgearbeitete Bericht dient noch heute als Grundlage für wehrpolitische Entscheidungen. Sowohl die Einführung des neuen Stellungssystems als auch die des milizartigen Systems basiert auf diesem Bericht.

Franz Sailer wurde am 26. Juni 1926 in Wien geboren. Er wurde 1951 zum Doktor der Rechte promoviert und ist seit 1958 im Verteidigungsministerium tätig. 1974 wurde Dr. Sailer zum Sektionschef ernannt. (Schluß) roh/bs

NNNN

.....
Bereits am 24. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Erziehungshilfe - individuelle Betreuung für Kind und Eltern
=++++

6 #Wien, 24.3. (RK-LOKAL) Die nunmehr fünf Institute für Erziehungshilfe bieten auf tiefenpsychologischer Basis eine individuelle Langzeittherapie für Kinder, aber auch gleichzeitige Betreuung für die Eltern. Da die Gemeinde Wien die Gesamtkosten dieser privaten Einrichtung trägt, kann die Betreuung und Behandlung kostenlos erfolgen. Im Budget des Jugendamtes stehen heuer 11 Millionen Schilling für die fünf Institute für Erziehungshilfe zur Verfügung. #"

Wie Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in einem Pressegespräch über die Institute für Erziehungshilfe (in Fachkreisen "Child Guidance Clinics" genannt) ausführte, bieten die Institute in der breiten Palette der unterstützenden Einrichtungen eine intensive Therapie für Kinder an, die Schwierigkeiten haben und daher Schwierigkeiten machen. Psychologen, Psychiater und Sozialarbeiter bilden das Team, das in Einzel- und Paargesprächen, aber auch in Form von Mütterrunden und Familientherapien zu helfen verucht. Ziel der Arbeit ist die Vorbeugung, Behandlung und Rückfallsverhütung bei psychischen Störungen. Ziel ist nicht die Beseitigung von Symptomen, sondern das Erkennen und Bewältigen der Ursachen. Über die Institute für Erziehungshilfe geben alle Bezirksjugendämter Auskunft. (Schluß) emw/bs

NNNN

25. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 811

Geehrte Redaktion!

.....-

=++++

1 Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wettbewerb "Donaustadt 2000", der für die Zukunft des 22. Bezirks von großer Bedeutung ist, steht vor seinem Abschluß. In der kommenden Woche wird die Jury tagen, und es ist damit zu rechnen, daß die Ergebnisse Ende nächster Woche vorliegen werden.

Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und der Vorsitzende der Jury Dipl.-Ing. Felix zur NEDDEN möchten Ihnen in einem

PRESSEGESPRÄCH

die Wettbewerbsergebnisse vorstellen und die Entscheidungsgründe erläutern. Es ist beabsichtigt, vom darauffolgenden Montag an alle eingereichten Projekte im Rahmen einer Ausstellung in der Halle H des Messepalastes zu zeigen.

Bitte, merken Sie vor:

ZEIT: Freitag, 2. April, 9.45 Uhr

ORT: Messepalast, Halle H

Parkmöglichkeit besteht im Hof des Messepalastes bei
Vorlage der Einladung zum Pressegespräch

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) red/bs

NNNN

Obermaier und Kaisermelange (1)

Utl.: Gastronomie-Berufsschule feiert 90jähriges Jubiläum

=++++

2 #Wien, 25.3. (RK-LOKAL) 36.000 Eier, 345 kg Salz, 340 kg Marillenmarmelade, 85 kg Mandeln, 700 kg Zucker, 110 kg Mehl haben die Schüler der Wiener Berufsschule für Gastgewerbe im Vorjahr verkocht, verbacken und verbraten. Die 1.374 Köche und Kellner, die in der Längenfeldgasse ausgebildet werden, haben heuer Anlaß zum Feiern: Ihre Schule blickt auf eine lange Tradition zurück - sie ist 90 Jahre alt, wie "Wien aktuell-Wochenblatt" in seiner neuen Ausgabe berichtet.#

Die Gastgewerbeschule, heute Bestandteil der modernen Hans-Mandl-Zentralberufsschule, wurde am 2. Dezember 1891 von der Genossenschaft der Gastwirte in der Wollzeile eröffnet und im folgenden Schuljahr mit der "Fortbildungsschule für Kaffeesienderlehrlinge" vereinigt. Zu Beginn der dreißiger Jahre übersiedelte die Schule in die Kurrentgasse und nannte sich "Fachliche Fortbildungsschule der Wiener Gast- und Schankgewerbebezunft". 1975 übergab Bürgermeister GRATZ das neue Schulgebäude in der Längenfeldgasse an die Lehrlinge.

398 Kellner und 718 Köche werden derzeit in einer dreijährigen Schulzeit ausgebildet, 258 Lehrlinge werden - einem modernen Trend folgend - in beiden Berufen unterrichtet. Sie müssen vier Schuljahre absolvieren. Der Lehrplan liest sich wie die Speisekarte eines First-Class-Restaurants - in sich abwechselnden Gruppen bereiten die Nachwuchsköche Vor-, Haupt- und Nachspeisen zu, so daß täglich ein komplettes Menü entsteht, das dann "verkostet" wird. "Weggeworfen ist bei uns jedenfalls noch nichts geworden", versichert Direktor Herbert KÖLTRINGER. (Forts.) roh/gg

NNNN

Obermaier und Kaisermelange (2)

=++++

3 Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Beim Bundeslehrlingswettbewerb, der kürzlich in Lochau stattfand, errangen die Wiener zwei "Goldene" - sowohl beim Kochen als auch beim Servieren waren sie die Besten. Das prämierte Wiener Menü liest sich so: Kurschinken mit Osterbinsen - Altwiener Kräuterrahmsuppe - Oster-G'schichten (Lämmernes mit Kartoffelnestern umlegt) - Märzenbecher (Topfencreme, Pfirsichspalten, Ribiselsauce und Minzeblätter). "Ein ausgefallenes Menü mit alten, teilweise schon fast in Vergessenheit geratenen Gerichten", erklärte Direktor Költringer die Speisekarte.

Das 90jährige Jubiläum wird die Schule am 27. März mit einer großen Ausstellung und einem "Wiener Kaffeehaus" feiern. Die Ausstellung wird Bildmaterial über die Geschichte der Schule, Gegenüberstellungen altertümlicher und moderner Unterrichtsbehelfe, alte Lehrbücher und Speisekarten zeigen. Im alten Wiener Cafe wird es alle Wiener Kaffeespezialitäten geben. Vom Schwarzen und Kapuziner, von der Schale Gold und der Melange bis zum Einspänner, zum Schwarzen G'spritzten (mit Rum oder Weinbrand) und zur Kaisermelange (bei der statt Milch Eidotter eingerührt wird). Oder der "Obermaier" - ein Schwarzer, bei dem das Obers als dünne Schicht über dem Kaffee stehen bleibt.

Das Wiener Cafe und die Ausstellung wird es auch während der zweiten "Woche der Wiener Berufsschulen" geben, die vom 3. bis 8. Mai mit zahlreichen Veranstaltungen und "Offenen Türen" in den Berufsschulen stattfindet. (Schluß) roh/bs

NNNN

Jeder zweite Rettungseinsatz in Wohnungen

=++++

5 Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Die Einsätze des städtischen Rettungsdienstes in Wohnungen erreichten im vergangenen Monat neuerlich einen Höhepunkt: Nahezu jede zweite "Erste Hilfe"-Leistung durch die Ärzte des städtischen Rettungsdienstes erfolgte in einer Wohnung. Insgesamt verzeichnete die städtische Rettung 4320 Ausfahrten, wobei 2061mal in Wohnungen interveniert wurde. Dabei wurden 1380 Patienten in ein Spital gebracht, 690 Personen konnten nach erfolgter Hilfeleistung in den Wohnungen verbleiben. Die Gesamtzahl der bei den Einsätzen im Februar versorgten akut Erkrankten stiegen auf 2329, davon wurden bei 155 Patienten ein Herzinfarkt und bei 180 sonstige Herzerkrankungen diagnostiziert. Erste Hilfe wurde ferner bei 1713 verletzten Personen geleistet, wobei die Verletzten nach Verkehrsunfällen den stärksten Anteil hatten. Darüber hinaus wurde bei zwei Geburten erfolgreich ärztliche Hilfe geleistet und bei 70 Selbstmordversuchen interveniert, in 10 Fällen kam dabei allerdings die Hilfe zu spät.

Der Krankenbeförderungsdienst transportierte 5402 Patienten und legte 61.004 Kilometer zurück. An das Wiener Rote Kreuz wurden 1185 Einsätze, an den Arbeiter-Samariter-Bund 514 Einsätze abgegeben. (Schluß) zi/bs

NNNN

Prädikat "wertvoll"

Utl.: 20 Jahre Filmbewertungskommission

=++++

7 Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Gelegentlich liest man, ein Film habe das Prädikat "sehenswert", "wertvoll" oder "besonders wertvoll" bekommen. "Wien aktuell-Wochenblatt" beschäftigt sich in seiner neuen Ausgabe mit dem Vorgang der "Filmprädikatisierung", die seit nunmehr 20 Jahren von der Filmbewertungskommission durchgeführt wird.

Wenn man von den Kinos niveauvolle Filme haben will, muß man ihnen einen Anreiz geben: Am einfachsten geschieht dies durch eine Begünstigung bei der Vergnügungssteuer. Deshalb riefen die österreichischen Bundesländer eine Kommission ins Leben, die Filme auf ihren kulturellen Wert prüft und ihnen eines der drei Prädikate verleihen kann. In Wien wird bei "sehenswert" die Vergnügungssteuer um 25, bei "wertvoll" um 50 Prozent gesenkt, bei "besonders wertvoll" gibt es eine völlige Befreiung.

Die "Gemeinsame Filmbewertungskommission der Länder" wird von jedem Bundesland mit zwei Mitgliedern besetzt, die nicht weisungsgebunden sind, sondern nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen. Das bietet eine gewisse Garantie gegen Einseitigkeit und Voreingenommenheit. In den Richtlinien der Kommission werden Stoff, Aussage, Motivation, Drehbuch, Regie, Stil, Dramaturgie, Bildgestaltung, Dialog und schauspielerische Leistung als Kriterien berücksichtigt. Die Kommission kann natürlich nicht den Geschmack jedes einzelnen treffen. Trotzdem sind sich die Juroren erstaunlich oft mit dem Filmkritikern der Zeitungen einig, was die Einstufung der Filme betrifft. (Schluß) roh/bs

NNNN

Bundespräsident Kirchschräger liest für Kinder
Utl.: Andersentag in den Städtischen BÜchereien

=++++

8 #Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Anlässlich des Geburtstags von Hans Christian Andersen, der heuer erstmals als "Tag des Kinder- und Jugendbuches" gefeiert wird, wird Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER bei der Eröffnung einer der größten Zweigstellen der Wiener Städtischen BÜchereien für Kinder lesen. Die Lesung findet am 2. April um 14 Uhr in Wien 4, Favoritenstraße 8 statt. Die Eröffnung werden Bürgermeister Leopold GRATZ und Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER vornehmen. Die neue BÜcherei ersetzt die bisher in Wien 4, Kolschitzkygasse 9 untergebrachte Zweigstelle der Städtischen BÜchereien.#

Zwtl.: Lesungen für 4 - 6Jährige

Am Andersentag laden die Städtischen BÜchereien alle 4-6Jährigen zu Lesungen in folgende BÜchereien:

Haus des Buches, 8, Skodagasse 20 - 15 Uhr: Heinz Zuber liest

Wien 2, Zirkusgasse 197 - 11 Uhr: Autorenlesung Erwin Moser

Wien 9, Simon-Denk-Gasse 4-6 - 10 Uhr

Wien 12, Egger-Lienz-Gasse 3 - 10.30 Uhr

Wien 15, Hütteldorfer Straße 81 a - 11 Uhr und

Wien 16, Rosa-Luxemburg-Gasse 4 - 11 Uhr.

(Schluß) emw/bs

NNNN

Geehrte Redaktion!

.....

=++++

9 Wien, 25.3. (RK-LOKAL) Am Geburtstag von Hans Christian Andersen, der heuer als "Tag des Kinder- und Jugendbuches" gefeiert wird, eröffnen Bürgermeister Leopold GRATZ und Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER eine neue Zweigstelle der Wiener Städtischen Büchereien.

Im Anschluß an die Eröffnung wird Bundespräsident Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER für Kinder lesen.

Wir laden Sie sehr herzlich ein, an dieser Eröffnung teilzunehmen und auch Fotografen zu entsenden.

Bitte, merken Sie vor:

ZEIT: Freitag, 2. April, 14 Uhr

ORT: Wien 4, Favoritenstraße 8

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) emw/bs

NNNN

25. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 818

Goldene Ehrenmedaillen für Bildende Kunst

=++++

10 Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Zwei Persönlichkeiten aus dem Bereich der Bildenden Kunst erhielten gestern, Mittwoch, im Wiener Rathaus die Goldene Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien.

Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER überreichte die Auszeichnung an den akademischen Maler Prof. Herbert STEPAN, der vor allem als Porträtist zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Erscheinung getreten ist. Stadtrat Dr. Helmut ZILK überreichte die Goldene Ehrenmedaille an Hofrat Prof. Dr. Walter KOSCHATZKY, der seit 1961 Direktor der Wiener Albertina ist und sich in dieser Funktion außerordentliche Verdienste erworben hat. Hervorragende Ausstellungen sowie die Pflege, Bewahrung und Erweiterung der berühmten grafischen Sammlung sind Prof. Koschatzky zu danken. (Schluß) emw/gg

NNNN

Zwischenbilanz "Tanz 82" (1)

=++++

11 #Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Mit den bevorstehenden Ballett-Tagen in der Wiener Staatsoper geht "Tanz 82" zu Ende. Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK und Dr. Gerhard BRUNNER zogen aus diesem Anlaß am Donnerstag in einer Pressekonferenz eine erste Bilanz des Festivals und berichteten über erste Planungen für "Tanz 84".

"Tanz 82" war ein großer Erfolg. Bisher besuchten 26.000 Personen die Veranstaltungen, die im Durchschnitt mit 93,6 Prozent ausgelastet waren. Die Gesamtkosten betragen neun Millionen Schilling, 4,5 Millionen wurden eingenommen. Das Einspielergebnis von mehr als 50 Prozent stellt auf diesem Gebiet ein Novum dar. Die Kritiken waren größtenteils hervorragend. #

Zilk: "Das Festival war ein unglaubliches Lebenszeichen des Tanzes in unserer Stadt." Rund zwanzig Gruppen nahmen daran teil. Die Indischen Tänze werden wegen des großen Erfolges noch zweimal (am 28. März und am 4. April) wiederholt (Kartenverkauf im Theater an der Wien).

Die Tabakwerke leisteten eine Unterstützung des New-Dance-Festivals, auch von der amerikanischen Botschaft und von der indischen Regierung kamen Unterstützungen. Während des gesamten Festivals gab es keine Ausgaben für Repräsentationsspesen.

Zilk kündigte an, daß im Juni 1983 das Bolschoi-Ballett in Wien gastieren werde. Auch im Rahmen der Festwochen 1983 ist ein Ballettprogramm vorgesehen.

Anknüpfend an den Erfolg von "Tanz 82" bestehen verschiedene Pläne, um der Wiener Ballett-Szene weitere Impulse zu geben. So ist daran gedacht, ein Ballett-Abonnement aufzulegen, Ballett-Programme für die Schulen zusammenzustellen und ein Forum für junge Tänzer und Choreographen zu schaffen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Zwischenbilanz "Tanz 82" (2)

=++++

12 Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Heute, Donnerstag, beginnen die Ballett-Tage in der Wiener Staatsoper, für die der Kartenvorverkauf bereits gut angelaufen ist. Wichtige Produktionen der ÄRA Seefehlner werden in einem kompakten und repräsentativen Programm gezeigt. Dr. Gerhard Brunner berichtete auch über die ersten Pläne für "Tanz 84". Das Modell von "Tanz 82" soll im wesentlichen beibehalten werden, da sich der Versuch, vielfältig zu sein, als richtig erwiesen hat. Schwerpunkte werden wieder Veranstaltungen im Theater an der Wien und in der Staatsoper, die Einbeziehung außereuropäischer Kulturen (möglicherweise aus dem islamischen Raum) und eine aktuelle Bestandsaufnahme von New Dance sein. Offenheit nach allen Seiten ist das bestimmende Prinzip des Festivals, betonte Brunner. (Schluß)

ger/bs

NNNN

3-Jahres-Bilanz von Stadtrat Zilk (1)

=++++

13 #Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Seit drei Jahren ist Prof. Dr. Helmut ZILK Wiener Kulturstadtrat. Er zog aus diesem Anlaß am Donnerstag in einer Pressekonferenz eine Zwischenbilanz über wichtige kulturelle Aktivitäten und Entwicklungen der letzten drei Jahre. So wurden bei den Wiener Festwochen tiefgreifende Veränderungen vorgenommen. Die Festwochen erhielten ein neues Gesicht und neue Aufgaben, sie wurden in unsere Zeit gestellt und geöffnet, in Richtung eines umfassenden Kulturbegriffes erschlossen und über den traditionellen Zeitraum der Wiener Festwochen hinaus auf das ganze Jahr ausgeweitet. So wird es heuer im November Festwochenveranstaltungen zeitgenössischer Musik geben.

Die Symphoniker haben in den letzten Jahren eine außerordentlich interessante Entwicklung genommen und absolvieren gegenwärtig eine triumphale Tournee. Die Nachfolge des Direktors des Theaters an der Wien wurde in geordneter Weise geregelt.

Die Stadtteil- und Bezirkskulturarbeit hat sich innerhalb und außerhalb der Festwochen entscheidend weiterentwickelt. Es gibt heute keinen Wiener Bezirk mehr, in dem nicht mindestens ein zentraler Bezirkskulturverein existiert. Der neuen Szene wurde gesteigerte Beachtung gewidmet. Mit dem "Treffpunkt Petersplatz" entstand ein neues Kulturzentrum in Wien. #

In der Hauffgasse entsteht ein Rockhaus, für die Remise als ständiges Kulturzentrum wurde der Startschuß gegeben.

Große Fortschritte machte die Zusammenarbeit mit den Bundesdienststellen; mit anderen Bundesländern wurden Austauschveranstaltungen durchgeführt. Von großer Bedeutung ist auch die intensivierete Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Medien.
(Forts.) ger/gg

NNNN

3-Jahres-Bilanz von Stadtrat Zilk (2)

=++++

14 Wien, 25.3. (RK-KULTUR) Sehr gut bewährt hat sich die Übernahme einer Ausfallshaftung anstelle einer fixen Subventionierung, sagte Zilk.

Die Vergnügungssteuerreform brachte wesentliche Verbesserungen für kulturelle Veranstaltungen und in der Folge auch ein Aufstreben von Lokalen mit Musik.

Auf dem Theatersektor ist eine stetige Aufwärtsentwicklung festzustellen. Die ständig steigende Auslastung ist im internationalen Vergleich die höchste überhaupt. Wir suchen auch Wege, die vielen freien Gruppen, die in letzter Zeit entstanden sind, zu fördern, ohne dabei eine Vielzahl festsubventionierter Theatergruppen ohne Spielstätte zu schaffen, betonte Zilk.

Das Problem der Straßenmusik konnte nach zweijährigen mühevollen Diskussionen geregelt werden. Das Stadtkino ist eine Triebkraft für den neuen Film, das Interesse an dieser Einrichtung steigt ständig. Die Universitäts-Jubiläumsstiftung wurde in einer Zeit verdoppelt, da andere Länder ihre Ausgaben für Kultur und Wissenschaft drastisch kürzen. Wien ist in vieler Hinsicht eine junge und lebendige Stadt geworden, in vielen kulturellen Bereichen herrscht eine echte Aufbruchsstimmung, sagte Zilk.

Für das Ronacher konnte eine gute Lösung gefunden werden, voraussichtlich im Herbst wird die Baugenehmigung vorliegen. Beim Jugendstilmuseum sind wir einen großen Schritt weitergekommen. Wichtige Vorhaben für die Zukunft betreffen den Messepalast und das Neugebäude. (Schluß) ger/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 26. März 1982

Blatt 823

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent
ausgesendet:
(grau)

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Gemeinderat: 79 Geschäftsstücke ohne Debatte
 beschlossen

Nur 26.3. Straßenbahnzug der Linie "5" entgleist
über FS: Pkw durchstieß Plakatwand und blockierte "64er"
 Gersthofer Straße: Umleitung

.....
 Bereits am 25. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet

Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent

Fertigstellung des Hauptgebäudes Ende 1988 - einhalten.

Die Verhandlungen mit der VOEST stehen kurz vor dem Abschluß.

Nach einer Einigung wird das Vertragswerk zum frühest möglichen Zeitpunkt den zuständigen politischen Gremien zur Diskussion und Beschlusfassung vorgelegt. (Schluß) sei/gg

NNNN

wesentlichen Bauverzögerung führen würden. Die Fertigstellung des AKH würde nach den Vorstellungen der ÖVP sicher nicht vor 1990 möglich sein. Jedenfalls würde es in den nächsten Monaten zu einem Stillstand auf der Baustelle kommen.

Demgegenüber führen der Bund und die Stadt Wien derzeit intensive Verhandlungen mit der VOEST über eine Übernahme der AKPE. Die Verhandlungen haben ergeben, daß die VOEST die AKPE zu 100 Prozent übernehmen soll und daß die AKPE somit eine Tochter der VOEST wird. Die VOEST wird in der AKPE das Projekt-Management betreiben. Die VOEST, die im Auftrag von Bund und Wien treuhändig tätig wird, wird das bisherige Zeit- und Kostenlimit - Kosten auf Preisbasis 1980 25,4 Milliarden, Teilfertigstellung 1985, Fertigstellung des Hauptgebäudes Ende 1988 - einhalten.

Die Verhandlungen mit der VOEST stehen kurz vor dem Abschluß. Nach einer Einigung wird das Vertragswerk zum frühest möglichen Zeitpunkt den zuständigen politischen Gremien zur Diskussion und Beschlusfassung vorgelegt. (Schluß) sei/gg

NNNN

26. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 824

Bereits am 25. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet

IIIIII

Mayr: VOEST übernimmt AKPE zu 100 Prozent

Utfl.: Zeit- und Kostenlimit wird eingehalten

+++++

15 Wien, 25.3. (RK-KOMMUNAL) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Donnerstag zum angekündigten dringlichen Antrag der ÖVP im Wiener Gemeinderat, daß die von der ÖVP vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer wesentlichen Bauverzögerung führen würden. Die Fertigstellung der AKH würde nach den Vorstellungen der ÖVP sicher nicht vor 1990 möglich sein. Jedenfalls würde es in den nächsten Monaten zu einem Stillstand auf der Baustelle kommen.

Demgegenüber führen der Bund und die Stadt Wien derzeit intensive Verhandlungen mit der VOEST über eine Übernahme der AKPE.

Die Verhandlungen haben ergeben, daß die VOEST die AKPE zu 100 Prozent übernehmen soll und daß die AKPE somit eine Tochter der VOEST wird. Die VOEST wird in der AKPE das Projekt-Management betreiben. Die VOEST, die im Auftrag von Bund und Wien treuhändig tätig wird, wird das bisherige Zeit- und Kostenlimit - Kosten auf Preisbasis 1980 25,4 Milliarden, Teilfertigstellung 1985,

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP), ob es bereits Berechnungen der künftigen Betriebskosten des österreichischen Konferenzentrums gebe, antwortete Vizebürgermeisterin Gertrude FRÖHLICH-SANDNER in Vertretung des Bürgermeisters, daß der Stadt Wien eine offizielle und verbindliche Kalkulation bisher nicht zugegangen sei. Sie betonte, daß die gesamten Kosten des Betriebes vom Bund zu tragen sind. Eine globale Kostenschätzung der IAKW bewegt sich in der Größenordnung von 100 Millionen Schilling. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, mit welcher Auslastung sie rechne, antwortete Fröhlich-Sandner, daß laut Schätzungen aus dem Konferenzzentrum dieses an 220 Tagen im Jahr mit kleineren und mittleren Veranstaltungen zum Teil und an 140 Tagen voll ausgelastet sein könnte. Ein Tag Vollausslastung könnte Einnahmen von 150.000 Schilling (geschätzte Preisbasis 1985) bedeuten. Zum Vergleich: Ein Tag Hofburg verursacht heute bereits Betriebskosten von mehr als 100.000 Schilling. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, mit welchen Kongressen sie rechne, antwortete Fröhlich-Sandner, daß schon vor Jahren eine Kongreßförderung mit Handelskammer und Fremdenverkehrsverband gebildet wurde. Sie betonte, daß derzeit einige Großkonferenzen mangels geeigneter Räumlichkeiten schon verloren wurden.

Die ZWEITE ANFRAGE wurde zurückgezogen. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Absicht die MA 64 mit der Erlassung von Bescheiden verfolge, mit denen Betriebsinhaber entlang der Wienzeile unter Androhung der Enteignung aufgefordert werden, Bauten nach Bauklasse IV zu errichten, antwortete Stadtrat NEKULA, daß eine Aktion zur Feststellung von Grundstücken, die nicht oder nicht gemäß dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan bebaut sind, eingeleitet wurde. Eine Enteignung sei zwar rechtlich möglich, doch sei nicht daran gedacht. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum gerade auf der Wienzeile solche Bescheide ausgestellt werden, antwortete Nekula, daß zunächst schwerpunktmäßig drei Gebiete in Wien ausgesucht wurden. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welchen Zweck ein eventueller Grundstückserwerb seitens der Stadt Wien an der Wienzeile haben könnte, die doch für Wohnbauten nicht sehr geeignet sei, antwortete Nekula, daß die Liegenschaftsverwaltung nicht nur die Aufgabe habe, Grundstücke für Wohnbauten, sondern auch für alle anderen Aufgaben der Stadt sicherzustellen. So kämen Grundstücke in diesem Bereich sicherlich für Gewerbebetriebe in Frage.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. FREINBERGER (SPÖ), wie das Sekundärnetz der Verkehrsbetriebe nach der Verlängerung der U 1 nach Kagran umorientiert werde, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß das Verkehrsnetz im 22. Bezirk und in Teilen des 21. Bezirks auf das neue U-Bahn-Zentrum Kagran ausgerichtet werde. Die Straßenbahnlinie 25 wird zwischen der Großfeldsiedlung und dem Zentrum Kagran, die Straßenbahnlinie 26 zwischen Floridsdorf, Zentrum Kagran und Stadlau verkehren. Auch das Autobusnetz wird auf die U-Bahn ausgerichtet, wobei es auch einige neue Verbindungen geben wird, so zum Beispiel von der Siemensstraße zum Zentrum Kagran. Auch im Zusammenhang mit der Verdichtung des Schnellbahnverkehrs ab dem heurigen Sommerfahrplan wird das Autobusnetz den neuen Gegebenheiten angepaßt und verbessert werden. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von Ing. SVOBODA (SPÖ), wieweit die Verhandlungen zwischen der Verbundgesellschaft und den Stadtwerken zur Änderung des Aufteilungsschlüssels bei der Stromversorgung gediehen sind, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß derzeit das Verhältnis zwischen Fremdlieferung und Eigenproduktion der E-Werke 35 zu 65 beträgt. Derzeit laufende Verhandlungen sind erfolgreich. In der ersten Phase wird der Fremdstrombezug auf 40 Prozent, in den nächsten Jahren auf 43 Prozent angehoben. Ziel ist ein Verhältnis von 50 : 50.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob beabsichtigt ist, das Energiekonzept entsprechend zu modifizieren, antwortete Stadtrat Hofmann, daß die Fortschreibung im Energiekonzept vorgesehen ist. Es hat sich jedoch gezeigt, daß das Wirtschaftswachstum und der Energieverbrauch nicht mehr wie bisher gekoppelt sein dürften. Vor einer Fortschreibung müssen die derzeitigen Trends analysiert und bewertet werden.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von Gemeinderat Mag. KAUER (ÖVP), warum im Zuge des Umbaues des Julius-Raab-Platzes keine Radwege angelegt wurden, antwortete Stadtrat Ing. HOFMANN, daß der Umbau noch nicht abgeschlossen ist. Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann er sich durch Augenschein davon informieren werde, ob die Mindestanforderungen erfüllt sind, antwortete Hofmann, daß der Umbau nach dem generellen Projekt vorgenommen und ein Radweg errichtet wird. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann die Herstellung des Ring-Rund-Radweges hergestellt werde, antwortete Hofmann, daß er sich in seinen Ausführungen auf den Radweg Kai - Urania - Praterstraße - Reichsbrücke bezogen habe. Der Ring-Rund-Radweg ist im generellen Projekt nicht enthalten.
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Gr. Ing. RIEDLER (SPÖ) nach dem aktuellen Stand in der Angelegenheit Rinter AG antwortete Stadtrat VELETA, daß der Gemeinderat dieses Projekt im Jahre 1979 einstimmig beschlossen hat. Es wurde eine Jahrespauschale von 126 Millionen vereinbart. Nach der Inbetriebnahme im Juli 1981 war ein Probetrieb notwendig. Im Dezember 1981 habe er die Magistratsdirektion um die Prüfung der Rechtslage ersucht, wobei festgestellt wurde, daß der Vertrag keine Bestimmung über den Probetrieb enthält. Nach gründlicher Prüfung durch die Magistratsdirektion wurde im Jänner 1982 ein im Vertragsrecht sehr versierter Anwalt mit der Prüfung betraut. Über Aufforderung hat die Firma Rinter im März 1982 Vorschläge vorgelegt, in welcher Weise sie die Herstellung vertragsgemäßer Zustände beabsichtigt. Nun laufen Vertragsverhandlungen mit der Firma Rinter und den Banken. Den Verhandlungen soll durch vorzeitige Veröffentlichungen nicht vorgegriffen werden. Nach dem Gutachten hat die Firma Rinter ihre Verpflichtungen bisher nicht erfüllt. Auf der Grundlage dieses Gutachtens werden nun die Verhandlungen geführt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Zielvorstellungen die Stadt Wien verfolgt, antwortete Stadtrat Veleta, auf Grund des Gutachtens und der Hinweise zu einem befriedigenden neuen Vertrag zu kommen.

(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. DDR. STRUNZ (öVP), ob die verschiedenen Deponien, auf denen derzeit Sondermüll für die EBS gelagert wird, den notwendigen Anforderungen zur Lagerung giftiger und gefährlicher Stoffe, insbesondere auch zur Deponierung von Aschenrückständen aus der Klärschlambeseitigung entsprechen, sagte Stadtrat VELETA (SPÖ), zur Zeit der Errichtung der Anlagen seien die behördlichen Auflagen voll erfüllt worden. Die Genehmigung zur Herstellung der Deponie wurde im März 1978 erteilt, die Baudurchführung wurde durch die MA 29 laufend überwacht. Die Errichtung des Deponiebeckens in der EBS selbst wurde im Juni 1980 bewilligt, auch hier wurden die Auflagen voll erfüllt.

Nach der Kommissionierung im Auftrag von Bürgermeister GRATZ, im Februar dieses Jahres, wurden zusätzliche Becken errichtet. Zwei Wannern a 450 Quadratmeter sind bereits fertig, eine steht knapp vor der Fertigstellung. Am Bau einer vierten wird gearbeitet. Derzeit, betonte Veleta, sei die ordnungsgemäße Lagerung sichergestellt.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum seinerzeit ein asphaltiertes Becken gebaut wurde, das für die Lagerung organischer Lösungsmittel ungeeignet sei, antwortete StR. Veleta, daß auf Grund der Kommissionierung, wie bereits erwähnt vier neue Wannern errichtet werden.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum die niederösterreichische Wasserrechtsbehörde den Bescheid zur Lagerung von Sondermüll und Klärschlamm auf der Deponie Schwechat zurückgenommen hätte, erwiderte Veleta, daß er nicht für Niederösterreich sprechen könne. Die Frage werde nun in rechtlicher Hinsicht geklärt werden. (Schluß)
fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), wie die EBS die ihnen gestellten Aufgaben bewältigen werden, sagte StR. VELETA, daß die Anlagen derzeit mit Einschränkungen funktionieren. Wegen des teilweisen Ausfalles der Mahltrockner enthalte der Klärschlamm einen hohen Wassergehalt, sodaß Primär-Energie zugesetzt werden müsse. Wegen der Mahltrockner gebe es zwischen der EBS und dem Generalunternehmen einen Rechtsstreit.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob die MA 30 bereits Maßnahmen gesetzt habe, betonte Veleta, daß zahlreiche Vorarbeiten durchgeführt wurden und mit dem Fernwärmeanschluß zu rechnen sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, was noch alles geplant sei, sagte Veleta, daß derzeit eine Bestandsaufnahme durchgeführt werde. Ende Mai werde auch eine Studie über technische Änderungen und Kostenauswirkungen vorliegen. Er erwarte sich auch damit eine Ersparnis an Heizöl. Veleta dankte den Mitarbeitern der MA 30 für ihren Einsatz.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. HAHN, wie weit die Verhandlungen mit dem Bund betreffend das Areal der Rennwegkaserne im 3. Bezirk stehen, sagte StR. Veleta, es gebe Differenzen in der Preisauffassung. Prinzipiell aber sei eine Übereinstimmung erzielt worden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie hoch Auffassungsunterschiede in den Preisvorstellungen seien, betonte Veleta, er könne keine Preise nennen. Dem Bund ginge es unter anderem auch darum für die derzeitige Nutzung des Areals der Rennwegkaserne Ersatzflächen zu erhalten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er gemeinsam mit Bürgermeister GRATZ mit Bautenminister SEKANINA verhandeln werde, sagte Veleta, er nehme diese Anregung gerne auf und habe bereits das Angebot gemacht, daß das Areal durch die MA 40 korrekt bewertet werde. (Forts.)

kuc/bs

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ELFTE ANFRAGE wurde von GR. KUCHAR (FPÖ) zurückgezogen.

Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. OUTOLNY (SPÖ), ob die Behauptung der Wochenpresse, daß bei den EBS "Leichen im Mist" deponiert wurden, stimme, antwortete Stadtrat STACHER, daß sicherlich keine Leichen im Sinne von toten Körpern deponiert wurden. Eine Überprüfung durch OSR Siebensohn hätte allerdings ergeben, daß bis 5. Februar 1982 Sondermüll aus den Spitälern auch in die EBS transportiert wurde. Ab diesem Zeitpunkt wurde der gesamte Sondermüll in die Müllverbrennungsanlage 2 gebracht. Leichenteile werden der Erdbestattung zugeführt. Am 16. März fand eine Kontrolle des gesamten Werksgeländes statt, wobei nichts gefunden wurde. Am 24. März konnte bei einer weiteren Kontrolle durch das Gesundheitsamt kein Hinweis auf Leichenteile bemerkt werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie er sich erkläre, daß die Wochenpresse ein Foto mit der Unterschrift "Einfach in den Mist" veröffentlichen könne, antwortete Stadtrat STACHER, er könne sich das nur durch dichterische Freiheit, Manipulation oder Unwissenheit erklären, da der menschliche Embryo nicht aus den Entsorgungsbetrieben stammen könne.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, warum der Sprecher der "Aktion Leben", Primarius MÜLLER-HARTBURG behauptete, daß abgetriebene Föten einfach in den Mist kämen, antwortete Stadtrat Stacher, daß diese Aussage nicht in dieser Form gemacht wurde. Sollte ein Arzt mit freier Praxis so vorgehen, müßte er angezeigt werden. (Forts.)
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. Anfrage von GR. ARTHOLD (öVP), welche Auswirkungen das Abgabenänderungsgesetz 1981 auf die Wiener Sportvereine habe, antwortete Stadtrat SCHIEDER (SPÖ), daß dadurch eine Besserstellung erreicht wurde. Bei den vieldiskutierten Sponsorgeldern hätte sich, ausgenommen das erwähnten Freibetrages, keine Änderung ergeben. Reine Subventionen sind steuerfrei; bei wirtschaftlichen Gegenleistungen - im allgemeinen Werbung - wäre der den Freibetrag übersteigende Teil zu versteuern. Eine strikte Interpretation würde dem österreichischen Sport Schaden zufügen. Eine generelle Regelung durch das Finanzministerium sei in Ausarbeitung. Sponsorgelder sollten als "unentbehrlicher Hilfsbetrieb" der Steuerpflicht entzogen werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich in der Praxis nicht doch eine Schlechterstellung für kleine Vereine ergeben habe, da früher Sponsorgelder überhaupt nicht, jetzt aber über den Freibetrag von 80.000 Schilling doch versteuert wurden, antwortete Stadtrat Schieder, daß er diese Frage schon beantwortet habe und wiederholte den Schlußteil seiner Anfragebeantwortung.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob ihm bekannt sei, daß Wiener Sportvereinen bereits Steuervorschreibungen zugegangen seien, antwortete Stadtrat Schieder, daß dadurch diese Maßnahmen besonders dringend wären. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

14 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) "Politik ist nur dann auf kurze Sicht richtig, wenn sie auch auf lange Sicht richtig ist". Dieses Zitat von Manes Sperber stellte StR. Univ.-Prof. Dr. WURZER an die Spitze seiner Ausführungen über den Stadtentwicklungsplan für Wien. Für die Entwicklung einer Großstadt ist es von existentieller Bedeutung, kommunale Einzelmaßnahmen nicht isoliert durchzuführen, sondern so zu bündeln, zu dosieren und zu steuern, daß eine ebenso wirksame wie langfristige Beeinflussung der Stadtentwicklung erreicht werden kann. Der nun zur Diskussion stehende Entwurf des Stadtentwicklungsplanes für Wien ist Ausdruck eines einheitlichen, an den Bedürfnissen der Wienerinnen und Wiener orientierten politischen Gestaltungswillens für die Zukunft unserer Stadt. Er soll so gründlich und umfassend wie möglich beurteilt, überprüft und ergänzt werden. Erst dann wird er - gemeinsam mit den Ergebnissen der Diskussionsphase - dem Gemeinderat zur weiteren Behandlung vorgelegt.

Die Ausstellung "Wien 2000" im Messepalast wurde bisher schon von fast 10.000 Menschen besucht. 75 Prozent der Besucher bezeichneten sie als informativ.

Die internationale Bedeutung Wiens als dritte UNO-Stadt ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Im Jahr 1980 wurden allein von den internationalen Organisationen 254 Konferenzen mit 13.600 Teilnehmern abgehalten. Mit 1,2 Millionen ausländischen Gästen lag Wien vor München, Hamburg und Berlin. Die Anwesenheit der internationalen Organisationen bringt auch einen beachtlichen finanziellen Ertrag: Laut Angaben der Organisationen flossen 1980 der Wiener Wirtschaft 1,6 Milliarden S zu. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

15 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Auch diese Tatsache spricht eindrucksvoll für den raschen Bau des Konferenzzentrums in der UNO-City, sagte WURZER.

Angesichts der extremen Randlage der Bundeshauptstadt im Osten Österreichs sind die rasche Fertigstellung der Südautobahn und der Bau des Semmering-Basistunnels von großer Bedeutung für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Die dynamische Entwicklung benachbarter Großstädte wie München, Zürich und Mailand führte dazu, daß überregionale Einrichtungen der Bundeshauptstadt zum Nachteil der Wiener Wirtschaft nicht im wünschenswerten Ausmaß in Anspruch genommen werden.

In Wien lebt ein Fünftel und arbeitet ein Viertel der österreichischen Bevölkerung. 27,4 Prozent des Bruttonationalproduktes entfallen auf Wien. Jährlich fließen mehr als 10 Milliarden Schilling in Wien aufgebracht Steuerermittel in andere Bundesländer.

Da Ballungsräume mit optimaler Infrastruktur und vielfältigem Arbeitskräftepotential die Standortwahl von Betrieben künftig noch stärker beeinflussen werden, ist in Wien mit einer Vergrößerung des Wirtschaftspotentials zu rechnen.

Der Bevölkerungsanteil der Länderregion Ost zeigte in den letzten Jahrzehnten einen ständigen Rückgang. Der Ausbau des Schnellbahnnetzes und des Bundesstraßennetzes in der Region Ost erfordert eine intensive Koordination der angestrebten Entwicklung. Von seiten Wiens wird alles getan, um die Tätigkeit der "Planungsgemeinschaft Ost" zu intensivieren.

Mehr als die Hälfte aller in Niederösterreich im letzten Jahrzehnt errichteten Wohnungen entfielen auf das Wiener Umland. Eine Metropole wie Wien kann sich nicht nur mit den Entwicklungsproblemen innerhalb der Stadtgrenzen befassen, sondern muß auch eine wirksame kommunale "Außenpolitik" betreiben. Der Stadtentwicklungsplan soll dafür eine Grundlage sein. (Forts.)
ger/bs

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Stadtentwicklungsplan

=++++

16 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der Berufstätigen dürfte in den nächsten Jahren ziemlich konstant bleiben, sagte WURZER. Sollte es zu keiner gravierenden Verschlechterung kommen, könnte das derzeit hohe Beschäftigungsniveau gehalten werden.

In den letzten Jahrzehnten entstanden besonders im Süden und Norden Wiens neue lokale Zentren. Große Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer optimalen Trassenführung und Stationsfestlegung künftiger U-Bahnlinien zu.

Es wurde auch geprüft, ob ausreichende Flächenreserven im Stadtgebiet vorhanden sind. Die Schaffung von neuen Betriebsbaugebieten erscheint für 17 bis 24 Jahre gesichert. Für Wohn- und Mischgebiete reichen die Flächenreserven für 20 bis 33 Jahre. Dies bedeutet, daß in diesen Bereichen 65.000 bis 80.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 55.000 bis 70.000 Menschen geschaffen werden können.

Von entscheidender Bedeutung ist eine nachhaltige Sicherung der natürlichen Umwelt. Im Stadtentwicklungsplan wird eine langfristige Sicherung der Flächen für die Land- und Forstwirtschaft angestrebt.

Um wirksam zu sein, müssen die politischen Ziele des Stadtentwicklungsplanes auch im Flächenwidmungsplan und in den Bebauungsplänen volle Berücksichtigung finden. (Forts.) ger/bs

NNNN

26. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 836

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Dringlicher Antrag wegen AKH

=++++

17 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP hatte vier Anfragen eingebracht. Zwei Anträge der ÖVP (anhängige Verfahren bei der Schlichtungsstelle; Erfassung, Erhaltung und Errichtung von Zivilschutzräumen) wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Ein dringlicher ANTRAG der ÖVP, betreffend die Sicherung des Weiterbaues des neuen AKH, wird vor Schluß der Sitzung behandelt. (Forts.)
and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Kanalprojekt Simmering

=++++

19 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. PESKA (SPÖ) beantragte den Bau eines Straßenkanals in Simmering mit einem Kostenerfordernis von 12 Millionen. GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nahm dieses Geschäftsstück zum Anlaß, die Funktion der Recycling-Anlage und der Kläranlage zu kritisieren. Er habe den Eindruck, daß Müll, Sondermüll und andere Abfallprodukte dem Stadtrat Veleta langsam über den Kopf wachsen. Die FPÖ erwartet positive Ergebnisse in nächster Zeit.

GR. DDR. STRUNZ (ÖVP) verwies auf den Kreislauf Trinkwasser - Abwasser und hob hervor, daß hier sehr leicht etwas passieren könne; deshalb sei besondere Vorsicht geboten. Die Behauptung von Stadtrat Veleta, daß der Phosphorsäureester auf der Deponie sich binnen kurzem selbst abbaue, sei eine reine Spekulation. Die "wilde Deponie" der Biomüll gefährde die Donauauen, den Donaukanal und die gesamte Umgebung. "Ich bin froh, daß nach unseren Aktivitäten die Experten der MA 39 diese Deponie kritisch untersuchen werden." GR. Strunz forderte Stadtrat Veleta auf, dem Kontrollamt Fakturen und Lieferscheine der Lieferungen teilweise verbrannter Sonderabfälle aus Salzburg zu übergeben und dem zuständigen Ausschuß zu berichten.

GR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) beklagte die Geruchsbelästigung der Anrainer der EBS. Die Lagerung gefährlicher Stoffe sei ein Skandal. "Die EBS ist eine Zeitbombe. Sie ist eine Gefahr für Mensch, Tier und Pflanzen. Die Absicherung ist ungenügend."

GR. Hampel-Fuchs brachte einen ANTRAG ein, Stadtrat Veleta solle in der nächsten Sitzung des Gemeinderates einen detaillierten Bericht über den Stand der Sonderabfallverwertung geben. Dieser Bericht solle die bisher getroffenen Maßnahmen aufzählen und aufzeigen, welche Vorkehrungen getroffen werden, um eine fachgerechte Deponierung beziehungsweise Verbrennung des Sonderabfallrestes zu gewährleisten. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Kanalprojekt Simmering

=++++

20 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat VELETA (SPÖ) erklärte in seiner Wortmeldung, alle in der Kommunalpolitik Tätigen seien bemüht, bei der Entsorgung eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Alle Mitarbeiter der Entsorgung verdienen Dank und Anerkennung. In der Hauptkläranlage sollte das Wasser mit mindestens 70 Prozent geklärt werden, diese Auflage wurde bei weitem überschritten, was durch ständige Untersuchungen bestätigt wird. Schwierigkeiten gebe es nur in der Frage der Schlammabeseitigung im Entsorgungsbetrieb Simmering. Diese funktioniere noch nicht ganz, da die vorgeschriebenen Mahltrockner noch nicht in Funktion wären. Zur von GR. DDr. STRUNZ (ÖVP) angesprochenen Firma Biomüll, meinte Stadtrat VELETA, daß man sich hier durch eine Rückfrage beim Institut für Pflanzenschutz abgesichert habe. Außerdem forderte er GR. DDr. Strunz auf, nicht von Gift-, sondern vom Sondermüll zu sprechen. Stadtrat Veleta gab bekannt, daß die Bürgerinitiative Simmering gestern, Donnerstag, gemeinsam mit Stadtrat SCHIEDER und ihm die EBS besichtigt habe. Gemeinsame Maßnahmen für noch mehr Sicherheit seien in Ausarbeitung.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

(Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: "Lesen im Park"

=++++

21 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. STRANGL (SPÖ) stellte den ANTRAG, dem internationalen Institut für Jugendliteratur und Leseforschung zur Weiterführung der Aktion "Lesen im Park" einen einmaligen Förderungsbeitrag von 100.000 S zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) stimmte diesem Vorhaben zu, stellte aber in diesem Zusammenhang die Frage, wie die zu Lesern gewordenen jungen Parkbesucher weiter betreut würden. In den städtischen Bibliotheken sind die Entlehnzahlen zwischen 1970 und 1980 um über 70 Prozent gestiegen, das Personal nur um 13 Prozent. Damit seien die Beratungsmöglichkeiten verkürzt worden, die Belastung für die Bibliothekare ist gestiegen. GR. Kauer richtete daher an Frau Vizebürgermeister Gertrude FRÖHLICH-SANDNER die Frage, was zur Bewältigung dieser Situation unternommen würde.

Vizebürgermeister FRÖHLICH-SANDNER zeigte sich in ihrer Wortmeldung dankbar für die positive Beurteilung der Aktion "Lesen im Park" und der städtischen Bibliotheken durch GR. Kauer. Der Anstieg der Leserzahlen widerspreche dem oft kolportierten Kulturpessimismus. Der Übergang von der Thekenbücherei zur Freihandbücherei habe mehr Möglichkeiten für die Beratung gebracht. Für alle neuen Büchereien seien zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen worden. Trotzdem bestehe natürlich der Wunsch nach noch mehr Mitarbeitern.

GR. STRANGL erklärte in seinem Schlußwort, man müsse den Anstieg der Personalzahl nicht mit der Entlehnungszahl, sondern mit der Leserzahl vergleichen, die nicht so stark gestiegen ist. Es würden jetzt mehr Bücher pro Leser entlehnt. Der Bücherbus und die neue städtische Bücherei in der Hansson-Siedlung hätten den starken Aufschwung beim jugendlichen Lesepublikum mitbestimmt.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Flächenwidmung

=++++

22 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Teilgebiet im 12. Bezirk.

GR. GLÜCK (ÖVP) erklärte, daß die jahrelangen Bemühungen der ÖVP und einer Bürgerinitiative zur Rettung des Wackerplatzes letztlich erfolgreich waren. Als 1975 Pläne zur Verbauung des Wackerplatzes aufgetaucht waren, hatte sich die ÖVP sofort vehement für die Erhaltung des Sportplatzes eingesetzt. Der neue Wackerplatz befindet sich nunmehr bereits in einem fortgeschrittenen Stadium des Ausbaues. Einmal wöchentlich sollte diese Bundessportanlage als "Sportplatz der offenen Tür" auch den Kindern, Jugendlichen und Senioren offenstehen.

GR. MICHALICA (SPÖ) erinnerte daran, daß der Sportklub Wacker seinerzeit auf alle Ansprüche verzichtet hatte und daß schwierige und langwierige Verhandlungen notwendig waren, um eine Regelung zu finden. Der Grundstückstausch wurde erst nach Verlegung des Bundessportplatzes in Schönbrunn möglich. Ideal ist allerdings auch der derzeitige Zustand nicht, da der ehemalige Sportplatz in Schönbrunn nunmehr vom ÖAMTC als Abstellfläche genutzt wird, während die Autobusse nach wie vor im Bereich des Schlosses stehen. Wichtige Änderungen des Flächenwidmungsplanes betreffen auch die Sicherung des Springerschlosses in der Tivoligasse und eine Verringerung der Bebauungsdichte. Ein Problem stellt die große Wohnhausanlage einer ÖVP-nahen Eigentümergeinschaft auf den Gründen der ehemaligen Reiterkaserne dar. Wo war die ÖVP, als hier eine Wohnhausanlage ohne Kinderspielplatz gebaut wurde und Bäume gefällt wurden, fragte Michalica?

GR. BROSCHE (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß auch das vom Gemeinderat beschlossene Verkehrskonzept im neuen Flächenwidmungsplan berücksichtigt wurde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Eissportanlage Nothnagelplatz

=++++

23 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) beantragte eine Sondersubvention von zehn Millionen S für die Sportanlage Nothnagelplatz.

GR. ARTHOLD (ÖVP) warf Stadtrat SCHIEDER vor, er habe bestritten, daß der ASKÖ 40 Millionen erhalten wird. Tatsächlich wurden im Dezember 1980 zehn Millionen bewilligt, im Juli 1981 weitere zehn Millionen, und nun werden zum dritten Mal zehn Millionen beschlossen. Er übte Kritik an der Information der Opposition und im Landessportrat. Er zeigte sich auch überrascht, daß nun eine Tafel mit der Aufschrift "Freizeitpark Süd" auf das Projekt aufmerksam macht.

Zu dem bereits beschlossenen Tagesordnungspunkt einer Subvention von 3,8 Millionen für das Horr-Stadion erklärte ARTHOLD, daß dort bereits an die 35 Millionen verbaut wurden, und es muß kontrolliert werden, was mit diesem Geld geschieht.

In seinem SCHLUSSWORT sagte GR. LUDWIG, man kann sehen, was mit den Subventionen geschieht, wenn man durch die Stadt geht und die Aktivitäten der Sportvereine und -verbände betrachtet. Es sei unerheblich, ob die Anlage die Bezeichnung "Eissportanlage Nothnagelplatz" oder einen anderen Namen trägt. Es beweise, daß sie einer Mehrfachnutzung zugeführt wird.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) and/ap

NNNN

Gemeinderat: 79 Geschäftsstücke ohne Debatte beschlossen

=++++

25 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Insgesamt lagen dem Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung am Freitag 86 Geschäftsstücke vor, von denen 79 ohne Debatte einstimmig angenommen wurden. So wurde die Erhöhung des Sachkredites für die Adaptierung der Intensivblutbank im Allgemeinen Krankenhaus um 1,1 Millionen S auf 6,950.000 S genehmigt. Der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft wurde zur Erfüllung ihrer wissenschaftlichen Aufgaben eine Subvention in Höhe von 9 Millionen S gewährt.

Zahlreiche einstimmig genehmigte Anträge hatten Subventionen für kulturelle Aktivitäten und für sportliche Organisationen zum Inhalt. Den Wiener Kleinbühnen wurden Subventionen in einer Gesamthöhe von 4,3 Millionen S zur Verfügung gestellt. Der Wiener Fußballverband bekommt 3,8 Millionen S für die Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne im Franz Horr-Stadion. Verschiedene andere Sport- und Jugendorganisationen erhalten Subventionen in Höhe von insgesamt 80,7 Millionen S.

Für die Betreuung der Grünanlagen in städtischen Wohnhäusern wurden 49,4 Millionen S zur Verfügung gestellt. (Schluß) ei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Flüsterschwellen für die U 2

=++++

26 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. KOPFENSTEINER (SPÖ) stellte den Antrag, 60 Millionen Schilling für die Herstellung eines körperschallgedämmten Oberbaues auf der U 2 in zwei Teilbeträgen zu genehmigen.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte den Umbau in zwei Etappen. Es sei außerdem nicht sichergestellt, daß nach der Investition der 60 Millionen S die Erschütterungen in den Häusern zwischen der Landesgerichtsstraße und der Maria-Theresien-Straße aufhören werden. Er plädierte dafür, den Umbau in einer einzigen Bauetappe durchzuführen.

GR. Dkfm. AMMANN (ÖVP) verwies darauf, daß die ÖVP bereits vor eineinhalb Jahren die Sanierung dieses Teilstückes der u 2 gefordert habe. Die gesamte Streckenführung der U 2 hätte bereits von Anfang an anders geplant werden müssen. Die nun geplante Sanierung solle auf einmal durchgeführt werden. Ammann meinte, daß auch auf anderen U-Bahnstrecken ähnliche Körperschallschwingungen auftreten.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) nahm zu seinen beiden Vorrednern Stellung. "Diese Erschütterungen waren nicht vorhersehbar". Die Sanierung könne nur in zwei Etappen durchgeführt werden, da die Baufirmen nicht in der Lage wären, die Arbeiten in einem Zug durchzuführen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

27 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HOFSTETTER (SPÖ) stellte den Antrag, der MISCHEK Fertigteilbau AG zur Sicherung von Arbeitsplätzen und der Fertigstellung von in Bau befindlichen Wohnhausbauten ein Darlehen in der Höhe von 22,160.000 S und der WBG Wohnbaugesellschaft m.b.H. ein Darlehen in der Höhe von 5,540.000 S unter der Voraussetzung zu gewähren, daß der Bund an die genannten Firmen zinsfreie Darlehen von zusammen 37,5 Millionen Schilling und das Land Niederösterreich von 9,8 Millionen Schilling gibt.

Der Mischek-Konzern konnte mit seiner auf der Simmeringer Lände errichteten "Wohnwelt" die Umsatzerwartungen nicht erfüllen und hat derzeit Liquiditätsschwierigkeiten in der Höhe von 250 Millionen. Er beschäftigt zur Zeit 1.200 Arbeiter auf seinen Baustellen und hat Bauaufträge für 9.000 Wohnungen auf Grund von Optionen zu erwarten. Da das Weiterbestehen der Firma im Sinne der Stadterneuerung zweckmäßig wäre, legte GR. Ing. HOFSTETTER ein Konzept zur Sanierung des Unternehmens vor.

GR. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, es sei überraschend, daß die Pleite der "Wohnwelt" zu einer existentiellen Gefährdung der Mischek AG geführt habe, nachdem der Geschäftsführer vor kurzem noch das Gegenteil behauptet habe. Es wäre noch zu klären, wieso eine Haftung für den Schuldenberg der "Wohnwelt" bestünde. Außerdem müsse die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel überprüft werden. Ein Beschlußantrag in diesem Sinne wurde von GR. Hirnschall an Stadtrat HATZL gerichtet. Außerdem sei es ihm nicht verständlich, betonte Hirnschall, warum auch die neugegründete Wohnbaugesellschaft zinsfreie Kredite der Stadt Wien erhalten solle, obwohl sehr potente Firmen daran beteiligt wären. Hirnschall befürchtete, daß die jetzt gesetzten Maßnahmen nur kurzfristig wirksam wären und keine dauerhafte Lösung gewährleisten. Deshalb könne seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

28 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. WÖBER (ÖVP) bezeichnete den Ausgang der Schwierigkeiten von der "Wohnwelt" als nicht überraschend. Durch diese Firma sei ein Überangebot im Wiener Baustoffhandel entstanden, die ÖVP habe dem Projekt seinerzeit auch nicht zugestimmt. Die Folge wären die heutigen Schwierigkeiten. Trotzdem sei seine Fraktion bereit, dem Antrag zuzustimmen, falls ein Zwischenbericht über die Neukonzeption bis Ende Juni im Finanzausschuß vorgelegt wird. Abschließend forderte GR. WÖBER eine gerechte Verteilung der Wirtschaftsförderung auch auf andere Klein- und Mittelbetriebe.

Stadtrat HATZL (SPÖ) erklärte, daß keine Gefährdung der Förderungsmittel zu befürchten sei. Er habe die MA 50 beauftragt, mit den bestellten Prüfern Kontakt aufzunehmen. Bisher sei die Auszahlung nur auf Vorlage der Prüfer vorgenommen worden, es gäbe daher keinen Anlaß zur Sorge. Er sei aber trotzdem dafür, den Antrag der FPÖ dem Ausschuß zuzuweisen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Darlehen für Mischek

=++++

29 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR stellte fest, daß die Überschuldung der Wohnwelt auch auf die übrigen Teile der Mischek AG durchgeschlagen habe, weil rechtlich eine einzige Verantwortung bestand. Dies war vielleicht unklug, aber nicht unanständig.

Es wäre uns lieber gewesen, die Kredite der WBG und nicht der Mischek AG zu geben. Es ist aber nur gelungen, der WBG 15 Millionen zu geben. Hier besteht die Möglichkeit eines Rückflusses. Bei den 60 Millionen der Mischek AG ist mit keinem Rückfluß zu rechnen.

In Ostösterreich gibt es eine Überkapazität im Bereich der Bauwirtschaft. Es besteht daher das Problem eines geordneten Rückzuges. Das Darlehen dient nicht einer dauernden Bestandssicherung, sondern zur Rücknahme der Aktivitäten der Firma ohne schmerzhaften Eingriff.

Lösungen für ähnlich gelagerte Fälle werden von Fall zu Fall vorsichtig zu prüfen sein. Der heutige Beschluß stellt einen wichtigen Schritt zur wirtschaftlichen Strukturbereinigung dar.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß ohne das Darlehen eine Großfirma zur Insolvenz gezwungen worden wäre. Dies hätte nicht nur den Verlust von tausend Arbeitsplätzen bedeutet, sondern wäre auch nicht im Interesse der Wohnungswerber gelegen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Der Antrag der FPÖ wurde zugewiesen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

30 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPÖ) begründete den Antrag auf Besprechung der Mitteilung von Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. WURZER über den Stadtentwicklungsplan damit, daß nun die öffentliche Diskussion eingeleitet wird.

GR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß mit dem Stadtentwicklungsplan ein tragfähiges Instrument für die künftige Stadtplanung geschaffen wurde. In der Praxis ist es freilich so, daß die Verwaltung nicht nur ausführendes Organ, sondern vielfach auch planend und politisch tätig ist. Als Beispiele nannte er, daß eine beabsichtigte Erhöhung des Gaspreises nicht vom zuständigen Stadtrat, sondern von einem Beamten der Stadtwerke bekanntgegeben wurde. Dies läßt auf einen Bedeutungsverlust der ziel- und prioritätensetzenden politischen Führung und auf eine Zunahme der Bedeutung der Verwaltung schließen. Pawkowicz kritisierte auch, daß handelnde politische Personen aus rational nicht verständlichen Überlegungen immer wieder anderen "die Mauer machen".

Pawkowicz verlangte, daß der Opposition nicht Opposition um ihrer selbst Willen unterstellt werde. Das Klima müsse stärker von Toleranz geprägt werden. Dies würde die Leistungsfähigkeit und Mitarbeit der Opposition fördern. Stadtentwicklungspolitik darf keine Geheimwissenschaft sein. Es ist notwendig, daß die Informationen auf den Tisch gelegt werden. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

31 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) begrüßte die Diskussion zum Stadtentwicklungsplan, kritisierte jedoch, daß dies heute in Form einer Mitteilung an den Gemeinderat geschehen ist und somit den Rednern der Opposition eine Redezeitbeschränkung auferlegt ist.

Im Stadtentwicklungsplan sind keine Vorschläge zur Lösung der echten Probleme der Stadt enthalten. "Warum entstehen die Siedlungen im Umfeld, warum gehen die Wiener weg, warum ist die Geburtenrate in Wien so niedrig?" Vieles ist noch ungeklärt.

Ein wesentlicher Punkt für die Stadtentwicklung ist die Sanierung der Altstadt. Auch hier gibt der vorgelegte Plan keine Antwort.

ARTHOLD vermißte einen Zeitplan und einen Finanzierungsplan für die Stadterneuerung. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

32 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. ROSENBERGER (SPö) bezeichnete den Stadtentwicklungsplan als langfristigen Zielkatalog, als "Kompaß" für Bevölkerung, Verwaltung und Politiker. Der Plan müsse auch mittelfristige Konzepte aufweisen und eine laufende Fortschreibung mit zwischenzeitlichen Informationen für die Bevölkerung erfahren. Sein Ziel sei es, eine menschliche Stadt zu formen und der Stadtflucht Einhalt zu gebieten. Dabei müßten auch die Hauseigentümer materiell eingebunden werden. Die soziale Komponente müsse stärkstens berücksichtigt werden.

Der Stadtentwicklungsplan könne nicht in einem Zug realisiert werden, man müsse bestimmte Prioritäten setzen, betonte GR. ROSENBERGER. Als persönliches Anliegen schlug er vor, den Flächenwidmungsplan vom Bebauungsplan zu trennen, um ihn überschaubarer und verständlicher zu machen.

Abschließend sprach GR. Rosenberger all jenen seinen Dank aus, die an der Erstellung des Entwurfes beteiligt waren, der als "Jahrhundertwerk" bezeichnet werden kann. (Forts.) roh/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

33 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Wien erlebte in den letzten Jahrzehnten einen deutlichen Bevölkerungsrückgang, sagte GR. DALLER (ÖVP). Was geschieht, um die Abwanderung aus Wien zu bremsen? Laut Stadtentwicklungsplan sind dafür unter anderem attraktive Wohnungen erforderlich. Wiederholt hat die ÖVP ein Einfamilienhausprogramm verlangt, die SPÖ hat sich damit aber bis heute nicht identifiziert. Vor zehn Jahren wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Monotonie in städtischen Wohnhausanlagen zu überwinden. Offenbar ist es in der Schublade verschwunden. Auch unter den Bewohnern der städtischen Wohnhausanlagen ist die Zahl der Zweitwohnungsbesitzer im Zunehmen.

Im Stadtentwicklungsplan werden zum Beispiel differenzierte Wohnformen und verdichteter Flachbau verlangt. Dies sind Forderungen, die von der ÖVP seit langem vertreten, von der SPÖ aber bis heute nur zögernd angenommen werden. Die Einfamilienhäuser und Kleingärten an der Unteren Alten Donau zum Beispiel erscheinen durchaus gefährdet.

Von großer Bedeutung ist auch eine gut funktionierende Nahversorgung. Die tägliche Wirklichkeit ist aber meilenweit von schönen Zielsetzungen entfernt: Das Donauzentrum wächst, und kleine Geschäfte sperren eines nach dem anderen zu.

Der Stadtentwicklungsplan sieht auch eine bessere Zuordnung von Wohn- und Arbeitsplätzen vor. In der Realität stellt das Unterangebot an Arbeitsplätzen im Bezirk Donaustadt ein großes Problem dar.

Theorie und Praxis stimmen nicht überein. Der Stadtentwicklungsplan wird sich mehr und mehr einer Illusion nähern, schloß Daller. (Forts.) ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

34 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) widmete sich in seinem Beitrag eingehend der Stadterneuerung. Er betonte, daß Stadterneuerung nicht allein Reparatur ist, sondern wesentlich mehr Bereiche umfaßt. Die SPÖ habe immer ihr Eintreten für die Stadterneuerung deutlich gemacht.

Zwischen 1888 und 1902 wurden 114.000 Wohnungen gebaut, gerade sie sind es jedoch, die heute nicht mehr dem modernen Standard entsprechen. Es müssen gute und erschwingliche Wohnungen gebaut werden, und es dürfen keine Ghettos für die verschiedenen Einkommensgruppen entstehen. Die Erfüllung dieser Aufgaben kann auch einen Eingriff in die Privatsphäre erforderlich machen.

Brosch verwies auf das Stadterneuerungsgebiet Ulrichsberg und auf die Absichten, durch eine Änderung des Flächenwidmungsplanes auf dem Spittelberg Vorsorge für neue Grünflächen zu treffen. Dagegen ist jedoch die ÖVP im Bezirk aufgetreten. Vizebürgermeister BUSEK habe sich dafür ausgesprochen, statt des Weghuberparks ein Studentenheim zu errichten. Die ÖVP messe mit zweierlei Maß. Es gehe ihr nicht um die Grünflächen, sondern um den politischen Gag. Für die Arbeit am Stadtentwicklungsplan verlangte Brosch, die Gemeinsamkeit in den Vordergrund zu stellen. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

35 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die Realisierung des Stadtentwicklungsplanes hängt von einer guten Wirtschaft und einer guten Finanzlage der Stadt ab, sagte GR. WIESINGER (SPÖ). Es sind heute Veränderungen der Wirtschaftsstruktur zu verzeichnen, und der vorgelegte Stadtentwicklungsplan enthalte zahlreiche Ansatzpunkte zur Verbesserung. Für die sozialistische Partei ist oberstes Ziel der Wirtschaftspolitik die Vollbeschäftigung. Diese könne mit öffentlichen und privaten Investitionen gesichert bleiben. Neben den Investitionen müsse aber auch eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur angepeilt werden.

Es ist eine Verpflichtung, die Nähe zur Wissenschaft und Forschung auszunützen, die Innovation zu fördern, neue Impulse zu geben. Es ist unbestritten, meinte Wiesinger, daß Wien über das Budget einen Beitrag zur Vollbeschäftigung zu leisten hat. Daher ein Ja zur Stadterneuerung, mit der beschäftigungswirksame Investitionen erreicht werden.

Wien muß aber auch vom Bund und von den anderen Bundesländern eine Abgeltung der Leistungen fordern, die Wien für Gesamtösterreich leistet. Auch der Finanzausgleich muß verbessert werden, er ist ungerecht. "Die Stadt Wien gibt 12 Milliarden mehr in den gemeinsamen Topf als sie wieder herausnimmt. Darüber wird man reden müssen". Wiesinger forderte alle Mitglieder des Gemeinderates auf, den Stadtentwicklungsplan gründlichst zu diskutieren, abzuändern und wenn nötig zu ergänzen. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

36 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. Marilies FLEMMING (ÖVP) bezeichnete den Stadtentwicklungsplan als Diskussionsgrundlage. Er enthalte allerdings nur zweieinhalb Seiten über das Gesundheits- und Sozialwesen, dessen Stellenwert daraus deutlich erkennbar würde. Außer dem Detailplan aus dem Jahr 1978 gebe es keine neuen Vorstellungen.

Gewisse Zielvorstellungen wären verschieden, so halte ihre Fraktion nichts von Zwangsbeglückungen. Die Familie müsse die erste Erziehungsgemeinschaft bleiben. Man dürfe nicht nur mit Institutionen, sondern man müsse mit den Leute arbeiten. Im Bereich der Altersversorgung habe sich die Vorstellung der ÖVP durchgesetzt, daß man alte Menschen nicht aus ihrer Umgebung lösen dürfe. Dieses Prinzip habe sich bei der Heimhilfe verwirklichte.

Zum Thema Behinderte habe Stadtrat WURZER in seiner Mitteilung nichts zu sagen gehabt. Die entsprechende ÖNORM solle endlich für verbindlich erklärt werden, forderte GR. FLEMMING. Die Stadt Wien solle in ihren Bereichen die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl von Behinderten beschäftigen.

Zusammenfassend erklärte GR. FLEMMING, sie könne nicht alle Zielsetzungen des Stadtentwicklungsplanes teilen, in den übrigen müßten Prioritäten gesetzt werden und sie müßten einer ständigen Überprüfung unterzogen werden. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

37 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Mit Fragen der Grünpolitik beschäftigte sich GR. VEJTISEK (SPÖ). 56 Prozent des Stadtgebietes sind Grünland, dennoch besteht im dicht bebauten Gebiet, besonders in den Bezirken 4 bis 9, ein Mangel an Grünanlagen. Zu den Zielsetzungen des Stadtentwicklungsgebietes mit öffentlichen der Bevölkerung Wiens mit ausreichenden und gut erreichbaren Grünflächen sicherzustellen. Die Anlage neuer Freizeiteinrichtungen soll sich an der Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln orientieren. Vejtisek verwies auf die zahlreichen Maßnahmen, die im Bereich der Grünpolitik gesetzt wurden, namentlich auf das Parkerneuerungsprogramm, die Neugestaltung bestehender und die Errichtung neuer Grünflächen im Stadtgebiet sowie die Schaffung zahlreicher neuer Kinderspielplätze. Die vom U-Bahn-Bau betroffenen Straßen und Plätze wurden und werden nach Fertigstellung der Bauarbeiten neu gestaltet.

Von größter Bedeutung ist die Schaffung der Donauinsel und der Neuen Donau. Ab September wird es möglich sein, mit der U-Bahn in wenigen Minuten vom Stadtzentrum zur Donauinsel zu fahren. Die Erreichbarkeit dieses neuen Erho zur Donauinsel zu fahren. Die Verkehrsmitteln, mit dem Fahrrad und zu Fuß ist besonders attraktiv. Heuer werden zwei neue Abschnitte der Donauinsel - die Bereiche zwischen Floridsdorfer Brücke und Nordbahnbrücke sowie um das Wehr 1 zur Benützung freigegeben. Wichtig ist auch die Ausgestaltung des rechten Donauufers.

Die Aufforstung des Laaer Berges bringt eine wesentliche Ausweitung der Erholungsflächen im Süden Wiens. Dieses Erholungsgebiet wird heuer endgültig eröffnet werden. (Forts.)
ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

38 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Mit scharfen Worten wandte sich Gesundheitsstadtrat Univ. Prof. Dr. Alois STACHER gegen den Vorwurf von GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP), daß der Stadtentwicklungsplan keine Aussagen über das Gesundheits- und Sozialwesen enthalte. "Das ist keine sachliche Auseinandersetzung". Stadtrat STACHER zählte die Einrichtungen auf, wie Beratungsstellen, Sozialstationen, Wohngemeinschaften für Behinderte, geschützte Arbeitsplätze, die Maßnahmen zur Überwindung baulicher Barrieren. "Davon haben sie nicht gesprochen", warf er seiner Vorrednerin vor.

GR. Dr. Marilies FLEMMING meldet sich nochmals zu Wort und präziserte ihre Aussage: "Wir streben eine Betreuung durch Menschen und nicht durch Institutionen an." GR. FLEMMING hielt an ihrem Vorwurf fest, daß der Stadtentwicklungsplan für die Bereiche Gesundheit- und Sozialwesen Phrasen enthalte.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

39 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) nahm auf die Ausführungen vom GR. FLEMMING Bezug und warf ihr vor, einmal für und einmal gegen Kinderkrippenplätze zu sein. Anlässlich der Benennung der Wohnhausanlage "Am Sandberg", die über Kindergarten und Kleinkinderkrippe verfügt, habe Bezirksvorsteher HEMMELMAYER erklärt, wie wertvoll und notwendig diese Einrichtung sei.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Riedler eingehend mit der Verkehrskonzeption als Teil des Stadtentwicklungsplanes. Grundsätzlich erklärte er, die Stadtplanung müsse kontinuierlich sein, nicht auf Fixpunkte abgestellt, sondern den geänderten Verhältnissen angepaßt. Die ÖVP habe ihre Zustimmung zur Verkehrskonzeption im April 1980 verweigert, weil sie fürchtete, sich festzulegen.

GR. RIEDLER gab einen Überblick über U-Bahn-Bau und Planung sowie über bereits erfolgte und konzipierte Beschleunigungsmaßnahmen. Hinsichtlich des Verkehrsverbundes hoffe er nach langjährigen Verzögerungen durch Niederösterreich nun auf eine möglichst baldige Realisierung. Die A 22 ist fertig bis zur Floridsdorfer Brücke, die Vorarbeiten für den Weiterbau laufen. Auf eine Inanspruchnahme von Teilen der Alten Donau kann nach Umplanungen verzichtet werden. Die A 4 wird 1983 fertig und zur Entlastung dicht bebauter Gebiete führen. Die Südosttangente hat Erleichterungen im 3., 10. und 11. Bezirk gebracht. Für heuer sind 25 provisorische verkehrsberuhigte Zonen geplant. Ihre Finanzierung wird teilweise aus der Altstadtmilliarde des Bundes erfolgen, weil diese Maßnahmen zu einer Verbesserung der Wohnumwelt beitragen.

Abschließend setzte sich Riedler mit der geplanten Verkehrsfreimachung des Josefsplatzes auseinander und kritisierte, daß Bezirksvorsteher HEINZ durch ein Pickerl für Anrainer diesen außerordentliche Privilegien zugestehen wolle. (Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Diskussion Stadtentwicklungsplan

=++++

40 wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat WURZER (SPÖ) dankte für die zahlreichen Diskussionsbeiträge zum Stadtentwicklungsplan. Einzelne Aussagen riefen das Gefühl hervor, als handle es sich dabei um "verschärfte Zehn Gebote", dabei sei es nur die politische Vorstellung über die Zukunft dieser Stadt, die in der Praxis noch viele Änderungen erfahren werde.

Die Finanzplanung sollte mit dem Stadtentwicklungsplan nicht verknüpft werden, meinte Wurzer; es habe keinen Sinn, eine Kosten-Nutzen-Rechnung für die nächsten 20 Jahre zu erstellen. Die Schwerpunktsetzung im Stadtentwicklungsplan solle Verständnis für die Mittelverteilung hervorrufen, die damit den tatsächlichen Bedürfnissen angepaßt würde.

Daß in den Stadtentwicklungsplan auch politische Vorstellungen eingeflossen seien, sei selbstverständlich - schließlich handle es sich dabei um eine politische Aufgabe.

Das gute Verhältnis zwischen Verwaltung und Politik sei eine existenzielle Frage, erklärte Wurzer; die Verwaltung brauche eine politische Zielvorgabe.

An der Stadtflucht könne man natürlich nicht Niederösterreich die Schuld geben. Dieses Problem müsse aber gelöst werden, um der Großstadt ihre Finanz- und Wirtschaftskraft zu erhalten.

In Zusammenarbeit mit Stadtrat HATZL werde an den Grundlagen für eine modifizierte Wohnbauplanung gearbeitet. Ohne erreichbares Bauland könne man aber keine Wohnbaupolitik machen. Eine kreative und konstruktive Oppositionspolitik, wie sie Stadtrat Gertrude KUBIENA (BVP) im Gemeinderat versprochen habe, könnte helfen, den Stadtentwicklungsplan zu einem funktionstüchtigen Instrument zu machen.

Abschließend bezeichnete Stadtrat Wurzer den Stadtentwicklungsplan als erreichbare und durchsetzbare Vision für die Gestaltung einer Großstadt, die man als Heimat empfinden kann. (Forts.) roh/bs

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringlicher Antrag über AKH

=++++

41 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) Die ÖVP beantragte die dringliche Behandlung ihres Antrages betreffend die Sicherung des Weiterbaues des neuen AKH.

Der Antrag wurde vom Schriftführer GR. Ing. KREINER (ÖVP) verlesen:

1. Durch beschleunigte Planungsarbeiten ist ein hinreichender Planungsvorlauf seitens AKPE zu erzielen, damit Klarheit darüber besteht, was Gegenstand vertraglicher Vereinbarung über den Weiterbau des AKH ist. Die notwendige Istzustandserhebung ist noch vor einem Vertragsabschluß zu erstellen.
2. Die rechtliche Stellung, die Aufgaben und Verantwortungen sowie die Haftung für Vergangenheit und Zukunft zwischen der bisherigen AKPE, einem neuen Generalbeauftragten sowie gegenüber Bund und Stadt Wien ist eindeutig zu regeln. Die Mitwirkung und Verantwortung von Bund und Stadt Wien müssen dabei gesichert werden.
3. In dem Vertrag mit einem Generalbeauftragten ist die Kooperation mit den künftigen Nutzern sicherzustellen.
4. Es ist ein realistisches und pönalisiertes Zeit- und Kostenlimit festzusetzen.
5. In einem neuen Beauftragungsvertrag oder im Falle der Übernahme der Geschäftseinteilung der AKPE durch einen Generalübernehmer ist vorzusehen, daß auch die künftige gesetzliche Regelung für Auftragsvergaben im öffentlichen Bereich eingebunden wird.
6. Im Rahmen des Weiterbaues des AKH sollen Wiener Firmen dann herangezogen werden, wenn sie gleich mit anderen Bietern liegen. Alle Aufträge, auch Planungsaufträge, sind öffentlich auszuschreiben.
7. Die begleitende Kontrolle hat sich auf die vertraglich vorgesehenen Aufgaben zu beschränken und darf keine überschneidenden Managementfunktionen übernehmen. (Forts.) ger/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringlicher Antrag über AKH

=++++

42 Wien, 26.3. (RK-KOMMUNAL) 8. Mindestens vierteljährlich ist dem Gemeinderat über die Planung und den Bau des neuen AKH zu berichten.

9. Erst nach Berücksichtigung dieser Forderungen kann die Betrauung eines Unternehmens mit dem Weiterbau des AKH bzw. ein Eigentümerwechsel im Bereich der AKPE erfolgen. Die entsprechenden Verträge sind vorher dem Gemeinderat vorzulegen.

Zur Begründung der Dringlichkeit meldete sich GR. Dkfm. Dr. Maria SCHAUMAYER (ÖVP) zu Wort. Die ÖVP hat bereits am 22. Jänner 1982 einen entsprechenden Antrag eingebracht, der bis heute jedoch nicht beantwortet wurde. Nun stehen die Verhandlungen mit der VOEST laut Stadtrat MAYR kurz vor dem Abschluß. Es muß deshalb dringend Klarheit über die Modalitäten geschaffen werden, damit die Verhandlungspartner der beiden Gebietskörperschaften über klare Richtlinien verfügen. Der ÖVP geht es um eine klare Verantwortlichkeit. Zwischen Iststand und Vertragslage darf nicht die Spur einer Spalte bleiben. Für die ÖVP ist es nicht vorstellbar, daß sich Bund und Stadt Wien aus den Planungs- und Entscheidungsvorgängen zurückziehen.

Als Kontraredner erklärte GR. PÖDER (SPÖ), daß der Bund und die Stadt Wien in Zukunft eine Vertragspartnerschaft mit der VOEST eingehen werden. Die Verhandlungen sind derzeit im Gang, es geht dabei um ein kompliziertes Vertragswerk. Einige Punkte des ÖVP-Antrages sind geeignet, die Verhandlungen zu verzögern. Das Vertragswerk wird dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Eine dringliche Behandlung erscheint deshalb nicht zielführend.

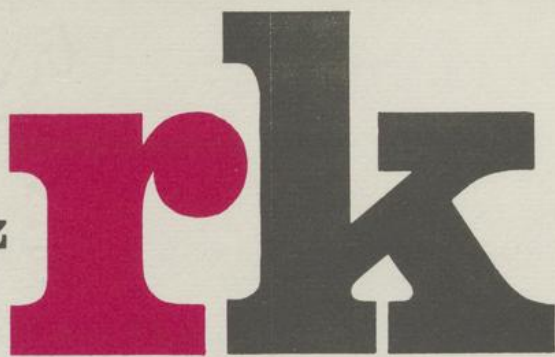
ABSTIMMUNG: Die Zuerkennung der Dringlichkeit wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. Der Antrag wurde zugewiesen.
Schluß der Sitzung um 17.30 Uhr. (Schluß) ger/ap

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Samstag, 27. März 1982

Blatt 860

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bau einer städtischen Wäscherei
(rosa) Wiener Arbeitslosenrate möglichst niedrig halten

Lokal: Ferienclub: Karl-Ratzer-Tournee durch Jugendzentren
(orange)

Kultur: Ehrenmedaille für Max Böhm
(gelb)

Bau einer städtischen Wäscherei

=++++

1 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Die Planung und den Neubau einer Wäscherei auf dem Areal des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe beschloß kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales. Die in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten anfallende Schmutzwäsche wird derzeit in der Zentralwäscherei im 14. Bezirk in der Steinbruchgasse gewaschen. Mit der Errichtung einer zusätzlichen Wäscherei soll dem in den letzten Jahren ständig steigenden Bedarf Rechnung getragen und die Kapazität erhöht werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Wiener Ferienclub: Karl-Ratzer-Tournee durch Jugendzentren

=++++

2 Wien, 27.3. (RK-LOKAL) Eine Tournee des Super-Gitarristen Karl RATZER veranstaltet der Wiener Ferienclub. Beginn der Tournee ist am Dienstag, dem 30. März, im Jugendzentrum Simmering, Wien 11, Pantucekgasse 13.

Die weiteren Stationen:

- 31. März: Jugendzentrum Strebersdorf, 21, Dr.-Albert-Geßmann-Gasse 38
 - 1. April: Jugendzentrum Großfeldsiedlung, 21, Meistergasse 3
 - 2. April: Jugendzentrum Donaustadt, 22, Bernoullistraße 1
 - 5. April: Jugendzentrum Alsergrund, 9, Marktgasse 35
 - 6. April: Jugendzentrum Am Schöpfwerk, 12, Lichtensterngasse 2
 - 7. April: Jugendzentrum Leopoldstadt, 2, Wehlistraße 178 und
 - 8. April: Jugendzentrum Erdberg, Mietersaal, 3, Fiakerplatz 7
- Beginn ist jeweils um 19 Uhr.

Zwtl.: Peter Cornelius zum Ferienclubtarif

Ferienclubmitglieder haben die Möglichkeit, zu äußerst preisgünstigen Karten für das Peter Cornelius-Konzert am Sonntag, 4. April, in der Stadthalle, zu kommen. Dem Aprilprogramm des Ferienclubs sind Bons beigelegt, die einen günstigen Ferienclubtarif ermöglichen. Das gilt auch noch für folgende Veranstaltungen:

- 14. April: "Schmetterlinge - die letzte Welt" im Volkstheater
- 22. April: "Melanie - the first lady of folk" im Konzerthaus und
- 27., 28. und 29. April: "Einer flog über das Kuckucksnest" im Volkstheater. (Schluß) emw/gg

NNNN

27. März 1982

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 863

Ehrenmedaille für Max Böhm

=++++

3 #Wien, 27.3. (RK-KULTUR) Der Wiener Gemeinderat beschloß
Freitag einstimmig, dem bekannten, beliebten und populären Wiener
Schauspieler Max BÖHM die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in
Gold zu verleihen.# (Schluß) red/gg

NNNN

SPERRFRIST 12.45 UHR!

.....

Wiener Arbeitslosenrate möglichst niedrig halten

=++++

4 Wien, 27.3. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Leopold GRATZ und Finanzstadtrat Hans MAYR betonten Samstag in der Rundfunksendung des Wiener Bürgermeisters, daß die Stadt Wien alles unternehmen wird, um heuer die Wiener Arbeitslosenrate möglichst niedrig zu halten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Bau des Konferenzzentrums ebenso notwendig wie die vielen Stadterneuerungsmaßnahmen. Im Wiener Budget 1982 ist vorgesorgt, daß die Arbeitsplätze in Klein- und Mittelbetrieben, aber auch bei Großfirmen gesichert werden können. (Schluß) sei/gg

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 29. März 1982

Blatt 865

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau) Blumenhandlungen können früher aufsperrern
In der Schule wird gezaubert

Kommunal:
(rosa) EBS ermöglicht kontrollierte Schadstoffvernichtung
Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt"
eröffnet
Busek zum AKH: Zahler und künftige Nutzer müssen
entscheiden
Beschäftigungseffekt bei Stadterneuerung und
Konferenzzentrum
Modernster Ganzkörper-Computertomograph

Politik:
(rosa) Zilk: Vertrauen in Demokratie wiederherstellen!

Kultur:
(gelb) Lesen - Spaß und Abenteuer
Stadtbibliothek: Druckschriftensammlung übersiedelt
Auszeichnung für Serge Sabarsky

Nur 26.3. Längerer Betrieb auf der Linie "38 A"
über FS: 27.3. Schienenersatzverkehr auf der U 4
29.3. Autobusumleitung wegen Bauarbeiten
Morgen Pressegespräch mit Bürgermeister Gratz

.....
Bereits am 28. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Blumenhandlungen können früher aufsperrern

=++++

1 Wien, 28.3. (RK-LOKAL) Durch eine Änderung der Wiener Ladenschlußverordnung, bekanntgegeben im Landesgesetzblatt für Wien, 9. Stück, vom 23. März 1982, wird dem Wiener Blumenhandel erlaubt, statt wie bisher um 8 Uhr bereits um 7.30 die Geschäfte zu öffnen. Die Vorverlegung der Öffnungszeit erfolgte über Antrag der Wiener Handelskammer. Die Ladenschlußzeit für den Blumenhandel mit 19 Uhr von Montag bis Samstag bleibt gleich. (Schluß) we/bs

NNNN

.....
Bereits am 28. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

In der Schule wird gezaubert

=++++

2 Wien, 28.3. (RK-LOKAL) Bei den Schülerclubs, die das Landesjugendreferat an Samstagvormittagen in 25 Schulen führt, wird nicht nur gespielt, gebastelt und geturnt, sondern auch gezaubert. Zauberauftritte von Fred WINTER, ALBERTI und Toni REI stehen auf dem Programm. Auch im Rahmen der Aktion "Treffpunkt Schule", die jeden Donnerstagnachmittag in sieben Schulen durchgeführt wird, werden Zauberer zu Besuch kommen.

Bei allen Veranstaltungen ist selbstverständlich der Eintritt frei, oder, wie es in dem vom Landesjugendreferat für türkische Kinder aufgelegten Flugblatt heißt: "Giris bedavadir". (Schluß)
emw/gg

NNNN

Lesen - Spaß und Abenteuer

Utl.: Literatur für junge Leser vom 23. bis 30. April

=++++

2 #Wien, 29.3. (RK-KULTUR) Vom 23. bis 30. April findet im Wiener Künstlerhaus wieder die Woche "Literatur für junge Leser" statt. "Lesen - Spaß und Abenteuer" ist das Motto der diesjährigen vom Kunstverein Wien durchgeführten Literaturwoche für junge und jüngste Leseratten. Ein vielfältiges Programm sorgt dafür, daß es auch wirklich unterhaltsam wird.#

Neben den Lesungen bekannter Kinderbuchautoren gibt es für die Kinder auch die Möglichkeit, im Anschluß daran zu spielen, zu zeichnen oder selbst Reime zu schmieden. Anregungen und Tips zum Geschichtenerzählen und Vorlesen sind für alle, vom Enkelkind bis den Großeltern, wertvoll. "Schau zu, mach's nach" heißt die Aktion, bei der Kinder für Kinder spielen, Bilderbuchfilme und eine Hörspielboutique mit Kinderhörspielen komplettieren das Programm. Überdies sind Ausstellungen preisgekrönter Kinderbuchillustrationen und von Büchern für und über Kinder zu sehen. Leicht zu lesende Bücher in deutscher Sprache sollen auch den Gastarbeiterkindern das Lesen zur Freude machen.

Die Liste der teilnehmenden Autoren reicht von Richard Bletschacher, Ernst A. Ekker, Wolf Harranth über Angelika Kaufmann, Mira Lobe und Christine Nöstlinger bis zu Käthe Recheis, Franz Sales Sklenitzka und Renate Welsh. Auch ein Gastspiel des Moki-Kindertheaters steht auf dem Programm. (Schluß) gab/bs

NNNN

EBS ermöglicht kontrollierte Schadstoffvernichtung (1)

Utl.: Vier weitere Becken für die Lagerung von Fässern

=++++

3 #Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) In Großstädten und in industriellen Ballungsräumen komme der Beseitigung des Sonderabfalls ein Höchstmaß an Bedeutung zu, stellte Stadtrat Josef VELETA bei der Pressebesichtigung der EBS am Montag fest. Um zu vermeiden, daß aggressive Abfälle aus Industrie- und Gewerbebetrieben Wasserläufe und das Grundwasser verunreinigen, müsse für die Vernichtung dieser Stoffe gesorgt werden. Gerade die EBS mache es möglich, Klärschlamm und Sonderabfall kontrolliert zu beseitigen und Umweltschädigungen zu vermeiden. #

Sonderabfall ist laut ÖNORM S 2000: "Fester und/oder flüssiger Abfall, dessen schadlose Beseitigung (Sammeln, Transport, Behandlung) gemeinsam mit Müll wegen seiner Beschaffenheit und/oder Menge ohne spezielle Aufbereitung nicht möglich ist".

Die ersten Sonderabfall-Beseitigungsanlagen entstanden in der Deutschen Bundesrepublik, sie wurden von Privatunternehmen oder von Landesverbänden errichtet. In Österreich nahm 1971 die BIA (Betriebsgesellschaft mbH. für Industrieabfall und Altölbeseitigung) von der Stadt Wien die Tankreinigungsanlage Lobau in Bestand. Im Zusammenhang mit WABAS 80, den Maßnahmen zur Zusammenführung und Reinigung der Abwässer Wiens, errichteten die Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) neben der Hauptkläranlage eine Anlage zur Beseitigung von Klärschlamm und Sonderabfall. Um eine günstigere Gesamtbetriebsführung der Hauptkläranlage und der Sonderabfall- und Klärschlamm-Beseitigungsanlage der EBS zu gewährleisten, wurde die EBS im Sommer vorigen Jahres von der Stadt Wien gepachtet. (Forts.)
we/bs

NNNN

EBS ermöglicht kontrollierte Schadstoffvernichtung (2)

Utl.: Vier weitere Becken für die Lagerung von Fässern

=++++

- 4 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Die wesentlichsten maschinellen Einrichtungen der EBS erläuterte Dipl.-Ing. Karl SVETITS von der MA 30 (Kanalisation), der Beauftragte für die EBS. Vorhanden sind
- o 6 Zweiphasen-Dekanter (Zentrifugen) für die Entwässerung des Klärschlammes, Durchsatzleistung je 50 Kubikmeter pro Stunde,
 - o 2 Wirbelschichtöfen zur Klärschlammverbrennung mit einer Leistung von je 16 Gigakalorien pro Stunde,
 - o 2 Drehrohröfen zur Beseitigung des Sonderabfalls mit einer Leistung von je 26 Gigakalorien pro Stunde. Einer der beiden Drehrohröfen wird derzeit neu ausgemauert,
 - o 2 Gegendruck-Entnahmeturbinen von je 4,6 Megawatt Leistung.

Der Frischschlamm aus der Hauptkläranlage, mit einem Trockenstoffsubstanzengehalt von zirka 5 Prozent, wird in den beiden belüfteten Stapelbecken mit einem Fassungsvermögen von 4.000 Kubikmeter übernommen. Die Konditionierung des Schlammes erfolgt chemisch mit Polyelektrolyten. In den Zweiphasen-Dekantern wird der Schlamm auf 25 Prozent Trockensubstanz entwässert. Die Verbrennung des entwässerten Schlammes erfolgt in den Wirbelschichtöfen bei einer Temperatur von zirka 850 Grad Celsius. Bei Revision oder Ausfall eines Wirbelschichtofens kann der Schlamm in den Drehrohröfen verbrannt werden. (Forts.) we/gg

NNNN

EBS ermöglicht kontrollierte Schadstoffvernichtung (3).

Utl.: Vier weitere Becken für die Lagerung von Fässern

=++++

5 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Der Sonderabfall wird nach qualitativer und quantitativer Überprüfung sowohl bei der Fassübernahme, bei der Übernahmestation für wasserhaltige Abfälle, wie auch im Bunker übernommen. Die Zuordnung erfolgt je nach Beschaffenheit. Sowohl vom Bunker wie auch von der Faßübernahme aus wird der Sonderabfall der Verbrennung zugeführt.

In der Aufbereitungsanlage für wasserhaltige Abfälle wird das Material nach einer Vorbehandlung in Abscheidern, Dreiphasen-Dekantern und gegebenenfalls Emulsionsspalt - und Neutralisationsanlagen dem Tanklager zugeführt. Vom Tanklager aus wird er den jeweils erforderlichen Verbrennungspositionen zugeordnet.

Die Fässer lagern in Becken und auf einer betonierten Lagerfläche. Zur Verbesserung der Lagermöglichkeiten wurden vier weitere Becken angelegt. Gabelstapler transportieren die Fässer an, ihr Inhalt ist durch Farbflecke kenntlich gemacht. Grün bedeutet beispielsweise Stoffgruppe D (Kunstharzrückstände in flüssiger Form), gelb steht für Stoffgruppe E (organische Lösungsmittelrückstände, Ölschlamm).

Die Verbrennung des Sonderabfalls in den Drehrohröfen erfolgt bei Temperaturen zwischen 1.100 und 1.300 Grad Celsius. Diese hohen Verbrennungstemperaturen gewährleisten den ordnungsgemäßen Ausbrand des Sonderabfalls. Die Kühlung der Rauchgase erfolgt in Abhitzekesteln. Um zu verhindern, daß Schadstoffe in die Atmosphäre gelangen, sind den Öfen Rauchgasreinigungseinrichtungen wie Elektrofilter und Trockenadsorptionsanlagen nachgeschaltet. (Schluß)
we/bs

NNNN

Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt" eröffnet

=+++++

7 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER und Bezirksvorsteher Elfi BISCHOF eröffneten Montag in der Volkshochschule Hietzing die Ausstellung "Stadtteilplanung SAT/Friedensstadt". Anlaß ist eine umfassende Überarbeitung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für diesen Teil des 13. Bezirks, bei der die Bewohner zum Mitreden und Mitentscheiden eingeladen sind. Die Ausstellung bleibt bis 9. April geöffnet.

Die nun beabsichtigte Überarbeitung des bestehenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hörndlwald, Lainzer Tiergarten, der Bezirksgrenze an der Wittgensteinstraße, Speisinger Straße und Hermesstraße dient dazu, die Charakteristik des Gebietes zu erhalten. Das gilt insbesondere für die bestehenden Grünbereiche. Durch Vorkehrungen im Bebauungsplan soll sichergestellt werden, daß keine zu großen, untypischen Gebäude errichtet werden können: Bei voller Ausnützung der zur Zeit gültigen Bebauungsbestimmungen könnte vielfach zu hoch oder zu groß gebaut werden, was zu einer Störung der "gewachsenen" Baustruktur führen würde.

Die "Siedlung am Auhofer Trennstück" und die Siedlung Friedensstadt im südwestlichen Teil von Hietzing gehörten ursprünglich zum Lainzer Tiergarten. Heute leben dort rund 3.000 Menschen.

Die Ausstellung ist bis 9. April Montag und Freitag von 9 bis 12 Uhr, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 16 bis 19 Uhr im Foyer der Volkshochschule Hietzing, 13, Hofwiesengasse 48, 1. Stock, frei zugänglich. Während dieser Zeiten stehen auch Fachleute der zuständigen Dienststelle der Stadt Wien für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Fragebogen, die in der Ausstellung aufliegen, erleichtern die Stellungnahme. (Schluß) and/bs

NNNN

Stadtbibliothek: Druckschriftensammlung übersiedelt

=++++

8 #Wien, 29.3. (RK-KULTUR) Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek erhält im Rathaus zusätzliche Räume. Dadurch wird es möglich, die bisher an verschiedenen Stellen untergebrachten Kataloge der Plakatsammlung sowie den Zeitungsindex und den Portheim-Katalog zusammengefaßt aufzustellen und den Benützern dieser Teilsammlungen in einem neuen Lesesaal wesentlich verbesserte Arbeitsbedingungen zu bieten.#

Wegen der Teilübersiedlung ist es notwendig, die Druckschriftensammlung der Stadtbibliothek von heute, Montag, bis Mittwoch, den 31. März, zu sperren. Ab Donnerstag, den 1. April, stehen die genannten Teilsammlungen im Rathaus, 2. Stock, 4. Stiege, Zimmer 445, unbehindert zur Verfügung. Die übrigen Einrichtungen der Bibliothek werden durch die Übersiedlung nicht berührt. (Schluß)
ger/bs

NNNN

Auszeichnung für Serge Sabarsky

=++++

9 Wien, 29.3. (RK-KULTUR) Mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurde Serge SABARSKY ausgezeichnet. Die Überreichung nahm Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK dieser Tage im Wiener Rathaus vor. Der New Yorker Kunsthändler erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner Leistungen für die Wiener Kunstszene. Sabarsky hatte die große Schiele-Ausstellung im Historischen Museum vorbereitet und organisiert. (Schluß) ger/bs

NNNN

Zilk: Vertrauen in Demokratie wiederherstellen! (1)

=++++

10 Wien, 29.3. (RK-POLITIK) Auf eine besonders bedauerliche und für ihn überaus besorgniserregende Nebenwirkung der WBO-Affäre hat Wiens Kulturstadtrat Prof. Dr. Helmut ZILK aufmerksam gemacht: "Wer in diesen Tagen mit den Menschen Kontakt habe, dem müssen die schweren Einbrüche in das Vertrauen in unsere parlamentarische Demokratie zu denken geben", sagte Zilk. "Immer mehr Menschen reagieren auf die täglich neuen Beschuldigungen und Vorwürfe mit allgemeiner Demokratieverdrossenheit". Es sei höchste Zeit, meinte Zilk, daß in allen drei Parteien hier gegengesteuert werde und mehr darauf geachtet wird, wie das vielfach gestörte Vertrauensverhältnis in unsere Demokratie wiederhergestellt werden kann.

"Wir müssen alles unternehmen, damit aus einer begreiflichen Skandal- und Korruptionsmüdigkeit nicht gefährliche Anflüge von Demokratiemüdigkeit werden", sagte Zilk. Der Umstand, daß Skandale, wie der rund um die Wohnbaugenossenschaft Ost, aber auch andere, auffliegen, dürfe nicht zum Argument gegen die parlamentarische Demokratie werden. Wer solche gefährlichen Kurzschlüsse zieht, der vergißt, daß es ähnliche, oft viel ärgere Fälle von Korruption erst recht in totalitären Staaten gibt, daß sie dort jedoch - im Unterschied zu westlichen Demokratien, die ohne Zensur der Medien auskommen - vertuscht werden, sagte Zilk.

Die Aufdeckung und Verfolgung solcher Skandale sei aber nur in demokratisch regierten Ländern möglich und gehöre geradezu zum Erfolgsnachweis unseres demokratischen Systems, wie sich hier auch der Nutzen und die Sinnhaftigkeit absoluter Meinungsfreiheit und der Freiheit der Medien erweist. (Forts.) red/bs

NNNN

Zilk: Vertrauen in Demokratie wiederherstellen! (2)

=++++

11 Wien, 29.3. (RK-POLITIK) Er glaube an die Selbstreinigungskraft der Parteien in unseren westlichen Demokratien, sagte Zilk. Eine wesentliche Voraussetzung dafür sei freilich, daß in allen Parteien mit der Nibelungentreue Schluß gemacht werde:

"Die Parteisolidarität muß ihre eindeutige und harte Grenze dort finden, wo einer gegen die politische Moral oder gegen Gesetze verstoßen hat", forderte Zilk. Nur so werde man das - vor allem bei der Jugend - virulente Mißtrauen gegenüber den demokratischen Parteien wieder abbauen. Nicht aber dadurch, daß Parteifunktionäre, wann immer sie sich irgendetwas zuschulden haben kommen lassen und deshalb angegriffen werden, automatisch damit rechnen können, daß ihre Partei weiterhin "voll und ganz hinter ihnen" steht. Mit dieser Art von Vertuschungs- und Beschwichtigungspolitik erweise man unserer Demokratie und unseren demokratischen Parteien auf die Dauer keinen oder bestenfalls einen Bären-Dienst, schloß Zilk. (Schluß)

red/ap

NNNN

Busek zum AKH: Zahler und künftige Nutzer müssen entscheiden

=++++

12 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Zum Weiterbau des AKH stellte Vizebürgermeister Dr. BUSEK am Montag in seinem Pressegespräch fest, er sei zwar grundsätzlich damit einverstanden, daß die VÖEST mit dem Weiterbau des AKH beauftragt wird, habe jedoch einige grundsätzliche Bedenken. Erstens sei die Haftung der VÖEST zu klären und zweitens müsse man darauf dringen, daß sich die VÖEST auch als privates Unternehmen an die Vergaberichtlinien der Gemeinde Wien halte. Auch ein realistisches Zeit- und Kostenlimit müsse vereinbart werden.

In keinem Fall gehe es an, daß Bund und Land Wien die Entscheidung über die Gestaltung des AKH an die VÖEST abgeben. Die letzte Entscheidung müsse denen vorbehalten bleiben, die das AKH in Zukunft benützen werden und die es schließlich auch zahlen. (Schluß)
emw/gg

NNNN

Beschäftigungseffekt bei Stadterneuerung und Konferenzzentrum

=++++

13 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Im Pressegespräch von Vizebürgermeister Dr. BUSEK präsentierte Montag GR. Dkfm. Dr. Heinz WÖBER Berechnungen, die sich mit der Arbeitsplatzbeschaffung und Arbeitsplatzsicherung beim Konferenzzentrum und bei der Stadterneuerung beschäftigen. Aufgrund dieser Berechnungen können im gewerblichen Adaptierungsbereich mit einer Milliarde Schilling rund 2.300 Dienstnehmer beschäftigt werden, im industriellen Hochbau dagegen nur 960, da dieser maschinen- und materialintensiver ist. Stadterneuerung könne also, laut Wöber, die derzeit relativ hohe Arbeitslosenquote rascher und umfassender senken.

Wöber zitierte Umfragen, wonach die Wiener Bevölkerung an Stadterneuerung äußerst interessiert sei. Daher sei Stadterneuerung der Errichtung des Konferenzzentrums bei der UNO-City vorzuziehen, zumal über die Höhe der Folgekosten des Konferenzzentrums noch Unklarheit herrsche.

Als weitere Alternative zum Konferenzzentrum nannte Wöber: Wohnungsneubau, Wasserkraftwerksausbau, Förderung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen mittels Bausparfinanzierung sowie S-Bahn- und forcierten U-Bahnausbau. (Schluß) emw/ap

NNNN

Modernster Ganzkörper-Computertomograph (1)

=++++

14 #Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Noch schneller, präziser und vor allem ohne wesentliche körperliche Belastung und Risiko des Patienten, kann man ab sofort im Zentralröntgeninstitut der Krankenanstalt Rudolfstiftung (Vorstand: Dr. Kurt STELLAMOR) röntgenologische Untersuchungen von Patienten mittels eines neuen Ganzkörper-Computertomographen vornehmen. Bei dem neuen Supergerät, das Montag von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt wurde, handelt es sich um eine Anlage, die von der Firma General Electric entwickelt und erzeugt wurde. Die Kosten für dieses Gerät - es gehört der neuesten Generation an und ist damit eines der modernsten Geräte Österreichs - betragen rund 11 Millionen S, die aus Mitteln des Fonds "Kampf dem Krebs" aufgebracht wurden. #

Zwtl.: Rotierende gebündelte Röntgenstrahlen

Die Computertomographie ist bekanntlich eine Röntgenschnittuntersuchung mit Computerauswertung, mit deren Hilfe die Darstellung horizontaler Körperschichten möglich ist. Das Wesen der Computertomographie besteht darin, daß ein schmales Bündel von Röntgenstrahlen den Körper in einer beliebigen Schichttiefe rotierend durchdringt, wobei die Röntgenstrahlen durch Detektoren (Kristalle) in fotoelektrische Impulse umgewandelt und in einem Computer quantitativ festgehalten werden. Dadurch werden selbst geringste Unterschiede der Gewebdichte sichtbar gemacht. Für eine Abtastung benötigt das Gerät nur wenige Sekunden. Während bei Ganzkörpergeräten früherer Generationen diese Zeit 18 bis 20 Sekunden betrug, benötigt das neue Gerät nunmehr maximal 5 Sekunden. Die dabei ermittelten Meßwerte werden in einem Spezialrechner übertragen, der sie sofort bearbeitet, so daß der erste Schnitt binnen kurzer Zeit auf dem Monitor erscheint. (Forts.) zi/bs

NNNN

Modernster Ganzkörper-Computertomograph (2)

Utl.: Wien - medizinisches Zentrum Österreichs

=++++

15 Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher wies im Rahmen des Pressegesprächs darauf hin, daß es ähnliche Geräte - die allerdings nicht der letzten Generation angehören - derzeit noch in Kärnten, Oberösterreich, der Steiermark, Tirol und Salzburg gibt. Niederösterreich, Burgenland und Vorarlberg verfügen derzeit über keine Geräte dieser Art. Was Wien betrifft, so verfügen das Zentralinstitut für Radiodiagnostik im Allgemeinen Krankenhaus und das Zentralröntgeninstitut im Krankenhaus Lainz über ähnliche Geräte, während in der Neurologischen Universitätsklinik im AKH ein Schädel-Computertomograph in Betrieb befindet. In den nächsten Wochen ist außerdem die Installierung eines zusätzlichen Schädel-Computertomographen im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel vorgesehen. Damit wird Wiens Rolle als medizinisches Zentrum Österreichs eindeutig unter Beweis gestellt, meinte der Stadtrat.

Zwtl.: Rund um die Uhr

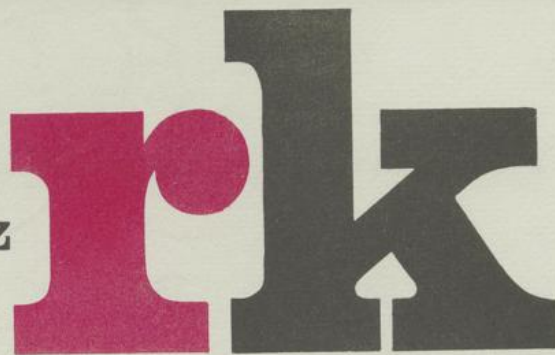
Das neue Gerät in der Rudolfstiftung steht rund um die Uhr für akute Untersuchungen von Patienten zur Verfügung, das heißt, daß außerhalb der Ambulanzzeiten in dringenden Fällen - auch in der Nacht - Untersuchungen durchgeführt werden. Die Kosten einer Untersuchung liegen zwischen 1.300 und 5.000 S.

Zwtl.: Schmerzfrem ambulante Untersuchung

Die Anwendungsbereiche des Computertomographen erstrecken sich von Schädel und Wirbelsäule über die Brustorgane, die Bauchorgane, die Nieren und die Organe des kleinen Beckens. Darüber hinaus können aber auch Knochengeschwülste und andere krankhafte Veränderungen äußerst präzise dargestellt werden, da mit Hilfe dieser Methode eine exakte Lokalisation und Ausdehnung vorhandener Tumoren festgestellt werden kann. Aus diesem Grund kommt dieser Untersuchungsmöglichkeit, die für den Patienten schmerzfrei ist, auch große Bedeutung für die Frühdiagnose von Krebserkrankungen zu. (Schluß) zi/99

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Dienstag, 30. März 1982

Blatt 881

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet: 156 Wiener Landeslehrer verabschiedet
 (grau)

Kommunal:
 (rosa)

Drei Jahre medizinisch-wissenschaftlicher Fonds
 Klinischer Mehraufwand - Höchstgericht soll
 entscheiden
 Bessere Luft und mehr Sicherheit

Lokal:
 (orange)

Ringstraßenbäume: Plastikpatscherln waren Schutz
 gegen Salz

Nur

über FS: 29.3. Umbau im Wohnungsverbesserungsreferat
 30.3. Schüler lief gegen die Straßenbahn
 Neue Betondecke war zu schwer

.....
Bereits am 29. März 1982 über Fernschreiber ausgesendet
.....

156 Wiener Landeslehrer verabschiedet

=++++

18 #Wien, 29.3. (RK-KOMMUNAL) 156 Wiener Landeslehrer, die in den Ruhestand getreten sind, wurden Montag von Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und Stadtschulratspräsident Bundesrat Hans MATZENAUER bedankt und verabschiedet.#

Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner wies in ihrer Ansprache auf die vielen Veränderungen hin, die das Schulwesen in den letzten Jahrzehnten durchgemacht hat. Die permanente Schulreform bringe zwar Schwierigkeiten mit sich, eröffne aber gleichzeitig auch viele neue Möglichkeiten.

Fröhlich-Sandner betonte, daß Bildung nicht nur für die Berufs-Chancen, sondern auch für die Lebensqualität entscheidend sei.

Die festliche Zeremonie fand im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses statt. (Schluß) emw/gg

NNNN

Ringstraßenbäume: Plastikpatscherln waren Schutz gegen Salz

=++++

2 Wien, 30.3. (RK-LOKAL) Die Plastikpatscherln, die das Stadtgartenamt einigen Bäumen auf der Ringstraße verpaßte und die jetzt entfernt werden, sollten die Pflanzen im Winter schützen. Das Stadtgartenamt startete damit einen Versuch, die Bäume im Haltestellenbereich vor den Einwirkungen des Streusalzes zu bewahren. Um die Versorgung der Alleeebäume mit wichtigen Nährstoffen weiter zu garantieren, wurden die Pflanzen ständig betreut und künstlich gedüngt sowie bewässert. Ob der Versuch erfolgreich war, wird sich erst nach mehreren Wintern zeigen. (Schluß) hs/gg

NNNN

Drei Jahre medizinisch-wissenschaftlicher Fonds
Utl.: 40 Millionen für medizinische Forschung

=++++

4 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) In Wien wurden vom "Medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien" von 1978 bis 1981 insgesamt 40 Millionen zur Förderung medizinischer Forschungsprojekte von in Wien niedergelassenen Ärzten aufgewendet. Dies berichtete Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag im Rahmen des Bürgermeister-Pressesgesprächs. Bürgermeister Leopold GRATZ hatte die Schaffung dieses Fonds, der die Förderung und Dokumentation wissenschaftlicher Arbeiten von Wiener Ärzten zum Ziel hat, angeregt.#

Der Bürgermeister unterstrich bei diesem Pressegespräch die Bedeutung dieses Fonds für die möglichst breite Förderung der medizinischen Forschung in Wien. So werden durch den Fonds nicht nur wissenschaftliche Arbeiten in den Universitätskliniken, sondern auch in allen anderen Wiener Spitälern sowie von niedergelassenen Ärzten gefördert. Die in diesem Zusammenhang mittels Computer erstellte Dokumentation stellt, wie der Bürgermeister erklärte, eine echte Arbeitshilfe für die Ärzte dar.

Laut Univ.-Prof. Dr. Stacher wurden in den vergangenen drei Jahren vom Kuratorium 206 Anträge bearbeitet und dafür insgesamt 219 Gutachten eingeholt. Für 114 Anträge wurden Förderungsmittel in der Gesamthöhe von 40 Millionen S bewilligt, wobei es sich bei den geförderten Anträgen um Arbeiten handelte, die den gesamten medizinischen Bereich umfassen. Wien ist damit das einzige Bundesland, das die Forschungstätigkeit ihrer Ärzte in dieser Art und Weise fördert. In Anbetracht des Umstandes, daß sich das Wissen in der Medizin innerhalb von fünf Jahren nahezu verdoppelt, kommt diesem Fonds besondere Bedeutung zu.

Präsident des Fonds ist der für das Gesundheitswesen zuständige amtsführende Stadtrat. Dem Kuratorium gehören weiters an: der Magistratsdirektor, der Landessanitätsdirektor, der Präsident der Ärztekammer für Wien, der Dekan der Medizinischen Fakultät der Universität Wien sowie zwei in Wien tätige Ärzte, die vom Bürgermeister bestellt werden. (Schluß) zi/bs

Klinischer Mehraufwand - Höchstgericht soll entscheiden

=++++

5 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stadtsenat beschloß Dienstag auf Antrag von Finanzstadtrat Hans MAYR einstimmig, in der Frage des klinischen Mehraufwandes beim AKH eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einzubringen. Das Höchstgericht soll die Feststellung einer Berechnungsmethode vornehmen. Dieses Vorgehen wurde, wie Mayr betonte, auf Grund einer Vereinbarung zwischen Wien und dem Bund gewählt, da bei der gegebenen Rechtssituation kein befriedigendes Verhandlungsergebnis erzielt werden kann. Ferner teilte Mayr auf eine Anfrage von ÖVP-Stadtrat Dr. Günther GOLLER mit, daß der Bund trotz der von der Stadt Wien ausgesprochenen Kündigung der Vereinbarung mit Ende des vergangenen Jahres die Zahlung nach dem bisher vereinbart gewesenen Prozentsatz weiterhin aufrecht hält. Diese Vorgangsweise wird bis zur Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof beibehalten.#

Nach Ansicht der Stadt Wien sollte man den 1953 vom Verfassungsgerichtshof vorgeschlagenen Weg eines "Aufwandsvergleichs" gehen. Danach sollten die Aufwendungen im AKH mit 15 anderen Wiener Spitalern verglichen werden. Die Differenz würde den klinischen Mehraufwand ausmachen, den der Bund, der für die medizinische Ausbildung, für Lehre und Forschung zuständig ist, zu bezahlen hätte.

Diese Berechnungsmethode wurde bisher noch nicht angewendet. 1957 trafen der Bund und die Stadt Wien jedoch eine Vereinbarung, nach der der Bund 18 Prozent der Nettoausgaben des AKH als klinischen Mehraufwand trägt. Im AKH, in dem alle Betten als "klinische Betten" geführt werden, wurde der Studienbetrieb seit 1957 wesentlich erweitert, auch der medizinische Fortschritt führte vor allem in der Lehre und Forschung zu höheren Kosten. Ein Beleg dafür ist, daß im AKH heute zweimal soviel medizinisch-technische Assistenten beschäftigt sind als in einem anderen Wiener Spital. (Schluß) sei/bs

NNNN

Bessere Luft und mehr Sicherheit

Utl.: Landesregierung beschloß "Luftreinhaltenovelle"

=++++

7 #Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Auf Antrag von Stadtrat Franz NEKULA genehmigte die Wiener Landesregierung am Dienstag die "Luftreinhaltenovelle 1982", mit der das Feuerpolizeigesetz aus dem Jahre 1957 abgeändert wird. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Luft und um mehr Sicherheit werden damit auf den neuesten Stand gebracht. Die Gesetzesnovelle soll in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages endgültig beschlossen werden und am 1. Jänner 1983 in Kraft treten. Für bestehende Anlagen, die den neuen Bestimmungen nicht mehr entsprechen, ist eine Übergangsfrist von maximal fünf Jahren vorgesehen. #

Das Gesetz betrifft vor allem die Haushalte, weil entsprechende Bestimmungen für Industrie, Gewerbe, Verkehr usw. bundesgesetzlich festgelegt werden.

Das Gesetz ermöglicht es u.a., Höchstwerte für Immissionen von Schadstoffen festzulegen und bei der Gefahr ihrer Überschreitung gewisse Heizungen zu untersagen und auf umweltfreundlichere Alternativheizungen (Fernwärme, Elektrizität, Erdgas u.dgl.) zu verweisen. Die Bestimmungen für die Lagerung und den Transport feuergefährlichen Materials werden wesentlich verschärft, ebenso die Vorschriften für die Kontrolle von Feuerungsanlagen. So werden z.B. die Rauchfangkehrer in Zukunft auch Gasfeuerungsanlagen zu überprüfen haben. Das Abbrennen von Feldern wird in Wien verboten. Das Verbrennen kleiner Mengen von Gartenabfällen ist nur mehr dann erlaubt, wenn es untertags erfolgt und keine unzumutbare Rauchbelästigung zu erwarten ist.

Das Gesetz bildet auch die Grundlage für einen Alarmplan, der bei gefährlicher Luftverschmutzung in Kraft tritt. Er wird in mehreren Stufen erstellt, von Empfehlungen an die Bevölkerung bis zu bindenden Anordnungen. (Schluß) sti/bs

NNNN

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
 von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
 So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Mittwoch, 31. März 1982

Blatt 887

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: 380-kV-Leitung zwischen Kendlerstraße und Meidling
 (rosa) Goldenes Ehrenzeichen für Heikki Siren
 Wiener Arbeitslosenrate muß sinken

Lokal: Neue Sozialpädagogische Beratungsstelle des Jugendamtes
 (orange)

Nur 31.3. Neue Rampen zur Donauuferautobahn
 über FS: Auszeichnungen für Vertreter des öffentlich-rechtlichen
 Lebens
 Kranzniederlegung am Haydn-Denkmal

380-kV-Leitung zwischen Kendlerstraße und Meidling (1)

=++++

1 #Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Ende 1979 wurde nach einer Bauzeit von rund zweieinhalb Jahren die 380-kV-Verbindung zwischen dem Kraftwerk Simmering und dem Umspannwerk Kendlerstraße in Ottakring in Betrieb genommen. Dieser Tage begannen die Arbeiten an dem zweiten großen Abschnitt des Höchstspannungsnetzes der Wiener E-Werke zwischen dem Umspannwerk Kendlerstraße und dem Umspannwerk Süd in Meidling. Die Fertigstellung ist für Herbst 1984 geplant. Der Ausbau des 380-kV-Netzes stellt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Wiener Stromversorgung dar. Die enormen Übertragungsmöglichkeiten dieser Leitungen gewährleisten die Aufrechterhaltung der Stromversorgung auch bei einem vorübergehenden Ausfall eines Kraftwerkes oder wichtiger Leitungen. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der für Mitte der Achtziger Jahre geplante Zusammenschluß des 380-kV-Netzes der Wiener E-Werke mit dem österreichischen 380-kV-Netz der Verbundgesellschaft im Umspannwerk Südost im 10. Bezirk (Unterlaa, Johannesberg). #

Zwtl.: Höhere Spannung - größere Leistung

Die Errichtung eines 380-kV-Netzes hatte sich als notwendig erwiesen, weil mit höherer Spannung größere Leistungen übertragen werden können und weil sich in den vergangenen Jahren die Grenzen der Übertragungsmöglichkeiten des bisherigen 110-kV-Trägernetzes bereits abzuzeichnen begannen. (Forts.) ger/bs

NNNN

380-kV-Leitung zwischen Kendlerstraße und Meidling (2)

=++++

2 Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung eines 380 kV-Netzes ermöglicht eine entscheidende Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Stromnetzes mit relativ geringen baulichen Maßnahmen. Die Größenordnung des Aushubs entspricht etwa der einer mittleren Gas- oder Wasserleitung. Die Belästigungen für die Bevölkerung und die Behinderungen für den Verkehr können so möglichst gering gehalten werden. Außerdem haben 380-kV-Leitungen eine sehr hohe Lebensdauer, sodaß voraussichtlich für lange Zeit keine weiteren Aufgrabungen auf diesen Strecken notwendig sein werden.

Zwtl.: Eine technische Pionierleistung

Als erstes war es notwendig, eine 380-kV-Ost-West-Achse zu errichten, um den Strom vom Kraftwerk Simmering direkt in den Verbrauchsschwerpunkt im Westen Wiens (wo es kein Kraftwerk gibt) zu transportieren. Dieses Kabelsystem stellte damals eine technische Neuheit für Österreich dar.

Nunmehr hat der weitere Ausbau dieses Netzes begonnen. Die Trasse zwischen dem Umspannwerk Kendlerstraße und dem Umspannwerk Süd verläuft über Kienmayergasse - Nobilegasse - Goldschlagstraße - Sturzgasse - Linzer Straße - Winckelmannstraße - Grünbergstraße - Schönbrunner Straße - Rotenmühlgasse - Pohl-gasse - Aichholz-gasse - Hohenbergstraße - Ruckergasse - Wienerbergbrücke - Oswaldgasse - Grießergasse - Umspannwerk Süd (Pottendorfer Straße). Die Kosten für die sechs Kilometer lange Doppelkabelstrecke sowie für die notwendigen Schaltanlagen in den Umspannwerken werden ca. eine Milliarde Schilling betragen.

Zwtl.: Behinderungen in der Linzer Straße

Wegen der Bauarbeiten für die 380-kV-Leitung kommt es ab Mitte dieser Woche in der Linzer Straße bei der Sturzgasse zu Verkehrsbehinderungen (Fahrbahnverengung). Die Arbeiten werden in diesem Bereich voraussichtlich zwei Monate dauern. Es wird auch während der Nachtstunden gearbeitet. (Schluß) ger/ap

Neue Sozialpädagogische Beratungsstelle des Jugendamtes

=++++

4 #Wien, 31.3. (RK-LOKAL) Im Zuge der Regionalisierung von Beratungseinrichtungen hat das Jugendamt der Stadt Wien nun eine siebente Sozialpädagogische Beratungsstelle eröffnet. Sie befindet sich in Wien 23, Erlaaer Straße 133. Sozialpädagogische Beratungsstellen bieten stadtteilbezogene ambulante Hilfen für Kinder und deren Angehörige. Bei Schulschwierigkeiten, aber auch bei Erziehungsproblemen kann eine sozialpädagogische Beratungsstelle aufgesucht werden.#

Die in den Beratungsstellen tätigen Sozialpädagogen versuchen gemeinsam mit den Kindern und deren Eltern die Ursachen der Schwierigkeiten festzustellen.

Zwtl.: Intervention bei Kindesmißhandlung

In Fällen von Kindesmißhandlung können gefährdete Kinder eine sozialpädagogische Beratungsstelle aufsuchen. In Notfällen besteht auch die Möglichkeit einer vorübergehenden Unterbringung, um das Kind vor weiteren Mißhandlungen zu schützen.

Doch auch Kinder, die andere Probleme haben, mit denen sie allein nicht fertigwerden, können sich an die sozialpädagogischen Beratungsstellen wenden.

Die neue Beratungsstelle in der Erlaaer Straße 133 ist unter der Telefonnummer 67 21 61 zu erreichen. Für die erste Kontaktaufnahme wird Montag von 8 bis 18 Uhr empfohlen. (Schluß)
emw/ap

NNNN

Goldenes Ehrenzeichen für Heikki Siren

=++++

5 Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL/KULTUR) Landeshauptmann Leopold GRATZ wird Freitag im Roten Salon des Rathauses dem finnischen Architekten Heikki SIREN das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichen. Planungsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf WURZER wird die Laudatio halten.

Heikki Siren hat als architektonischer Berater der mit dem 1. Preis ausgezeichneten Projektgruppe die Gestaltung der Reichsbrücke wesentlich beeinflusst und hat auch durch seine Mitwirkung beim städtebaulichen Ideenwettbewerb für das Nordbahnhofgelände wertvolle Beiträge für die Wiener Stadtplanung geleistet. Er ist auch Mitglied der Jury im Wettbewerb "Donaustadt 2000", der Freitag abgeschlossen wird.

Der Architekt hat in Finnland Theater-, Geschäfts-, Sakral-, Schul- und Wohngebäude geplant, in Deutschland und Frankreich Wohngebiete, in Frankreich und Japan Feriendörfer sowie das Konferenzzentrum in Bagdad. Das Linzer Brucknerhaus wurde nach seinen Entwürfen errichtet. (Schluß) and/gg

NNNN

Wiener Arbeitslosenrate muß sinken

Utl.: Wien unterstützt Maßnahmen der Bundesregierung

=++++

7 #Wien, 31.3. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Finanzstadtrat Hans MAYR erklärte Mittwoch in einem ORF-Interview, daß wegen der ungünstigen konjunkturellen Situation, aber auch wegen des strengen Winters, die Wiener Arbeitslosenrate zu Anfang des Jahres mit 3,7 Prozent gegenüber den Vorjahren deutlich höher ausfiel. Wien wird daher an den angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung voll mitwirken, um die Arbeitslosenrate auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Dies gilt für das Sonderwohnbauprogramm des Bundes ebenso wie für den Bau des Konferenzzentrums. Wien wird jedoch auch trachten, alle eigenen Bauvorhaben heuer möglichst früh zu beginnen.#

Im arbeitsmarktpolitischen Ausschuß des Wirtschaftsbeirats für Wien betonte Mittwoch der Leiter des Landesarbeitsamtes Wien, Hofrat BURGMÜLLER, daß 1981 in Wien die Prognosen über die Zahl der unselbständig Beschäftigten umgekehrt wurden:

angenommen wurde ein Rückgang um 12.000 Beschäftigte, eingetreten ist eine Zunahme um 1.100 auf rund 764.000 Beschäftigte. Die Arbeitslosenrate ist 1981 mit 2,1 Prozent jedoch höher ausgefallen als ursprünglich angenommen. Im Winter kam es zu einer weiteren Zunahme der Zahl der Arbeitslosen. Eine Verringerung der Beschäftigungsprobleme könne, so Burgmüller, nur durch wirtschaftsbelebende Aktivitäten der öffentlichen Hand, vor allem im Baubereich, erwartet werden. (Schluß) sei/ap

NNNN

